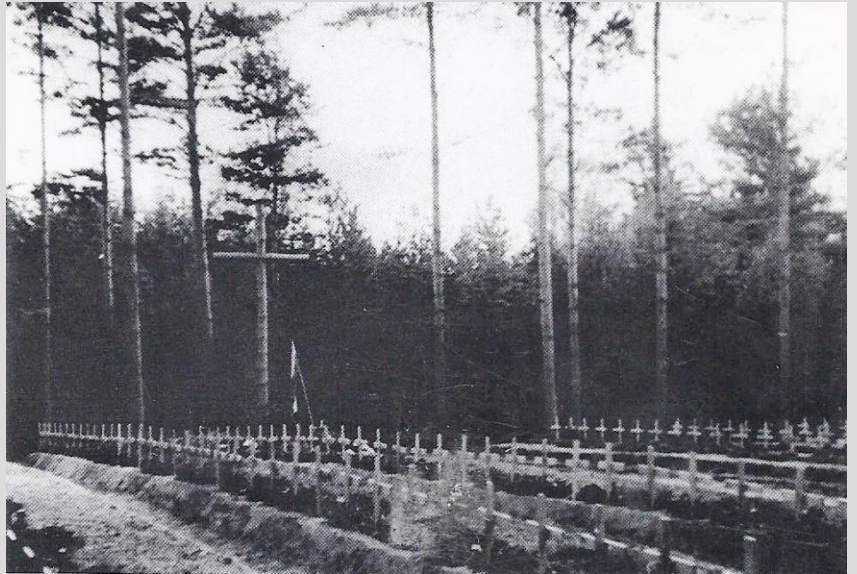


**Wie Lüneburg über
seine Nazi-Verbrechen
Gras wachsen ließ**



1945



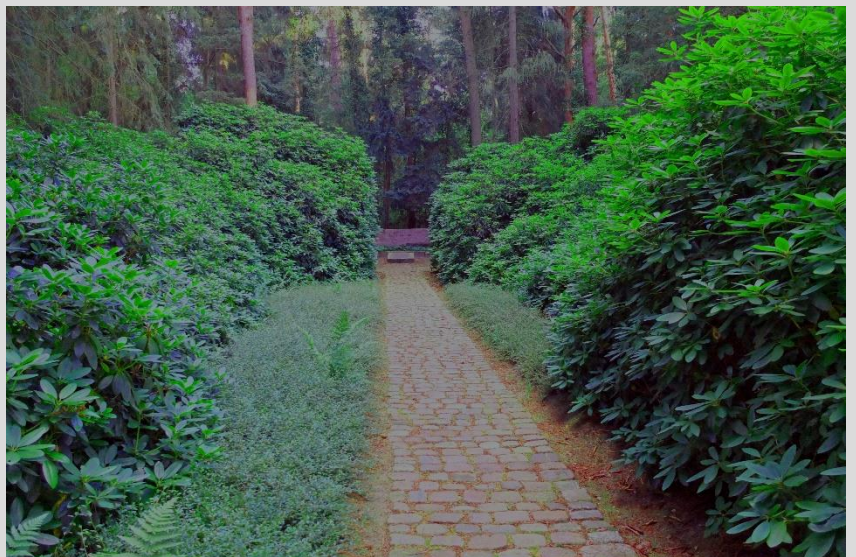
1955

Vom

KZ-Friedhof

zum Rhododendron-Park

**Ein Beitrag zur
Neugestaltung des
KZ-Friedhofs in Lüneburg**



2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1: Das Massaker im Tiergarten vom 7. – 12. April 1945	5
2: Entdeckung von Massengräbern, Umbettung und Einrichtung eines KZ-Friedhofs	8
3: Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus am KZ-Friedhof 1945 bis 1949	12
4: Streit zwischen Komitee/VVN und Stadt um ein Denkmal auf dem KZ-Friedhof (1947–1950)	17
5: Verändertes Gedenken I: Vom „Tag der Opfer des Faschismus“ zum „Totensonntag“ (1949-1950)	19
6: Exhumierungen auf dem KZ-Friedhof 1951	21
7: 1951: Mit Polizeigewalt wird das Gedenken an die KZ-Opfer auf dem Friedhof verhindert	24
8: Staatsanwalt Rogalla ermittelt gegen Antifaschisten	27
9: Der furchtbare Nazi-Jurist Rogalla – 1941 Ankläger am Sondergericht in Stettin, nach 1945 Strafverfolger in politischen Verfahren in Lüneburg	30
10: Verändertes Gedenken II ab 1952: VDK und Stadt trauern am Volkstrauertag	31
11: Verbot der VVN und Tätigkeit des BVN	34
12: Einweihung eines Ehrenfriedhofs auf dem Zentralfriedhof 1954	35
13: Stadt und Bez.Reg. schänden 1954 den KZ-Friedhof	36
14: Vergeblicher Protest gegen das „Auslöschen jeder Erinnerung“	38
15: 1958/1959: NS-Gauleiter Stolper und Nazi-OB-Wetzel gestalten den Volkstrauertag beim VDK	41
15: Wilhelm Wetzel, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, fungierte von 1936 bis 1945 als Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg	42
16: Exkurs: Die Löschung der NS-Vergangenheit auf dem Friedhof Böhmsholz, dem jüdischen Friedhof und dem Nordwest-Friedhof	45
17: Proteste gegen den trostlosen Zustand des KZ-Friedhofs in den 60er-Jahren	52
18: Ab Mitte der 1980er-Jahre/Besuche der „Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN)“	53
19: Forschungen zum Tiergarten-Massaker in den 90er-Jahren	55
20: Nachfahren von Frau Marthe Emanuel-Goldschmidt besuchen den KZ-Friedhof im Mai 2011	60
21: Die Vorschläge der städtischen Arbeitsgruppe „Umgestaltung Ehrenhain Tiergarten“ 2014/2015 und die Planungen der Stadtverwaltung	63
22: Stellungnahmen der NS-Verfolgtenverbände zur Neugestaltung des KZ-Friedhofs	70
23: Grabbelegungsplan KZ-Friedhof Lüneburg-Tiergarten	72
25: Die Protagonisten der Praxis: Werner Rössner und Siegfried Lange	73
27: Antifaschist als Mitarbeiter nicht erwünscht – Das Beispiel Friedrich Steinmetz	82
28: Literaturverzeichnis	83

Herausgeber:
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
 Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
 Kreisvereinigung Lüneburg
 Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28
 21332 Lüneburg
 vvn-bda-lg.de

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe dieser Broschüre beim Studentenparlament der Universität Lüneburg und bei der Landesvereinigung VVN-Bda

Druck: CampusCopy
 Auflage: 200
 Lüneburg, im Dezember 2016



Vorwort

Immer wieder haben sich einzelne Personen in der Vergangenheit mit der Geschichte von Lüneburgs „vergessenen Friedhöfen“ beschäftigt, ohne dass sie damit bei den Verantwortlichen der Stadt eine grundlegende Veränderung der Haltung gegenüber diesen Grabanlagen erreichen konnten.

In den letzten Jahren rücken diese „vergessenen“ Friedhöfe verstärkt ins öffentliche Blickfeld - wobei diese Schrift zeigt, dass sie keineswegs gleichsam durch den natürlichen Lauf der Zeit „vergessen“ wurden, sondern die Erinnerung an ihre Toten gezielt ausgelöscht werden sollte.

Denn die dort Begrabenen sind Opfer der faschistischen Herrschaft in Lüneburg: Der „Russenfriedhof“, der „Friedhof der Heil- und Pflgeanstalt“, der „Judenfriedhof“ und der „KZ-Friedhof“.

Die wenigsten Lüneburger wissen heute um die Geschichte dieser vier Friedhöfe und haben sie – soweit das überhaupt noch möglich ist – selbst schon einmal aufgesucht. Das liegt sicher zum Teil daran, dass die Grabfelder bewusst außerhalb des engeren Stadtgebietes angelegt wurden, Hinweisschilder nur dürftig aufgestellt oder die Grabstellen (wie der jüdische Friedhof) öffentlich kaum zugänglich sind¹. Weit effektiver und nachhaltiger wirkten dagegen die tatkräftigen Unterdrückungsmaßnahmen, mit der ehemals bekennende Nazis – und nicht nur sie – in den Jahrzehnten nach dem Ende ihrer Herrschaft die Erinnerung an die Opfer des Faschismus in Lüneburg auslöschen wollten. Denn mit dieser Erinnerung untrennbar verbunden war und ist die Frage, warum, auf welche Weise und von wem diese Menschen zu Tode gebracht bzw. ihre Gräber geschändet wurden – und damit die Frage nach Schuld, Verantwortlichkeit und nach Lehren aus dieser schrecklichen Geschichte.

Diesen Fragen wollten sich einflussreiche Kreise in Lüneburg keinesfalls stellen. Nach einem „kurzen Frühling des Antifaschismus“ (Bloch) in der unmittelbaren Nachkriegszeit erreichten sie eine Restauration alter Ansichten und Strukturen – und leisteten so ihren Beitrag zur „Zweiten Schuld“ (Giordano): der Verdrängung und Verleugnung des nationalsozialistischen Terrorsystems und deren Verbrechen gegen die Menschheit, die auch in dieser Stadt begangen wurden.

Das spiegelt sich auch und in besonderer Weise in der Geschichte des KZ-Friedhofs Tiergarten wider. Als Folge eines solchen Verbrechens auf Befehl der britischen Besatzungsbehörde entstanden, schafften es die Lüneburger Verantwortlichen mit boshafter Energie, durch wiederholte Umbaumaßnahmen der Anlage ihren historischen Informationsgehalt und den bestatteten Opfern ihre Würde nahezu völlig zu nehmen: Dass deutsche Wachsoldaten vom 7. bis 12. April 1945 in Wiltschenbruch wehrlose KZ-Häftlinge ermordeten, dass in dieses „Massaker“ auch städtische Dienststellen maßgeblich verwickelt waren – darüber wollten die Lüneburger Akteure buchstäblich Gras wachsen lassen.

Das Sterben der Tätergeneration öffnet nun hoffentlich auch in Lüneburg die Chance für eine Änderung dieser Politik. Bei Einweihung der Gedenkanlage für die Opfer der Nazi - „Euthanasie“ im August 2014 auf dem Nord-West-Friedhof beispielsweise bat Bürgermeister Eduard Kolle (SPD) um Verzeihung für die Schuld der Stadt Lüneburg, durch die viele der dortigen Kindergräber nach Ablauf der allgemeinen Frist gesetzeswidrig überbettet wurden. Oberbürgermeister Ulrich Mädge (SPD) weihte im März 2015 den Eisenbahnwaggon beim Museum als „Lernort zum Nach- und Umdenken“ ein in ausdrücklicher Erinnerung an den Häftlingszug und den Lüneburger „Massenmord“ (Mädge) an den KZ- Gefangenen im April 1945.² Auf aktuellen Antisemitismus und Fremdenhass zielend, sagte er: „Widerstand leis-

¹ So ist z.B. der KZ-Friedhof Tiergarten in der aktuellen 2. Auflage vom Stadtplan Hansestadt Lüneburg des Städte-Verlages überhaupt nicht verzeichnet, im „Falk“-Stadtplan wird er irreführend „KZ-Ehrenmal“ genannt. Der Internetauftritt der Stadt Lüneburg erwähnt unter dem Stichwort „Friedhöfe in der Hansestadt Lüneburg“ keinen der Opferfriedhöfe, obwohl dort ein Bekenntnis zum Geschichtsbewusstsein zu lesen ist: „Entdecken Sie ... anhand der alten Grabmale ein aufgeschlagenes Geschichtsbuch unserer Stadtgeschichte.“ [<http://www.hansestadtlueneburg.de/Home-Hansestadt-Lueneburg/Stadt-und-Politik/Friedhoeft.aspx>, Zugriff 26. 9. 2016].

Ebenso kommt der KZ Friedhof in der öffentlich ausgelegten Broschüre „Diesseits und Jenseits – Wegweiser durch die Friedhöfe der Stadt Lüneburg“ (Mammut-Verlag, Leipzig 2000) nicht vor.

² Rede des Oberbürgermeisters Ulrich Mädge bei der Einweihung des Waggonmahnmals zum Gedenken an die 256 getöteten Insassen eines Konzentrationslagers am 22. März 2015. http://www.hansestadtlueneburg.de/Portaldaten/43/Resources/dokumente/stadt_und_politik/ob/Rede_Waggonmahnmal.pdf [Zugriff 26. 9. 2016]

ten, gegen- statt mitzulaufen – nicht jeder hat das gelernt. Mit Erinnerungsstätten wie dieser wollen wir dazu einen Beitrag leisten. Denn Anzeichen zu erkennen und Gefahren, die in ihnen liegen, dazu verhilft eine Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. Geschichte, Gedenken, Mahnmale – sie vermitteln Erkenntnisse, die auch heute von Bedeutung sind...“³

Was den KZ-Friedhof Tiergarten selbst anbelangt, hat die Stadt Lüneburg 2012 auf unser Drängen hin eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Stadtverwaltung und Opferverbände unter Leitung von Stadtbaurätin Gundermann über eine Umgestaltung der Grabanlage im Tiergarten beraten. Ziel ist, dass der ursprüngliche Zustand des Friedhofes entsprechend dem Gräbergesetz wiederhergestellt und über den historischen Charakter des Ortes informiert wird.

Mit der Herausgabe der vorliegenden Broschüre wollen wir diese Diskussion befördern und insbesondere die Öffentlichkeit in die Überlegungen zur Rück-Gestaltung des KZ-Friedhofs einbeziehen.

Dem besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation dienen die Kapitel über die Entstehung dieser Gräberanlage, ihre Umbauten bis heute und die damit einhergehenden Veränderungen in der Lüneburger Friedhofs- und Gedenkkultur vor dem Hintergrund politischen Wandels in Stadt und Gesellschaft.

In einem Anhang beleuchten wir Werdegang und Tätigkeit von Personen, die in außerordentlichem Maße die Entwicklungen auf dem Jüdischen Friedhof während der Nazizeit und auf dem KZ-Friedhof nach 1945 gesteuert haben.

Dörte von Westernhagen und Manfred Messer danken wir für das Überlassen ihrer Forschungsergebnisse über das „Tiergarten-Massaker“; ihren Beitrag veröffentlichen wir zu Beginn der Broschüre, weil er Voraussetzung für das Verstehen der weiteren geschichtlichen Entwicklung ist.

Besonders bedanken wir uns bei Hans-Jürgen Brennecke für seine intensive Zuarbeit und fortwährende Unterstützung bei der sehr aufwendigen Redaktionsarbeit an dieser Broschüre. Ebenso herzlich bei Peter Gunkel für seine zeitintensive Layout-Arbeit.

Besonders freut es uns, hier auf die Arbeit einer Studentin der Universität Lüneburg (Fakultät Kulturwissenschaften) hinzuweisen. Die Bachelorarbeit von Mira Rommel „Friedhof – Gedenkstätte – Lernort? Der gesellschaftliche Diskurs über den 'Ehrenfriedhof Tiergarten' und die Entwicklung von Perspektiven für eine Umgestaltung“ (2015) gab uns manche Hinweise insbesondere auf die Bedeutung des KZ-Friedhofs als Lernort. Ein Dank geht auch an Herrn Grzenia vom Lüneburger Friedhofsamt (heute: „Fachbereich 7“), der uns im November 2010 gestattete, die Akten seiner Verwaltungs-Abteilung über den KZ-Friedhof auszuwerten. Soweit wir diese Dokumente hier als Quellen anführen, sind sie als „Friedhofsamt Lüneburg“ gekennzeichnet. Ein Teil dieser Dokumente ist heute im Lüneburger Stadtarchiv unter der Findnummer 3046 und 3047 archiviert.

Zum Schluss eine redaktionelle Anmerkung: Wir hoffen, dass die ausführliche Wiedergabe der einzelnen Sachverhalte die Geduld unserer Leser und Leserinnen nicht zu sehr strapaziert. Wegen der historischen Genauigkeit scheint es uns jedoch unverzichtbar, konkrete Personen mit ihren Aktivitäten zu beschreiben, Entwicklungsschritte genau darzustellen und Rahmenbedingungen aufzuzeigen – zumal viele unserer Ergebnisse bisher nirgendwo im Zusammenhang veröffentlicht wurden.

Wir freuen uns über konstruktive Kritik und Rückmeldungen. Insbesondere für weiterführende Hinweise, Ergänzungen, Quellen Tipps, usw. sind wir dankbar.

Lüneburg, November 2016

³ Ebenda. Leider sind diesen couragierten Worten des OB seitdem keine Taten gefolgt, so dass sich der aufgestellte Waggon heute (Oktober 2016) als Ort präsen-

tiert, der – für Besucher nicht begehbar und ohne jegliches Informationsangebot – den versprochenen Erkenntnisgewinn in jeder Hinsicht schuldig bleibt.

Das Massaker im Tiergarten vom 7. – 12. April 1945

Mit dem Vormarsch der Alliierten im Frühjahr 1945 begann die SS, alle frontnahen KZs zu räumen und die Häftlinge meistens zu Fuß, zuweilen per Bahn zu deportieren - so auch die Häftlinge des KZ-Außenlagers „Alter Banter Weg“ in Wilhelmshaven, einem Außenlager des KZs Hamburg-Neuengamme. Der Zug mit 389 Häftlingen - Ziel KZ Neuengamme - verließ Wilhelmshaven am 4. April 1945. Die Häftlinge - überwiegend politische Gefangene - waren marschunfähig, viele schwerkrank. Die meisten kamen aus Frankreich und Belgien - unter ihnen viele Widerstandskämpfer -, andere kamen aus Russland, Polen, Italien, Ungarn, Serbien, einer aus Großbritannien. 17 ältere Marineinfanteristen unter Führung des Obermaats Engelman als Transportleiter bildeten die Wachmannschaft. Transportbegleiter war SS-Sturmmann Gustav A. Jepsen, zuvor Kommandoführer im KZ „Alter Banter Weg“.

Während der vier Tage dauernden Zugfahrt starben 72 Häftlinge an den grauenhaften Verhältnissen in den vier Güterwaggons: Die Leichen wurden in jedem Waggon mitgenommen; keine Möglichkeit auszutreten, kein Wasser, kaum Brot, erstickende Enge: Je 110 Mann wurden in einen Waggon gepfercht.⁴

Der Elendstransport, unterwegs an einen Zug der Wehrmacht angekoppelt, erreichte am Sonnabend, 7.4.1945, morgens den Güterbahnhof Lüneburg. Um 13 Uhr gab es Fliegeralarm; die Wachen retteten sich in den Wald; die Häftlinge blieben in den Waggons eingeschlossen. Um 15:10 verwüstete ein Bombenteppich der US-Luftwaffe Bahnhof und Güterbahnhof. Der Häftlingszug erhielt einen Naktrefter. Ein Nachbarzug, der Brennstoff geladen hatte, geriet in Brand. Etwa 70 Häftlinge wurden dadurch getötet, wobei viele verbrannten; viele wurden verwundet. Ca. 20 entflohen dem Inferno und entkamen zunächst den Schüssen der Wachen. Nach der Entwarnung trieben die Wachen die Überlebenden auf ein freies Feld neben den Gleisen (Ortsteil Wilschenbruch). Dorthin mussten sie auch ihre getöteten und verletzten Kameraden schleppen. Dort lagen sie die nächsten Tage ohne ärztliche und sonstige Versorgung, ohne Schutz gegen Kälte und Wetter, jederzeit einer Kugel gewärtig.

Jepsen war der Einzige, der sich darum kümmerte, den Transport noch an seinen Bestimmungsort zu bringen.

Er nahm über die Gestapodienststelle Lüneburg Kontakt zum KZ Neuengamme auf. Tatsächlich kam am nächsten Tag, Sonntag, 8.4., der Adjutant des KZ-Kommandanten Pauly, SS-Obersturmführer Karl Totzauer, mit einem Lkw.

52 Häftlinge wurden aufgeladen und nach Bergen-Belsen gebracht, wo sie eine neue Hölle erwartete. Totzauer suchte sodann in der Gestapodienststelle den SS-Sturmbannführer Westermann auf. Dieser wollte sich um einen zweiten Lkw kümmern. Außerdem bat Totzauer Westermann dringend, für die Beerdigung der Toten zu sorgen. Am Dienstag, 10.4., kam der zweite Lkw und nahm 78 Häftlinge mit. Neben den Toten lagen danach noch ca. 80 Häftlinge auf dem Feld.

Aus Neuengamme war am Sonntag ein SS-Unterscharführer als Sanitäter gekommen. Anstatt die Häftlinge zu betreuen, ging er am Mittwoch, 11.4., in die Stadt, wahrscheinlich zur Gestapo, und kam mit dem schriftlichen Befehl eines Oberstabsarztes (Wehrmacht) zurück, die Häftlinge zu erschießen. Begründung: Es bestehe Typhusgefahr und keine Möglichkeit, die Häftlinge unterzubringen.

Der Sanitäter weigerte sich, Jepsen den schriftlichen Befehl auszuhändigen und befahl ihm, den Befehl dem Kommandeur der Wachen, Obermaat Engelman, mündlich zu überbringen. Jepsen tat dies. Zweck dieser Vorkehrung war es, Jepsen nichts Schriftliches über den rechtswidrigen, verbrecherischen Befehl in die Hand zu geben, worauf Jepsen sich später berufen könnte. Ob der Erschießungsbefehl in Absprache mit dem KZ-Neuengamme und der Gestapo Lüneburg erteilt wurde, ist sehr wahrscheinlich, aber nicht belegbar. Kein Dokument gibt hierüber Auskunft; doch legt der Geschehensablauf dies nahe.

Westermann (Gestapo) hatte Polizeichef Otto Müller am Dienstag, 10.4., dringend aufgefordert, die Häftlingsleichen zu beerdigen und Müller dabei mit dessen Erschießung gedroht. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Hauschild, Stadtbaurat Kleeberg und Oberförster Blecher wurde ein Platz im Tiergarten für das Vergraben der Leichen bestimmt. Am Mittwoch und Donnerstag, 11. und 12.4.45, hoben russische Kriegsgefangene zwei Massengräber aus. Einige Marinesoldaten, die die Häftlinge bewachten, erklärten Müllers Polizisten un-verhohlen, die noch lebenden Häftlinge würden „vernichtet“. Polizeichef Müller hatte von Anfang an nichts

⁴ Vgl. Immo de Vries, „Kriegsverbrechen in Lüneburg. Das Massengrab im Tiergarten“, Hg: Geschichtswerkstatt Lüneburg, 2. Auflage, Lüneburg 2009

getan, um die Häftlinge zu retten. Er tat auch jetzt nichts. Einer der Polizisten sah beim Nachhauseweg am Mittwochabend die Häftlinge noch lebend auf dem Feld. Am nächsten Tag, Donnerstag, 12.4., wurde gemeldet: Alle erschossen. Die Toten wurden in die Gräber gelegt. Die Polizisten, die die Arbeit überwachten, sahen an vielen Leichen die frischen Einschusswunden. Das Massaker muss in den späten Abendstunden des Mittwochs vor Einbruch der Nacht oder am Donnerstag im Morgengrauen verübt worden sein.

Jepsen gab im Prozess vor dem britischen Militärgericht⁵ zu, dass er mit der Pistole 6 Häftlinge erschoss. Erst habe er sich geweigert; Engelmann habe ihn jedoch dazu gezwungen, indem er drohte, auch ihn zu erschießen. Die Wachen setzten sich nach der Tat mit der Bahn nach Neuengamme ab. Polizeichef Müller unterließ es, nach ihnen zu fahnden. Die spätere Fahndung der Briten bis nach Sachsen und Thüringen blieb ohne Ergebnis. Jepsen wurde im Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Müller wurde freigesprochen, obwohl unterlassene Hilfeleistung als Straftatbestand im britischen Recht anerkannt war. Die Richter glaubten Müllers Lügen und Ausflüchten, er hätte zur Rettung der Häftlinge nichts tun können.

Wie viele Häftlinge das Massaker im Tiergarten überlebten, lässt sich nicht mehr genau feststellen. Wahrscheinlich starben die meisten der ca. 130 nach Bergen-Belsen Transportierten an den grauenhaften Verhältnissen dort.

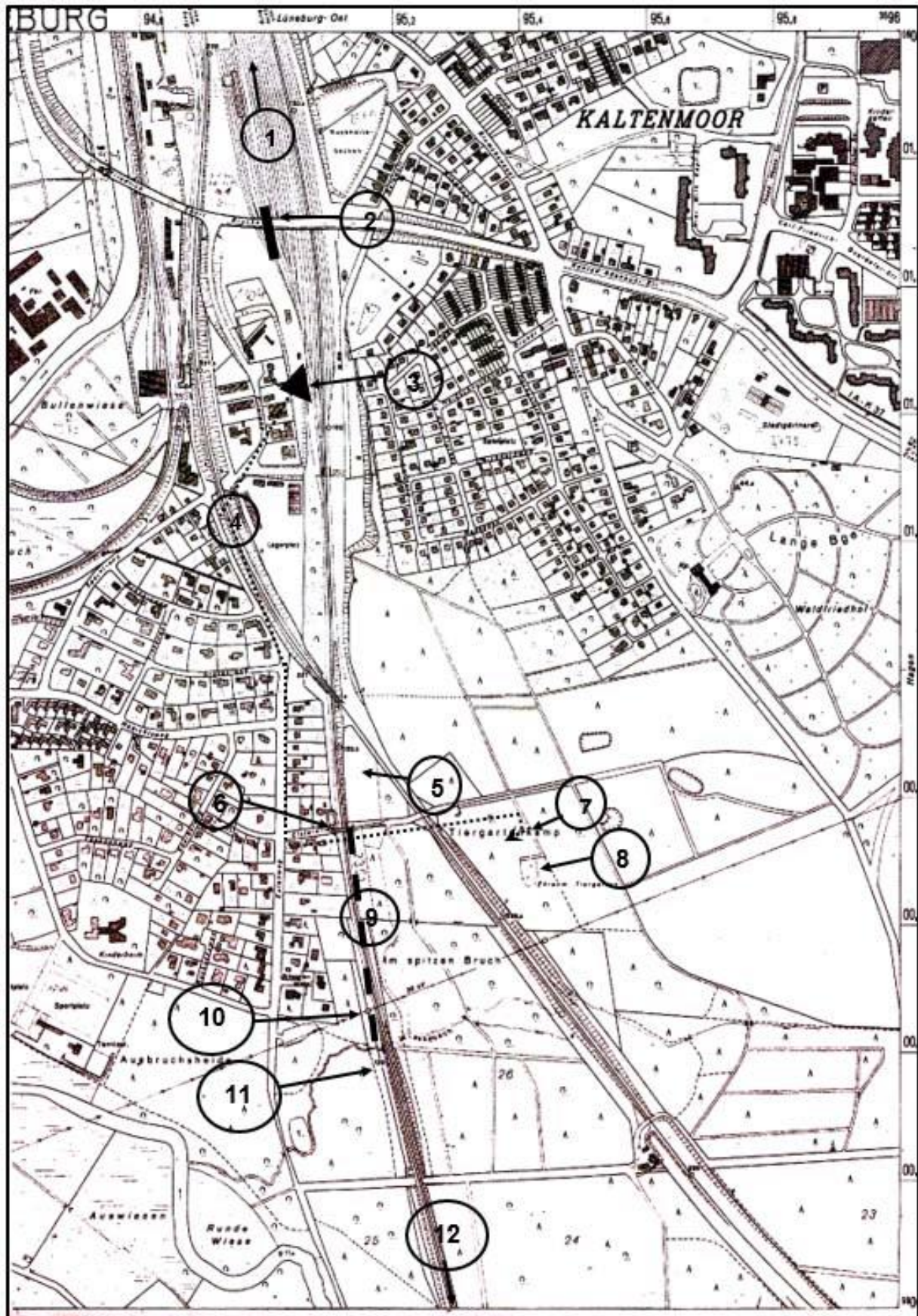
Dr. Dörte von Westernhagen Manfred Messer

Legende Karte Seite 7:

- 1 Bahnstrecke Richtung Bahnhof Lüneburg / Hamburg
- 2 Standort des KZ - Zuges aus dem KZ-Außenlager "Alter Banter Weg" in Wilhelmshaven am 7.4.1945
- 3 Lagerplatz der überlebenden Häftlinge (Dreieck) zwischen dem 7. und 11.4.1945.
- 4 Transportroute der 243 Häftlingsleichen aus dem KZ-Zug von Wilhelmshaven. Als Transportfahrzeug diente ein Trecker mit zwei Anhängern.
- 5 Streckenkilometer 129,5 (siehe unten Nr.5)
- 6 Ehemaliger beschränkter Bahnübergang und der Streckenposten 74.
- 7 Hier befanden sich die zwei unmarkierten Massengräber mit den 243 Häftlingsleichen.
- 8 Heutige Kriegsgräberstätte im Tiergarten.
- 9 Auf dem dritten Rangiergleis befand sich zwischen dem 14. und 15.4.1945 der als "lost train/ transport oder Tröbitz - train oder auch verlorener Transport" bezeichnete Deportationszug aus dem KZ Bergen - Belsen. Dort fuhr der Zug am 10.4.1945 ab. Die Insassen waren ca. 2.500 Juden aus dem Sternlager in Bergen-Belsen.
- 10 Während des Aufenthalts am 14. bis 15.4.1945 wurden 11 während der Zugfahrt oder während des 22-stündigen Halts in Lüneburg Verstorbene am Fuße des westlichen Bahndamms (70 m nördlich des Streckenkilometers 129 – nach der Totenliste des Josef Weiss, letzter Judenältester des KZ Bergen - Belsen) in drei Gräbern beigesetzt oder unbeerdigt zurückgelassen. Fünf Leichen wurden am 3.10.1945 (nachmittags) und 6 Leichen wurden am 9.10.1945 exhumiert und auf dem Gräberfeld im Tiergarten beigesetzt.
- 11 Streckenkilometer 129
- 12 Bahnstrecke Richtung Uelzen / Hannover

⁵ Der Prozess fand vom 13. bis 24.8.1946 im Landgericht Lüneburg statt.

Die Tatorte



Entdeckung von Massengräbern Umbettung und Einrichtung eines KZ-Friedhofs

Die Schilderung des Kriegsverbrechens beim Lüneburger Bahngleis zeigt, dass das „Tiergarten-Massaker“ sehr gut bekannt war – wie auch der Ort, an dem die getöteten KZ-Häftlinge verscharrt worden waren. Trotzdem kamen die Stadtverwaltung und die politische Spitze der Stadt ihrer Verpflichtung nicht nach, dies den britischen Truppen zu melden, die am 18. April die Stadt besetzten. Erst aus dritter Hand gelangten die Militärbehörden an die Information, wahrscheinlich am 25.9.1945 (oder unmittelbar davor). An diesem Tag jedenfalls wurde dem Oberbürgermeister von der Militärregierung (Abtl. SO II 914) befohlen, die Voraussetzungen für die Öffnung von Massengräbern zu schaffen. Er sollte „für den 27.9.1945 15 Arbeiter, 1 Arzt, 1 Dolmetscher, 1 Büroangestellten, 2 deutsche Polizeibeamte und einen Lastwagen stellen, um die Leichen von Deportierten zu exhumieren, die in und außerhalb Lüneburgs begraben sind.“⁶ Als Arbeiter wurden Beschäftigte der Firma Holtermann⁷ angestellt, als Arzt Dr. Schilling, als Dolmetscher fungierte Fredo Nestler. Meister der Schutzpolizei Otto Gralow und Hauptwachmeister Bruno Arndt waren als Polizeikräfte eingesetzt.



Exhumierung der Leichen aus dem Massengrab 27. / 29.9.1945

Schon bald nach Öffnung der ersten Grabstellen zeigte sich, dass es sich um ein sehr großes Massengrab handeln müsse, in dem die Toten ohne Sarg verscharrt lagen. Die gestellten Arbeiter würden nicht ausreichen,

in gebotener Zeit die Leichen auszugraben und gegebenenfalls umzubetten. Der Oberbürgermeister berichtet: „Es folgte ein mündlicher Befehl von Captain de Chollet (Det. 109), noch weitere 50 Arbeiter zu stellen. ... Ich machte nun meine gesamten Forstarbeiter und einige Bauarbeiter, die von einigen Baufirmen zurückgezogen werden mussten, mobil. Auch ein zweiter Arzt⁸ und 1 weiterer Lastwagen mussten gestellt werden.“⁹ Spätestens am Sonntag, den 30.9. und am 1.10. 1945 wurden die Leichen ausgegraben¹⁰, mit einem Tuch bedeckt und es wurde versucht, sie zu identifizieren. Der französische Hauptmann Jean de Chollet von der alliierten Suchkommission leitete die Exhumierungen.¹¹



Obduktion der Leichen am 27. / 29.9.1945

Eine Ehrenwache aus dem Kreis des Lüneburger Komitees der ehemaligen politischen KZ-Häftlinge begleitete schweigend die Ausgrabungen (für den 30.9. und 1.10. Alfred Timmermann und Otto Kulicke¹²).

Der Neue Hannoveraner Kurier berichtete von den Ausgrabungen am 1.10.1945: „Der Lüneburger Arzt Dr. Balduan, der mit Gummihandschuhen die Einschüsse in den Leichen feststellte, auf deren vermoderten Zebrakleidung noch deutlich das „F“ der französischen Häftlinge zu sehen ist, sowie Harold Osmond de Drullenec, der Belsen-Häftling aus Jersey, der unter den verwesenen Gerippen nach seinem besten Freund aus dem KZ-Lager Neuengamme sucht, einen Franzosen, dessen Namen er der Angehörigen wegen nicht nennen will. 1,50 Meter tief ist man jetzt im Tiergarten-Wäldchen auf die erste dieser Leichen gestoßen. 167 Tote, zwei

⁶ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Militärbehörde an OB v. 26.9.1945

⁷ Die Baufirma Holtermann beschäftigte bis April 1945 zahlreiche Zwangsarbeiter. Jetzt ließ sie sich auch diese Arbeiten großzügig vergüten mit diversen Zuschlägen (50% Unternehmerzuschlag, 50 % Sonntagsstundenzuschlag, 25 % Überstundenzuschlag, 20 % Geschäftskosten und Schutzzulage). Siehe: Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der Fa. Holtermann an Bürgermeister Lange v. 12.10.1945

⁸ Es handelt sich um Dr. Bolduan

⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Stellungnahme von OB v. 6.10.45 zu den Tiergarten-Vorfällen (i.V.Lange): An Mil.Reg. Det. 1010

¹⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Der ehemalige KZ-Häftling Alfred Timmermann berichtet von „entlassenen Soldaten“, die diese Arbeiten am 30.9. vollziehen mussten; siehe Protokoll Alfred Timmermann v. 13.10.1945

¹¹ Neuer Hannoveraner Kurier v. 2.10.1945

¹² Friedhofsamt Lüneburg, Protokoll Alfred Timmermann v. 13.10.1945

weibliche darunter,¹³ liegen schon mit weißem Chlorkalk bestreut neben dem ersten Massengrab. Sechs von den Leichen sind im zweiten Grabe freigelegt. Dort wird noch weitergegraben.“¹⁴

Für die Umbettung der Toten vom Fundort nach einem neu anzulegenden Friedhof in der Nähe verpflichtete die Stadtverwaltung ehemalige „Angehörige der Nazi-Partei ... die an dieser Arbeit teilnehmen sollten ... aus dem Motiv heraus, dass es nicht schaden könnte, wenn auch diese zur Bestattung der traurigen Opfer herangezogen werden.“¹⁵

Die Leichen sollten würdig bestattet werden. Das Ausheben der Grabreihen auf dem neuen Friedhof besorgte die Firma F. Mengel, die Umbettungen erfolgten am 2. und 3. Oktober. Etwa gegen 14.00 Uhr des 2.10. trafen die bei zwölf Tischlereien des Landkreises und der Stadt angefertigten (zunächst) 144 Särge ein¹⁶ und die Nazis mussten die Umbettung vornehmen. „Nachdem die Särge eingetroffen waren, wurden die Leichen eingesargt mit Gummihandschuhen. Jeweils zu viert wurden die Särge die etwa 150 Meter¹⁷ zum Friedhof getragen, wo jeweils 4 Personen in den Gräften diese entgegennahmenNach einiger Zeit wurde gewechselt.“¹⁸ Diese Arbeiten dauerten am 2.10. bis etwa 22.00 Uhr an und am nächsten Tag von ca. 7.00 Uhr. Der feierliche Beisetzungsakt wurde am Mittwoch, den 3. Oktober, um 11.00 Uhr vollzogen.¹⁹

In sechs langen Grabreihen waren die Leichen in Einzelgräbern bestattet worden, zusätzlich befanden sich drei Einzelgräber an der Front des Friedhofs. Die Fa. Tegeler war beauftragt worden, zur Dokumentation Fotos anzufertigen. Ob bereits zu diesem Zeitpunkt eine weitere Ausgestaltung des Friedhofs (in christlicher Tradition) vorgenommen war, oder dieses in den darauffolgenden Tagen und Wochen geschah, konnten wir nicht exakt ermitteln.

Noch während der Beisetzungsfeierlichkeit wurde ein weiteres Massengrab entdeckt. Darüber berichtet das Mitglied des Komitees der politischen Häftlinge, Paul

Wicht: „Sofort nach Beendigung des Aktes bin ich mit Fischer²⁰ zusammen fortgefahren, weil uns zu Ohren gekommen war, dass neue Gräber an einer anderen Stelle im Tiergarten entdeckt waren. Wir haben diese Gräber aufgesucht...“²¹ Augenscheinlich handelt es sich um fünf neben den Bahngleisen verscharrte Leichen. Wie der Lüneburger Lokalgeschichtsforscher Manfred Messer herausfinden konnte, waren diese KZ-Häftlinge an Entkräftung und vor Hunger gestorben. Sie stammten aus einem weiteren Todeszug, der am 10.4.1945 mit 35 Wagons und etwa 2.500 Häftlingen von Bergen-Belsen losfuhr und am 14. und 15. April auf einem Rangiergleis in Lüneburg-Wilschenbruch stand. Elf während der Zugfahrt oder während des 22-stündigen Aufenthalts in Lüneburg Verstorbene wurden am Fuße des westlichen Bahndamms, 70m nördlich des Streckenkilometers 129, in drei Gräbern beigesetzt oder hier unbeerdigt zurückgelassen (nach der Totenliste des Josef Weiss, letzter „Judenältester“ des KZ Bergen-Belsen.)²²

Fünf dieser Leichen wurden am Nachmittag des 3. Oktober ebenfalls auf dem neu angelegten KZ-Friedhof beerdigt. Es darf angenommen werden, dass sie dort in den beiden letzten Reihen 5 und 6 mit den laufenden Grabnummern 244 bis 248 beerdigt wurden.

Nur wenige Tage später ereignete sich dann der nächste Leichenfund von Häftlingen dieses „Lost Trains“, nämlich „am Bahndamm in Richtung Lüneburg-Uelzen, etwa 500 Meter vom Wärterhaus 574.“²³ Ein Berichterstatter des Polizei-Reviers nennt als Fundort den „Bahndamm Lüneburg – Uelzen, beim Posten 74.“²⁴ Auch diese Leichname wurden ausgegraben und identifiziert, soweit es möglich war. Es handelte sich um jüdische Personen.

Zur Vorbereitung der Umbettung dieser Leichen vom Bahndamm zum KZ-Friedhof vermerkt Polizeimeister Markert von der Stadtpolizei am 8. Oktober 1945: „Fernmündlicher Anruf des Bürgermeisters v. 8.10. um 17.30 Uhr: Morgen früh 7 ¼ Uhr haben sich zwecks Umbettung neu gefundener Leichen (Nazi-Opfer)

¹³ Hier irrte der Verfasser, wie sich bei den Exhumierungen 1951 herausstellen sollte.

¹⁴ Neuer Hannoveraner Kurier v. 2.10.1945

¹⁵ Friedhofsamt Lüneburg, Von den 31 einbestellten Alt-Nazis erschienen 23 Personen.

¹⁶ Weitere Särge wurden kurze Zeit später nachgeliefert.

¹⁷ Andere Zeitzeugen sprechen von einer Entfernung von 50 bis 100 Meter.

¹⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Unternehmers Wilhelm Storck (7 Seiten lang, auf Firmenpapier) an Major Ford, 914 Mil. Gov. Det. v. 5.10.1945; Storck beschwerte sich darin über die Drangsalierung der eingesetzten NS-Umbettungsarbeiter durch anwesende, empörte und wütende polnische Zwangsarbeiter, die auch zum Tode eines dieser Arbeiter (Herzstillstand) führte. Diese Vorgänge wurden anschließend

sehr umfassend von der englischen Militärbehörde untersucht.

¹⁹ Ebenda, Protokoll Paul Wicht v. 13.10.1945; Der Oberbürgermeister gibt in seiner Stellungnahme als Uhrzeit 10.00 Uhr an.

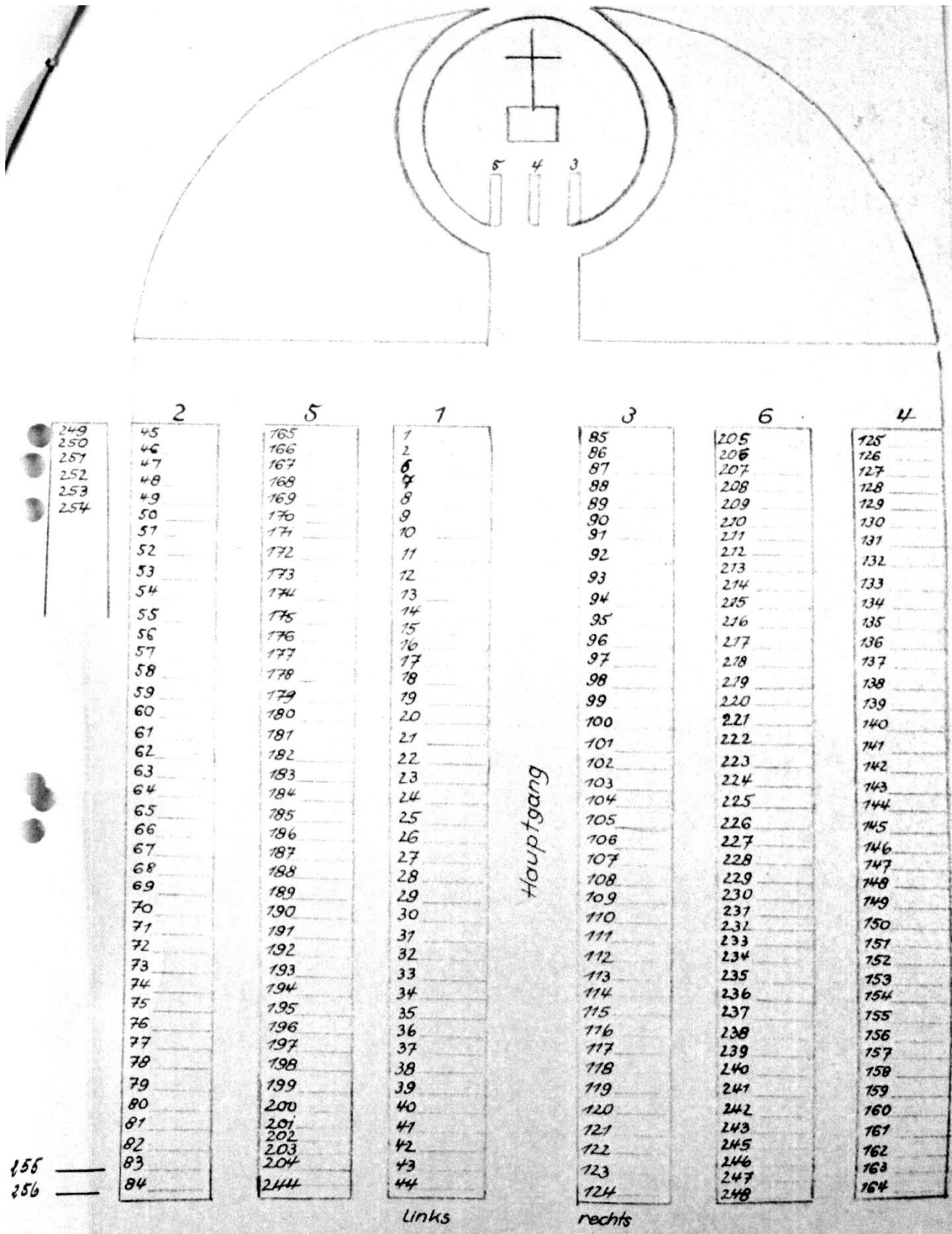
²⁰ Fischer war im Komitee Vorstandsmitglied und dort zuständig für antifaschistische Propaganda

²¹ Friedhofsamt Lüneburg, Protokoll v. 13.10.1945

²² Schreiben Manfred Messer an Oberbürgermeister Mädege v. 5.9.2014, liegt d. V. vor

²³ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk von Oberleutnant Wiencke (Oberltn. der Schutzpolizei) vom 9.10.1945

²⁴ Ebenda, Vermerk Stadtpolizei/Revier v. 9.10.1945 (Kannoppa, Hauptwachtmeister der Schutzpolizei)



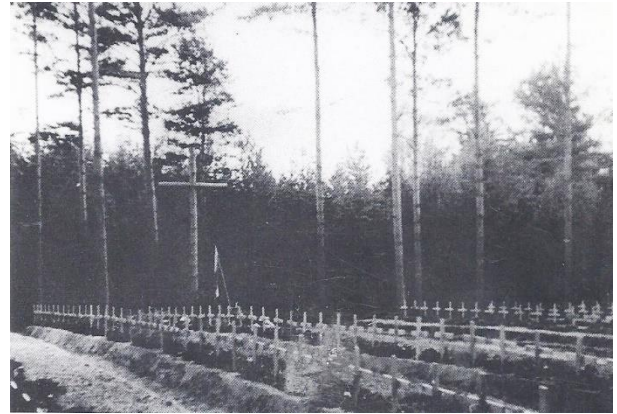
Diese Zeichnung aus den Unterlagen des Friedhofsamtes (ohne genaue Angabe des Anfertigungsdatums) wurde zwischen 1946 und 1951 erstellt. Sichtbar ist die symmetrische Anlage von jeweils drei Grabreihen links und rechts vom Hauptgang. Auch die Gräber in einer siebten Reihe sind erkennbar. An der Stirnseite des Friedhofes befindet sich das Großkreuz mit drei Gräbern. Alle Gräber sind durchnummeriert von Nr. 1 bis 256. Die gesamte Anlage ist heute etwa 870 Quadratmeter groß.

16 Nazis (Liste geht noch zu), 1 Arzt (Name wird noch genannt), 1 Polizeibeamter unter Führung von 1 Offizier (Oberleutnant Wiencke) in der Kavallerie-Kaserne (DCLJ) zu melden.“²⁵ Wie bereits bei der Umbettungsaktion am 2. und 3. des Monats wurde den zu dieser Tätigkeit verpflichteten Personen per Zustellungsurkunde mitgeteilt: „Sie werden hierdurch aufgefordert, als ehemaliger Anhänger des früheren Nazi-Regimes sich an diesen Arbeiten zu beteiligen.“ Diese Umbettung dauerte bis gegen 13.00 Uhr des 9. Oktober. Oberleutnant der Schutzpolizei Wiencke bemerkte in seinem Abschlussbericht, dass die Leichen „geborgen und auf dem dafür vorgesehenen Friedhof beigesetzt (wurden). Es waren anwesend 14 Arbeiter (Nazis) und 1 Arzt, sowie Herr Bürgermeister Lange Besondere Vorkommnisse traten nicht ein.“²⁶ Es ist zu vermuten, dass im Unterschied zu den Ausgrabungs- und Umbettungstätigkeiten von Ende September/Anfang Oktober diese Aktion nicht öffentlich bekannt wurde.²⁷

Für diese letztgenannten sechs Leichname wurden Grabstellen in einer zusätzlich angelegten siebten Reihe zur Stirnseite des Friedhofs hin eingerichtet. Sie erhielten die Grabernummern 249 – 254. Das Anlegen dieser zusätzlichen siebten Grabreihe war umstandslos möglich, weil zu diesem Zeitpunkt der Friedhof noch nicht eingezäunt war.

In diesen Wochen im Herbst 1945²⁸ wurde noch eine weitere Umbettung zum Tiergartenfriedhof vorgenommen, nachdem noch zwei weitere Leichen entdeckt wurden. M. Messer schreibt: „Ermordung von zwei sowjetischen Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern, die um den 7.4.1945 im Bereich des Güterbahnhofs Lüneburg (angeblich wegen „looting“ = Plünderung) von unbekannten Tätern erschossen worden sind. Die Leichen dieser Sowjetbürger wurden ... auf dem Gelände des Güterbahnhofs exhumiert und auf dem KZ-Friedhof im Tiergarten beigesetzt.“²⁹

Es spricht vieles dafür, dass die Leichen dieser beiden Personen in ihren Särgen auf dem Friedhof die Grabnummern 255 und 266 erhielten und ebenfalls in der siebten Reihe beigesetzt wurden, allerdings nicht an der Stirnseite direkt neben den Gräbern mit den



Ursprüngliche Grabanlage Ende 1945, Foto s. S. 56

Nummern 249 bis 254, sondern an der Fußseite. Möglicherweise aufgrund der Tatsache, dass es sich bei ihnen nicht um Tote der KZ-Züge handelte, hat man sie mit einigem Abstand zu den anderen Toten beerdigt.

Damit waren bis Ende November 1945 die sterblichen Überreste von 256 Nazi-Opfern auf dem neu geschaffenen Friedhof im Tiergarten bestattet worden.

Was die Gestaltung des neuen KZ-Friedhofes anbelangt, waren spätestens zum Jahresende 1945 an jedem Einzelgrab Grabkreuze aus Eichenholz angebracht (geliefert durch die Fa. Thiede). An der Stirnseite wurde die Anlage mit einem Großkreuz vor den drei Einzelgrabstellen versehen, errichtet von den Fa. Joh. Clavin. Um die Jahreswende 1945/46 wurden von der Fa. Cramm 254 kupferne Erkennungstafeln angefertigt³⁰ (anscheinend ausschließlich für die Gräber der Toten der KZ-Züge), die von der Fa. Thiede im Januar 1946 an der Grabkreuzen angebracht wurden.³¹

Noch am 17.1.1946 hatte der Lüneburger Stadtbaurat die Firma Thiede schriftlich zur Eile gemahnt, da die Besatzungsbehörde auf das Anbringen der Namensschilder dränge. Außerdem sei dieses auch „erforderlich, damit die Grabstellen wegen des z. Zt. laufenden Verfahrens aufzufinden sind.“³² Dieser Hinweis bezog sich sicherlich auf die Voruntersuchungen der britischen Behörden im Verfahren gegen die Verantwortlichen, die das Sterben der KZ-Häftlinge (mit-)verursacht hatten. Die Gesamtkosten für die Umbettungen und die Anlage

²⁵ Ebenda, Vermerk von der Stadtpolizei (Markert) v. 8.10.1945

²⁶ Ebenda, Vermerk von Oberleutnant Wiencke (Oberltn. der Schutzpolizei) vom 9.10.1945

²⁷ Möglicherweise um eine nochmalige Empörung der ehemaligen Zwangsarbeiter wie am 2.10. mit seinen Folgen zu vermeiden.

²⁸ Manfred Messer benennt als Datum den 26.11.1945 in seinem Schreiben an Oberbürgermeister Mädege v. 5.9.2014 (liegt d. V. vor)

²⁹ Ebenda; Immo de Vries verweist auf die Aussage von de Chollet im Prozess gegen Jepsen, in: Immo de Vries, Kriegsverbrechen in Lüneburg, Das Massengrab im Tiergarten, Hrsg. Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 2000, S. 101

³⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Das Kupfer wurde von der Fa. F. Ebeling geliefert.

³¹ Schreiben vom Oberbürgermeister (i.V. Lange) an das Bauamt v. 14.1.1946, Notiz v. 19.1.46: Berechnet wurden dafür von den Firmen Cramm und Thiede 350.- Mark.

³² Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Stadtbaurats an die Fa. Thiede v. 17.1.1946

des Friedhofs beliefen sich auf 10.100,77 RM, die zunächst aus dem „Verfügungsfond des Oberbürgermeisters“ beglichen wurden, der im Haushaltsjahr 1946 insgesamt mit 15.000.- RM versehen war.³³

Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus am KZ-Friedhof 1945 bis 1949

In den ersten Jahren nach dem Krieg fanden auf dem KZ-Friedhof regelmäßige Gedenkveranstaltungen statt. Das unterstreicht die herausragende Bedeutung, die diesem Ort damals beigemessen wurde.

So legten am Totensonntag des Jahres, dem 26. November 1945, Oberbürgermeister Bockelmann und Bürgermeister Lange im Namen der Stadt Lüneburg Kränze nieder „auf dem Zentralfriedhof, auf dem Friedhof für englische Soldaten, auf dem KZ-Friedhof in Wiltschenbruch und auf dem russischen Friedhof in Böhmsholz.“³⁴

Auch die Jüdische Gemeinde Lüneburgs beteiligte sich zu jener Zeit auf dem KZ-Friedhof an den Trauer- und Gedenkveranstaltungen wie an jener vom 1. September 1946, dem Antikriegstag, die vom Komitee der politischen Häftlinge organisiert wurde. Die Zeitschrift „UNZER SZTYME“, ein in Jiddisch geschriebenes Mitteilungsblatt des Jüdischen Zentralkomitees (gedruckt in Bergen-Belsen) beschreibt dieses Gedenken an die ermordeten KZ-Häftlinge in ihrer Ausgabe Heft 13 v. 15.9.1946: „Es erschienen Delegationen mit Blumenkränzen. Man sieht die Militärregierung (nur Blumen, kein delegierter Offizier), das Jüdische Zentralkomitee, die Stadtverwaltung, SPD, KPD, die Christliche Union, die KZ-Betreuungsstelle und das Jüdische Komitee von Lüneburg.“³⁵ Rabbiner Zvi Helfgott, Mitglied des jüdischen Zentralkomitees, sprach ein Gebet und hielt eine Ansprache: Lasst uns „zusammen mit allen demokratischen Kräften gegen den Faschismus kämpfen, der noch in Deutschland weiter lebt.“ Zitiert wird in dieser

Zeitschrift ebenfalls ein Auszug aus der Gedenkrede des Vorsitzenden des Hannoveraner KZ-Ausschusses, Gerhard Grande: „Wir KZ-Häftlinge werden immer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfen“. Die Landeszeitung berichtete über diese Gedenkveranstaltung in einem längeren Artikel.³⁶ Überliefert ist ebenfalls eine Zusammenkunft der Lüneburger Jüdischen Gemeinde am KZ-Friedhof für den Befreiungstag, am 8. Mai 1947.³⁷

Die jüdische Gemeinde feierte den Tag der Befreiung
Die jüdische Gemeinde für den Stadt- und Landkreis Lüneburg feierte die erste Wiederkehr des Tages der Befreiung durch die alliierten Armeen.
Am Vormittag des 2. Mai fanden sich die Angehörigen der Lüneburger jüdischen Gemeinde zu einer Totenfeier an den Massengrabern im Tiergarten zusammen. Am Abend begrüßte Herr Goldstoft, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Lüneburg, eine Reihe von Gästen im Haus der Gemeinde. In seiner Rede, in der er dem Dank an die Befreier Ausdruck verlieh, antwortete Herr Oberstleutnant Harper im Namen der britischen Militärregierung. Nachdem der polnische Hauptmann Semjowski seine Glückwünsche dargebracht hatte, hielt Oberrabbiner Meisels eine von tiefem Verantwortungsgefühl und von der Weihe der Stunde getragene Ansprache.

LZ v. 7.5.1946

„Die Toten zu ehren, die Lebenden zu mahnen“

Gedenkrede für die Opfer des Faschismus in Lüneburg

NICHT nur der Opfer des Faschismus zu gedenken, war uns heute Sinn der „Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus“, die vom Komitee ehemaliger politischer Häftlinge in Lüneburg im Festsaal des Rathauses und an den Gräbern der 211 unbekannten Toten im Tiergarten abgehalten wurde. Der würdevollste Sinn dieser Tage soll Mahnung sein, wie immer wieder vor Augen zu halten, in welchem Abgrund der Weg führt, wenn politische Blindheit ein menschliches System wie den Nationalsozialismus zur Macht kommen läßt.

dem Regierungsbereich Lüneburg teilgenommen waren, sprachen auch die Geistlichen der evangelischen und protestantischen Konfessionen sowie der SPD, KPD und CDU. Umrahmt wurden die Feiern von Musikgruppen des Symphonieorchesters Lüneburg und

³³ Friedhofsamt Lüneburg, Rechnungen für die KZ-Aktion/Auflistung o. D. (wahrscheinlich März 1946); Als im Jahre 1947 das niedersächsische Innenministerium ankündigte, dass die Militärregierung sich vorbehalten habe zu entscheiden, ob diese Kosten von dritter Seite übernommen werden sollen, erstellte das Friedhofsamt der Stadt eine „überarbeitete“ Auflistung dieser Kosten, die jetzt erheblich höher waren und 15.789,21 DM betragen.

³⁴ Lüneburger Post v. 27.11.1945

³⁵ UNZER SZTYME, Jüdische Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Britischen Zone 1945 – 1947, Kiel 2004, S. 13; vgl.: VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“, Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkstätte an der früheren Synagoge, Lüneburg 2013, S. 26 f

³⁶ LZ v. 3.9.1946

³⁷ UNZER SZTYME, ... , S. 103



Foto: Zabel; vermutlich nach einer Gedenkveranstaltung der jüdischen Gemeinde aufgenommen.

Im Mai 1947 vermerkt das Friedhofsamt, dass der „KZ-Friedhof im Tiergarten ... nunmehr ordnungsgemäß hergerichtet“ wurde und gibt an, für diese Arbeiten Baumschulgehölze für 1.368.- RM und 68 qm lfd. Meter Belegstufen aus rotem Wesersandstein verbraucht zu haben.³⁸ Eine Anfrage der Stadtverwaltung beim Lüneburger Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK), ob von dort diese Kosten übernommen werden können, lehnte dieser mit Hinweis auf die begrenzten Mittel ab; er übernahm aber die Pflegekosten für die restlichen Monate des Jahres 1947.³⁹

Die Initiative für eine Gedenkfeier am KZ-Friedhof im September 1947 ging abermals vom Komitee ehemaliger politischer Häftlinge aus. Es lud Parteien und Verbände für den 26. August zu einer zweiten Vorbereitungssitzung ein und setzte für den 14. September eine Trauerfeier an. Am Abend zuvor sollte eine Kundgebung der VVN auf der Bastion (Wallanlagen) stattfinden. Der Rat der Stadt (bzw. der Oberstadtdirektor) wurde gebeten, dafür logistische Hilfestellung zu geben und u.a. die Mitwirkung des städtischen Symphonieorchesters zu organisieren.

Komitee ehem.pol.Häftlinge

Lüneburg, den 27. August 1947

An den
Herrn Oberstadtdirektor

L ü n e b u r g

In der gestrigen Sitzung zur Vorbereitung der Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus, an der die Vertreter der Parteien, -SPD., NLP., KPD. und FDP. sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Freien deutschen Jugend, der "Falken", ATL. und Volkschor teilnahmen, wurde, von sämtlichen Anwesenden einstimmig der Beschluß gefaßt, daß außer der am Sonntag, dem 14. September 1947, 15 Uhr, auf dem Friedhof im Tiergarten vorgesehenen Trauerfeier am Sonnabend, dem 13.9., 19,30 Uhr, eine Kundgebung der V.V.N.-Verenigung der Verfolgten des Nazi-Regimes auf der Bastion stattfinden soll.mit dem Ziel, die Bevölkerung Lüneburgs auf die ungeheuren Opfer des Faschismus, die ihr Leben nicht zuletzt für die gesamte Bevölkerung hingaben, hinzuweisen, damit sie an der eigentlichen Gedenkfeier stärkeren und regeren Anteil nimmt. Wir bitten Sie daher, zu veranlassen, daß durch die Firma Heiland eine Lautsprecheranlage für diesen Termin zur Verfügung gestellt wird. Es ist von den einzelnen anwesenden Vertretern gewünscht worden, daß am Sonntag, dem 14. September 1947, bei der Trauerfeier im Tiergarten das

Die offizielle Trauerfeier fand 1947 noch in Zusammenarbeit mit der VVN statt.

³⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Rat der Stadt Lüneburg/Friedhofsamt v. 24.2.1947

³⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben VDK an den Rat der Stadt v. 14.3.1947

Die politische Bedeutung, die diesen Gedenkfeierlichkeiten damals beigemessen wurde, wird auch daran deutlich, dass die politische Spitze der Stadt, der Verwaltungsausschuss, sich der Sache annahm. Er beschloss: „Zur Vorbereitung der Trauerfeiern für die Opfer des Faschismus am 14. September 1947 auf dem Friedhof im Tiergarten sind die Gräber im Tiergarten durch das Friedhofsamt neu herzurichten. Die Stadtverwaltung stellt für die Trauerfeier Rednerpult und Sitzbänke zur Verfügung. Das Straßenverkehrsamt wird angewiesen, zur Beförderung der Teilnehmer zum Friedhof Omnibusse bereit zu halten. Auf dem Wege zum Friedhof sind Wegweiser anzubringen.“ Weiterhin wurde beschlossen, dass „an der Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus“ gleich zwei hochrangige Vertreter der Stadt teilnehmen werden (der stellvertretende Oberbürgermeister Wallbaum und Stadtsyndikus Segelke), die instruiert wurden, dort „einen schönen und großen Kranz niederzulegen ... Innenweite 80 bis 100 cm.“⁴⁰ Oberbürgermeister Braune lud alle Ratsherren zu den beiden Veranstaltungen „für die Opfer des Faschismus“ gesondert ein.

Sowohl die Durchführung der Gedenkfeier am Samstag, den 13. September auf der Bastion (mit einigen hundert Teilnehmenden) als auch jene auf dem KZ-Friedhof am Folgetag lag in den Händen der VVN.⁴¹ Es beteiligten sich an diesen Feierlichkeiten ebenfalls Vertreter der Landes- und der Bezirksregierung, von Stadt- und Kreisverwaltung. „Geistliche aller drei Konfessionen hielten Gedenkreden.“⁴² Der Verwaltungsausschuss der Stadt beschäftigte sich in einer Nachbereitung eigens mit seinen Aktivitäten und stellte fest, dass „die Feier auf dem Friedhof im Tiergarten recht würdig verlaufen sei. Der von der Stadtverwaltung niedergelegte Kranz sei sehr schön gewesen und habe allgemein angesprochen.“⁴³



LZ v. 16.9.1947

In einem längeren Artikel berichtete die Landeszeitung tags darauf ausführlich von diesen Veranstaltungen und verwies zusätzlich in einem Kommentar mit dem Titel „14. September“ auf die besondere Rolle des deutschen Widerstands:

„Vorgestern war der offizielle Gedenktag für die Opfer des Faschismus in allen Zonen ... Es gibt auch die

deutschen Opfer einer verschwiegenen und verlästerten Widerstandsbewegung ... Sie starben einsam und verleumdet, und heute bereits werden ihre Namen wieder ins Halbdunkel des Zweifels und der Verdächtigung gestürzt, weil bei Unzähligen nichts energischer verabscheut wird als die Wahrheit. Diese Toten und die Überlebenden des Kampfes aus den Zuchthäusern und Lagern sind aber das Unterpfand für Deutschlands Lebensrecht. Sie und ihre Treue zu deutscher Freiheit sind die Stützen für den Glauben der Zukunft ... dies ist die Wahrheit, und nur die Erkenntnis der Wahrheit macht den Weg zu gesunder Neuordnung frei.“⁴⁴

„Es gab ein anderes Deutschland!“

WIE überall in Deutschland gedachte man auch Lüneburg am vergangenen Wochenende der Opfer des Hitler-Faschismus. Leider waren dem Rufe zur Gedenkfeier auf der Bastion nur wenige hundert Menschen gefolgt. Die allgemeine Apathie gegenüber dem grauenhaften Geschehen der jüngsten Vergangenheit hatte sogar Geschäftsleute veranlaßt, die für ihre Schaufenster bestimmten Plakathinweise abzulehnen. Zu beiden Seiten des Mahnmals, das sich über der Ruhestätte der 243 auf dem Lüneburger Bahnhof ermordeten oder durch Bomben erschlagenen Kz-Häftlinge im Tiergarten erhebt, standen als Fackelträger politische Häftlinge im gestreiften Drillich ihrer Leidenszeit.

LZ v. 16.9.1947, Ausriss

standskämpfer aller Nationen, vergesst nicht eure deutschen Kameraden aus den Konzentrationslagern. Sie erwarten nicht Rache, sondern Hilfe. Rettet das deutsche Volk vor dem Hungersterben.“

⁴⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes v. 10.9.1947

⁴¹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der VVN an den Oberstadtdirektor v. 26.8.1947

⁴² LZ v. 16.9.1947

⁴³ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes v. 20.9.1947

⁴⁴ LZ v. 16.9.1947

Opfer des Faschismus fordern Frieden

In einer schlichten Morgenfeier gedachten die Mitglieder der VVN und des Komitees ehemaliger politischer Häftlinge am gestrigen Sonntag ihrer in den Konzentrationslagern verstorbenen Kameraden. Der erste Redner, Scharmer, streifte mit wenigen Worten die ungeheuren Leiden und Schmähungen, denen die Inhaftierten ausgesetzt waren und stellte die paradoxe Ideologie des dritten Reiches heraus, die einerseits Organisationen wie „Mutter und Kind“ schuf, sich aber deswegen nicht scheute, selbst Tausende von unschuldigen Kindern und Müttern in den Vernichtungslagern zu beseitigen. **Freiheit, Recht, Menschlichkeit und Frieden** bezeichnete er als die Ziele der Gegner des dritten Reiches, für die sie auch im Namen ihrer 11 Millionen umgekommenen Schicksalsgefährten weiter kämpfen würden zum Wohle eines demokratischen Deutschlands und eines friedvollen Zusammenlebens aller Nationen.

Oberbürgermeister Braune erklärte, daß es keines besonderen Gedenktages bedürfe, um an die Schrecken des Nazi-Regimes erinnert zu werden. Zerbombte Städte, Millionen von Kriegsopfern und Hinterbliebenen, eine auf den

Landstraßen umherziehende, hoffnungslose Jugend seien Opfer der Diktatur, die einem täglich vor Augen geführt würden. Der Kampf aller Ueberlebenden müsse daher jedem Diktaturversuch gelten.

Vom Zonensekretariat Hamburg sprach außerdem Franz Glienke. Die musikalische Umrahmung übernahmen das Lüneburger Theaterorchester sowie der Volkschor Lüneburg. Am Nachmittag fand auf dem Friedhof im Tiergarten eine feierliche Kranzniederlegung der Behörden und entsandten Abgeordneten statt. (LL)

LZ v. 20.09.1948

Den Gedenkfeiern im Jahre 1948 ging zunächst ein Aufruf der Niedersächsischen Landesregierung voraus, das Datum des gemeinsamen Gedenktages in diesem Jahr zu ändern. Er soll nicht mehr wie zuvor am zweiten Septembersonntag stattfinden, sondern am 19. September. Zugleich änderte sich die Terminologie: Der Dezernent für ehemals politisch Verfolgte bei der Bezirksregierung Lüneburg, Scharmer, teilte der Stadt Lüneburg mit, es sei Wille der Landesregierung, diesen Tag als „Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu begehen.“⁴⁵ Diese Abwendung vom Begriff „Faschismus“ hin zur NS-Selbstbezeichnung (wenngleich mit dem Hinweis auf deren „Gewaltherrschaft“) wurde am Ort zunächst noch nicht beachtet.

Wie im Jahr zuvor wandte sich das Komitee ehemals politischer Häftlinge (Prien) an den Rat der Stadt,⁴⁶ bat um die Übernahme eines „Protektorats“ für die „Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus“ an zwei Tagen, um die Bereitstellung des Fürstensaals des Rathauses für eine gesonderte Veranstaltung und des Symphonieorchesters, von Bänken und Rednerpult für die Gedenkfeier am KZ-Friedhof, und um weitere logistische Tätigkeiten. Über den Zustand des KZ-Friedhofs schreiben die Einladenden: „Das Stadtgartenamt hat

bisher den Friedhof im Tiergarten in tadelloser Ordnung erhalten. Dieses wird anerkannt und wir sprechen unseren Dank dafür aus. Wir bitten aber zu veranlassen, dass die Grabstätten zur Feier nochmals überholt werden.“⁴⁷ In einer Verfügung des Hauptamtes der Stadtverwaltung vom 15.9. wurde daraufhin festgehalten: „Dem Wunsch des Komitees ehem. Pol. Häftlinge ist zu entsprechen.“ Oberstadtsekretär Redemacher wurde beauftragt, „die Ausführungen der von der Stadt zu veranlassenden Vorbereitungen zu kontrollieren.“⁴⁸

Auch für den September 1949 lud das Komitee ehemaliger politischer Häftlinge (Fritz Hiller) wieder „zur Ehrung unserer toten Kameraden ... an der Grabstelle der Opfer des Faschismus in Lüneburg im Tiergarten“ ein, für den 11. September um 15.00 Uhr.⁴⁹ Der Verwaltungsausschuss der Stadt beschloss, wie Protokollführer Segelcke formulierte: „Für die am 11.9.1949 stattfindende Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus ist die Grabstelle im Tiergarten würdig herzurichten und für die Aufstellung von Bänken und einer Rednertribüne Vorsorge zu treffen. Ferner ist ein Kranz zu bestellen.“ Wieder wurde ein Omnibus-Zubringerdienst

⁴⁵ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Regierungspräsidenten an die Stadt Lüneburg v. 7.8.1948

⁴⁶ Ebenda, Schreiben des Komitees ehemaliger politischer Häftlinge an den Rat der Stadt v. 11.8.1948: „In ganz Deutschland finden in allen Städten und Kreisen ... Gedenkfeiern statt. Die Träger dieser Feiern sind die Vereinigung der Verfolgten des

Nazi-Regimes, alle Komitees und Dienststellen der Opfer des Nazi-Regimes.“

⁴⁷ Ebenda

⁴⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes der Stadtverwaltung vom 15.9.1948

⁴⁹ Ebenda, Einladung des Komitees ehem. politischer Häftlinge v. 2.9.1949

eingrichtet und die Stadtverwaltung übernahm weitere notwendige Tätigkeiten. Neben Vertretern von Behörden und der Kirche nahm der Bürgermeister an dieser Gedenkveranstaltung teil, die vom Volkschor Lüneburg und dem Trommler- und Pfeiferkorps der Arbeiterturnerschaft Lüneburg (ATL) umrahmt wurde.

Die Anwesenden wurden von einem Regierungsbeamten, dem Dezernenten für die Betreuung der ehemaligen politischen Häftlinge bei der Bezirksregierung, Scharmer, begrüßt. Hauptredner war Gerhard Grande, Geschäftsführer des niedersächsischen KZ-Ausschusses der ehemaligen politischen Häftlinge aus Hannover.⁵⁰

Grande warnte in seiner Ansprache vor den neuen Rechtsparteien, „die den Weg zu einem neuen Nationalsozialismus ebnen“. Für die Bezeichnung des deutschen Faschismus übernahm er jedoch die neue konservative Formel von der „nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Die NS-Opfer stellte er nicht mehr in den ausschließlichen Kontext zum deutschen Faschismus, sondern verallgemeinerte mit seinem Hinweis, dass sie ein „Stachel des Gewissens“ seien. Grande mahnte, „es niemals wieder zu einer Diktatur gleich welcher Art kommen zu lassen.“ Ein deutlicher Hinweis auf den beginnenden außenpolitischen Kalten Krieg und innenpolitischen „Kalten Bürgerkrieg“.⁵¹

Die Gedenkveranstaltung des Jahres 1949 sollte vorerst die letzte sein, der Lüneburg mit ihren Repräsentanten eine großzügige Unterstützung zu teil werden ließ und bei der eine Identifizierung mit dem Anliegen der NS Opfer deutlich wurde.



Fotos: Stiftung nds. Gedenkstätten; Ansprache Gerhard Grande

Ein „Stachel des Gewissens“

Gedenkstunde für Opfer des Faschismus — Schwarz-Rot-Gold auf Halbmast

(LL) Lüneburg, 11. September

NICHT um Haß zu säen, sondern um die Wiederholung eines Gewaltregimes zu vermeiden, gedenken wir der Opfer des Faschismus“, sagte der Dezernent für die ehemaligen politischen Häftlinge bei der Regierung Lüneburg, Scharmer. Sonntagnachmittag zur Eröffnung der schlichten Feierstunde am Ehrenmal in der Lüneburger Tiergartenforst. Er begrüßte sodann Vertreter der Regierung, der Kreis- und Stadtverwaltung Lüneburg, der Militärregierung, der Parteien, Gewerkschaften und Konfessionen sowie Delegierte des Hauptausschusses für ehemalige politische Häftlinge im Lande Niedersachsen, dessen Geschäftsführer Gerhard Grande sodann das Wort ergriff.

LZ v. 12.9.1945

⁵⁰ G. Grande war Nazi-Verfolgter. Er wurde 1938 wegen Urkundenfälschung verfolgt. Er hatte, obwohl „Halbjude“, als Abstammung „arisch“ angegeben. Nachdem er im KZ Auschwitz inhaftiert war, wurde er im Februar 1945 in das KZ Neuengamme verbracht, bis er am 6. April 1945 mit anderen überlebenden KZ-Häftlingen auf einen „Todesmarsch“ nach Bergen-Belsen geschickt wurde. Vergl.: Böttcher, Mlynck,

Röhrbein, Thielen, Hannoversches biographisches Lexikon, Hannover 2002, S. 134 und Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Gerhard_Grande (Januar 2016)

⁵¹ Diesen treffenden Terminus „Kalter Bürgerkrieg“ verwendet Jan Korte, Instrument Antikommunismus, Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009

Streit zwischen Komitee/VVN und Stadt um ein Denkmal auf dem KZ-Friedhof (1947 – 1950)

Die veränderte Lage vor dem beginnenden Kalten Krieg wird auch in der folgenden Auseinandersetzung zwischen dem Komitee und der Stadt deutlich: Das Komitee hatte bereits 1947 eine Erinnerung an den besonderen Charakter dieser Anlage mit einer Würdigung dieser Toten als politische Häftlinge und Nazi-Opfer gewünscht. Komiteesprecher Steinmetz (kommunistischer NS-Widerständler) teilte dem Rat der Stadt im September 1947 mit, das Komitee habe deshalb den Beschluss gefasst, dass auf dem Friedhof „ein ehrendes Denkmal“ errichtet werden möge. Einen Entwurf dafür sei in Arbeit vom Hamburger Architekten Robert Hartmann-Hlawatsch, einem ehemaligen Nazi-Verfolgten und KZ-Häftling.⁵²

Im November 1947 wiederholte das Komitee sein Ersuchen an den Rat mit dem Hinweis, dass der Kostenaufwand nicht allzu hoch sein werde, „da lediglich das Ehrenmal selbst und die 2 Opferschalen am Eingang zu errichten sind.“⁵³

Der Gestaltungsentwurf des Architekten und des Komitees sah vor, dass am Eingang des Friedhofs zwei Stufen und zwei Sockel anzubringen seien. Auf den beiden Sockeln sollte sich je eine „Opferschale“ befinden. An der Stirnseite sollte der Erdhügel abgetragen, das Hochkreuz entfernt und an dieser Stelle ein Denkmalstein platziert werden, der „das Relief eines knienden Gefangenen“ zeigt. Die Kosten für die Denkmalsarbeiten sollten von der Stadt, die Übrigen vom Komitee übernommen werden. Nachdem Steinmetz am 24.2.1948 das Hauptamt der Stadt darum bat, mit den Vorarbeiten zügig zu beginnen, erhielt dieses Vorhaben „grünes Licht“: Der Oberstadtdirektor (i.V. Baumbach) wies das Bauamt an, dem Antrag des Komitees zu folgen und Weiteres zu veranlassen.⁵⁴

Bei den anschließenden Gesprächen zwischen Komitee (Steinmetz) und Bauamt (Dr. Kleeberg, Schuhmann) am 15. und 19.3. 1948 erläuterte Architekt Hartmann-Hlawatsch die Bedeutung des Reliefs: „Hinsichtlich der knienden Gestalt nehme der Entwurf Bezug auf die Art der Erschießung, wie sie hier in Lüneburg erfolgt sein soll.“⁵⁵



Skizze Hartmann-Hlawatsch 1948

⁵² Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Komitees (Steinmetz) an den Rat der Stadt v. 12.9.1947

⁵³ Ebenda, Schreiben des Komitees an den Rat v. 17.11.1947

⁵⁴ Ebenda, Anweisung des Hauptamtes (i.A. des OstD Baumbach) an das Stadtbauamt v. 25.2.1948

⁵⁵ Ebenda, Vermerk Stadtbauamt (Schuhmann) v. 15.3.1948; Es ist zwar dokumentarisch nicht belegt, aber stark zu vermuten, dass neben diesem Motiv ebenso die Anbringung einer Symbolik für die dort begrabenen politischen KZ-Häftlinge, der (rote) Winkel, vorgeschlagen wurde, wie es seinerzeit üblich war.

Anscheinend gab es von Seiten des Bauamtes keine Zustimmung zu diesem Gestaltungsvorschlag, denn es wurde verabredet, dass ein zweiter Entwurf vorbereitet werden soll. Gemeinsam legte man fest: „Das Denkmal soll auf ein Podest gestellt werden, welches die gesamte Breite des Friedhofs einnimmt und etwa der Höhe des jetzigen Kreuzhügels entspricht. Von der Mitte sollen dann Stufen auf das plattenbelegte Podest führen. Von der Stützmauer mit den Betonschalen am Eingang soll Abstand genommen werden.“⁵⁶

Am 14.5.1948 sandte das Komitee dem Bauamt weitere Baupläne und Denkmalsvorschläge zu und bat darum, mit den Arbeiten zügig zu beginnen, „damit es Anfang September fertig gestellt ist, um am Gedenktag der VVN im September enthüllt zu werden.“⁵⁷ Daraufhin beschloss der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung vom 25.5., dem Antrag des Komitees stattzugeben und das Stadtbauamt zu beauftragen, dem Rat der Stadt mehrere Entwürfe vorzulegen. Allerdings mit einer Einschränkung: „Der vom Komitee eingereichte Entwurf des Architekten Hartmann-Hlawatsch mit Erschießungsrelief wird abgelehnt.“⁵⁸

Stadtbaurat Kleeberg bekräftigte am 10.6. die Bereitschaft der Stadt, die Kosten für die Errichtung eines Ehrenmals zu tragen, allerdings mit der Einschränkung „nach einem von der Stadt genehmigten Entwurf.“⁵⁹ Auch dieser Hinweis deutet darauf hin, dass die Stadtverwaltung und –politik eine deutliche antifaschistische Symbolik am Ort des KZ-Friedhofs nicht wünschte.

Im Juli vollzog dann die Stadt einen politischen Richtungswechsel um 180 Grad. Die Stadt nahm vom Denkmals-Vorhaben Abstand, argumentierte mit einer „finanziellen Notlage der Stadt“ und teilte dem Komitee mit: „Wir bedauern daher, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir vorerst auch an die Durchführung des von Ihnen geplanten Ehrenmals im Tiergarten nicht denken können.“⁶⁰

Das Komitee ließ jedoch nicht locker: Im April 1949 erinnerte es durch Friedrich Steinmetz den Stadtbaurat Kleeberg an die Errichtung des Denkmals und forderte die Stadt auf, die Kosten in den nächsten Haushalt der Stadt einzubringen. F. Steinmetz teilte dem Stadtbaurat mit, dass das Komitee bei den Befreiungsfeiern am 7. und 8. Mai in Hamburg eine positive Nachricht mitteilen möchte und im September bei den Trauerfeiern den Stein enthüllen möchte.⁶¹ Kleeberg antwortete

dem Komitee am 24.4.1949, dass er der Verwaltung vorschlagen werde, die entsprechenden Kosten in die Beratungen um den Haushalt 1949/50 mit einzubringen. Stadtkämmerer Dr. Böttcher teilte er die Kosten mit „für ein angemessenes, aber bescheidenes Ehrenmal“.⁶²

Im Mai 1949 bat das Komitee nochmals, „dahin zu wirken, dass das Denkmal für die Opfer des Faschismus im Tiergarten baldigst in Angriff genommen wird, damit es Anfang September fertig gestellt ist, um am Gedenktag der VVN im September enthüllt zu werden.“⁶³

Ende Juli d. J. erfolgte dann wieder eine Absage durch den Rat der Stadt: „Bei der angespannten Finanzlage der Stadt war es dem Rat nicht möglich, die dafür erforderlichen Mittel im diesjährigen Haushaltsplan bereitzustellen.“⁶⁴ Zwar tröstete der Rat das Komitee auf das nächste Haushaltsjahr, aber diese Absage an das Komitee war endgültig. Die Gremien der Stadt kündigten die Zusammenarbeit mit dem Komitee und der VVN 1950 auf und orientierte sich politisch „volksgemeinschaftlich“ um. Der Kalte Krieg begrub nun auch die Gräber der getöteten KZ-Häftlinge im Verdrängen und Vergessen. Die Stadtverwaltung lehnte es sogar ab, die entstandenen Kosten für die Anfertigung der Entwürfe des Architekten Hartmann-Hlawatsch zu gleichen.⁶⁵

⁵⁶ Ebenda, Vermerk dito v. 19.3.1948

⁵⁷ Ebenda, Schreiben des Komitees an Hauptamt v. 14.5.1948

⁵⁸ Ebenda, Vermerk Bauamt v. 27.5.1948

⁵⁹ Ebenda, Vermerk Stadtbauamt (Kleeberg) v. 10.6.1948

⁶⁰ Ebenda, Schreiben Stadtbauamt (Schuhmann) an das Komitee v. 3.7.1948

⁶¹ Ebenda, Schreiben des Komitees (Steinmetz) an Stadtbaurat Kleeberg v. 19.4.1949

⁶² Ebenda, Schreiben Kleeberg am Stadtkämmerer Dr. Böttcher v. 28.4.1949

⁶³ Ebenda, Vermerk Hauptamt v. 14.5.1949

⁶⁴ Ebenda, Schreiben Rat der Stadt/Grundstücksamt an das Komitee ehem. pol. Häftlinge v. 28.7.1949

⁶⁵ Ebenda, Der Streit um die Übernahme dieser Kosten ist in einer Reihe von Briefwechseln belegt.

Verändertes Gedenken I: Vom „Tag der Opfer des Faschismus“ zum „Totensonntag“ (1949 – 1950)

Dieser Richtungswechsel in der Erinnerungs- und Gedenkpolitik zeigte sich auch am Totensonntag, dem 20.11.1949.⁶⁶ Der Totensonntag dient jeder Familie traditionell als Ausdruck ihrer individuellen Trauer um gestorbene Angehörige. Seit 1816 wurde dieser Gedenktag in hiesiger Region begangen, eingeführt im evangelischen Preußen als Pendant zum katholischen Allersee- len und auf den letzten Sonntag vor dem ersten Advent datiert.



LZ v. 19.11.1949

⁶⁶ Angekündigt in der LZ v. 19.11.1949

⁶⁷ Als Repräsentanten der Stadt fungierten bei der Gedenkveranstaltung am KZ-Friedhof zwei Monate zuvor lediglich ihre Stellvertreter, Bürgermeister und Stadtsyndikus.

1949 nun nutzte die Stadt diese Tradition, um eine bestimmte Art des Sterbens besonders zu würdigen: Die höchsten Repräsentanten der Stadt, Oberbürgermeister Braune und Oberstadtdirektor Bockelmann⁶⁷, legten auf dem Zentralfriedhof Kränze für eine Sondergruppe der Gestorbenen, für die Kriegstoten, nieder. Zwar gedachten Vertreter der Stadtverwaltung an diesem Tag auch am KZ-Friedhof der Opfer des Faschismus, aber im Gegensatz zu den Feierlichkeiten auf dem Zentralfriedhof ohne Publikumsbeteiligung.⁶⁸

Dass die neue Ausrichtung des Totensonntages 1949 an die faschistische Tradition des „Heldengedenktages“ anknüpfte, macht eine Gedenkveranstaltung der Lüneburger evangelischen Kirchen am selben Tag deutlich: Pastor Cohrs (Nikolaikirche) gedachte „vor allem der Gefallenen“⁶⁹ am Ehrenmal des Zentralfriedhofs und am „Heldenkreuz“. Dort traten dann auch die Männerchöre sämtlicher Lüneburger Gesangsvereine auf. Das genannte Ehrenmal war ein eindeutiges Symbol des Faschismus, hier wurden zuvor die NS-Heldengedenkfeiern abgehalten. Bei dem Kreuz handelt es sich um ein hohes Eichenkreuz, das nach 1945 an einem Gräberfeld mit Soldatentoten des II. Weltkrieges errichtet und nun im Nazi-Jargon als „Heldenkreuz“ bezeichnet wurde. Die Herausnahme des Gedenkens an die „Gefallenen der Weltkriege“ aus dem allgemeinen Trauerritual des Totensonntags und die Organisation einer eigenen Veranstaltung für diese Totengruppe sollte dem Sterben auf den Schlachtfeldern einen Sinngehalt verleihen. Symbolik und Benennung der Gedenkorte, Ehrenmal und Heldenkreuz, weisen auf die ideologisch-politische Tradition hin, an die hier angeknüpft wurde.

Die Berichterstattung der Landeszeitung spiegelt diese neue Akzentsetzung des Totensonntages wider: Einem recht langen Artikel über das Leben, Sterben und Trauern im Allgemeinen folgte ein deutlicher Hinweis auf die in Feindesland gefallenen „Söhne Lüneburgs, die auszogen, ihre Heimat irgendwo in der Ferne zu verteidigen.“⁷⁰

So war es nur konsequent, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Komitee 1950 bei den Gedenkveranstaltungen auf dem KZ-Friedhof beendet wurde. Das Rathaus orientierte jetzt auf den Totensonntag als Gedenktag. Die Stadt beging diesen Tag mit einem Gedenken an die Opfer des II. Weltkrieges. Wie die Kirche bereits im Jahr zuvor fokussierte sie die Trauer auf die gefallenen Soldaten.

⁶⁸ OB Braune und OSTD Bockelmann legten an diesem Tage ebenfalls auf dem „Russenfriedhof“ und dem KZ-Friedhof Kränze nieder.

⁶⁹ LZ v. 22.11.1949

⁷⁰ LZ v. 19.11.1949

Fast ein viertel Jahr vorher, am 4. September 1950, hatte die VVN die Stadt zwar wie gewohnt zur Teilnahme an den für den 17. September angesetzten Feierlichkeiten eingeladen; die Stadt sagte aber ab. Stattdessen legten Stadtvertreter einen Kranz auf dem KZ-Friedhof nieder - „still und heimlich“ eine Woche vor dem Komitee und ohne öffentliche Ankündigung. Erst nachträglich holten sie sich dafür eine Legitimation durch Beschluss des Verwaltungsausschusses. Die Akten geben keine Auskunft darüber, wer für diese vorgezogene Aktion verantwortlich war. Es darf aber angenommen werden, dass die höchsten städtischen Instanzen am 10.9.1950 involviert waren.

Protokollant Segelcke notierte einen Beschluss des Verwaltungsausschusses am Folgetag der städtischen Aktion über deren nachträgliche offizielle Legitimation: „Der Verwaltungsausschuss billigt, dass der Kranz der Stadt für die Opfer des Faschismus in diesem Jahre bereits am vergangenen Sonntag, d. 10.9.1950, an den Gräbern im Tiergarten niedergelegt worden ist. Im Hinblick hierauf soll die Einladung der Kreisvereinigung der VVN zur Teilnahme an der Totengedenkfeier für die Opfer des Faschismus am 17.9.1950 abgelehnt werden.“⁷¹ Erst zwei Tage vor dieser Totengedenkfeier am KZ-Friedhof und elf Tage nach Eintreffen der entsprechenden Einladung bedankte sich Segelcke im Namen des Oberstadtdirektors bei der VVN für die Einladung zum 17.9. und teilte mit: „Da wir jedoch bereits einen Kranz niedergelegt haben, bitten wir Sie, unser Fernbleiben bei der Feier entschuldigen zu wollen.“⁷² Auf jede Form der repräsentativen Teilnahme etwa durch die Entsendung eines niedrigrangigen städtischen Vertreters oder die Zusendung einer Grußadresse verzichteten die Verantwortlichen.

Die Landeszeitung berichtete am 18.9.1950 über die Gedenkfeier der VVN nur kurz. Sie erwähnte die Anwesenheit einer „uniformierte Abteilung“, was ihr in den

Jahren zuvor nie eine Zeile wert war (etwa über die einheitliche Bekleidung der aufspielenden Trommler- und Pfeifer). Im Jahre 1950 schien ihr eine solche Notiz wichtig zu sein, handelte es sich doch um eine „uniformierte Abteilung der FDJ“.⁷³ Gemeinsam mit der VVN verbot die Bundesregierung diese politische Jugendorganisation ein Jahr später als staatsfeindliche Organisation. Die LZ deutet an, warum. Die beiden Organisationen forderten nämlich: „Deutschland dürfe nicht aufgerüstet werden und Militär haben.“⁷⁴

Während die Stadtverwaltung 1950 also die gemeinsamen Veranstaltungen mit der VVN auf dem KZ-Friedhof platzen ließ, orientierte sie schwerpunktmäßig auf die Gedenkfeiern auf dem Zentralfriedhof. Dort gedachte die politische und die Verwaltungsspitze der Stadt, der Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor, der Kriegstoten und legte vor den Soldatengräbern Kränze nieder.⁷⁵

Die LZ begleitete diese Hinwendung zu dem Soldatentod-Gedenken, indem sie ausführlich über eine Vortragsveranstaltung des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ informierte.

KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

DER Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kreisverband Lüneburg, rief am Totensonntag zu einem schlichten Vortrag, den Baurat Dr. Lindner über würdige Ausstattung der Kriegsgräber zu halten berufen war. Die Mitwirkung des Männergesangsvereins von 1844, des Männerchors Orpheus unter der gemeinsamen Leitung von Paul Barth (Glockenlied von Lendvai, „Ueber allen Wipfeln ist Ruh“ von Kuhlau), die eindringlichen Verse, die Adolphi, der Sprecher des Jugendrings Lüneburg, und die tief ergreifenden Worte, die Wermter, der Vorsitzende des Kreises Lüneburg-Stadt, sprach, während das Lied „vom guten Kameraden“ aufklang, wandelten den Vortrag zu einer Mahnung.

Was schon geschah, das zeigte Dr. Lindner an Hand von Aufnahmen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, den Balkanländern bis Palästina, wo noch Soldatengräber aus dem ersten Weltkrieg würdig gepflegt werden. Er sprach von dem Frieden, der Gemeinschaft der Toten und von der Notwendigkeit, gemeinsame Lösungen der schier übergroßen Aufgabe zu finden, bei denen vielleicht hin und wieder ein Einzelwunsch zurücktreten müsse, um die Würde einer Gesamtanlage zu wahren. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat mit dieser Veranstaltung vielen den Trost mitgegeben, daß die Nächstenliebe und die Fürsorge füreinander weiterleben auf Erden. P.

Gedenkfeier im Tiergarten

(i) Lüneburg. Zu Ehren der in den Konzentrationslagern umgekommenen Häftlinge veranstaltete die VVN am Sonntag auf dem Friedhof im Tiergarten eine Gedenkfeier. Prof. Urbach-Hannover erklärte in einer Ansprache, daß der Tod dieser Opfer des nazistischen Terrors eine dringende Mahnung sei. Deutschland dürfe nicht wieder aufgerüstet werden und Militär haben. An der Gedenkfeier nahm auch eine uniformierte Abteilung der FDJ teil.

LZ v. 18.9.1950

LZ v. 27.11.1950

⁷¹ Friedhofsamt Lüneburg, Beschluss des Verwaltungsausschusses v. 11.9.1950

⁷² Ebenda, Schreiben Oberstadtdirektor an VVN v. 15.11.1950

⁷³ Wenngleich diese Uniform aus lediglich einem blauen Hemd bestand.

⁷⁴ LZ v. 18.9.1950

⁷⁵ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes v. 20.11.1950

Der Artikel verdeutlicht: Das Interesse richtet sich jetzt auf ein würdiges Totengedenken und die Gestaltung von Grab- und Friedhofsanlagen – allerdings ausschließlich für deutsche Wehrmachtssoldaten!

Passend zu dieser neuen Aufgabenstellung hatte der VDK mit Baurat Dr. Lindner einen alten NSDAP-Kämpfer als Referenten für einen „schlichten Vortrag“ geladen.

Werner Lindner hatte sich während der Weimarer Zeit in der Heimatschutzbewegung engagiert, dann als Fachbeauftragter des Deutschen Heimatbundes. Dort wirkte er für die Vorstellung von einer organisch bewerteten Bluts- und Gesinnungsgemeinschaft, einer volksart-gerechten deutschen (Leit-)Kultur. In ihrer Dissertation schreibt B. Banck über Lindner: „Insbesondere bei der Neuplanung der Ostgebiete wurden Baupflege und Baugestaltung durch die propagandistischen Publikationen und Vorträge Lindners gleichzeitig zum Instrumentarium nationalsozialistischer Politik. Durch verschiedene Veröffentlichungen ... durch Zeitungsartikel, Reden oder durch die Mitarbeit an den Baufibeln, die eine einheitlich und ganzheitlich gestaltete Kulturlandschaft im nationalsozialistischen Sinne garantieren sollten, unterstützte Lindner ein Regime, das zur Schaffung artgerechter deutscher Kulturlandschaft eine totale Umgestaltung ohne Rücksicht auf die darin lebenden Menschen anstrebte. In den Ostgebieten wurden dabei Vertreibung und Vernichtung nicht in Kauf, sondern als Voraussetzung angenommen.“⁷⁶

Nach 1945 arbeitete Lindner u.a. als Berater des Landeskirchenamtes Niedersachsen für „ländliche Friedhofsbelange“ und war Mitglied im Sachverständigenbeirat des VdK.⁷⁷

Exhumierungen auf dem KZ-Friedhof 1951

Nach einer Übersicht über die „KZ-Grabstelle in Lüneburg/Tiergarten“ des Baurates Kleeberg vom 20. Januar 1951⁷⁸ befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf dem KZ-Friedhof auf dem Areal von 625 qm 256 Grabstellen, je mit einem Kreuz versehen; ein Holz-Hochkreuz überragte die Gesamtanlage. Die Einzelkreuze und das Hochkreuz aus Eichenholz waren 1950 erneuert worden⁷⁹. „Nationalitäten: Franzosen. Belgier, Polen, Juden und Unbekannte.“

Allerdings war zu diesem Zeitpunkt keineswegs klar, welche Personen an welchen Grabstellen des Friedhofes beigesetzt worden waren. Bereits 1950 gab es Anfragen von französischen Bürgern, die wissen wollten, ob ihre Familienangehörigen auf dem dortigen Friedhof beerdigt waren. Sie wollten deren Gräber besuchen können und sie evtl. nach Frankreich überführen lassen.

Dabei war die Identifizierung der Beerdigten sehr beschwerlich und z. T. unmöglich. Nach einem Bericht der LZ vom Juli 1950 waren zu diesem Zeitpunkt „von den 78 französischen ehemaligen KZ-Insassen, die in Lüneburg bestattet sind, erst sieben identifiziert worden.“⁸⁰ Diese Angabe widerspricht allerdings einer Meldung der VVN vom 4.3.1948, die die Namen, Geburtsdaten und die Grablage von 40 Bestatteten enthält -unter ihnen etwa 18 Franzosen.⁸¹(s. Abbild. rechts)

Diese ungeklärte Situation auf dem Friedhof führte zu einer besonders beschämenden Begebenheit: Im Juli 1950 kam der Bürgermeister von Nantes, Bonnet, nach Lüneburg. Er wollte hier das Grab seines Sohnes besuchen. In dem Glauben, sein Sohn sei auf dem KZ-Friedhof beigesetzt, trauerte er vor dessen vermeintlichem Grab. Später musste ihm mitgeteilt werden, dass es sich wohl um einen Irrtum gehandelt habe; sein Sohn sei dort nicht begraben worden.⁸²

Dagegen gelang im November 1950 eine Identifizierung, als die sterblichen Überreste des Sohnes der Gräfin de Frotte, Jean de Frotte, am 30.11. ausgegraben und nach Frankreich umgebettet wurden. Die Mutter.

⁷⁶ Barbara Banck: Werner Lindner, Industriemoderne und regionale Identität. Dissertation der Fakultät Bauwesen der Universität Dortmund, 2007, S. 7 f

⁷⁷ Später wurde Lindner das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Er starb in den 1960er-Jahren in Hermannsburg bei Celle, siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Lindner

⁷⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Übersicht v. 20.1.1951

⁷⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Hinweis im Schreiben des Gartenamtes an das Hochbauamt v. 17.7.1950, LZ v. 13.7.1950

⁸⁰ LZ v. 13.7.1950

⁸¹ Friedhofsamt Lüneburg, Auflistung Such- und Meldedienst VVN v. 4.3.1948

⁸² Ebenda, Vermerk Stadtgartenamt v. 18.7.1950

dieses Opfers war am 29.11.1950 eigens zur Exhumierung nach Lüneburg angereist.⁸³ Doch das blieben zunächst Einzelfälle. Um die Grabstätten der französischen Staatsangehörigen insgesamt zu identifizieren, wurde die Lüneburger Friedhofsverwaltung angewiesen, Vorbereitungen für eine Bergung und Sichtung aller auf dem KZ-Friedhof Begrabener zu treffen. Sie wurde für den 3. Mai 1951 um 8.00 Uhr angesetzt.⁸⁴ Stadtgartenmeister Lange berichtet: „Die Exhumierungen im KZ-Friedhof Tiergarten bezwecken die Feststellungen der Identifikationsmerkmale sämtlicher vorhandener Leichen und die Überführung nach Frankreich derjenigen Leichen, die als solche von französischen Staatsangehörigen identifiziert werden können.“⁸⁵ Die Presse wurde gebeten, über die Exhumierungen nicht zu berichten.⁸⁶

Die Anweisung zu den Exhumierungen gab Attache Vigneron, Chef de la Section COMM., eines französischen Gräberdienstes mit Sitz in Göttingen, mit dem Hinweis: „Diese Exhumierungen erfolgen im Einvernehmen mit der Militärregierung (KRO) gemäß ZONAL EXEKUTIVE INSTRUKTION Nr. 37 vom 2.9.47, sowie des Memorandums 39 der SUPREME-HEADQUARTERS ALLIED EXPEDITIONARY FORCES.“⁸⁷

Bei dieser Exhumierung wurden alle Bestatteten ausführlich untersucht und persönliche Merkmale protokolliert. Anschließend erfolgte die neuerliche Beisetzung von 167 Toten im Tiergarten; die anderen Leichname wurden ins Ausland überführt. Die Skizze auf der folgenden Seite zeigt durch die Kennzeichnung mit Kästchen an, welche Gräber für eine solche Umbettung vorgesehen waren, bzw. umgebettet wurden. Nach den vorliegenden Plänen muss angenommen werden, dass die acht Gräber der siebenten Reihe nun in freige-wordene Gräber der Reihen 1 bis 6 verlegt wurden.⁸⁸ Die drei Einzelgräber der Stirnseite am Hochkreuz wurden in freige-wordene Plätze der Reihen 3, 4 und 6 umgebettet.⁸⁹

Name	Geburtsdatum	Häftl.Nr.	Nationalität
Marcel REBEILLON	1.10.12	43 573	Reihe 6, Nr. 231
Albert CAVAREC	20. 5.06	44 178	Reihe 4, Nr. 133
Mocezyzslaw KOPI	25. 4.24	67 883	Reihe 2, Nr. 75
Nikola KLEIN	2. 3.96	65 144	Reihe 3, Nr. 97
Robert GENERET	19. 1.20	44 098	Reihe 1, Nr. 37
Pereno MOLNAR	9.12.01	65 240	Reihe 4, Ungarn Nr. 147
Majir FRIEDMAN	22. 8.95	65 205	Reihe 6 Ungarn Nr. 223
Georges MINOT	16. 5.11	45 106	
Rene BEAUMONT	30. 9.22	44 033	Reihe 5, Nr. 192
Robert CHAMBER	5. 7.09	44 211	Reihe 4, Nr. 158
Jean MATHO	21.10.25	44 227	Reihe 1, Nr. 97 (Mex)
Luigi ROMINI	16.11.13	44 212	Reihe 6, Pole oder Italiener Nr. 224
Henri BERTHOIX	15. 7.08	44 214	Reihe 4, Nr. 58
Pietro BATT	7. 6.06	44 327	Reihe 3, Italiener Nr. 99 / Hambg überf.
Alfred REHARD	28. 3.00	43 531	Reihe 1, Nr. 20
Robert SODARD	4. 4.06	43 513	Reihe 3, Nr. 93
Joseph KISS	27. 3.19	43 504	
Siggeen SANKISSON ?	18. 7.10	43 566	Reihe 2, Nr. 78
Clode QUILLIARD	4. 8.26	43 953	Reihe 6, Nr. 230
Sicconde BERNARDI	30. 1.05	43 875	Reihe 1, Nr. 23 / Hambg überf.
Louis SELLIN	18.11.02	43 799	Reihe 3, Nr. 87
Jules PATAON	3. 2.10	43 791	
Edouard DUVAL	29. 4.22	43 742	Reihe 6, Nr. 220
Charles DUVAL	20. 1.96	43 712	Reihe 6, Nr. 237
Jean-Marie JOSSIE	4. 5.03	43 692	
Louis La CLEIRECQ	25. 6.25	43 647	Reihe 1, Nr. 10
Jean FAUVEL	8.12.19	39 634	
Alfred FORET	25. 4.92	43 673	Reihe 4, Nr. 154, ex. n. Frankreich
Georges BIEAUT	27. 1.11	44 122	Reihe 1, Nr. 98
Louis BELLICH	15. 6.23	43 865	
Rinaldo CONCA	19. 6.17	43 841	Reihe 2, Nr. 56, Hambg überf.
Stapan KAZYJI	23. 3.24	42 296	Reihe 5, Nr. 183
Pierre ISRAEL	11. 5.99	43 981	
Mohamed ISSHONI	8. 3.16	43 627	
Robert HAMOHAN	23.10.21	43 629	Reihe 3, Nr. 106
Al. Andre CARLINI	30. 7.02	43 631	
Jean BERTHARD	4. 1.11	43 634	
Belu MUELLER	23. 8.96	65 204	Ungar ?

⁸³ Ebenda: Das Garten- und Friedhofsamt berichtet dem Hauptamt und Baurat Kleeberg am 24.11.1950 von diesem bevorstehenden Besuch und der geplanten Ausgrabung und Umbettung: „Für eine reibungslose Abwicklung der Angelegenheit ist der Gräfin die Zusicherung der Königin von England gegeben worden.“

⁸⁴ Ebenda, Formblatt der franz. Stelle v. 2.5.1951

⁸⁵ Ebenda, Vermerk Stadtgartenamt v. 2.5.1951

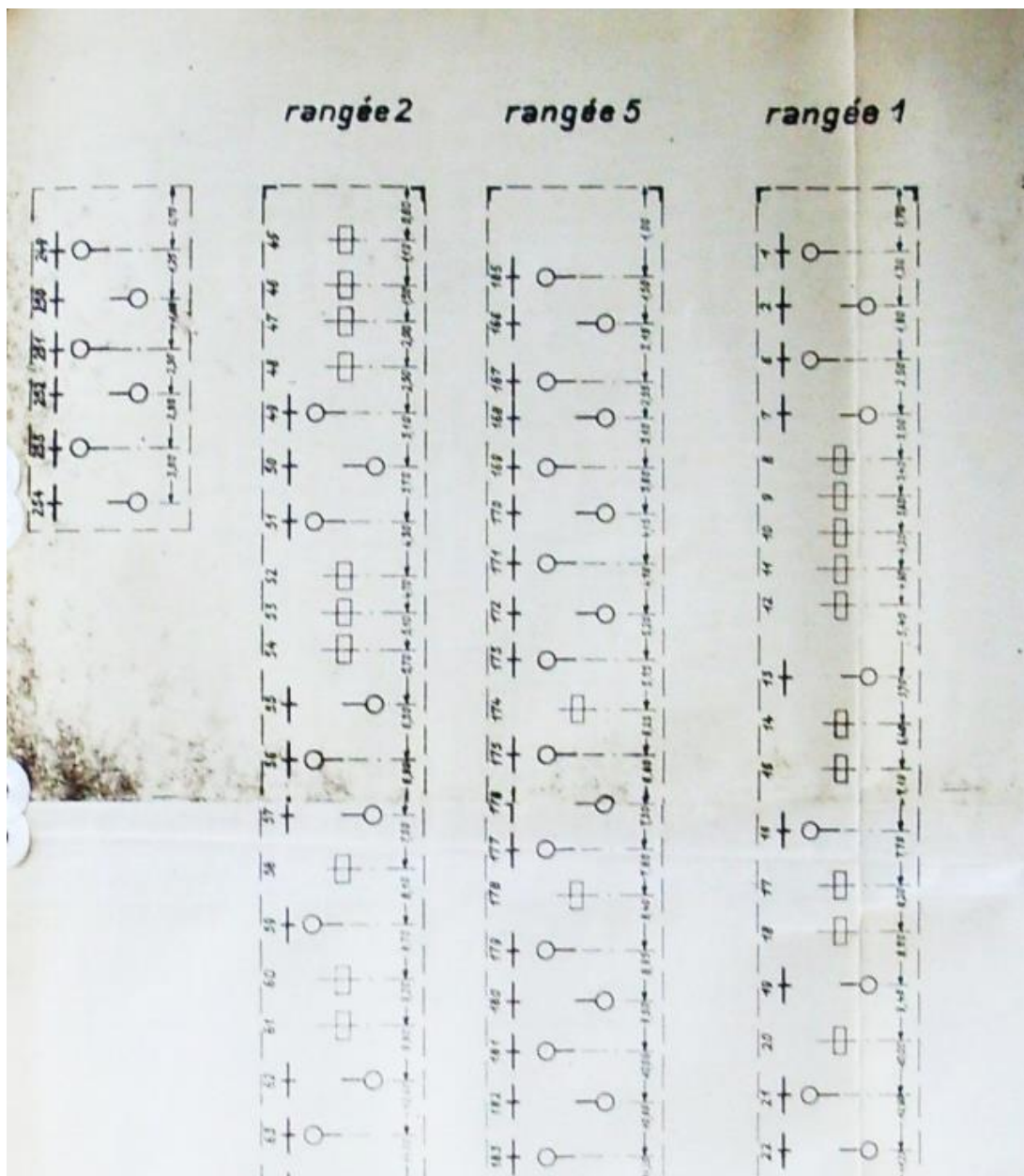
⁸⁶ Ebenda, Schreiben Rat der Stadt/Presse- und Dolmetscheramt v. 2.5.1951

⁸⁷ Ebenda, Formblatt v. 2.5.1951

⁸⁸ Nach Informationen von Herrn Messer in die Reihen 1, 2 und 5

⁸⁹ M. Messer fand durch seine Recherchen später heraus: „Insgesamt gelang es im Zeitraum von 1949 bis 1959 den alliierten Gräberdiensten 89 unbekannte Tote des Friedhofs anhand ihrer Häftlingsnummer zu identifizieren. An diesen Aktionen waren die Gräberdienste von Frankreich, Belgien und Italien beteiligt. Diese Toten wurden exhumiert und in die Heimatländer überführt – die italienischen Opfer ruhen auf einem italienischen Ehrenfriedhof in Hamburg-Öjendorf.“ (Anschreiben M. Messer an Oberbürgermeister Mädege v. 5.9.2014)

Auszug aus dem Gräberplan und Exhumierungsprotokoll 1951



No.	Signes particuliers	Sexe	Taille
1	B 44372(B-bleu) fume-cigarette imitation ambre, dentition intacte sans plombage.	fém.	1,55
2	B.rouge No.44372, bonne dentition sans défaut. Etat de bombe, mâchoire inf. droite arrachée. A gauche a gardé 4 dents il manque 5 dents à la mâchoire supér.	fém.	1,56

Protokoll der Exhumierung 1951: Liste mit besonderen Kennzeichen z.B.:

Nr.2 Belgierin, roter Winkel (*d.h. politischer Häftling*), Nr. 44392, gute Konstitution ohne Fehler Bombensplitter, Unterkiefer rechts herausgerissen. Links 4 vorhandene Zähne, es fehlen 5 Zähne im Oberkiefer; weiblich; Größe 1,56m

1951: Mit Polizeigewalt wird das Gedenken an die KZ-Opfer auf dem Friedhof verhindert

Nach der umfassenden Exhumierungsaktion im Mai entschied sich die Stadtverwaltung im Herbst 1951 zu einer Umgestaltung der Friedhofsanlage auf seiner Stirnseite. Möglicherweise wurde dieses Vorhaben als notwendig erachtet, weil das Hochkreuz schadhaft war und ersetzt werden musste, wie das Gartenamt bereits im Juli 1950 mitgeteilt hatte.⁹⁰

Statt des Hochkreuzes wurde nun an der Stirnseite des KZ-Friedhofs ein von der Stadtverwaltung als „Denkstein“ betiteltes Denkmal gesetzt, das nach Absprache zwischen Friedhofsamt, Stadtbaurat Kleeberg und der Bezirksregierung (Dezernat 55, Herr Scharmer) folgende Inschrift tragen sollte: „Den Opfern des Nationalsozialismus 1945“.⁹¹ Die Steinmetz- und Bildhauerfirma Mencke (Soltau Str.) wurde am 10.11.1951 von Dr. Kleeberg mit der Ausführung der Arbeiten beauftragt⁹² mit dem dringenden Hinweis, dass das Denkmal bis zum 25. November aufgestellt sein müsse, zum Totensonntag des Jahres. Aufschlussreich ist, dass die Stadtverwaltung sowohl die Lüneburger antifaschistischen Organisationen als auch weitere Institutionen (Gedenkstätten Neuengamme, Bergen-Belsen) von der Diskussion um die Neugestaltung der Stirnseite des KZ-Friedhofs mit diesem „Denkstein“ ausschloss. Auch über die Festlegung des Textes wollte die Stadt mit diesen Organisationen nicht sprechen. Deutlicher kann man nicht demonstrieren: Das in den ersten Nachkriegsjahren praktizierte Prinzip der Einvernehmlichkeit in Sachen KZ-Friedhof zwischen Stadtverwaltung und örtlichen NS-Häftlingsgruppen ist definitiv aufgekündigt.⁹³



Friedhofsansichten 1951, Fotos Zabel

⁹⁰ Friedhofsamt Lüneburg: Schreiben des Stadtgartenamts an das Hochbauamt v. 17.7.1950; Aus den Überlieferungen geht nicht hervor, ob dieses Hochkreuz bereits in der Zwischenzeit ersetzt wurde.

⁹¹ Ebenda, Vermerk des Friedhofsamtes v. 10.11.1951

⁹² Ebenda, Schreiben Dr. Kleeberg an Gustav Menke v. 10.11.1951

⁹³ Friedhofsamt Lüneburg: Ein Vermerk des Hauptamtes (Baumbach) v. 10.9.1951 belegt, dass der Regierungspräsident (Dezernent Scharmer) am 12.9.1951 (einem Mittwoch!) auf dem KZ-Friedhof einen Kranz niederzulegen beabsichtigte. Auch lud ein „Ausschuss zur Vorbereitung der Gedenkfeier für die politisch Verfolgten des Nazi-Regimes“ mit einem Flugblatt v. 13.9. an Betriebsangehörige zu einer Gedenkfeier für den 23.9.1951 ein. Näheres zu dieser Kranzniederlegung bzw. Gedenkfeier ist nicht bekannt.

Findlinge im Tiergarten

Lüneburg. Am Ehrenfriedhof im Tiergarten, auf dem 256 Tote bestattet sind, sind jetzt an Stelle des vom Verfall bedrohten Holzkreuzes drei Findlinge mit der Inschrift „Den Opfern des Nationalsozialismus 1945“ errichtet worden. Außerdem erhielt die Grabanlage eine neue Bepflanzung. Am Sonntag werden an dem neuen Ehrenmal Kränze der Regierung Lüneburg und des Oberstadtdirektors niedergelegt werden. Die offizielle Einweihung folgt in Kürze.

LZ v. 24.11.1951

Im Dezember war es dann soweit, dass die städtische Neugestaltung des Friedhofs eingeweiht werden sollte. Dazu lud der Rat der Stadt zum 9.12.1951 (2. Advent) einen internen Kreis (vor allem Behördenvertreter) „anlässlich der Neugestaltung des KZ-Friedhofs ... zu einer schlichten Feier“⁹⁴ ein, auf der Oberbürgermeister Dieckmann und Regierungsvizepräsident Hamann die Anlage ihrer Bestimmung übergaben. Eine öffentliche Einladung in der Zeitung erfolgte nicht.

Erst nachträglich berichtete die LZ über diese Feier. Danach erinnerten dort die Behördenvertreter an die KZ-Häftlinge, „die 1945 durch Bomben ums Leben kamen.“⁹⁵ Das war schlicht eine Verleugnung der Tatsachen: Die Behördenvertreter – und die LZ – verschwiegen hier zunächst die Tatsache, dass die Häftlinge des bombardierten KZ-Zuges von den Nazis durch den Transport nicht etwa gerettet werden sollten. Außerdem war damals bekannt, dass ein großer Teil der Opfer nicht durch Bomben ums Leben gekommen waren, sondern in Lüneburg durch Wehrmachtssoldaten ermordet wurden.⁹⁶

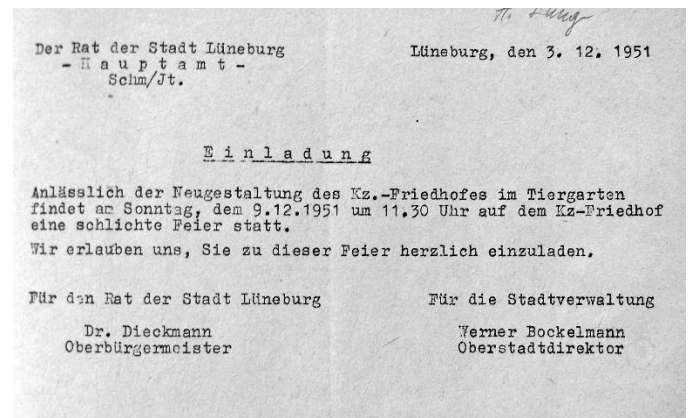
Ein würdiges Ehrenmal

das an Stelle des bisherigen großen Holzkreuzes getreten ist, erinnert jetzt im Tiergarten an die KZ-Häftlinge, die 1945 durch Bomben ums Leben kamen. Oberbürgermeister Dr. Dieckmann und Regierungsvizepräsident Hamann übergaben den aus drei schweren Findlingen bestehenden Gedenkstein am Sonntagfrüh in einer würdigen Feierstunde seiner Bestimmung. Unser Bild zeigt Dr. Dieckmann vor dem Gedenkstein.

Foto: Makovec



LZ v. 10.12.1951



Einladung des Rates der Stadt anlässlich der Neugestaltung

Nur sechs Jahre nach deren Tod wurden also aus den ermordeten KZ-Häftlingen anonyme „Opfer des Nationalsozialismus“ (Aufschrift „Denkstein“) gemacht bzw. „durch Bomben ums Leben Gekommene.“

⁹⁴ Ebenda, Anschreiben des Rates der Stadt an Mitarbeiter der Verwaltungen v. 9.12.1951

⁹⁵ LZ v. 10.12.1951

⁹⁶ Die Landeszeitung berichtete seinerzeit am 16.8.1946 über die Zeugenaussage des Fahrers der Kronenbrauerei, Michels:

„Ich habe einmal gesehen, dass Jepsen einen erschoss. Der Mann konnte schon nicht mehr kriechen. Der Schuss wurde mit einer Pistole aus zwei bis drei Schritt Entfernung in die Schläfe abgegeben.“

Diese neue Politik der Stadt musste bei den NS-Verfolgtenverbänden naturgemäß auf Widerstand stoßen. Zu der „schlichten Feier“ der Stadt im Dezember 1951 nicht geladen, beraumten sie für den 16.12. eine eigene Feier an, luden dazu schriftlich verschiedene Betriebsgruppen sowie den Trommler- und Pfeifer-Chor ein und kündigten die Veranstaltung in der LZ an.

Die feierliche Einweihung
des neuen Ehrenmals, für die in Wil-
schenbruch ermordeten politischen Häftlinge, ist
am Sonntag, dem 16. Dezember 1951 um 11.00 Uhr
an der Begräbnisstätte im Tiergarten
Die Lüneburger Bevölkerung wird um rege
Teilnahme gebeten.
Die Opfer des Faschismus
L ü n e b u r g

LZ v. 14.12.1951

Nun geschah das Udenkbare:

Die Durchführung eines antifaschistischen Gedenkens an die in Lüneburg ermordeten KZ-Häftlinge wurde ver-

boten und die „Polizei verhindert nochmalige Einweihung des KZ-Ehrenmals“, wie die LZ am 17.12.1951 berichtete. Einen Schweigemarsch vom Sande zum Tiergarten lösten Polizeikräfte ebenso auf, wie sie verhinderten, dass auf dem KZ-Friedhof Trauer- und Gedenkrede gehalten werden konnten. Die mit Blick auf die toten KZ-Häftlinge formulierte dringende Mahnung, die im Jahr zuvor vom Gedenkreder Prof. Urbach noch an dieser Stelle ausgesprochen werden konnte, nämlich „Deutschland dürfe nicht wieder aufgerüstet werden und Militär haben“ (LZ v. 18.9.1950), wurde in diesem Jahr als politisch gefährlich von Polizeikräften verhindert. Die LZ leistete ideologische Schützenhilfe, indem sie eine solche Mahnung als „Propaganda“ bezeichnete.⁹⁷

Wie gewaltsam die Polizei gegen die Antifaschisten/-innen vorging, schilderte später der ehemalige KZ-Häftling Franz Holländer. Danach kam es an diesem Tage immer wieder zu handgreiflichen Auseinandersetzungen auf dem Wege zum Tiergarten und am KZ-Friedhof selbst, wo die Teilnehmenden der verschiedenen Organisationen und Betriebe sogar von berittenen Polizeibeamten durch den Wald gejagt wurden.⁹⁸

Kein Ort für Propaganda

Polizei verhindert nochmalige Einweihung des KZ-Ehrenmals

Lüneburg. Ein starkes Polizeiaufgebot hinderte am Sonntagvormittag gegen 11.15 Uhr rund 60 Personen, die zum Teil in Autos aus Hamburg gekommen waren, an der Abhaltung einer nicht genehmigten Gedenkfeier vor dem neuen Ehrenmal im Tiergarten für die im Kriege umgekommenen KZ-Häftlinge. Obwohl Oberbürgermeister Dieckmann und Regierungsvizepräsident Hamann den Gedenkstein bereits vor acht Tagen in einer Feierstunde seiner Bestimmung übergeben hatten, war „die Bevölkerung Lüneburgs“ in den letzten Tagen von vermutlich der KPD nahestehenden Gruppen, die mit „Die Verfolgten des Naziregimes“ zeichneten, zur Teilnahme an der „feierlichen Einweihung des Ehrenmals“ aufgefordert worden.

Bereits gegen 10 Uhr versuchten etwa 50 Personen sich Am Sande zu einer Marschkolonne zu formieren, um in einem Schweigemarsch das Ehrenmal zu erreichen. Auch hier schritt die Polizei ein und löste die Gruppe auf. Am Ehrenmal kam es außer einem scharfen Wortwechsel zu keinen weiteren Zwischenfällen. Nachdem die Versammelten ihre Kränze niedergelegt hatten, kamen sie der Aufforderung der Polizei nach und entfernten sich. Die insgesamt sechs Kränze, die auf den Gräbern links und rechts vor dem Ehrenmal niedergelegt wurden, tragen Widmungsschleifen von verschiedenen KPD-Ortsgruppen, der „Jüdischen Gemeinde Lüneburgs“, der „Betriebsgruppe Valvo“, der „Belegschaft der Keula-Hütte“ und der „Gräberfürsorge der Opfer des Krieges und des Faschismus, Hamburg-Fuhlsbüttel“. St.

⁹⁷ LZ v. 17.12.1951

⁹⁸ S. S. 28 f

Staatsanwalt Rogalla ermittelt gegen Antifaschisten

Noch deutlicher werden die Vorgänge an diesem „Tag der Schande“ durch die Akten der Lüneburger Staatsanwaltschaft.⁹⁹ Diese nämlich verfolgte eine Strafanzeige des Polizeiabschnitts Stadt Lüneburg, Kriminalpolizei Reg. Bez. Lüneburg (Geschäftszeichen 5365-K 51), „Geschädigt: Bundesrepublik“. Die Anzeige richtete sich zunächst gegen Hans Jürgen Haul und Ilse Nickel. Beide hielten an diesem Tag auf dem KZ-Friedhof eine „Ehrenwache“.

Die Anzeige fußte auf einem Fernschreiben des Landes-Innenministeriums an alle Polizeidienststellen vom 27.7.1951, welches am selben Tage Kripo-Oberinspektor Torkler von der Polizeiinspektion Lüneburg erreichte und in dem ein Verbot des „Rates der VVN“ (eine Art Bundesvorstand) durch die Bundesregierung bekanntgemacht wurde.¹⁰⁰ Die Landesregierungen wurden „ersucht, jede Betätigung im Sinne des Rates der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes zu unterbinden.“¹⁰¹ Die niedersächsische Landesregierung kam diesem „Ersuchen“ insoweit nach, als sie nicht nur eine Tätigkeit der niedersächsischen Mitglieder des VVN-Rates unterband und jede darüber hinausgehende Betätigung „im Sinne des Rates“ untersagte, sondern kurzen Prozess machte und die Vereinigung gleich gänzlich verbot.

Unter (geheim-)polizeilicher Beobachtung standen fortan in Lüneburg sämtliche Tätigkeiten aller (nun: ehemaligen) VVN-Mitglieder und insbesondere solche Aktivitäten, die auf eine gemeinsame politische Aktion schließen lassen. Und genau das schien die Verfolgungsbehörden bei der Einweihung des neugestalteten KZ-Friedhofs zu erwarten.

Jedenfalls mutmaßte dies die Abteilung der politischen Polizei bei dem Regierungspräsidenten (Herr Kratzenberg) und teilte der Polizeiinspektion Lüneburg mit, dass „ehemalige Mitglieder der verbotenen VVN ... eine sogenannte erneute Einweihung des Ehrenmals“ durchzuführen beabsichtigen. „Nach glaubwürdigen Informationen“ wollen sie vom Sande aus einen Schweigemarsch zum KZ-Friedhof durchführen. Die geplante „Einweihung lässt unter Berücksichtigung der Personen

der Einberufer ... den einwandfreien Schluss zu, dass es sich hier um ein Auftreten der verbotenen VVN handelt.“ Es wird angeordnet: „Polizeiinspektion stellt sicher, dass die Veranstaltung selbst, der vorherige Schweigemarsch sowie ähnliche Kundgebungen ... nicht zur Durchführung gelangen. Jedem Versuch ist nachdrücklichst zu begegnen.“¹⁰² Ob diese Anordnung zur Durchsetzung der polizeilichen Maßnahmen auch einen Schusswaffengebrauch mit einschließen sollte, wird zwar nicht explizit beschrieben; der Terminus „nachdrücklichst“ lässt aber keine Steigerungsform zu.

Begründet wurde das Verbot dieser Gedenkveranstaltung inhaltlich mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass bereits zuvor eine „Einweihung des Ehrenmals“ stattgefunden habe und eine weitere durch die Antifaschisten zu verhindern sei, juristisch mit dem „Auftreten der verbotenen VVN“, weshalb die Verordnung über das Verbot von Versammlungen und Aufzügen vom 26.9.50 zur Anwendung komme.¹⁰³

Die erste Amtshandlung nahm die Polizei an diesem Tage am KZ-Friedhof vor. Polizeimeister Thonert von der Wachabteilung III berichtet,¹⁰⁴ dass er gemeinsam mit Polizei-Obermeister Meinecke gegen 9.30 Uhr am Friedhof eingetroffen sei und dort am Gedenkstein Hans Haul und Ilse Nickel vorgefunden habe. Beide hielten eine Ehrenwache und zeigten eine rote und eine weiße Fahne mit einer Abbildung von Picassos Friedenstaube. Vielleicht wussten die beiden Polizisten zunächst nicht so recht, wie sie mit dieser Ehrenwache umgehen sollten, denn „die beiden Personen wurde von uns zunächst nicht entfernt.“ Also fuhr Meinecke zur Dienststelle und kehrte mit seinem Vorgesetzten, dem Chef des Polizei-Abschnitts SK Lüneburg, Polizeirat Dierker, zurück. Dieser befahl die Festnahme von H. Haul und I. Nickel und deren Verbringung zur Kripo mittels PKW. Thonert blieb mit weiteren Polizeibeamten¹⁰⁵ am Friedhof zurück „zur weiteren Sicherung des Ehrenfriedhofs“, wo sie in der nächsten halben Stunde etwa knapp 20 eintreffenden Personen das Betreten des Friedhofs untersagten, „was ... unter abfälligen Bemerkungen auch befolgt wurde.“

Haul und Nickel mussten nun zunächst bei der Kripo eine Personenfeststellung und Körperdurchsuchung

neuen Ehrenmals für die in Wilschenbruch ermordeten politischen Häftlinge am 16.12.1951 aufgefordert wurden, obwohl die offizielle Einweihung bereits 1 Woche vorher stattgefunden hatte ... Die Veranstaltung wurde auf Grund der VO. über das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel vom 26.9.50 verboten.“

¹⁰⁴ Ebenda, Bericht PM Thonert v. 16.12. 1951: „Betr. Aufstellen einer Ehrenwache von zwei Personen mit zwei Fahnen auf dem Ehrenfriedhof neben dem Ehrenmal“

¹⁰⁵ gemeinsam mit den Polizei-Wachtmeistern Richter, Pröwe, Pahl und Lehmann; vergl. ebenda

⁹⁹ HStA Hannover, Nds. 721 Lüneburg, Acc. 153a/82 Nr. 279

¹⁰⁰ Ebenda, „Der Beschluss ist bislang nicht veröffentlicht und es besteht somit die Möglichkeit eines überraschenden Eingreifens der Polizei.“

¹⁰¹ Ebenda

¹⁰² Ebenda, Schreiben v. 15.12.1951

¹⁰³ Ebenda, Staatsanwalt Rogalla: „In der Lüneburger Landeszeitung erschien am 15.12.1951 ein Inserat mit der Unterschrift ‚Die Opfer des Faschismus. Lüneburg‘, in dem die Bevölkerung Lüneburgs zur Teilnahme an der Einweihung des

über sich ergehen lassen.¹⁰⁶ Anschließend setzte Polizeimeister Köhn gegen beide eine „Festnahme und Einlieferungsanzeige“ auf „wegen verbotener Teilnahme an KPD-Kundgebung“. Besonders interessierte den vernehmenden Kriminalbeamten die Beziehungen/Mitgliedschaften der beiden zur (seinerzeit noch nicht verbotenen) KPD und FDJ und zur VVN. Haul betonte: „Ich gehöre nur dem Eisenbahner-Sportverein an.“¹⁰⁷ Nach etwa zwei Stunden Verhör wurden beide entlassen.

Zwischenzeitlich waren weitere Lüneburger Polizeibeamte bemüht, die Durchführung der Gedenkveranstaltung am KZ-Friedhof zu verhindern. Zunächst galt ihr Augenmerk einer Gruppe von etwa 70 Personen, die sich gegen 10.00 Uhr Am Sande versammelt hatten, um in einem Schweigemarsch von dort aus gemeinsam zum Friedhof zu gehen. Die LZ berichtet: „Auch hier schritt die Polizei ein und löste die Gruppe auf.“¹⁰⁸ Nicht als Gruppe und schweigend, sondern als Einzelpersonen und erregt debattierend, erreichten sie dennoch ihr Ziel, wie der am Friedhof verbliebene Polizeimeister Thonert berichtet: „Gegen 10.45 kam dann plötzlich eine größere Anzahl Personen, es mögen etwa 70 – 75 Personen gewesen sein, darunter etwa 10 – 15 Frauen, mit mehreren Kränzen aus Richtung Stadt, um hier eine Totenfeier zu veranstalten.“ Thonert versuchte nun mit seinen Polizeikollegen, die Trauergäste vom Betreten des Friedhofs abzuhalten und erklärte der Menge: „Das Betreten des Ehrenfriedhofs zum Zwecke der Kranzniederlegung zur Veranstaltung einer sonstigen Feier ist heute verboten, weil der Ehrenfriedhof schon vor einer Woche, also am letzten Sonntag, im Beisein von Behördenvertretern eingeweiht worden ist. Jeder, der versucht, den Friedhof zu betreten, macht sich strafbar.“¹⁰⁹ Großen Anklang fand Thonert nicht, denn ihm wurde, wie er berichtet, „aus vielen Kehlen“ entgegengehalten: „Wir sind fast alles ehemalige Nazi-Verfolgte und sind oft niedergeknüppelt worden und wir legen trotzdem unsere Kränze nieder und wenn es über unsere Leichen geht.“¹¹⁰

Wie bereits einige Stunden zuvor verfuhr Thonert in dieser Situation zweigleisig: Er rief seine Vorgesetzten herbei und forderte ein Einsatzkommando zur Verstärkung an (ebenfalls auch Unterstützung beim Forstmeister Gras) und ließ zunächst gewähren – und zwar aus gutem Grunde: „Da sich in dieser Menge auch eine Anzahl jüdischer Personen befand und ich einen Gebrauch

des Gummiknüppels nicht für angebracht und auch für unklug hielt ... ließ ich die Menge passieren.“

Als die Verstärkung eintraf, befanden sich die Trauergäste jedenfalls vollständig auf dem Friedhof, wie der hinzugezogene Polizeimeister Sellke schildert: „Bei unserem Hinzukommen war der Mittelgang des Friedhofs vom Eingang bis zum Denkmal besetzt. Ein Redner stand am Denkmal mit Front zum Ausgang und hat zu den Versammelten gesprochen. M. E. war dieses ein Jude und kein Hiesiger...“¹¹¹

Als die Vorgesetzten Meinecke und Dierker am Ort des Geschehens eintrafen, befahlen sie sofort die Räumung des Areals. Meinecke berichtet: „Ich gab den Befehl zum Vorrücken bis zum Ehrenmal und übernahm die Führung ... Auf der Treppe vor dem Ehrenmal hatte ein Redner Aufstellung genommen und sprach zur Menge. Ich forderte ihn auf ... die Rede einzustellen ... Der Redner beachtete meine Aufforderung nicht, sondern sprach mit verstärkter Stimme weiter... Da der Redner und auch die Menge sich nicht bequemen, den Friedhof zu verlassen, gab ich den Befehl zur Räumung des Friedhofs. Als die Beamten zur Räumung übergingen, fasste ich den Redner am Arm ... Er stieß mich mit der Faust zur Seite, daraufhin fasste ich zu und holte ihn gewaltsam von der Treppe des Ehrenmals herunter.“¹¹² Den Redner brachte ich mit Gewalt bis zum Ausgang. Bei der Räumung versuchte die Menge immer wieder, die Räumungskette zu durchbrechen und nahm durch Erheben der geballten Faust eine drohende Haltung ein.“ Die mitgebrachten Trauerkränze wurden in diesem Tumult „wahllos links und rechts auf die Gräber geworfen. Das kam daher, weil die Beamten bei der Räumung schnell und scharf zugriffen und zur Räumung immer wieder körperliche Gewalt anwenden mussten.“¹¹³ Polizeimeister Sellke machte einen Haupttäter aus: „Als Haupträdelsführer wurde von mir der Angestellte Friedrich Steinmetz ... festgestellt. Steinmetz musste auch von mir mit Gewalt vom Friedhof entfernt werden, weil er immer wieder versuchte, den Friedhof zu betreten.“¹¹⁴ Anschließend habe sich Steinmetz auch noch bei der Einsatzleitung und bei Polizei-Obermeister Heinicke über den Polizeieinsatz beschwert.

„Nachdem die Menge vom Friedhof heruntergedrängt war“, so schildert Polizeimeister Sellke den weiteren

¹⁰⁶ Frau Nickel erklärte später d. V., dass sie sich habe nackt ausziehen müssen.

¹⁰⁷ HStA Hannover, Nds. 721 Lüneburg, Acc. 153a/82 Nr. 279, Festnahme und Einlieferungsanzeige v. 16.12.1951

¹⁰⁸ LZ v. 17.12.1951

¹⁰⁹ HStA Hannover, Nds. 721 Lüneburg, Acc. 153a/82 Nr. 279, Bericht Thonert v. 8.2.1952

¹¹⁰ Ebenda, Bericht Thonert v. 8.2.1952

¹¹¹ Ebenda, Äußerung Polizei-Meister Sellke v. 19.2.1952

¹¹² Ebenda, Polizeimeister Sellke ergänzt in seinem Bericht: „Einigen Burschen gelang es, aus dem Mittelgang zum Redner vorzudringen ... Mit Hilfe von einigen Kameraden gelang es, die Burschen zurückzudrängen.“

¹¹³ Ebenda, Bericht Meinicke (Leiter Polizei-Abschnitt Stadt Lüneburg) v. 6.2.1952

¹¹⁴ Ebenda, Äußerung Polizeimeister Sellke v. 19.2.1952

Verlauf, „wurde sie von einer zweiten Sperrkette empfangen und aus dem Wald gedrängt.“¹¹⁵ Möglicherweise handelte es sich bei dieser zweiten Sperrkette um die von Franz Holländer benannte berittene Polizei, die nach seinen Worten die Trauergäste aus dem Wald jagte.

Nachdem die Gedenkveranstaltung auf dem KZ-Friedhof durch Polizeigewalt verhindert worden war, trat die Staatsanwaltschaft auf den Plan. Sie ermittelte gegen die genannte „Ehrenwache“ (Haul und Nickel) und darüber hinaus gegen weitere Personen, die nach einem Bericht der Polizei bereits am Vortage der Gedenkveranstaltung als Beschuldigte ausgemacht worden waren, denn schließlich handelte es sich bei ihnen um stadtbekannte Antifaschisten.¹¹⁶ Staatsanwalt Rogalla beantragte am 12.1.1952, die Ermittlungen auszuweiten und „die Beschuldigten Steinmetz, Schröder und Baerwald, verantwortlich wegen Vergehens nach §§ 113, 114, 128 und 129 StGB, zu vernehmen.“¹¹⁷ Bei diesen Paragrafen handelt es sich um „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Widerstand gegen Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen“, „Geheimbündelei“ und „Kriminelle Vereinigung“. Während bei den Widerstandsdelikten eine geringe Strafe zu erwarten war, standen nach dem Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951 auf den Verstoß gegen die §§ 128 und 129 im Höchstfalle Gefängnis bis zu einem Jahr, bzw. Zuchthaus bis zu 5 Jahren. Diese richteten sich gegen eine Betätigung in der VVN, weshalb Rogallas Ermittlungen zum Ziel hatten, den Beschuldigten bei ihrem „Plan zur Totenehrung“ eine „illegale Fortsetzung der verbotenen VVN“ nachzuweisen. Zunächst vernahm Oberamtsrichter z. Wv. Laschinski¹¹⁸ (Amtsgericht Lüneburg) am 8.4.52 in der „Strafsache gegen Haul u.a. wg. Vergehen nach §§ 110 u.a.“ (AZ: 6 GS 192/52) den Beschuldigten Schröder. Im Vernehmungsprotokoll festgehalten sind zunächst seine „Vorstrafen: 15 Monate Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Jahre 1933 – 1934“. Nach „belastenden“ Verbindungen zur VVN befragt, erklärt Schröder: „Ich bin früher Mitglied der V.V.N. gewesen. Diese Vereinigung ist aber aufgelöst und besteht meines Erachtens jetzt nicht mehr. (Es) kennen sich aber viele Mitglieder dieser Vereinigung und treffen sich

auch noch gelegentlich. Der KPD. und der FDJ. gehöre ich ebenfalls nicht an. Ich bin lediglich Mitglied der Industriegewerkschaft Chemie, Ortsgruppe Lüneburg.“¹¹⁹ Über die Organisatoren der Gedenkveranstaltung könne er keine Auskunft geben. Auch wisse er nicht, wer die Kränze und die Kranzschleifen besorgt habe. Am gleichen Tage verhörte Richter Laschinski den Angeeschuldigten Baerwald. Das Protokoll vermerkt: „Vorstrafen: Wegen Vorbereitung zum Hochverrat insgesamt 10 Jahre Gefängnis, Verurteilung 1933 und 1937“. Schröder gibt über seine Beziehungen zur VVN an: „Ich bin von 1937 bis 1945 Insasse des KZ's Sachsenhausen und Berlin-Lichterfelde gewesen. Aus diesem Grund war ich auch früher Mitglied der inzwischen verbotenen VVN.“ Auch er wisse nichts über die Organisatoren der Gedenkveranstaltung, an der er im Übrigen wegen einer Krankheit nicht habe teilnehmen können.¹²⁰

Etwa ein halbes Jahr intensiver Ermittlungs- und Vernehmungstätigkeit später, am 17.9.1952, musste Staatsanwalt Rogalla in einer Verfügung (AZ: 14 P Js 236/51) eingestehen: „Vergehen, strafbar nach den §§ 90 a, 128, 129 StGB, begangen durch illegale Fortsetzung der verbotenen VVN, können den Beschuldigten nicht nachgewiesen werden.“ Seine umfangreichen Nachforschungen nach den Auftraggebern der Gedenkanzeige in der Landeszeitung¹²¹, nach den Verantwortlichen für Kranzschleifen und Gedenkkerzen und dem „auswärtigen jüdischen“ Redner konnten nicht hinreichend widerlegen, „dass der Plan zur Totenehrung aus einer losen, unorganisierten Verbindung ehemaliger VVN-Mitglieder heraus entstanden ist. Genügende Anhaltspunkte für das Fortbestehen eines organisierten Zusammenhalts sind nicht ermittelt worden ... Das Verfahren wird eingestellt. Kein Bescheid.“¹²²

Damit musste Staatsanwalt Rogalla zugeben, dass die Durchführung dieser Gedenkveranstaltung nicht hätte untersagt werden dürfen und somit die zum Vollzug des Verbots angewandte Polizeigewalt illegal war.

¹¹⁵ Ebenda, Äußerung Polizei-Meister Sellke v. 19.2.1952

¹¹⁶ Ebenda, Schreiben des Kommandeurs der Polizei bei dem Regierungspräsidenten an die Polizeiinspektion Lüneburg v. 15.12.1951

¹¹⁷ Ebenda, Schreiben der Staatsanwaltschaft Lüneburg an die Kriminalpolizei – SK – v. 12.1.1952

¹¹⁸ Ein ehemaliger NS-Richter

¹¹⁹ HStA Hannover, Nds. 721 Lüneburg, Acc. 153a/82 Nr. 279, Vernehmung Schröder v. 8.4.1952

¹²⁰ Ebenda; Die Vernehmungsprotokolle der weiteren Beschuldigten sind nicht überliefert. Auch das Protokoll des von Polizeimeister Sellke vernommenen Friedrich Steinmetz fehlt in der Akte.

¹²¹ Die Anzeige wurde von Franz Holländer aufgegeben, wie dieser gegenüber d. V. gegenüber ausführte.

¹²² HStA Hannover, Nds. 721 Lüneburg, Acc. 153a/82 Nr. 279, Verfügung der Staatsanwaltschaft v. 17.9.1952

Der furchtbare Nazi-Jurist Rogalla – 1941 Ankläger am Sondergericht in Stettin, nach 1945 Strafverfolger in politischen Verfahren in Lüneburg

Staatsanwalt Rogalla gehörte folgenden NS-Organisationen an: SA ab 22.3.1933 bis 1.10.1935; NSDAP seit 1. Mai 1933, dort war er 1938 Blockhelfer, 1939 Blockleiter. NS-Rechtswahrerbund seit 3.10.1933, dort als kommissarischer Zellenwart tätig; Reichsbund Deutscher Beamter ab April 1934. 1936 wurde Rogalla in Stettin als Staatsanwalt „im sondergerichtlichen Arbeitsgebiet beschäftigt.“ Rogalla machte seine Sache gut. Sein Vorgesetzter schrieb: „... besitzt für politische Strafsachen ein besonderes Fingerspitzengefühl ... In der Partei arbeitet er als Blockleiter.“⁴¹ Der Beurteilung folgte der Vorschlag, Rogalla zum Oberstaatsanwalt zu befördern. Rogalla wurde Staatsanwaltschaftsrat am Kammergericht in Stettin.

Am 1. August 1941 kam die Ernennung zum Ersten Staatsanwalt am Sondergericht Stettin; damit verbunden war das Amt des Abteilungsvorstehers und ständigen Vertreters des Oberstaatsanwalts. In dieser Position war Rogalla für die Justiz an der „inneren Front“ des Regimes so wichtig, dass er trotz des Personalbedarfs der Wehrmacht als ständig „unabkömmlich“ nicht eingezogen wurde. Unter den vielen politischen Verfahren, in denen Rogalla als Ankläger auftrat, war auch eines gegen 14 Gewerkschafter, unter ihnen der spätere ÖTV-Vorsitzende Adolph Kummernuss. Rogalla beantragte zahlreiche Todesurteile. Wenn er die Begründung verfasst hatte, sandte er sie vor Erhebung der Anklage dem Reichsjustizministerium zu - jeweils mit der Bemerkung: „Ich beabsichtige, die Todesstrafe zu beantragen.“ Dies tat er in folgenden Fällen, z.B.:

- Der christliche Gewerkschafter Walter Teske aus Wollin wurde wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt, weil er gesprächsweise „den Sieg Deutschlands als aussichtslos hingestellt“ habe.

- Antrag auf Todesstrafe am 3.11.1942 für die Wirtschaftsgehilfin Elsbeth Jung aus Stoffelfelde, am 30.4.1943 für die Eheleute Gustav und Meta Behnke, am 10. Juni 1943 für den Fuhrunternehmer Hans-Hermann Braatz, am 29. Juli 1944 für die Näherin Marie Liptow aus Stettin.

- Antrag auf Todesstrafe am 1.9.1944 gegen den polnischen Arbeiter Alfons Chmarzynski aus Wulfplatzke/Kreis Neustettin nach der KriegswirtschaftsVO, der VolksschädlingsVO und der PolenstrafrechtsVO, weil er „gefälschte Lebensmittelkarten, die von Feindfliegern über dem Reichsgebiet abgeworfen waren, aufgesammelt und ... versteckt hatte.“ Rogalla: „Ich beabsichtige, die Todesstrafe zu beantragen“. Alfons Chmarzynski wurde am 5.10.1944 hingerichtet.

Am 24. Dezember 1951 wurde Rogalla in Lüneburg erneut als Beamter auf Lebenszeit eingestellt und mit politischen Strafsachen betraut.

Zitate und Abbildung aus VVN BdA Das Landgericht ... S.47 ff

NSDAP-Mitgliedskartei Hans Rogalla

Mitglieds Nr. <u>3064787</u>		Vor- und Zuname <u>Rogalla Hans</u>	
Geboren <u>24. 2. 04</u>	Ort <u>Bromberg</u>	Wohnung _____	
Beruf <u>Rechtsanwalt</u>	ledig , verheiratet, verw.	Ortsgr. _____	Gau _____
Eingetreten _____	<u>1.5.33</u>	Wohnung _____	
Ausgetreten _____		Ortsgr. _____	Gau _____
Wiedereingetr. _____		Wohnung _____	
Wohnung <u>St. Jungfernstieg 19</u>	<u>Bromberg</u>	Ortsgr. _____	Gau _____
Ortsgr. <u>Stettin</u>	Gau <u>Bommern</u>		

Verändertes Gedenken II ab 1952: VDK und Stadt trauern am Volkstrauertag

Im Folgejahr 1952 erreichte das Tilgen der Erinnerung an die Nazi-Opfer des Massakers in Lüneburg eine weitere Stufe: In diesem Jahr gedachte das offizielle Lüneburg der ermordeten KZ-Häftlinge nicht mehr am zweiten Septembersonntag, dem „OdF-Tag“ (s. S. 32), auch nicht mehr gemeinsam mit allen anderen Verstorbenen an einem Totensonntag (wie 1950), auch nicht mehr unter dem Pseudonym „Tote des Bombenangriffs“ (wie 1951), sondern überhaupt nicht mehr mit einer eigenen Veranstaltung. Dieser vollständigen Abkehr von einer antifaschistischen Totenehrung und Mahnung durch die Stadt Lüneburg gingen zwei Ereignisse voran: die Neustrukturierung des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ und die bundesweite Wiedereinführung des „Volkstrauertages“.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) wurde nach dem 1. Weltkrieg gegründet und staatlich alimentiert, um Kriegsgräberstätten aufzubauen und die Gräber toter deutscher Soldaten zu pflegen. In der Führung und Ideologie nationalkonservativ bis profaschistisch orientiert, unterstützte der VDK die Nazis 1933 bei deren Kampf um die Macht, ließ sich in das NS-System integrieren und später freiwillig gleichschalten.

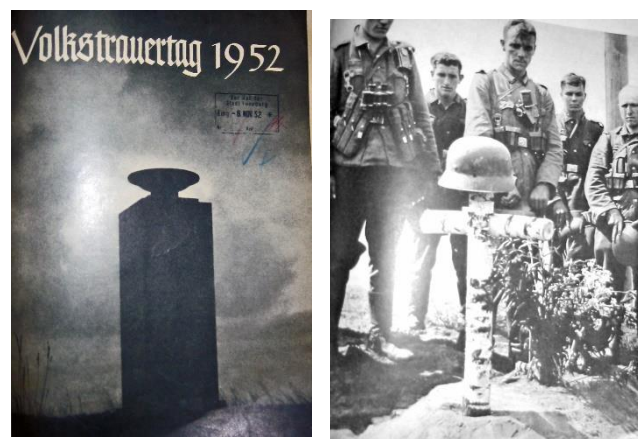
Nach Gründung der Bundesrepublik wies die Bundesregierung dem VDK unter alter Nazi-VDK-Führung wieder die früheren Funktionen zu. In Lüneburg war der VDK in den ersten Nachkriegsjahren beim Soldaten-Gräberdienst tätig, z.B. beim Zentralfriedhof. Dort arbeitete er mit den Behörden intern zusammen, spielte in der Öffentlichkeit aber zunächst keine Rolle. Das änderte sich im Jahr 1950, als der VDK zu einer ersten öffentlichen Saalveranstaltung mit dem Nazi Dr. Lindner lud (s. S. 21), zunächst noch organisiert vom Bezirksbüro des VDK in Hannover. Eine flächendeckende Ausdehnung der Verbandsstrukturen, verbunden mit staatlicher Finanzierung, setzte den VDK in die Lage, auch in Lüneburg ein Bezirksbüro zu eröffnen (zunächst Am Berge 8) und von nun an am Ort seine Arbeit zu verbreitern. Fortan wirkte der VDK auch in Lüneburg als halbstaatliche Institution. Vorsitzender war stets eine regionale politische Größe (in den 1950er-Jahren Regierungspräsident Dr. Krause) mit hauptamtlich tätigem Personal.

Die Einführung eines Volkstrauertags wurde 1919 vom VDK vorgeschlagen; 1926 wurde er erstmals als Gedenktag „für die gefallenen deutschen Soldaten des

Ersten Weltkrieges“ begangen. Nicht zu übersehen war von Anfang an „der Versuch, aus der Erinnerung an den Krieg neben dem Appell an die Einigkeit des Volkes die Botschaft zu vermitteln, dass es das höchste Ideal sei, alles für das Wohl Deutschlands zu opfern und seine eigenen Ansprüche zurückzustellen. So sprach der Hamburger Pastor Jähnisch auf der zentralen Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof 1926: „Unsere Toten mahnen. Und darauf kommt es an. Horche jeder auf den Geist der Toten und bekenne sich zu ihnen: Selber riefst du einst in Kugelhüssen: Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“¹²³ Ab Februar 1934 wurde der Volkstrauertag von den Nazis in „Heldengedenktag“ umbenannt und auf einen Sonntag im März (Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935) gelegt.

Nach dem Sieg über den Faschismus wurde die Tradition dieses speziellen Trauertages an die „gefallenen Soldaten“ wieder in der ursprünglichen Form aufgenommen und nach der Gründung der Bundesrepublik ab 1952 fortgeführt¹²⁴, jetzt am jeweiligen Sonntag vor dem Totensonntag.

Auf diese Datums-Verschiebung war VDK-Geschäftsführer Heine noch nicht eingestellt¹²⁵. Nachdem er am 7.2.1952 den Rat der Stadt zu einer VDK-Veranstaltung zum Volkstrauertag für den 9. März eingeladen hatte „als Gedenktag für die Toten beider Weltkriege“, musste er diese Ankündigung zurücknehmen. Dafür versorgte der Lüneburger VDK den Rat der Stadt mit seiner Verbandszeitschrift, die die eindeutige Abkehr von einer Trauer über die NS-Opfer ausdrückt und die Hinwendung zu den deutschen Soldatentoten dokumentiert.



Verbandszeitschrift des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag 1952

¹²³ https://de.wikipedia.org/wiki/Volkstrauertag#cite_note-4; Juni 2016

¹²⁴ In der DDR wurde ein „Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ eingeführt, s. ebenda

¹²⁵ Friedhofsamt Lüneburg: Der Regierungspräsident informierte erst am 3.3.1952 die Behörden und den VDK über die Terminverlegung.

Mit der Aufwertung des „Volkstrauertages“ und seiner Orientierung auf den Sonntag vor dem Totensonntag einher ging auch eine Abkehr von der terminlichen Symbolik, nämlich den „zweiten Sonntag im September“ als bundesdeutschen, einheitlichen Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu begehen.

Dieses Datum für den sogenannten OdF-Tag war bereits im März 1947 bei der ersten Interzonenkonferenz der VVN festgelegt worden. Der „OdF-Tag“ wurde zunächst in ganz Deutschland am selben Tage mit sehr großem Zuspruch begangen.¹²⁶ Mit der Teilung des Gedenkens Ende der 1940er-Jahre im Zusammenhang mit den deutschen Staatsgründungen und dem Kalten Krieg wurde diese Tradition in der Bundesrepublik in den Hintergrund gedrängt.¹²⁷



Kundgebung am OdF-Tag 1948 in Berlin

Auch in Lüneburg hatten nach 1945 am 2. September-Sonntag Gedenkveranstaltungen (u. a. am KZ-Friedhof) des Komitees und der VVN stattgefunden. Im September 1952 gab es letztmalig auch ein städtisches Erinnern – allerdings schon unter Ausschluss der Öffentlichkeit, wie folgender Vermerk des Hauptamtes der Stadt zeigt:

„Nach Rücksprache mit Herrn OStD (Oberstadtdirektor, d. V.) ist von Seiten der Stadt durch Herrn Stadtgartenmeister Lange am Sonntag, d. 7.9.1952 in den frühen Morgenstunden im Namen der Stadt Lüneburg ein Kranz auf dem KZ-Friedhof niederzulegen“.¹²⁸

Diese Formulierung lässt erkennen, dass es sich bei dieser Aktivität um eine „Pflichtübung“ gehandelt haben

muss, bei der sich die Stadt durch einen untergeordneten Beamten vertreten ließ. Der unbestimmte Termin („in den frühen Morgenstunden“) weist zudem darauf hin, dass keine Publikumsbeteiligung geplant war, der Kranz vielmehr „still und heimlich“ auf dem KZ-Friedhof abgelegt werden sollte.

Möglicherweise verfolgte der Rat der Stadt in diesem Jahr 1952 eine Politik, den neu installierten und auf den November terminierten Volkstrauertag als Art „Hauptgedenktag“ an alle „Toten beider Weltkriege“ zu begehen, aber die Nazi-Opfer auf dem KZ-Friedhof doch wenigstens mit einem symbolischen Akt zu bedenken. Dass es sich hierbei um eine „Minimalsymbolik“ handelte, zeigt die Tatsache, dass der niedergelegte Kranz ein recht preiswertes Exemplar war und dass die Stadtvertreter es zunächst sogar ablehnten, diese heimliche Kranzniederlegung gemeinsam mit einem Vertreter der Bezirksregierung (Regierungsrat von Safft) vorzunehmen.¹²⁹ Schließlich fuhren auf Bitten der Bezirksregierung dennoch Stadtgartenmeister Lange und Regierungsrat Safft zu zweit mit einem Dienstwagen zur Kranzniederlegung in den Tiergarten, „da die Angelegenheit dann mit einer Fahrt erledigt“ werden konnte.¹³⁰ Die örtliche Presse berichtete über dieses Kurzgedenken nicht, weder als Veranstaltungsankündigung, noch nachträglich als Bericht – nicht einmal unter ihren lokalen Kurznachrichten in der Rubrik „Zwischen Kurpark und Zeltberg“.

Im November 1952 erfolgte dann die vollständige Abkehr von einer antifaschistischen Totenehrung und Mahnung. Der am 12.11. erstmals begangene Volkstrauertag war so ausgerichtet, dass er allein die „Deutschen“ betrauerte und die Wehrmachtssoldaten in Kriegsoffer umdeutete. Ihr mörderisches Wirken sollte ausgeblendet, alle Deutschen von jeglicher Schuld und Scham freigesprochen werden.

Die Honoratioren der Stadt legten an diesem Volkstrauertag Kränze nieder am Zentralfriedhof und am KZ-Friedhof im Tiergarten (dort ohne eine Ansprache). Es fällt auf, dass jetzt die Landeszeitung nicht mehr von einem „KZ-Friedhof“ schreibt, sondern den Terminus „Gedenkstätte“ einbringt. Diese Begrifflichkeit unterschlägt, dass es sich um einen Friedhof handelt, auf dem KZ-Häftlinge begraben liegen. Von nun an wird jahrzehntelang im offiziellen Sprachgebrauch nur noch abwechselnd vom „Mahnmal-Tiergarten“, „KZ-Mahnmal“ und „KZ-Gedenkstätte“ gesprochen.

¹²⁶ H. Coppi, N. Warmbold, Der zweite Sonntag im September, Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus – Zur Geschichte des OdF-Tages, 2. Aufl., Berlin 2011; Im Internet nachzulesen unter: <http://berlin.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/3/2013/06/Septemberheft-OdF-2011-08-24kl.pdf>

¹²⁷ In der DDR wurde dieser Tag als solcher weiterhin begangen.

¹²⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes der Stadt Lüneburg (Schmid/Baumbach) v. 3.9.1952

¹²⁹ Ebenda, Vermerk des Hauptamtes v. 3.9.1952

¹³⁰ Ebenda, Vermerk des Hauptamtes v. 10.9.1952

Die Hauptveranstaltung des Volkstrauertages 1952 fand im Saale statt, ab 11.15 Uhr im „Capitol“ am Graalwall (der heutigen Ritterakademie).¹³¹ Die LZ berichtet von „tröstlichen Gesängen“, Schuberts Streichquartett und dem „Guten Kameraden“, aber nichts von Trauer über „die Opfer des Faschismus“. Stattdessen steht der „Soldatentod“ im Zentrum der Trauer. Harry Kügler (Pastor an der Nikolaikirche) beispielweise beschreibt ihn als „einen Kameraden, den sie hinter der grollenden Front in die Erde gesenkt“ haben und über den Kügler Gutes sagen lässt von einem „Einstehen für einander und von der Reife der letzten Dinge.“ Über den Umweg des individuellen Sterbens der Soldaten wurde so mit der NS-Wehrmacht Frieden geschlossen, wie der LZ-Bericht in seinem erklärenden Titel zeigt.

Dass bei der Totenehrung vor den Soldatengräbern Walter Küster¹³² (Bezirks-Geschäftsführer des VDK) lediglich der „sieben Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges“ gedachte, war kein Versehen: Die Toten des Faschismus der Jahre 1933 bis 1939, ob Jude oder Christ, Sozialdemokrat oder Kommunist, gehörten nach Ansicht der Veranstalter nicht zu den Zu-Gedenkenden. Die restlichen etwa 48 Millionen Toten von 1939 bis 1945 zählten ebenfalls nicht: Sie waren nach Logik der Veranstalter nicht zu betrauern. Sie waren keine Deutschen.

Für das Jahr 1953 berichtete die örtliche Presse über keine Veranstaltung am KZ-Friedhof im Tiergarten. Zum Volkstrauertag (15. November d. J.) veröffentlichte die LZ eine ganzseitige Aufklärungs-Geschichte über den Sinn dieses Tages (im jetzt gewohnt nationalistischen Duktus) und einen Bericht über eine Veranstaltung des VDK in der „Schaubühne“ mit Filmvorführung („Kreuze

in der Wüste“) und Ansprache des neuen Vorsitzenden, Regierungspräsident a. D. Herrmann. „Das Lied vom guten Kameraden hörten die Anwesenden nach der Aufführung des Films stehend.“¹³³ An diesem Tag wehten die Deutschland-Flaggen „auf allen öffentlichen Gebäuden auf Halbmast“ umflort. Auf dem Zentralfriedhof waren „vor das tragende Hochkreuz auf der Ehrenstätte ... der Volksbund, die Soldaten- und Jugendverbände gezogen. Sie hielten in stummer Feier Vereinigung mit den Toten“.¹³⁴

Den KZ-Friedhof dagegen hatte die Stadtverwaltung und –politik „vergessen“. Selbst eine „heimliche“ Kranzniederlegung wie im Jahr zuvor noch fand 1953 nicht statt.

Als Ankündigung für den Volkstrauertag 1954 berichtet die LZ über eine Gedenkstunde, die der VDK „auf der Ehrenstätte des Zentralfriedhofs“ durchführen werde. „Abordnungen des ehemaligen IR 47, der 13er Reiter, des KG 26 und der 16er Dragoner legen ... Kränze an ihren Traditionsehrenmalen nieder. Auch der Heimkehrerverband und der Traditionsverband der ehemaligen 110. Infanterie-Division schmücken ihre Mahnmale mit Kränzen. Der VVN-Kreisvorstand schließlich wird einen Kranz am KZ-Ehrenmal im Tiergarten niederlegen.“¹³⁵ Bereits am 12.11. wurden die o. g. militärischen Gedenkveranstaltungen angekündigt in der LZ im redaktionellen Teil unter der Rubrik „Zwischen Kurpark und Zeltberg“, am 13.11. noch einmal als Anzeige der „Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände“. Der VDK führte neben der Gedenkstunde auf dem Zentralfriedhof zusätzlich eine Saal-Gedenkveranstaltung in der Schaubühne durch, wo er die gestorbenen Wehrmachtssoldaten als „vom Tode geädelt“ würdigte.¹³⁶

„Ihr Gedächtnis steht in Frieden“

Feier zum Volkstrauertag im „Capitol“ — Kränze an den Gedenkstätten

Lüneburg. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge errichtete im Capitol das Zeichen des Kreuzes über Blumen. Es war namenlos und galt den vielen Millionen, denen keine Sargbreite geweihter Erde in der Heimat wurde, die im weiten Erdenrund den Tod starben, keinen guten, sondern einen gehetzten und verfolgten, einen verscharrten Tod. Von ihnen zeugten die Worte und die Klänge in der Gedenkfeier und die Bilder, die hinter diesen aufstiegen, und wo die vielen Kreuze namenlos und unerreichbar irgendwo stehen, da trat das Gedenken der Lebenden zu ihnen und versah in unsichtbarer Gebärde Liebesdienst an ihnen.

Mozarts Ave, verum corpus, vom Lüneburger Madrigalchor gesungen, öffnete solche Fernen und die tröstlichen Gesänge der Streicher (Ottomar Borwitzky, Richard Ridemann, Heinrich Rabeler und Paul Barth) in Beethovens Streichquartett E-dur und Schuberts Streichquartett in d-moll führte sie wieder zurück in den reinen klaren Spiegel der Eltern-, Sohnes- und Menschenliebe. Pastor Kügler ließ in seiner Ansprache einen Kameraden, den sie hinter der grollenden Front in die Erde gesenkt, an die Stelle der vielen treten. Er sagte Gutes von ihm und ließ diesen einen das Gute von den Menschen sagen, von ihren mitbrüderlichen Ge-

danken, ihrem Einstehen für einander und von der Reife für die letzten Dinge. So leben die Lebenden im Herzen der Toten weiter, anders wissen sie es nicht und wollen es nicht anders wissen. Es ist nicht zu hadern und zu bangen, sondern nur in Haltung zu leben.

„Ihr Gedächtnis steht in Frieden“, sang es verklärt in dem alten Satz auf den 75. Psalm. Dann sprach Walter Küster das Gedenken für die zwei Millionen des ersten und die sieben Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges, indes die Weise vom guten Kameraden leise tönte. Die ergriffene Versammlung stand und gedachte schweigend ...

An den Gedenkstätten auf dem Zentralfriedhof und im Tiergarten legten Oberbürgermeister Dr. Diekmann und Oberstadtdirektor Bockelmann im Auftrage der Stadt und Abordnungen der Verbände und Organisationen Kränze nieder. rk.

LZ v. 17.11.1952

¹³¹ Friedhofsamt Lüneburg, Einladung des VDK v. 12.11.1952 an den Rat der Stadt

¹³² Die LZ berichtet in ihrer Ausgabe v. 30.11.1956 von der Lüneburger Bezirks-Vertretertagung des VDK, auf der Küster einen Bericht über die Pflege der Friedhöfe für deutsche Solda-

ten gab, die er „Heldenfriedhöfe“ nennt. Ganz in diesem Duktus titelt die LZ über die finanziellen Zuwendungen: „1,5 Millionen Mark für Heldenfriedhöfe“.

¹³³ LZ v. 16.11.1953

¹³⁴ Ebenda

¹³⁵ LZ v. 14.11.1954

¹³⁶ Ebenda

Verbot der VVN und Tätigkeit des BVN

Parallel zur politischen Entwicklung des Kalten Krieges wurde es den VVN-Mitgliedern immer schwerer gemacht, legal tätig zu sein und sich für den Antifaschismus einzusetzen. Bereits am 21.7.1951 beschloss die Bundesregierung, dass der „Rat der Vereinigungen und Verfolgten des Naziregimes (VVN)“ verboten sei (das Büro des Rates wurde am 2.8.1951 durch ein großes Polizeiaufgebot geschlossen) und die Länder wurden ersucht, die Tätigkeit der VVN zu unterbinden. „Die Begründung argumentierte, dass diese Organisation von Kommunisten unterwandert sei und dass sie die verbotene Volksbefragung (gegen die Remilitarisierung, d. V.) aktiv unterstützt habe.“¹³⁷ Dem Verbot folgten nicht alle Bundesländer, teils scheiterte die Umsetzung später am Widerspruch von Verwaltungsgerichten wie in Niedersachsen am 2.7.1954. Förmlich aufgehoben wurde in Niedersachsen das VVN-Verbot durch Beschluss des niedersächsischen Innenministers vom Januar 1956.¹³⁸

LZ-Heide-Telegramm

VVN-Leiter festgenommen

Uelzen. In einer geheimen Versammlung in Uelzen wollten VVN-Mitglieder eine neue Vereinsgruppe gründen und einen Vorstand wählen. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Drei Funktionäre der verbotenen VVN, darunter der ehemalige Leiter der VVN in Uelzen, August Rath, wurde festgenommen.

LZ v. 21.10.1953

Nun traten konservative Verfolgtenverbände auf den Plan, die die Rolle der VVN zu übernehmen versuchten wie der konservative „Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN)“. Der BVN bezeichnete sich zwar als überparteiliche Organisation, schloss aber die Mitglieder der kommunistischen Verfolgtengruppe von vornherein als gedenkunwürdig aus seiner Mitgliedschaft aus.¹³⁹

Unter dem Stadtdirektor a. D. Hermann Lange gründete sich auch in Lüneburg ein BVN, wurde nun statt der VVN für die Stadtverwaltung zum Gesprächspartner und lud für den OdF-Tag zu einer Gedenkveranstaltung am 12.9.1954 auf den KZ-Friedhof ein.¹⁴⁰ Im vorausweisendem Gehorsam weist er bereits vorab in seinem Einladungsschreiben an den Rat der Stadt darauf hin, dass auf jeden aktuellen politischen Bezug verzichtet werde: „Die Gedenkrede hält unser Kamerad Karbaum aus Lüneburg. Wir haben dafür Sorge getragen, dass keine politischen Reden gehalten werden dürfen.“ Diese Veranstaltung fand lediglich „im kleinen Rahmen“ statt¹⁴¹ auf dem KZ-Friedhof, der sich „in einem vernachlässigten Zustand“ befand, wie später kritisiert werden sollte (s. S. 36).

¹³⁷ Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968, Frankfurt/M. 1978, S. 65

¹³⁸ Vergl.: Ulrich Schneider, Zukunftsentwurf Antifaschismus, 50 Jahre Wirken der VVN für ‚eine neue Welt des Friedens und der Freiheit‘, Frankfurt 1997, S. 51.

Die Bundesregierung forcierte 1959 einen erneuten Versuch, die VVN zu verbieten. Das zuständige Bundesverwaltungsgericht brach den Prozess allerdings 1962 nach zwei Verhandlungsterminen ab. In der mündlichen Verhandlung übergab ein Widerstandskämpfer (August Baumgarte) Dokumente zur NS-Vergangenheit des Vorsitzenden Richters des erkennenden Senats - zugleich Präsident des Bundesverwaltungsgerichts - Fritz Werner. Er enthüllte, dass Werner schon vor 1933 NSDAP und SA beigetreten und später zum höheren SA-Führer berufen worden war. Nun wurde auch bekannt, dass

der Anwalt der Bundesregierung Dr. Hermann Reuß ebenfalls ein ehemaliger Nationalsozialist und im NS als Richter tätig gewesen war. Die unerwarteten Enthüllungen verstärkten die bereits großen Proteste im In- und Ausland und ließen den Prozess „versanden“. Im August 1964 mit der Neufassung des Vereinsgesetzes (§ 31 Abs. 4 VereinsG) wurde das Verfahren endgültig eingestellt. Vergl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigung_der_Verfolgten_des_Naziregimes_%E2%80%93_Bund_der_Antifaschistinnen_und_Antifaschisten

¹³⁹ Etwa 1956/57 löste sich der Lüneburger BVN wieder auf, ein Teil der Mitgliedschaft trat in die VVN ein.

¹⁴⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben v. 6.9.1954 von Lange an die Stadtverwaltung

¹⁴¹ Die LZ veröffentlichte weder eine Ankündigung noch einen Bericht über diese Trauerfeier.

Einweihung eines Ehrenfriedhofs auf dem Zentralfriedhof 1954

Die das öffentliche Leben Lüneburgs dominierende Trauer- und Gedenkfeier fand 1954 auf dem Zentralfriedhof statt.

Auf diesem Friedhof nämlich war „in jahrelanger Arbeit“¹⁴² vom VDK, der Stadtverwaltung und den Kirchen ein neuer „Ehrenfriedhof“ angelegt worden, der nun eingeweiht und in die Obhut der Stadt Lüneburg übergeben wurde, darunter die heutige Kriegsgräberanlage III mit 343 Gräbern.



Zentralfriedhof heute, Ehrenhain 3; Fotos M. Messer

Insgesamt handelt es sich um Gräberfelder mit „620 deutschen Soldaten und 76 Lüneburger Bombenopfer, die in diesem Weiheakt geehrt wurden. 343 starben als schwerverletzte Soldaten in den Lazaretten Lüneburgs oder fielen bei den letzten Kämpfen in der Nähe.“¹⁴³ Diese verstorbenen Soldaten erhielten je eine beschriftete, in die Erde eingelassene Grabplatte.¹⁴⁴ Das Gräberfeld wurde zusätzlich mit 24 Steinkreuzen versehen, die in Dreiergruppen nach dem Logo des VDK in das

Feld eingesetzt wurden. Es entsprach dem Selbstverständnis der Lüneburger Politik und Verwaltung, dass hier auch mehr als 21 SS-Männer (unter ihnen mindestens ein KZ-Bewacher) als „deutsche Soldaten“ begraben wurden.¹⁴⁵ Oberstadtdirektor Bockelmann gedachte auch dieser SS-Angehörigen „in tiefer Bewegung“.¹⁴⁶

Zu dieser „Weihe der würdigen Ehrenstätte“ luden Oberbürgermeister Gravenhorst und der VDK gemeinsam auch Familienangehörige der Bombenopfer, der Wehrmachtsangehörigen und der SS-Männer ein, „damit Sie die trostvolle Gewissheit ... mitnehmen können, dass das Grab ihres lieben Angehörigen in guter Obhut geborgen liegt.“¹⁴⁷ Neben Hilfen für private Übernachtungsmöglichkeiten, Hotelzimmerbestellungen, Fahrpreismäßigung bei der Bundesbahn und Blumenvorbestellung boten die Einladenden den Angehörigen an, für sie stellvertretend ein Blumenschmuck am Grab niederzulegen.

Es ist eigentlich überflüssig zu erwähnen, dass eine solche Zuwendung und Betreuung die Angehörigen der auf dem KZ-Friedhof Begrabenen niemals erfuhren.

Fast 3.000 Menschen nahmen 1954 an dieser Soldatenfriedhofs-Einweihungsveranstaltung teil, die „der wundervollen Gedenkstunden ... bei Fackeln und Kerzen ergriffen beiwohnten ... Unvergessen wird die ... Weihe bleiben, als die Mädchen der Schule IV, jedes ein Blumenstrauß in den Händen, durch die Gräberreihen schritten und alle zur gleichen Zeit, je ein Mädchen vor einem Grab, niederknieten und den Strauß niederlegten.“¹⁴⁸

Weihe des Ehrenfriedhofes

auf dem Zentralfriedhof Lüneburg (Soltauer Straße)
am 11. und 12. September 1954.

Sonnabend, 11. September: 19 Uhr **Gedenkstunde** auf dem Ehrenfriedhof, gestaltet durch die Lüneburger Jugendverbände unter Mitwirkung des Posaunenchores. 20 Uhr Abendmusik in der St.-Nikolai-Kirche.

Sonntag, 12. September: 11.15 Uhr Glockengeläut von der St.-Johannis-Kirche. - 11.30 Uhr **Weihestunde** auf dem durch den Rat der Stadt Lüneburg und den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ausgestalteten Ehrenteil III. (Für Angehörige katholischen Glaubens wird am Montag, 13. September, um 9 Uhr vormittags ein **Requiem** in der Marienkirche veranstaltet.)

Lüneburger Stadtnibusse fahren am Sonntag, 12. September, ab vormittags 11 Uhr im Pendelverkehr Sand-Zentralfriedhof.

Alle Einwohner Lüneburgs und Umgebung, insbesondere die Angehörigen und Kameraden der Kriegstoten, sind herzlich eingeladen.

Der Rat der Stadt Lüneburg

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

LZ v. 10.9.1954

¹⁴² LZ v. 13.9.1954

¹⁴³ Ebenda

¹⁴⁴ Es handelt sich um das heutige Gräberfeld III.

¹⁴⁵ Friedhofsamt Lüneburg, Gräberliste für öffentlich gepflegte Gräber, Zentralfriedhof Lüneburg

¹⁴⁶ LZ v. 13.9.1954

¹⁴⁷ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Rat, Stadt und VDK o. D.

¹⁴⁸ LZ v. 13.9.1954

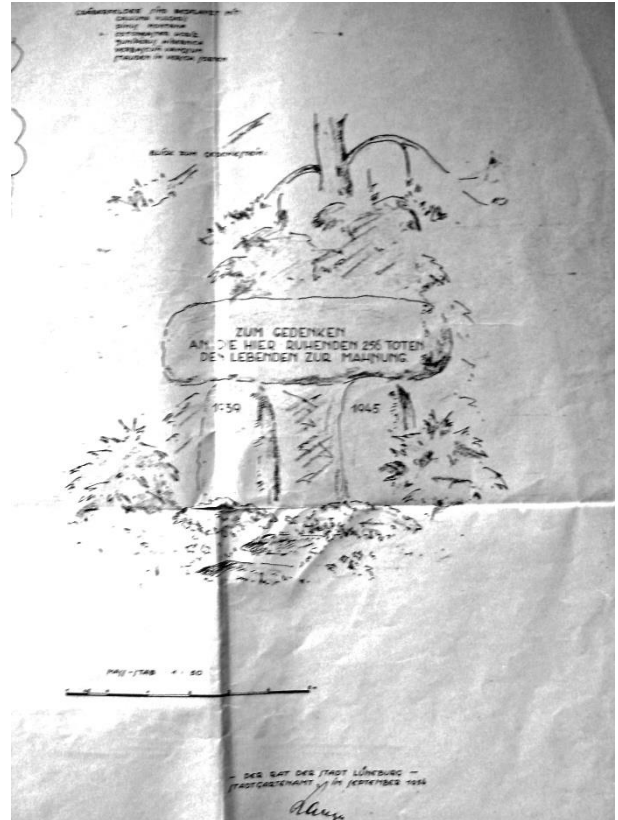
Stadt und Bez.Reg. schänden 1954 den KZ-Friedhof

Nur wenige Tage nach der Einweihung der Soldatengräberanlagen auf dem Zentralfriedhof trafen sich am 16.9.1954 die Herren Müller-Sander (für den Regierungspräsidenten), Lange und Rössner (Stadtverwaltung/Gartenamt) auf dem KZ-Friedhof zur Ortbesichtigung. Vorausgegangen war eine Anweisung der Bezirksregierung v. 18.8.1954 unbekannten Inhalts.¹⁴⁹ Möglicherweise lagen dort Beschwerden über den Zustand des KZ-Friedhofs vor.

Zweck der Ortsbegehung der drei Herren war es, den „Friedhof im Tiergarten (KZ) instand zu setzen“. Sie empfahlen bzw. beschlossen zur Neugestaltung:

1. Die geplanten Sandsteineinfassungen um die Grabreihen „kommen in Fortfall da die ungleich hochliegenden und verschieden abfallenden Grabfelder nach Einfassung mit Wesersandsteinen nicht wirken würden und das Landschaftsbild stören.“
2. Auf den Einzelgräbern sollen die Holzkreuze entfernt werden.¹⁵⁰
3. „Auf das Setzen von Grabnummernsteinen soll verzichtet werden, da diese nach einiger Zeit in der bewachsenen Fläche sowieso nicht sichtbar sind.“ Zur Erinnerung: Vier Tage zuvor wurden auf den Soldatengräbern des Zentralfriedhofs gerade solche Grabsteine gesetzt, bzw. eingeweiht.
4. „Der Platz um das Denkmal wird durch Erdaufschüttung gehoben (und) bepflanzt.“
5. „Der Gedenkstein erhält folgende (neue) Inschrift: ‚Zum Gedenken – der hier ruhenden 256 Toten – den Lebenden zur Mahnung‘.“¹⁵¹

Tatsächlich folgten Bezirksregierung und Stadtverwaltung diesen Empfehlungen. In sehr kurzer Zeit und unter Ausschluss der NS-Verfolgtenorganisationen setzten sie um, was eine grundlegende Veränderung des Charakters des KZ-Friedhofs bedeuten sollte. Mit dieser verordneten Einebnung der Gräber fehlte nun jeder Hinweis auf die Individualität und Persönlichkeit der Toten, ja selbst auf die Grabfelder. Die neue Inschrift des Gedenksteins beseitigte zudem auch jeden Bezug zum tatsächlichen Geschehnis: Aus den „Opfern des Nationalsozialismus/Faschismus“ machten die Verantwortlichen der Stadt nun nicht näher definierte „Tote“.



Zeichnung Stadtgartenamtsleiter Lange

Die Kritik an dieser Umgestaltung folgte auf dem Fuße: Am 10.12.1954 beschwerten sich in einer gemeinsamen Protestnote der Lüneburger BVN (Döring) und die israelitische Gemeinde (R. Lilienfeld) beim Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister darüber, dass „der Boden geebnet, die Holzkreuze entfernt und Anpflanzungen vorgenommen“ wurden. Besondere Empörung brachten sie zum Ausdruck über die Veränderung der Gedenkstein-Inschrift: „Soweit uns bekannt, ruhen dort KZ-Häftlinge, die zum großen Teil den roten Winkel getragen haben ... Es handelt sich somit nicht um Kriegsoffer (1939/45), sondern um politische Häftlinge der Gewaltherrschaft 1933/1945. Wir bitten, die alte Inschrift wiederherzustellen oder durch „Politische Opfer aus 1933 bis 1945“ zu ersetzen und für eine würdige Herstellung und Instandhaltung des Ehrenfriedhofs Sorge zu tragen, zumal von der Regierung und der Stadt alljährlich Mittel bereitgestellt werden.“¹⁵²

Jedoch: Großen Eindruck machte dieses Protestschreiben bei der politischen und Verwaltungsführung der

¹⁴⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Friedhofsamts v. 16.9.1954

¹⁵⁰ Bei dieser Empfehlung handelt es sich anscheinend um eine mündliche Übereinkunft. Sie wird zwar im Vermerk nicht explizit genannt, aber dennoch umgesetzt.

¹⁵¹ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Friedhofsamts v. 16.9.1954

¹⁵² Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des BNV an den Regierungspräsidenten und die Stadt Lüneburg v. 10.12.1954

Stadt nicht. Eine Reaktion darauf jedenfalls ist nicht dokumentiert. Anders reagierte der Regierungspräsident: Er ließ sich durch Oberregierungsrat Claus Bericht über die Vorgänge auf dem KZ-Friedhof erstatten.¹⁵³ Der Kritik an der Umgestaltung der Friedhofsanlage und Anonymisierung der Gräber stimmte er nicht zu, im Gegenteil. Er betonte vielmehr, dass „der KZ-Ehrenfriedhof im Tiergarten durch Instandsetzung ein würdiges Aussehen erhalten hat.“¹⁵⁴ Lediglich die neue Grabstein-Inschrift schien ihm wohl doch etwas unangemessen und er regte eine „Umgestaltung des Ehrenmals“ an. Regierungsvizepräsident Kaestner lud deshalb u.a. den BVN und die Jüdische Gemeinde in Lüneburg für den 12. Mai d.J. zu einem Ortstermin. Auch die katholische und evangelische Kirchengemeinde, die sich um diesen Friedhof bis dahin kaum gekümmert hatten, lud er mit ein. Aus gutem Grund, wie sich zeigen sollte, denn diese sollten einen neuen Gedenkstein-Text vorschlagen. Und auch die Idee, dass das neue Denkmal „einen Altartisch symbolisieren“ soll und zudem auf den tragenden Pfeilern Kreuz und Davidstern (im Protokoll „Judenstern“ genannt) anzubringen seien, schien mehr christlicher Tradition geschuldet als antifaschistischer Symbolik. Einen Winkel als Symbol für die KZ-Häftlinge (rot für die politischen) anzubringen kam jedenfalls nicht in Betracht. Ein solcher Hinweis auf die Gründe ihrer Verfolgung und Ermordung wurde nicht einmal diskutiert, stattdessen aber die Anbringung von Symbolen einer Religionszugehörigkeit, die lediglich vermutet werden konnte.

Lüneburgs Oberstadtdirektor war anscheinend über die geplante Veränderung der Gedenkstein-Inschrift und die damit verbundenen neuerlichen Kosten „not amused“, denn er ließ dem RP ausrichten, dass die Stadt Lüneburg doch zuvor gerade diesen Stein finanziert habe.¹⁵⁵

Der Rat der Stadt Lüneburg
Stadtbaunmt Bl./Ru.

Lüneburg, den 12.5.1955

Betr.: KZ-Friedhof.

Auf Einladung des Herrn Regierungspräsidenten fand heute eine Besprechung auf dem KZ-Friedhof statt. Anlaß zu dieser Besprechung war eine Eingabe des Bundes der Verfolgten des Naziregimes, welche sich mit der Gestaltung des Denkmals auf dem Friedhof im Tiergarten befaßte.

Zu der Besprechung waren erschienen:

Von seiten der Regierung:

1. Regierungsvizepräsident Kaestner
2. Oberbaurat Spießbach
3. Oberregierungsrat Schmidt
4. Regierungsinspektor Menke

Von seiten der Stadt:

5. Stadtbaurat Blumtritt
6. Stadtgarteninspektor Lange
7. Stadtgarteninspektor Rößner

Von seiten der Ev. Kirche:

8. Superintendent Meyer
9. Dr. Matthaei
10. Steinmetzmeister Menke

Von seiten der Kath. Kirche:

11. Pastor Kemming

Von seiten der Jüdischen Gemeinde:

12. Herr Lilienfeld
13. Herr Döring

Von seiten des BVN:

14. Herr Hamburger.

Herr Vizepräsident Kaestner bestätigte die Meinung, daß die Inschrift an dem Denkmal zu farblos sei. Es solle eine andere gewählt werden. Über die Art dieser Inschrift entspann sich eine längere Aussprache. Es wurde festgelegt, daß die Vertreter der 3 Kirchen eine entsprechende Inschrift ausarbeiten sollten, welche dann mit dem Herrn Vizepräsidenten endgültig festgelegt werden sollte.

Bezüglich der Gestaltung des Denkmals war man der Ansicht, daß dieses niedrig gehalten werden solle. Es sollte etwa einen Altartisch symbolisieren. Auf die tragenden Pfeiler der Platte würden das Kreuz und der Judenstern anzubringen sein.

Herr Vizepräsident Kaestner fragte mich, ob ich hierzu meine Zustimmung gebe. Ich sagte zu, daß ich die Angelegenheit den zuständigen Ausschüssen des Rates vortragen würde. Herr Präsident Kaestner erklärte, daß für die Gestaltung des Friedhofs die Regierung zuständig sei.

Friedhofsamt Lüneburg, Bericht des Bauamtes v. 12.5.1955

¹⁵³ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Gartenamtes v. 10.2.1955 über zu diesem Zwecke an den RP ausgeliehene Akten

¹⁵⁴ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben RP v. 3.5.1955

¹⁵⁵ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben OSTd an RP v. 18.5.1955

Vergeblicher Protest gegen das „Auslöschen jeder Erinnerung“

Während die Gedenkstein-Umgestalter der christlichen Kirchen (die Wünsche der jüdischen Gemeinde wurden nicht weiter beachtet) intern noch über ein passendes Bibelzitat debattierten, nahmen andere den Skandal um die erfolgte Umfunktionierung des KZ-Friedhofs wahr: SPD-Ratsherr (und Lüneburger Geschäftsführer seiner Partei) Karl Markwardt beklagte sich in einem am 26.5.1955 in der LZ veröffentlichten Leserbrief über die Zustände auf dem KZ-Friedhof („Die vorgenommene Veränderung der Ruhestätte hat mich tief erschüttert.“), empörte sich über das Verschwinden des großen und „der kleinen Kreuze mit den Häftlingsnummern“ und die Aufschrift des Gedenksteins: „Wer ruht hier nun eigentlich? Gefallene Soldaten? Die Jahreszahlen (1939 bis 1945) lassen es vermuten, oder Lüneburger Bürger, umgekommen durch Kriegshandlungen? Ich weiß nicht, welche Stelle dafür verantwortlich ist. Aber die Verniedlichung, das Auslöschen jeder Erinnerung daran, dass es im 1000-jährigen Reich KZ-Läger gab und Kinder, Greise, Deutsche und Ausländer mit aller technischen Raffinesse ermordet wurden, scheint recht zeitgemäß zu sein.“¹⁵⁶

Karl Markwardt war eine bekannte Persönlichkeit mit NS-Verfolgtenbiographie. Er wurde 28.5.1933 aus politischen Gründen festgenommen (bereits seinerzeit war er Geschäftsführer der örtlichen SPD) und musste im Lüneburger Gerichtsgefängnis für zwei Monate einsitzen. Als „Zellengenosse“ wurde ihm der Kommunist Rudi Mokri zugeteilt, mit dem er sich dort anfreundete. Mokri wurde am 11.10.1944 im KZ-Sachsenhausen erschossen, Markwardt im selben Jahr ein zweites Mal inhaftiert.¹⁵⁷ Vor dem Hintergrund dieser Biographie wird deutlich, warum sich gerade Markwardt über die skandalöse Umgestaltung und den damaligen Zustand des KZ-Friedhofs empörte.

Sein Leserbrief zeigt die völlige Isolation antifaschistischer Erinnerung (und deren organisatorischen Träger) in der Bundesrepublik der damaligen Zeit. Darauf weist Markwardt fast resignierender Hinweis auf das „Zeitgemäße“ der Auslöschung der Erinnerung an die Konzentrationslager hin. Sogar in den eigenen Reihen scheint Markwardt in einer Minderheitenposition gewesen zu sein, denn diesen Leserbrief schrieb er weder als Mitglied der SPD, noch als deren Geschäftsführer oder als SPD-Ratsherr, sondern ausdrücklich als Privatmann. Weitere, unterstützende Leserbriefe erschienen in der

... besuchte ich vor wenigen Tagen den Friedhof der KZ-Häftlinge im Wilsenbrucher Gehölz. Dort ruhen über 250 Deutsche und Ausländer, die, auf der Fahrt in den Tod, in einem Transportzug auf dem Güterbahnhof in Lüneburg abgestellt wurden. Der letzte Bombenangriff unterbrach die Weiterleitung und viele fanden — es war kurz vor Kriegsschluß — durch Hitlers Henker in Uniform den Tod.

Die vorgenommene Veränderung der Ruhestätte hat mich tief erschüttert. Das große Holzkreuz und die kleinen Kreuze mit den Häftlingsnummern sind verschwunden. Für das Holzkreuz wurden zwei vertikale Steinblöcke aufgestellt, auf denen horizontal ein Steinblock liegt. Und nun kommt das Entscheidende, die Inschrift: „Zum Gedenken der hier ruhenden 256 Toten. Den Lebenden zur Mahnung“. Links auf dem vertikalen Block steht die Jahreszahl 1939, rechts 1945. Wer ruht hier nun eigentlich? Gefallene Soldaten, die Jahreszahlen lassen es vermuten, oder Lüneburger Bürger, umgekommen durch Kriegshandlungen? Ich weiß nicht, welche Stelle dafür verantwortlich ist. Aber die Verniedlichung, das Auslöschen jeder Erinnerung daran, daß es im 1000jährigen Reich KZ-Läger gab und Kinder, Greise, Deutsche und Ausländer mit aller technischen Raffinesse ermordet wurden, scheint recht zeitgemäß zu sein. Karl Markwardt, Lüneburg, Mittelfeld 37.

Anm. d. Red.: Der Einsender ist Ratsherr in der SPD-Fraktion des Stadtparlaments und gleichzeitig SPD-Parteisekretär.

LZ Leserbrief v. 26.5.1955

Folge zu diesem Thema in der LZ nicht¹⁵⁸, weder von seinen Parteigenossen, noch von der jüdischen Gemeinde oder dem BVN.

Immerhin: Das Rathaus reagierte auf diese massive öffentliche Kritik Markwards an der Umgestaltung des KZ-Friedhofs: Der Oberstadtdirektor ließ ihm mitteilen, dass man seinen Leserbrief zur Kenntnis genommen und beim Bauamt „eine Nachprüfung veranlasst“ habe.¹⁵⁹ Stadtbaurat Blumtritt beauftragte daraufhin Stadtgarteninspektor Lange, einen „Ermittlungsbericht“ zu erstellen, der als Reaktion auf Markwards Leserbrief als Richtigstellung (oder Bestätigung) durch die Stadtverwaltung in der LZ veröffentlicht werden sollte.

Nach einer Zeit der „Nachprüfung“ sah Blumtritt von einer öffentlichen Stellungnahme der Stadtverwaltung (und sogar von der Erstellung eines internen Berichts) aber wieder ab. Er wies Lange an, „in der Sache nichts mehr zu unternehmen ... Durch eine Beantwortung in der Zeitung würde die Angelegenheit nur unnötig wieder aufgerührt.“¹⁶⁰ Stattdessen unterrichtete Blumtritt Karl Markwardt in einem persönlichen Gespräch, wo-

¹⁵⁶ LZ v. 26.5.1955

¹⁵⁷ Eine ausführliche Beschreibung seiner Haft findet sich in: VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg II, Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnisses Lüneburg, Lüneburg 2014, S. 8 ff

¹⁵⁸ Es ist natürlich denkbar, dass weitere Leserbriefe zwar eingesandt, aber nicht abgedruckt wurden.

¹⁵⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Oberstadtdirektors an Markwardt vom 10.6.1955

¹⁶⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Hauptamtes v. 24.6.1955

mit dessen massive politisch-moralische Kritik am Zustand des KZ-Friedhofs gedeckelt wurde und öffentlich nicht mehr zur Sprache kam. Es darf angenommen werden, dass Blumtritt mit dem Hinweis auf geplante Gespräche über eine Neugestaltung des Friedhof-Denkmal, die jetzt auch wieder die gesamte Friedhofsanlage betreffen sollte, Markwardt neue Hoffnungen auf die Errichtung einer würdigen Friedhofsanlage machte.

Tatsächlich wurde in den folgenden Monaten des Jahres 1955 behördenintern nicht mehr nur über eine neue Inschrift des Gedenksteins diskutiert, sondern die gesamte Friedhofsanlage stand wieder auf dem Prüfstand. Stein- und Bildhauer Heinrich Mensing (Hannover) reichte bei der Stadtverwaltung eine Skizze zur Neugestaltung ein¹⁶¹, die dort aber keinen Zuspruch fand. Zugleich wurde der VDK um eine Stellungnahme und um Vorschläge gebeten. Ex-Nazi Lindner (s. S. 21), nun in einer „Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal“ und nebenberuflich für den VDK tätig, äußerte sich daraufhin mit einem Gutachten vom 21.11.1955:

An der zuvor erfolgten Entfernung der personenbezogenen Kreuze, der Einebnung der Gräber und sogar am Verschwinden der Grabreihen hatte Lindner nichts auszusetzen. Auch die skandalöse Inschrift des Denkmals war ihm kein Wort der Kritik wert. Dafür schlug er vor, den 3-Meter breiten Mittelgang zu reduzieren („Er ist viel zu breit.“) auf einen schmalen Gehstreifen von 60 Zentimeter.¹⁶² Den Denkmalsblock beschreibt Lindner als „schön“, die ganze Denkmalsanlage aber als „nicht glücklich“. Er schlägt deshalb vor, „das Denkmal abzutragen, den beschrifteten Block auf eine ganz flache, ... breit gelagerte Stufe zu setzen und die Pfeiler vorn als Eingangspfeiler bei dem geringen Abstand von 0,95 wieder zu verwenden.“¹⁶³

Der Regierungspräsident (i. A. Reg. Baurat Spießbach) stimmte diesem „Lindner- Gutachten“ zu.¹⁶⁴

Stadtgartenamtsobersinspektor Lange stellte im Februar 1956 in einem Vermerk zum Stand der Umgestaltungsplanungen fest, dass auch die Stadtverwaltung dem Gutachten des VDK-Lindner im Wesentlichen folgen würde, fügte aber noch kleine Änderungen hinzu: Der Zugangsweg soll nicht auf 1/5, sondern auf 1/3 seiner Breite, auf 100 cm reduziert und tiefergelegt werden. Außerdem soll der Platz um das Denkmal mit Wesersandsteinplatten ausgelegt und ein Zaun um die gesamte Anlage errichtet werden (Jägerzaun), „damit das Wild nicht alle Anpflanzungen immer wieder abfrisst.“

¹⁶¹ Diese Skizze scheint nicht überliefert zu sein.

¹⁶² Dieser schmale Pfad sollte belegt werden „mit unregelmäßigen Wesersandsteinplatten, zwischen deren schmalen Fugen sich Gras entwickeln kann.“

¹⁶³ Friedhofsamt Lüneburg, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal (Lindner), v. 21.11.1955

Die Umgestaltungsarbeiten sollen Lüneburger Firmen übernehmen.¹⁶⁵

Inzwischen lag auch der von den Kirchen formulierte Vorschlag eines neuen Textes für den Gedenkstein vor. Am Bibelspruch hatte Gartenamtsleiter Lange nichts auszusetzen, wohl aber am Informationstext: „Der gewählte Text ‚Hier starben am 7.4.1945 256 KZ-Häftlinge‘ entspricht nicht ganz der Wirklichkeit ... Keiner der auf dem jetzigen KZ-Friedhof im Tiergarten ruhenden Toten ist an dieser Stelle gestorben.“ (Unterstreich im Original)

Der Vermerk Langes und das Gutachten Lindners gingen am 24.2.1956 zur Bezirksregierung. Diese gab ihre Zustimmung, so dass sich der Gartenausschuss des Rates auf seiner Sitzung vom 13.3.1956 mit dem Thema beschäftigen und Lange am 19.7.1956 einen Kostenplan vorlegen konnte, der neben den genannten Umbaumaßnahmen eine Begrünung der gesamten Gräberflächen mit 260 Pflanzen/Sträuchern und 80 qm Heide vorsah.¹⁶⁶

Nach diesen Plänen, für die sich besonders die Bezirksregierung stark machte (Regierungsvizepräsident Kaestner und Regierungsbaurat Spießbach), wurde die abermalige Umgestaltung im August/September 1956 vorgenommen:

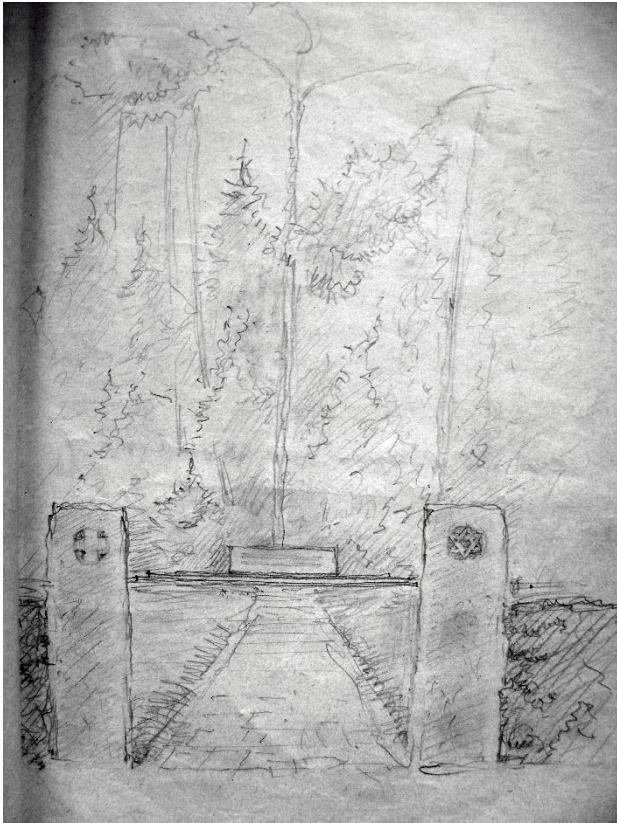
Die Treppenstufen beim Denkmal wurden abgetragen und um das Denkmal herum eine Steineinfriedung vorgenommen. Die beiden Pfeiler des Denkmalssockels wurden entfernt, je mit einem Kreuz und Davidsstern versehen und als Eingangspfeiler an den Eingang der Anlage versetzt, der Gehstreifen in der Breite um 2/3 reduziert und mit Steinen belegt, ein Zaun um die Anlage gesetzt und der Friedhof „im Heidecharakter“¹⁶⁷ gestaltet. Das nunmehr herabgesetzte Denkmal erhielt trotz des Hinweises von Lange die falsche Inschrift: „Hier starben am 7.4.1945 256 KZ-Häftlinge“ und wurde zusätzlich mit einem Bibelspruch versehen: „Die Hoffnung der Elenden wird nicht verloren sein ewiglich. Ps. 9 V. 19“. Als ein Friedhof war die ganze Anlage danach nicht mehr zu erkennen. Die Denkmalsinschrift, die zuvor noch darauf hinwies, dass an dieser Stelle „Tote ruhen“, bezeichnete diesen Ort nicht mehr als Begräbnisstätte, sondern fälschlicherweise lediglich als Sterbeort.

¹⁶⁴ Ebenda, Vermerk des Garten- und Friedhofsamtes v. 17.2.1956

¹⁶⁵ Ebenda

¹⁶⁶ Ebenda, Bericht Garten- und Friedhofsamt v. 19.7.1956 „Umgestaltungsarbeiten auf dem KZ-Friedhof Tiergarten“

¹⁶⁷ Charakterisierung durch Gartenamtsleiter Lange



Zeichnung: Unterlagen Friedhofsamt Lüneburg, Gartenamtsleiter Lange, 1945

In dieser Form blieb der KZ-Friedhof über die nächsten Jahrzehnte bestehen – die Einzelgräber und die Gräberfelder waren unkenntlich gemacht, es wies nichts mehr auf einen Friedhof hin.

Eine besondere Einweihung dieses umgestalteten Friedhofs hat anscheinend nicht stattgefunden. Der KZ-Friedhof taucht in der Lokalpresse erst wieder am Volkstrauertag, 19. November 1956 auf mit einer Gedenkveranstaltung der VVN. „Franz Holländer von der ‚Verenigung der Verfolgten des Nazi-Regimes‘ ... betonte, dass angesichts dieser Opfer alles unternommen werden müsse, um die Gefahr eines neuen Krieges für die Welt abzuwenden.“¹⁶⁸ Stadtverwaltung und –politik und Vertreter der Bezirksregierung nahmen an dieser Trauerfeier nicht teil, sondern haben dort zuvor, wieder heimlich und schnell, Kränze niederlegen lassen.

Das „offizielle Lüneburg“ beging den Volkstrauertag dagegen in gewohnter Form: Die LZ brachte vorab einen ganzseitigen Bericht mit „Gedanken zum Volkstrauertag“: „Es ist bestimmt kein Mensch berechtigt, die deutschen Soldaten, die anständig ihre Pflicht getan

und ihr Leben geopfert haben, zu schmähen. Ehrerbietig sei darum unser Gedenken an sie.“¹⁶⁹

Der VDK (Bezirksgeschäftsführer Karl Küster) lud für den Vortag (Samstag, 17.11.) zu einer „schlichten eindringlichen Gedenkstunde für die Toten des Zweiten Weltkrieges“¹⁷⁰ in die MTV-Halle. Am 18.11. waren die ehemaligen Angehörigen der NS-Wehrmachtsformationen an ihren separaten Traditionssteinen zu finden (Löwengeschwader, Infanterie-Regiment, Artillerie-Regiment, 13er-Reiter u.a.). Zentrale Gedenkfeiern fanden an diesem Tag statt auf dem Zentral- und Michaelisfriedhof, die der VDK organisierte. Dort war auch das offizielle Lüneburg anwesend gemeinsam mit einer Arbeitsgemeinschaft der 16 soldatischen Verbände Lüneburgs, dem Stadtjugendring und der „Deutschen Jugend des Ostens“. „Aber auch zahlreiche Einwohner fanden sich dort ein, um Blumensträuße für ihre aus dem großen Völkerringen nicht mehr zurückgekehrten Lieben zu bringen.“¹⁷¹

Die „Lüneburger Erinnerungskultur“ fand somit seinen zeitgemäßen Ausdruck und bildete während der nächsten Jahrzehnte das Muster bei der Begehung eines völkischen Trauertags: Aus dem faschistischen Vernichtungskrieg wurde nun ein „großes Völkerringen“. Aus Wehrmachtssoldaten, wie sie auch an der Ermordung der KZ-Häftlinge im Tiergarten beteiligt waren, wurden „deutsche Soldaten, die anständig ihre Pflicht getan haben.“

Beim KZ-Friedhof sammelten sich die Antifaschisten/-innen vor den nicht mehr sichtbaren Gräbern der KZ-Häftlinge, auf dem Zentralfriedhof das offizielle Lüneburg an den einzeln beschilderten Gräbern von Wehrmachtssoldaten und SS-Männern an deren „Ehrenmal“. Zwei Jahre später, 1958, wurde gar die heimliche Volkstrauertags-Aktivität der Stadtverwaltung am KZ-Friedhof in Frage gestellt. Das Hauptamt (Abt. Werbung und Repräsentation) fragte nach einer vorangegangenen Besprechung mit VDK-Bezirksgeschäftsführer Küster über die Gestaltung des bevorstehenden Volkstrauertages bei Oberstadtdirektor Dr. Bötcher an, ob überhaupt am KZ-Friedhof ein Kranz niedergelegt werden soll.¹⁷² Man entschied sich wie in den Jahren zuvor: Auf dem Zentralfriedhof repräsentatives Erscheinen und Kranzniederlegung des Oberbürgermeisters und Oberstadtdirektors bei der VDK-Veranstaltung, Kranzschmuck vor den jeweiligen „Ehrenmälern“ des Kampfgeschwaders 26, des Reiterregiments 13, des Infanterieregiments 47 und der Dragoner bei ihren gesonderten Wehrmachts-Gedenkveranstaltungen, heimliches Erscheinen und Kranzniederlegung auf dem KZ-Friedhof durch Gartenamtsleiter Lange.

¹⁶⁸ LZ v. 19.11.1956

¹⁶⁹ LZ v. 17.11.1956

¹⁷⁰ LZ v. 19.11.1956

¹⁷¹ ebenda

¹⁷² Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Hauptamt der Stadt an Oberstadtdirektor v. 12.11.1958

1958/1959: NS-Gauleiter Stolper und NS-OB-Wetzel gestalten den Volkstrauertag in Lüneburg beim VDK

Bei den meisten Akteuren der VDK-Volkstrauertags-Veranstaltung (vom Bürgermeister über den VDK bis zu den Mitgliedern der Marine-Kameradschaft) handelte es sich um ehemalige NSDAP-Mitglieder, allerdings meist niedriger Chargen. Mit Johannes Stolper holte sich der VDK 1958 aber schon mal einen ehemaligen NSDAP-Gauleiter mit ins Boot und präsentierte ihn als Dirigenten des bei ihrer Feierstunde auf dem „Ehrenteil III des Zentralfriedhofs“ aufspielenden Posaunenchor.

Dieser Mann war in Lüneburg stadtbekannt als Führer der Gau-Musikschule, wo er die HJ-Jungen auf Nazi-Linie brachte und diese auch zum Bespitzeln ihrer Angehörigen aufforderte und zum Melden abfälliger Äußerungen über die Hitler-Regierung.¹⁷³

Möglicherweise wollte der VDK mit dem Auftritt dieses ehemaligen Gauleitungs-Beauftragten ausloten, inwieweit es akzeptiert würde, wenn auch bekannte NS-Größen bei den VDK-Veranstaltungen ein Gedenken an die „Soldaten-Helden“ formulieren.

VOLKSTRAUERTAG AM SONNTAG

Gedenkstunde im Zentralfriedhof

Lüneburg. In 54 Ländern der Erde liegen Millionen deutscher Gefallener zweier Weltkriege begraben. Auf allen Ozeanen wurden ihre Leiber in die dunkle Tiefe gesenkt. Ihrer soll am kommenden Sonntag, dem Volkstrauertag, von uns allen gedacht werden.

Bevor die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gestaltete Gedenkstunde beginnt, treffen sich die Angehörigen des früheren IR 47 und II. AR 22 um 10.30 Uhr am Bahnhof Kurpark. Die Kameraden des früheren KG 26 zu dem gleichen Zeitpunkt an ihrem Ehrenmal in der Lindenstraße zu Kranzniederlegungen.

Eine Stunde später um 11.30 beginnt dann auf dem Ehrenteil III des Zentralfriedhofes die Feierstunde des Volksbundes, die vom Posaunenchor unter seinem Dirigenten Lehrer Johannes Stolper eingeleitet wird. An ein kurzes Gedenkwort schließt sich die Kranzniederlegung an, während 120 Schülerinnen der Mittelschule symbolisch und stellvertretend für die unzähligen Gräber in aller Welt die Soldatengräber mit selbstgepflückten Blumensträußen schmücken. Die Lüneburger Garnison wird durch einen Doppelposten und einen Ehrenzug vertreten sein, Polizei, Feuerwehr und Schützenkorps durch eine Abordnung.

LZ v. 12.11.1958

Ein weiteres Jahr später, 1959, wurde die gesplante Erinnerung von der Stadtverwaltung und den einschlägig Interessierten am Volkstrauertag noch weiter vorangetrieben: Zunächst durch die Abkehr von der Erinnerung an die KZ-Häftlinge und gleichzeitig durch die Hinwendung zur NS-Wehrmacht. In einer Verfügung legte das Hauptamt der Stadt fest: „Die Kranzniederlegungen werden, im Gegensatz zu den Vorjahren, in diesem Jahr erstmals durch städtische Bedienstete durchgeführt, die früher einmal zu den betroffenen Einheiten gehörten.“¹⁷⁴ Der vormals mehr symbolische Draht zu den NS-Wehrmachtseinheiten erhielt nun eine persönliche Form, indem jetzt die Angestellten Müller, Bremer und Kusche und Stadtoberinspektor Petersen die Wehrmachtstoten als ehemalige Angehörige dieser Militäreinheiten im Namen des Rates der Stadt ehrten.

Zugleich befand das offizielle Lüneburg es an der Zeit, „den großen Frieden mit den Tätern“ (Ralf Giordano) nicht mehr lediglich symbolisch „über den Gräbern“ und als Posaunenchor-Leitung zu zelebrieren, sondern faktisch und personell höchststrangig zum Ausdruck zu bringen:

Für den Volkstrauertag 1959 wurde vom VDK der ehemalige NS-Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg, Wilhelm Wetzel, zum Hauptvortrag auf den Zentralfriedhof geladen. Dieses Ereignis kann durchaus als ein Höhepunkt der „Renazifizierung“ des öffentlichen Lebens Lüneburgs und der „Integration“ der Alt-Nazis in die bürgerliche Mitte der Stadt bewertet werden.



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

Volkstrauertag

Verlauf der Gedenkstunde an der Ehrenstätte des Zentralfriedhofes Lüneburg – Teil III – Soltauer Straße –

am 15. November 1959

Beginn 11,30 Uhr

Musikkorps 3 der Bundeswehr unter Führung von Oberleutnant Sonntag Trauermarsch (L. van Beethoven)

Ansprache Rechtsanwalt W. Wetzel – Lüneburg
Vorsitzender des Bezirksverbandes Lüneburg der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermissten-Angehörigen Deutschlands

Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden schmücken Mädchen der Wilhelm-Raabe-Schule die Gräber

Kranzniederlegung

Choral

Einladung des VDK zur Ansprache des ehemaligen NS-Oberbürgermeisters; Stadtarchiv Lüneburg, VA 1 754/11

¹⁷³ Vergl. G. Bostelmann vor der Entnazifizierungskammer: HStA Hannover Nds. 171 Lbg. Nr. 30642

¹⁷⁴ Friedhofsamt Lüneburg, Verfügung des Hauptamtes der Stadt v. 13.11.1959

Wilhelm Wetzel, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, fungierte von 1936 bis 1945 als Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg. Er war z. B. als Polizeichef verantwortlich für alle Verfolgungsmaßnahmen während dieser Zeit und zudem noch als Mitglied der NSDAP-Gauleitung¹⁷⁵ für die Verbrechen dieses Nazi-Gebietsorgans.



Oberbürgermeister Wetzel (r.) begrüßt seinen Gauleiter Telschow (und Gefolge) 1937 auf dem Marktplatz; Foto: Museum Lüneburg



In SA-Uniform, sitzend v.l.n.r.: Gauleiter Telschow; stellv. Gauleiter Peper; Gauamtsleiter für Kommunalpolitik und Oberbürgermeister Wilhelm Wetzel; Kreisleiter Lüneburg-Land Adolf Heincke; Foto: Museum Lüneburg

Während seiner Amtszeit wurde er zwischendurch „an die Front“ abgestellt und zeigte dadurch seine „vorbildhafte Haltung“. Von dort schrieb er erbauende Front- und Durchhalteberichte für seine „Kameraden und Volksgenossen an der Heimatfront“ im Lüneburger Rathaus.¹⁷⁶ In Jugoslawien wurde er festgenommen und blieb in Kriegsgefangenschaft bis 1951. Nach seiner Entlassung und Heimkehr nach Lüneburg wurde er hier nicht etwa zur Verantwortung gezogen, sondern von

Rat und Stadtverwaltung (Oberbürgermeister Paul Müller und Oberstadtdirektor Werner Bockelmann) empfangen mit einem Blumengruß, mit Worten des Mitgefühls für sein in der Kriegsgefangenschaft erlittenes „unermessliches Leid, (seine) Not und Entbehrung“, und zugleich ihm eine Wertschätzung als Nazi-Oberbürgermeister ausgedrückt: „Ihre unermüdliche Schaffenskraft – unterstützt durch ihr reiches Wissen und Können – und ihr mannhaftes Verhalten während ihrer Amtstätigkeit als Oberbürgermeister, sind auch heute noch nicht vergessen...“¹⁷⁷

W. Wetzel wurde einige Jahre später von der örtlichen FDP als Parteifreund aufgenommen, war dann von 1956 bis 1959 Vorsitzender des Kreisverbandes Lüneburg, von 1962 bis 1966 Vorsitzender des Stadtverbandes. Er brachte es bis zum jahrelangen Fraktionsvorsitzenden dieser Partei im Rat der Stadt Lüneburg. Zunächst aber engagierte sich W. Wetzel beim „Landesverband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermisstenangehörigen Deutschlands“, wurde sogar deren 1. Bezirks-Vorsitzender.¹⁷⁸ Als ehemaliger Kriegsgefangener gehörte er nun in Lüneburg „zu den Guten“. Aus einem NS-Verbrecher, dessen Opfer die Friedhöfe der Stadt füllen, wurde er jetzt zum Opfer „bol-schewistischer Grausamkeit“ stilisiert. Das legitimierte ihn, in einer neuen Rolle als Fürsprecher der ehemaligen Kriegsgefangenen aufzutreten, um offiziell die faschistische Vergangenheit zu interpretieren und Maßstäbe für die Zukunft zu formulieren.

¹⁷⁵ Ab 1.10.1933 Gauamtsleiter für Kommunalpolitik im Gau Ost-Hannover

¹⁷⁶ Diese Frontberichte wurden nach der Befreiung 1945 aus den Überlieferungen des Rathaus-Archivs entfernt.

¹⁷⁷ Schreiben des OB Müller und OstDir. Bockelmann an W. Wetzel v. 18.4.1951

¹⁷⁸ 1953 gründete sich auch ein Kreisverband Lüneburg, dessen Vorstand ebenfalls W. Wetzel angehörte; vergl. LZ v. 1.6.1953

Zum Tode von Wilhelm Wetzel

Lebensaufgabe Lüneburg

-hp- Lüneburg. Bis zuletzt unermüdlich und aktiv um alle Probleme seiner Wahlheimat Lüneburg bemüht, ist Wilhelm Wetzel, Oberbürgermeister dieser Stadt von 1936 bis 1945, überraschend im Alter von 74 Jahren gestorben.

Rheinländer von Geburt, Hesse von zu Hause, aber Lüneburger aus Leidenschaft, war Wetzel als Kommunalpolitiker ein Mahner, der mit dem rhetorischen Florett nicht minder gut focht als mit dem schweren Säbel. Nicht zuletzt trat er auch im kleinen Kreise überzeugend für das ein, was ihm am Herzen lag. Und das hatte fast immer zu tun mit dem Wohle Lüneburgs oder mit Menschen, denen Wilhelm Wetzel Freundestreue zu bewahren wußte.

1956 zog er als FDP-Ratscherr in dasselbe Lüneburger Rathaus wieder ein, wo er von 1936 an als damals jüngster Oberbürgermeister Deutschlands die Fäden in der Hand gehalten hatte. 1902 geboren, hatte Wetzel über die Zwischenstationen Gießen, Hannover, Celle und Harburg hier seine Lebensaufgabe gefunden. Lüneburgs braune Jahre als Gauhauptstadt waren für einen Mann, der seinen Einfluß nutzte, um zugunsten „seiner Stadt“ lieber zwei Worte zuviel als eines zuwenig zu sagen, durchaus nicht immer nur eitel Zuckerschlecken. Der Kriegsfreiwillige Wilhelm Wetzel, zuerst Pionier, dann im Lüneburger Infanterie-Regiment 47, zahlte doppelt und dreifach in jugoslawischer Gefangenschaft. Eine „Nullpunktsituation“, in der mancher versagte. Sie trug Wetzel jedoch die unerschütterliche Treue vieler Leidensgefährten weit über diese Jahre der Prüfung hinaus ein.



Der Verband der Heimkehrer war eine erste Stufe zurück in das öffentliche Leben Lüneburgs.

Im Rat der Stadt war der Abgeordnete Wetzel dann viele Jahre stets so etwas wie die „Kohlensäure im parlamentarischen Sekt“. Im Bürgerverein, im Verkehrsverein, im Zirkel „Kreis“ fand er außerparlamentarische Plattformen, um anregend, aber stets auch ausgleichend eine Stimme von Gewicht in allen Fragen des kulturellen und geistigen Lebens, der Stadtbildpflege und des Schulwesens zu sein.

Nicht nur Chefredakteur Pless huldigt dem NS-Oberbürgermeister Wetzel nach seinem Tod, sondern auch viele Lüneburger Verbände und Parteien trauern um ihren „ehrenwerten“ Nazi

Wir nehmen Abschied von unserem langjährigen Vorstandsmitglied und früheren Kreisvorsitzenden

Wilhelm Wetzel

Unermüdlich setzte er sich für den liberalen Gedanken ein. Er wird uns unvergessen bleiben.

FDP-Kreisverband
Lüneburg

Für uns völlig unerwartet entschlief unser langjähriges Vorstandsmitglied und unermüdlicher Kämpfer für alle Belange der Lüneburger Bürgerschaft

Wilhelm Wetzel

Sein Tod erfüllt uns mit Trauer.

Verkehrsverein e. V. Lüneburg
G. O. Menke, Erster Vorsitzender

Für uns alle unerwartet entschlief am 22. Januar 1978 der ehemalige Oberbürgermeister und Ratsherr

Wilhelm Wetzel

Seine besondere Liebe galt der Stadt Lüneburg. Er war ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihren Schönheiten tief verbunden. Ihre Sorgen und Nöte hat er zu sinnigen eigenen gemacht. Für manchen Klagen und gut durchdachten Rat sind wir ihm dankbar. Wilhelm Wetzel hat sich um die Stadt Lüneburg außerordentliche Verdienste erworben.

Sein uneigennütziger Einsatz für die Stadt und ihre Bürger, seine persönliche Bescheidenheit und seine in allen Lebenslagen bewiesene Würde sichern ihm einen großen Freundeskreis.

Wir werden das Andenken dieses aufrechten Bürgers stets in hohen Ehren halten.

STADT LÜNEBURG
A. Trebchen Bürgermeister
H. H. Stellios Stadtdirektor

Die Heimkehrer Lüneburgs trauern um ihren Kameraden

Wilhelm Wetzel

der sich von Anfang an selbstlos in den Dienst ihrer Betreuung gestellt und sich damit einen Denkstein dankbarer Erinnerung gesetzt hat.

Verband der Heimkehrer
Kreisverband Lüneburg-Stadt
Hans Buck, 1. Vorsitzender

Wir trauern um

Herrn Wilhelm Wetzel

Rechtsanwalt und Notar a. D.

Er war ein von Kollegen und Klienten geachteter, unerschrockener Verfechter ihm anvertrauter Belange und ein geistreicher Gesprächspartner.

Die Lüneburger Rechtsanwälte
Dr. Jenckel
Vorsitzender des Rechtsanwaltsvereins

Es trauert um ihren Verbandsbruder

Wilhelm Wetzel

Alemannia - Gießen
Die Vereinigung
alter Burschenschaftler
Lüneburg

Voll tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Vorstandsmitglied, dem ehemaligen Oberbürgermeister, Rechtsanwalt und Notar

Wilhelm Wetzel

Sein unermüdlicher Einsatz für alle Bürger bleibt Vorbild.

Die Mitglieder des Vorstands und Beirats
Bürgerverein Lüneburg e. V.
K. Mentz, Vorsitzender

Wir trauern um unseren Freund

Herrn Wilhelm Wetzel

Sein selbstloses Engagement für das alte Lüneburg, sein Ideenreichtum und Optimismus verpflichten uns über seinen Tod hinaus.

Arbeitskreis Lüneburger Altstadt e. V.
C. H. Pomp

Unerwartet und zu früh verschied unser langjähriges Mitglied und stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Lüneburg

Herr Wilhelm Wetzel

Wir trauern um einen stets einsatzbereiten Mitarbeiter, er wird uns unvergessen bleiben.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Bezirksverband Lüneburg
Claus 1. Vorsitzender
Reimers Geschäftsführer

Als dieser Wilhelm Wetzel 1959 als Hauptredner auf der Gedenkfeier am Volkstrauertag auftrat, war ihm die Mitwirkung bei solchen Anlässen nicht neu: Schon am Volkstrauertag des Jahres 1943 (seinerzeit von ihm und seinesgleichen noch „Heldengedenktag“ genannt) wurde er gemeinsam mit seinen NSDAP-Parteifreunden, dem stellvertretenden Gauleiter Peper und dem Regierungspräsidenten, SS-Oberführer Hermann, als Ehrengast zum Zentralfriedhof geladen, wo diese Nazis die Lüneburger mit Durchhalteparolen versorgten: „Über Gräber vorwärts! Wieder empor die Herzen! ... Wir haben nur einen Willen: Kämpfen bis zum Siege! Und nur einen Glauben: Wir werden siegen, wenn wir zusammenstehen und jeder seine Pflicht erfüllt! In dieser Stunde sind unsere Gedanken beim Führer, der mit seinen Soldaten und der arbeitenden Heimat der Garant für den Sieg ist.“¹⁷⁹ Auch der Sinn des Helden-Sterbens wurde erklärt: „Viele unserer besten Söhne unseres Volkes haben ihr Leben hingegeben, damit Deutschland lebe!“¹⁸⁰

Sechzehn Jahre später zelebrierte Wetzel nun ein ähnliches „Heldenevent“, als er vom Lüneburger Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als Hauptredner geladen wurde. Am Volkstrauertag 1959 sprach Wetzel: „Wenn wir der Toten aus zwei großen Kriegen, Soldaten an unserer Seite, Frauen, Kinder und Männer, gedenken, stellen wir immer wieder fest, dass keine Geschlechterfolge je schwerer getroffen wurde als die unsere ... Wir wollen allen Hinterbliebenen die Gewissheit mit auf den Weg geben, dass ihr Leid unser Leid ist, denn die Toten haben auch für die Gemeinschaft aller ihr Leben hingegeben ... Nach Kräften wollen wir uns bemühen, unser Tun unter ihr Gedächtnis zu stellen!“¹⁸¹

Hier werden die drei zentralen Glaubenssätze deutlich, die Wetzel mehrheitsfähig vortrug, inhaltlich kaum anders formuliert als 1943 an gleicher Stelle auf dem Zentralfriedhof: 1. Die Deutschen sind die wirklichen Opfer. 2. Die deutschen Soldaten haben für die deutsche Gemeinschaft ihr Leben gegeben. 3. Man sollte gegenwärtig wie sie tätig sein.

Öffentliche Proteste gegen diese Wiedergänger-Rede sind nicht bekannt. Stattdessen berichtete die LZ ausführlich über die Geschehnisse an diesem Volkstrauertag bei den verschiedenen Veranstaltungen der NS-Wehrmachtstraditionsverbände und auf dem Zentralfriedhof: „Dann begann die getragene Melodie vom ‚guten Kameraden‘. Mädchen der Wilhelm-Raabe-Schule schmückten mit selbstgepflückten Blumensträußen die Gräber der gefallenen Soldaten. Am Ehrenmal, auf dem zum Gedenken der Toten Flammenschalen

entzündet waren, wurden dann die Kränze niedergelegt. Die Abordnungen wurden durch Regierungspräsident Dr. K r a u s e, den ersten Vorsitzenden des Volksbund-Bezirksverbandes, und Oberbürgermeister Wilhelm H i l m e r angeführt. Es folgten Persönlichkeiten des Bundeswehrstandortes, des Bundesgrenzschutzes, des Kommandeurs der Schutzpolizei, des Stadtjugendrings, der Arbeitsgemeinschaft der soldatischen Verbände und des VdK. Ein Choral schloss die Feierstunde.“¹⁸² Der halbseitige LZ-Artikel schließt, fast nebensächlich, mit dem lapidaren Satz: „Der Opfer der Konzentrationslager wurde von der VVN am KZ-Ehrenmal gedacht.“¹⁸³

¹⁷⁹ LA v. 22.3.1943

¹⁸⁰ Ebenda

¹⁸¹ LZ v. 16.11.1959

¹⁸² Ebenda

¹⁸³ Ebenda

Exkurs: Die Löschung der NS-Vergangenheit auf dem Friedhof Böhmsholz, dem jüdischen Friedhof und dem Nordwest-Friedhof:

Friedhof Böhmsholz für sowjetische Kriegsgefangene

Sowjetische Kriegsgefangene, die in Lüneburg zwischen 1941 und 1945 starben, wurden auch nach ihrem Tode noch als „Untermenschen“ behandelt. Sie wurden nicht auf einem der Lüneburger Friedhöfe beerdigt, sondern am Rande der Stadt in einem Waldstück in Böhmsholz auf dem Osterberg, südwestlich vom heutigen Reppenstedter Sportplatz. Dieser Friedhof wurde offiziell in Lüneburg „Russenfriedhof“ genannt – vor und nach 1945.

Dieser Friedhof wurde ab November 1941 belegt. Nach einer Anordnung des Landrats Albrecht vom 12. November 1941 wurden die Gemeinden verpflichtet, auf Antrag der Wehrmachtsdienststelle Leichen sowjetischer Kriegsgefangener zu bestatten und dabei auf besondere Kostenersparnis zu achten: „Für die Überführung und Bestattung ist ein Sarg nicht zu fordern. Die Leiche ist mit starkem Papier (möglichst Öl-, Teer- oder Asphaltpapier) oder sonst geeignetem Material vollständig einzuhüllen ... Die Überführung und Bestattung ist unauffällig durchzuführen. Bei gleichzeitigem Anfall mehrerer Leichen ist die Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab vorzunehmen. Feierlichkeiten und Ausschmückung der Gräber haben zu unterbleiben. Die Kosten sind so niedrig wie möglich zu halten...“¹⁸⁴ Zwar lässt die Anordnung des Landrates es durchaus zu, die sowjetischen Kriegsgefangenen auf einem der Lüneburger Friedhöfe zu begraben, wenngleich „in einem entlegenen Teil“ und unter Beachtung eines „gebührenden Abstand von schon bestehenden Grabstellen“,¹⁸⁵ aber in Lüneburg entschied die Stadtverwaltung und –politik anders und begrub diese Kriegsgefangenen in einem entlegenen Waldstück, das noch zum Bereich der Stadt Lüneburg gehörte.

Inwieweit das Areal eine Einzäunung erfuhr und evtl. eine besondere Kennzeichnung der Einzelgräber, ist nicht bekannt. Überliefert ist aber eine seinerzeit angelegte Liste mit detaillierten personenbezogenen Angaben über die Toten und die Lage ihrer Begräbnisstätte innerhalb des Areals. Danach handelt sich um 48 Personen, die dort in drei Grabreihen schmucklos verscharrt wurden.



Die Lage des ehemaligen „Russenfriedhofs“

Diese Menschen waren bei ihrer Gefangennahme laut Meldekartei von den deutschen Behörden noch als „gesund“ klassifiziert worden. Sie starben in Lüneburg überwiegend wegen unzureichender Verpflegung. Die meisten dieser Kriegsgefangenen waren im Landkreis oder in Lüneburger Betrieben zur Arbeit gezwungen worden, so z. B. bei der Saline, bei der Fassfabrik Rabe, in der Kaserne der Kav. Ers. Abtl., bei der Firma Kausch und Co in der Goseburg. Dort starben sie vor allem an „Entkräftung, allgemeine Körperschwäche“, bei Kausch und Co. gleich mehrere Personen.¹⁸⁶ Wie elendig es diesen Menschen erging, zeigt die Angabe der Todesursache auf der Meldekarte von Iwan Strjutschkow, der bei der Lüneburger Saline arbeiten musste: „Vergiftung durch Abfallnahrung“.¹⁸⁷

Mehrere dieser Personen wurden „auf der Flucht erschossen“ wie Iwan Schein am 24.6.1944 (Kausch und Co.) oder Michail Rygalow. Dieser Mann, im Zivilberuf Schlosser, wurde am 4.10.1942 in Stalingrad von der Wehrmacht gefangen genommen und über verschiedene Stationen nach Lüneburg deportiert. Am 23.5.1943 wagte er einen Fluchtversuch, wurde ergriffen und musste im Kriegsgefangenen-Stammlager Sandbostel 12 Tage verschärften Arrest abbüßen. Nach weiteren kräftezehrenden Arbeitseinsätzen in Ochtmissen, Häcklingen und Lüneburg wurde er am 17.4.1944 in Reinstorf „auf der Flucht erschossen“.¹⁸⁸

¹⁸⁴ Archiv des Landkreises Lüneburg/Adendorf; Schreiben Landrat Albrecht v. 12.11.1941 an die Bürgermeister der Gemeinden: Betrifft: Bestattung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Gemeinden

¹⁸⁵ Ebenda

¹⁸⁶ Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, abrufbar unter: www.obd-memorial.ru

¹⁸⁷ Ebenda

¹⁸⁸ Ebenda



Michail Rygalow; Foto: Karteikarte Rygalow, Stalag X B Sandbostel, Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten

Es kann angenommen werden, dass diese Begräbnisstelle für Sowjetsoldaten natürlich einem Teil der Lüneburger Bevölkerung bekannt war, wie z. B. den zuständigen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, Spaziergängern aus Reppenstedt – die Anlage eines „Russenfriedhofs“ wird sich in der damaligen Kleinstadt Lüneburg herumgesprochen haben.

Dennoch wurde die Existenz dieses Friedhofs anscheinend zunächst nicht weiter beachtet. Obwohl die Stadtverwaltung die englischen Besatzungsbehörden mit Schreiben vom 30.6.1945 nach dem Ende der Nazi-Herrschaft bei einer Meldung diesen Friedhof benannte als: „Russenfriedhof Böhmsholz = Osterberg“,¹⁸⁹ ordnete die Militärbehörde erst für den 18. Januar 1946, jetzt mit einem Hinweis auf besondere Eilbedürftigkeit, eine „Ausgrabung von Leichen in Böhmsholz“ an.¹⁹⁰ „Ungefähr 15 Gräber müssen zum Zwecke der Identifizierung ... geöffnet werden ... Es handelt sich um Gräber alliierter Kriegsgefangener.“ Die Aufsicht bei diesen Ausgrabungen führte, wie bei den KZ-Häftlingen

zuvor, „Capt. de Chollet, franz. LIASON Offizier 109 (k) Mil. Gov. Det.“¹⁹¹ Die Verwaltung wurde zu diesem Zwecke angewiesen, Arbeitskräfte zu stellen. Medizinalrat Dr. Schäfer vom Staatlichen Gesundheitsamt Lüneburg wurde beauftragt, „einen beamteten Arzt zwecks Vornahme der erforderlichen Leichenschau bei den Ausgrabungsarbeiten entsenden zu wollen.“¹⁹² Nach Ende der Exhumierungstätigkeit notierte der Oberbürgermeister, dass die Leichen nun in Särge gebettet wurden: „Sämtliche Gräber wurden mit einem Kranz versehen, welche von der Mil. Gov. Det. 109 geliefert wurden. Die Beschriftung soll durch die Stadt erfolgen.“¹⁹³

Fortan übernahm die Stadt Lüneburg diese Anlage als Friedhof in ihre Obhut und ordnete an, dass er wie der KZ-Friedhof sich „dauerhaft in einem gepflegten Zustande (zu) befinden (habe). Falls das Stadtgartenamt die Arbeiten bzw. die Pflege nicht selbst durchführen kann, ist damit ein Privatgärtner zu beauftragen.“¹⁹⁴

Ab 1946 wurde nunmehr auch offiziell der Toten dieses Friedhofs gedacht und der Rat der Stadt, bzw. die Stadtverwaltung suchten in den folgenden Jahren am Tage der Gedenkfeierlichkeiten auf dem KZ-Friedhof auch diese Stätte auf, um durch anteilnehmende Ansprachen und der Niederlegung von Kränzen diese Nazi-Opfer zu würdigen. Allerdings geschah dies auch hier mit abnehmender Intensität, bis dieses Gedenken etwa 1952 von offizieller Seite vollständig eingestellt wurde. Die Stadtverwaltung unternahm während dieser Jahre keinen Versuch, die Angehörigen der Toten über die Gräberstelle zu benachrichtigen, was problemlos möglich gewesen wäre, weil die personenbezogenen Daten vorhanden waren. Ein Zeitzeuge berichtete, dass Pastor Kügler von der Lüneburger Nikolaikirche mit seinen Konfirmanden das Gräberfeld zu bestimmten Zeiten aufgesucht habe.¹⁹⁵

Ähnlich wie der KZ-Friedhof, der während dieser Zeit Mitte der 1950er-Jahre optisch „entsorgt“ wurde, wurde nun dieser Friedhof behandelt – sogar noch entwürdigender und frevelhafter. Während auf dem KZ-Friedhof die Gräber und die Gräberfelder eingeebnet wurden, aber immerhin die Toten unangetastet blieben, entsorgte man die toten „Russen“ gänzlich und für immer. Anscheinend ließ es der Kalte Krieg und der herrschende Russenhass nicht mehr zu, dass der sowjetischen Opfer des Faschismus in Lüneburg würdig gedacht wird.

¹⁸⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben v. 30.6.1945

¹⁹⁰ Stadtarchiv Lüneburg, K8D Nr. 9 b, Schreiben des Landrates an den Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg v. 17.1.1946

¹⁹¹ Ebenda

¹⁹² Ebenda

¹⁹³ Ebenda, handschriftliche Notiz des OB v. 20.1.1946

¹⁹⁴ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Stadtverwaltung, Abtl. Friedhofs- und Begräbniswesen an das Stadtgartenamt v. 27.4.1946

¹⁹⁵ Interview d. V. mit dem Seniorchef des Landgasthofs Böhmsholz, Gerhard Schmidt, im Mai 2002

Der Regierungspräsident ordnete im Frühjahr 1955 an, dass „die 50 Russengräber auf dem Friedhof in Böhmsholz bei Lüneburg exhumiert werden, um nach anschließender Überführung nach Munster dort wieder beigesetzt zu werden.“¹⁹⁶

Auf dem dortigen, ebenfalls offiziell bis heute als „Russenfriedhof“ gekennzeichneten Gelände, lagen in einem Massengrab 320 russische Kriegsgefangene des I. Weltkrieges verscharrt sowie 614 sowjetische aus dem II. Weltkrieg.¹⁹⁷ Nur wenige Grabstellen waren als Einzelgräber mit ihren Grabzeichen erkennbar. Nun sollte diese Massengrabanlage die neue Heimat für jene toten sowjetischen Kriegsgefangenen werden, die von den Friedhöfen der einzelnen Ortschaften des nordniedersächsischen Raumes entfernt werden sollten.

Stadtgarteninspektor Rössner fuhr zur Vorbereitung der Überführungen am 22.4.1955 nach Munster zur Gemeindeverwaltung. Dort musste er aber erfahren, dass der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zuständig war für den Munsteraner „Russenfriedhof“, worauf er sich mit den VDK-Mitarbeitern Schumann und Wegner in Verbindung setzte. Nun traf man die Vorbereitungen für die Zubettungen, in deren Rahmen auch viele der in Munster noch vorhandenen Einzelgräber eingeebnet und auch deren Grabzeichen entfernt wurden.¹⁹⁸

Wahrscheinlich im selben Jahr 1955¹⁹⁹ wurden daraufhin die Leichen der sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Lüneburger „Russenfriedhof“ ausgegraben. Ein Zeitzeuge berichtete: „Die Umbettung ... wurde von einer Celler Firma durchgeführt. Das war eine ziemlich grauenhafte Sache, weil die Toten nicht in festen Särgen beerdigt waren. So mussten z.B. Arme und Beine einzeln aus der Erde gehoben werden ...“²⁰⁰ Die Toten wurden in Särgen umgebettet und nach Munster überführt.

Insgesamt waren es „503 sowjetische Kriegsgefangene, die nach dem Krieg von Friedhöfen umliegender Ortschaften dorthin umgebettet wurden.“²⁰¹ In Munster verloren die Toten ihre Identität, denn sie waren nun nicht mehr in Einzelgräbern mit Einzelgrabzeichen wie zuvor noch in Lüneburg-Böhmsholz beerdigt, sondern in einer Anlage mit anonymen Massengräbern, „Flächengräber“ genannt. Auch die Identifikationsliste,

Liste

361

der vom 1.9.1939 bis jetzt in Lüneburg verstorbenen sowjet-russischen Kriegsgefangenen. (Sämtlich beerdigt auf den Osterberge bei Böhmsholz). (Sterbeanzeigen sind am 19.2.1946 beim Standesamt eingegangen).

List of Russian POWs who died from Sept. 1st 1939 to now at Lüneburg (all buried on the Osterberg near Böhmsholz). (Death certificates were received by the registry-office on Febr. 19th, 1946.)

Lfd. Nr.	Vor- u. Zuname Christian and surname	Erkenn. Nr. Identity No.	Geboren am. Born on.. at	Gestorben am. Died on.. at	Sterbebuch Nr. Death book No.	Grab, Feldreihe Grave field row
1.	unbekannter Mann unknown man	unbek.	unbekannt		405/1946	s.d. Gelände Am Schwalbenberge on the "Schwalbenberg"
2.	Wasilij Kusmin	39134 XD		17.11.41 Lüneburg	351	I 1
3.	Iwan Nasakow	39705 XD		21.11.41 Lüneburg	352	I 2
4.	Petro Alekezwitsch Knasob	41249 XD		25.11.41 Lüneburg	354	I 4
5.	Aleksander Bwdokimo	124828 XB		5.12.41 Lüneburg	355	I 6
6.	Wasilij Jaschin	116375 XB		8.12.41 Lüneburg	356	I 7
7.	Nikolay Krolow	39700 XD		24.11.41 Lüneburg	353	I 3
8.	Alexandr Gusechtschin	32728 XD	7.12.15	12.12.41 Lüneburg	357	I 8
9.	Fidor Chodakow	117176		11.12.41 Lüneburg	358	I 9
10.	Wasile Smirnow	41217 XD		10.11.41 Lüneburg	359	I 10
11.	Paweski	37140 XD		10.11.41 Lüneburg	360	I 11
12.	Serges Jegorow	39084 XD		4.11.41 Lüneburg	361	I 12
13.	Pawel Wologin	122144 XB		19.12.41 Lüneburg	362	I 13
14.	Nitrahsum Petrowski	40900 XD		19.12.41 Lüneburg	363	I 14
15.	Sacker Siliantiew	123674 Kommando		19.12.41 Lüneburg	364	I 15
16.	Iwan Strutschkow	5276 XD		23.12.41 Lüneburg	365	II 16

17.

1. Seite der Begräbnisliste des „Russenfriedhofs“ / Stadtarchiv Lüneburg

wie sie in Lüneburg (und sicherlich anderenorts auch) der städtischen Friedhofsverwaltung vorlag, ging anscheinend bei dieser Umbettung verloren. Eine genaue Bestimmung der Lage der Toten war nun nicht mehr möglich (und wohl auch nicht mehr erwünscht). Jedenfalls war die Lüneburger Liste bis 2013 in Munster nicht auffindbar. Als sich die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren an die Stadt Lüneburg wandte und sich über den noch in Böhmsholz vermuteten „Russenfriedhof“ informieren und wissen wollte, welche sowjetischen Staatsangehörigen dort begraben liegen, wandte sich die Stadtverwaltung mit diesem Auskunftersuchen an den Seniorchef des Landgasthofs Böhmsholz. Die Verantwortlichen schienen nicht in der Lage gewesen zu sein, eine genaue Auskunft zu geben, obwohl die Begräbnislisten bei

¹⁹⁶ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Oberstadtdirektors der Stadt Lüneburg (i. V. Stadtgarteninspektor Lange) an den Gemeindedirektor in Munster v. 18.4.1955

¹⁹⁷ „90 Jahre Truppenübungsplatz Munster 1893 bis 1983“, Verlag: Grp AusbMat, SpezStab ATV, KTS, Munster 1983

¹⁹⁸ Auskunft der Stadt Munster, vergl.: <http://www.geschichtsatlas.de/~ga30/russenfriedh.htm>

¹⁹⁹ In einer E-Mail-Auskunft des Lüneburger VDK an H.-J. Brennecke v. 28.6.2013 wird 1957 als Umbettungsjahr angegeben. Eine Akte der Friedhofsverwaltung der Stadt Munster

G50 aus dem Jahre 1955 enthält dagegen die Aufschrift: „50 Russen aus Lüneburg/Osterberg in Einzelsärgen mit Namensliste heute angekommen.“ Da sich die Stadt Munster weigerte, ihre Akten für die Recherchearbeit zum Studium zur Verfügung zu stellen, kann diese Angabe hier nicht dokumentarisch bestätigt werden.

²⁰⁰ s. Fußnote 195

²⁰¹ <http://www.geschichtsatlas.de/~ga30/russenfriedh.htm>

ihrer Friedhofsverwaltung vorlagen.²⁰²

Auch Anfragen von Angehörigen der sowjetischen Kriegsgefangenen an das Friedhofsamt in Munster, ob ihre Verwandten auf dem dortigen Friedhof begraben liegen würden, wurden fortan von dort negativ beantwortet mit dem Hinweis, dass über die dorthin zugebetteten Toten keine Personallisten vorlägen.²⁰³

Mit der Wegschaffung (und ihrer Anonymisierung) der toten sowjetischen Kriegsgefangenen nach Munster wurde in Lüneburg über Jahrzehnte hinweg die Erinnerung an diese Personen und an die an ihnen begangenen Nazi-Verbrechen eliminiert,²⁰⁴ und es wurde dafür gesorgt, dass die Nazi-Opfer selbst von ihren Angehörigen nicht mehr aufgefunden und dort betrauert werden konnten.²⁰⁵

Friedhof für die ermordeten Kinder der Landes- Heil- und Pflegeanstalt

Ähnlich wie mit dem „Russenfriedhof“ verfuhr die Stadt Lüneburg mit den Gräbern der im Rahmen der Nazi-„Euthanasie“ ermordeten Kinder der Landes-, Heil- und Pflegeanstalt auf dem dortigen Anstaltsfriedhof, dem heutigen Nordwest-Friedhof:

In einem Bestattungsbuch findet sich z. B. „eine Liste mit 297 Namen von Kindern und Jugendlichen, die auf dem Anstaltsfriedhof auf einem mit ‚Kinderfriedhof‘ betitelten eigenen Gräberfeld bestattet worden waren. Verschiedene Skizzen sowie ein Einbettungsplan ließen zudem erkennen, an welcher Stelle dieses Gräberfeld“ angelegt wurde. Auch hier: Ein großer Teil dieses Gräberfeldes verschwand bis Mitte der 1970er-Jahre, obwohl seinerzeit bekannt war, dass „es sich bei der Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen um NS-Opfer gehandelt haben dürfte.“²⁰⁶ Die Stadt ließ diese Gräber nicht nur wie jene auf dem KZ-Friedhof einebnen, sondern sogar überbetten. Wie bei den „sonstigen Toten“

wurden nach Ablauf einer bestimmten Zeitfrist diese Gräber mit später Gestorbenen ein weiteres Mal belegt, überbettet. Diese Grabstellen lassen sich heute, im Unterschied zu jenen des KZ-Friedhofs, nicht mehr wieder kenntlich machen mit einem Verweis auf die dort ursprünglich Begrabenen, ohne die Ruhe der dort später Bestatteten zu stören. Diese Überbettungen stellen einen irreversiblen Vorgang dar: Es wird (wohl für alle Zeit) nicht mehr möglich sein, die Gräber dieser Menschen als solche mit ihren Personalangaben und weiteren Hinweisen zu versehen und sie in ihrer Individualität und als NS-Opfer zu würdigen.

Eine bemerkenswerte Forschungsarbeit, diese Menschen und ihre „vergessenen Gräber“ wieder „in das kulturelle Gedächtnis zurückzuholen“²⁰⁷, legte jüngst Frau Carola S. Rudnick vor mit ihren überaus lesenswerten Schriften „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wieder geben“ und „Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig“ (Husum 2014 und 2015)

Der jüdische Friedhof der Stadt Lüneburg

Ein weiteres Beispiel für die Lüneburger „Tilgung der Erinnerung an die Erinnerung“ (Eike Geisel) bieten die Vorgänge um den jüdischen Friedhof der Stadt,²⁰⁸ der „Am Neuen Felde“ angelegt wurde. Er befand sich im Besitz der jüdischen Gemeinde, 1827 wurde dort eine erste Beisetzung vorgenommen.

Im Zuge der antijüdischen Pogrome zerstörten 1938 Lüneburger SA-/NSDAP-Leute diesen Friedhof. Zwei Jahre später nahmen der Bürgermeister, der Stadtbaurat, Gartenamtsleiter Rössner und Stadtgärtner Tönjes gemeinsam den zerstörten Friedhof in Augenschein und berieten über eine weitere Verwendung des Areals. Sie beschlossen, „das Gelände mit in Nutzung zu übernehmen“²⁰⁹ und dem Stadtgartenamt zu überantworten. An eine Wiederherstellung des Friedhofs war nicht gedacht und so verblieb die Anlage in ihrem Zustand und

²⁰² s. Fußnote 195

²⁰³ Die Stadt Munster verweigert bis heute jede Einsichtnahme in die dortigen Friedhofsakten zur Erforschung der Geschichte des „Russenfriedhofs“.

²⁰⁴ Die „Standartwerke“ von Pless („Lüneburg 45“, 1982) und Peter („Lüneburg“, 1999) erwähnen die sowjetischen Kriegsgefangenen und diesen Friedhof nicht; Vergl. den Aufruf der VVN-BdA Lüneburg zur Erforschung der Geschichte dieses Friedhofs und eine erste Darstellung der Ergebnisse einer dafür eingerichteten Arbeitsgruppe in der LZ v. 17.4.2015. Es ist insbesondere dem Engagement der Lüneburger Geschichtsforscher Brennecke und Messer zu verdanken, die sich, allen administrativen Widerständen zum Trotz, nicht davon abhalten ließen, auch diesen getilgten Teil der Lüneburger NS-Geschichte zu erforschen. Als Ergebnis ihrer Bemühungen finden sich heute in der „Chronik Reppenstedt und Dachtmissen. Geschichte und Geschichten“ (Hrsg.: Gemeinde Reppenstedt, 2015) auf Seite 80 einige Hinweise auf diesen ehemali-

gen Friedhof sowie Personalangaben über die dort Bestatteten, siehe: <http://www.4b-medienverlag.de/index.php/home/neues/chronik-reppenstedt>

²⁰⁵ Inzwischen haben sich die „Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen“ und der VDK dieses Themas angenommen und unter der Leitung von Peter Wanninger das Projekt „Wir schreiben Eure Namen“ initiiert. Dieses wurde während einer Feierstunde im November 2015 auf dem „Russen-Friedhof“ in Munster eingeweiht. Seitdem wird dort auf einer Tontafel auch an den sowjetischen Kriegsgefangenen Michail Rygalow erinnert. Vergl.: Heide-Kurier v. 15.11.2015

²⁰⁶ Jan Effinger (VDK Lüneburg-Stade) im „Zum Geleit“ zu: Carola S. Rudnick, „Leistet nichts ...“, S. 7 f

²⁰⁷ Ebenda, S. 9

²⁰⁸ Diese Beschreibung folgt dem Kapitel „Der jüdische Friedhof“ aus: Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien ... S. 116 ff

²⁰⁹ Stadtarchiv Lüneburg PA 80/1, Bericht Rössner v. 28.6.1944

wurde vom Stadtgartenamt unter Rössner, der quasi nebenan am Finkenberg 43 wohnte, als „Gartenland“ benutzt²¹⁰, möglicherweise zur Anpflanzung von Kartoffeln und Gemüse durch Rössner selber.

Da das Grundstück auch nach der Friedhofs-Zerstörung 1938 nach wie vor Eigentum der jüdischen Gemeinde war, verhandelte Ende April 1942 die Stadt Lüneburg mit der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland²¹¹ über diesen zerstörten Friedhof, um das Areal aufzukaufen und zu nutzen. Die Reichsvereinigung stimmte (wahrscheinlich notgedrungen, auf jeden Fall bei Unkenntnis über die Zerstörung des Friedhofs) dem Verkauf zu unter der Bedingung, dass der Friedhof weiterhin gepflegt und unterhalten wird, die Angehörigen jederzeit die Grabstätten besuchen dürfen und eine Liegezeit von 30 Jahren eingehalten werde.

Gartenamtsleiter Rössner empfahl daraufhin seinem Oberbürgermeister Wetzel, den Ankauf vorzunehmen, „denn der Preis ist nicht hoch.“ Den Wunsch, das Grundstück zu pflegen und zu unterhalten, lehnte er allerdings ab, weil „es nicht möglich ist, denn die Grabsteine des Friedhofs sind zu 95% umgeworfen und zerschlagen und müssen, da dieser Schutthaufen nicht so liegen bleiben kann, beiseite geräumt werden.“ Verschlagen, wie Rössner war, riet er dem Oberbürgermeister: „Ich würde aber der jüdischen Gemeinde hiervon nichts mitteilen, sondern den Friedhof ... ankaufen und das was dann geschieht uns überlassen.“²¹²

Gemäß dieser Empfehlung Rössners beschlossen die Stadträte auf einer Besprechung (unter Anwesenheit von NSDAP-Kreisleiter Heincke) im Februar 1943 den Erwerb des 2082 qm großen Geländes. Der Reichsvereinigung der Juden wurde vertraglich zugesichert: „Verpflichtung zur Instandhaltung während der Liegefrist von 30 Jahren; Gestattung des Besuchs der Gräber durch Angehörige der Bestatteten.“²¹³

Dass sie diese Zusicherung nicht einhalten werden, war den beteiligten Nazi-Akteuren von Anfang an klar: Ein Besuch der Gräber durch die Angehörigen war nicht zu

erwarten, denn diese befanden sich überwiegend bereits im oder auf dem Wege in die Konzentrationslager nach Minsk, Riga, Theresienstadt, Lodz, Neuengamme und Auschwitz oder fanden zu jener Zeit dort bereits ihren Tod.²¹⁴ Und eine Instandhaltung der Grabanlagen war ebenso wenig geplant: Das Stadtgartenamt „befreite“ den Friedhof von den Resten der Grabanlagen, er wurde planiert. Für „Rode- und Aufräumarbeiten auf dem Gelände Judenfriedhof“ veranschlagte dafür die Firma F. Anker (Landschaftsgärtnerei Lüneburg) die Kosten von 720.- RM.²¹⁵

Zunächst wurden die „zerstörten sowie stark beschädigten Grabsteine ... in einer Ecke des Friedhofsgeländes gelagert.“²¹⁶ Für einen Teil der Grabsteine fanden die Lüneburger Nazis eine „angemessene“ Verwendung: Den für Steinmetzarbeiten noch brauchbaren Teil suchte sich ein Steinmetzmeister aus Dahlenburg im Juli 1943 zur Wiederverwendung aus. Die jüdische Kapelle des Friedhofs²¹⁷ benutzte Stadtgartenamtsleiter Rössner, dem die Aufsicht des Areals unterstand, mit seinen Mitarbeitern fortan zum Unterstellen von Gartengeräten und als Werkstatt.

Nach der Einebnung des Friedhofs wurde über den weiteren Verwendungszweck diskutiert und gegen Ende des Jahres reiften unter Ideengeber Rössner Pläne heran, das Gelände zu bebauen und auf einem Teilgrundstück Behelfsheime zu errichten. Diesen Plan setzte die Stadt dann sehr schnell um. Bereits am 29.2.1944 teilte das Stadtbauamt (Dr. Kleeberg) mit: „In der Stadtratssitzung vom 28.2.1944 wurde über den Antrag des Stadtgartenamtes auf Errichtung von Behelfsheimen auf dem Judenfriedhof beraten.“²¹⁸ Der Regierungspräsident gab einen Monat später seine Zustimmung zur „Errichtung von Behelfsheimen auf dem Gelände des Judenfriedhofs“.²¹⁹

Rössner, dem die Aufsicht über den Bau unterstand, verhandelte nun mit diversen Firmen und Behörden und ließ zunächst ein erstes Behelfsheim errichten.

²¹⁰ Ebenda, Bericht Stadtpolizei Lüneburg (Kriminalabteilung; Kriminalsekretär Mussgiller) v. 11.6.1945

²¹¹ „Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde am 4. Juli 1939 durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz von den nationalsozialistischen Machthabern übernommen, stand ab September 1939 unter Kontrolle des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) beziehungsweise der Gestapo und hatte deren Anordnungen umzusetzen. Alle Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, wurden in der Reichsvereinigung zwangsweise eingegliedert.“ Wikipedia, Juli 2016

²¹² Vermerk v. 13.2.1943; zit. nach S. Bollgöhn, Jüdische Familien ... S. 117 f

²¹³ Ebenda

²¹⁴ Das „Gedenkbuch der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 –

1945“ (ITS Arolsen) weist 41 Lüneburger Juden aus, die in den genannten KZ's verstarben/ermordet wurden. Vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg, Eine Skizze, Lüneburg 2003, S. 38 f

²¹⁵ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Schreiben Friedhofsamt (Rössner) an Stadtbauverwaltung v. 24.2.1944: Kostenschlag der Firma v. 6.1.1943

²¹⁶ Schreiben der Stadt Lüneburg v. 14.8.1947 auf eine Anfrage des Vorstehers der jüdischen Gemeinde, Lilienfeld; zit. nach S. Bollgöhn, Jüdische ..., S. 117

²¹⁷ Entworfen vom Architekten Franz Krüger 1902

²¹⁸ Stadtarchiv Lüneburg PA 80/1, Vermerk Stadtbauamt (Dr. Kleeberg) v. 29.2.1944

²¹⁹ Ebenda, Schreiben des Regierungspräsidenten an Oberbürgermeister Wetzel v. 24.3.1944

Holzmaterial lieferten die Firmen Baugeschäft Hermann Stein (Inh. Baumeister Heinrich Schröder, Rettemer) und Johannes Clavin, das Fensterglas die Firma Niemann und Franz (Münzstraße 5), den Elektroanschluss legte die Hannoversch-Braunschweigische Stromversorgungs-AG, das Lüneburger Licht- und Wasserwerk lieferte das Wasser (Firma Pepper reparierte die Wasserleitung), Kohlenhändler Alfred Clavin das Heizmaterial und für die Inneneinrichtung standen Möbel der Firma J. Neckermann (Hamburg) zur Verfügung. Als Fundament für das Behelfsheim wurden die zerstörten und bis dahin nicht ausgesonderten Grabsteine der verstorbenen Lüneburger Juden „verwertet“.²²⁰

Auch das NSDAP-Gauamt für Volksgesundheit (i.A. Busse) schaltet sich über das NSDAP-Kreisamt (Liebert, Kreisamtsleiter) ein und wies darauf hin, dass als künftige Bewohner des Behelfsheim lediglich vertriebene oder ausgebombte „Volksdeutsche“ in Frage kommen.²²¹ Daraufhin ließ Rössner dort die „volksdeutschen Familien“ des Gartenarbeiters Bojko und Postschaffners Dölle Unterkunft finden. Der Höhere SS- und Polizeiführer Nordsee in Hamburg überwies Rössner die Wirtschaftsbeihilfe für die bei ihm beschäftigten Familien, wofür er sich am 9.11.1944 bedankte.²²² Nikolaus Bojko und Robert Dölle standen nun in Diensten des Stadtgartenamtes.

Auffällig an der Korrespondenz über die Baumaßnahmen und Nutzung des Areals ist die Tatsache, dass man weder von Seiten der Behörden noch der Firmen einen Hehl daraus machte, auf welchem Gelände dieses geschah. Typisch dafür der Betreff in einem Schreiben Rössners an das Stadtbauverwaltungsamt: „Übersicht über entstandene Kosten Judenfriedhof“.²²³

Nach 1945 änderte man in Lüneburg am Zustand des zerstörten jüdischen Friedhofs zunächst nichts.

Zwar kritisierte 1946 die LZ (wahrscheinlich der damalige Chefredakteur Ernst Riggert) unter der Überschrift „Gab es in Lüneburg eigentlich Antisemiten?“ die Schändung des Friedhofs, aber folgenlos: „Der jüdische Friedhof in Lüneburg wurde von kräftigen Männern „planiert“, so dass kein Stein stehen blieb. Der damalige Stadtgärtner Rössner und der damalige Bote bei der Staatsanwaltschaft Tiedemann hatten sich aber noch nicht dazu eingefunden, dies Unrecht in würdiger Form wieder gutzumachen.“²²⁴

Auf eine Anfrage des Vorstehers der Lüneburger jüdischen Gemeinde (Lilienfeld) 1947 nach den Hintergründen der Zerstörung des jüdischen Friedhofs wurde ihm mitgeteilt:

„Die von uns angestellten Prüfungen haben ergeben, dass der frühere jüdische Friedhof im Jahre 1938 durch eine Aktion der NSDAP bzw. der SA völlig zerstört worden ist. Im Jahre 1940 hat der Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg als Ortspolizeibehörde den Platz säubern lassen. Die zerstörten sowie stark beschädigten Grabsteine (sind) zunächst in einer Ecke des Friedhofsgeländes gelagert worden.“²²⁵ Dass diese „Säuberung“ darin bestand, mittels Einebnungs- und Planierarbeiten letztlich jede Erinnerung an diesen Friedhof zu tilgen, schildert das Schreiben ebenso wenig wie die Tatsache, dass auch dafür der Oberbürgermeister und das Stadtgartenamt verantwortlich waren. Über den Verbleib eines Teils der Grabsteine gibt das Schreiben zwar Auskunft, aber wieder wurde die Verantwortlichkeit der Stadt Lüneburg verschwiegen: „Im Jahre 1944 hat man diese Grabsteine als Fußboden für den Bau eines Doppelbehelfsheim verwendet, das auf dem Friedhofsgelände errichtet wurde.“²²⁶

Lange Jahre verblieb nun dieser jüdische Friedhof in Lüneburg in seiner Trostlosigkeit als Erbe und Fortbestand des deutschen Faschismus bestehen. Die Gräber waren als solche nicht zu erkennen, das Gelände planiert und das Behelfsheim diente deutschen Umsiedlern als Wohnstätte. Weder die Stadtverwaltung noch die örtliche Politik nahmen daran Anstoß und sahen es als ihre Aufgabe, daran etwas zu ändern. Im Gegenteil: Auch nachdem die Fensterscheiben der Friedhofskapelle Anfang der 1950er-Jahre „von Unbekannt“ demoliert wurden, sah die Stadtverwaltung keinen Anlass, die Fenster zu reparieren.²²⁷

Daraufhin wandte sich im April 1955 der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen an die Stadt und bat darum, die zerstörten Fensterscheiben wieder instand zu setzen und zugleich an der Friedhofskapelle eine Gedenktafel anzubringen mit den Namen der dort bestatteten Lüneburger Juden. Stadtgartenamtsleiter Lange aber lehnte ab: „Die Stadt Lüneburg ist mithin nicht verpflichtet, irgendwelche Aufwendungen für Instantsetzung der Kapelle, Pflege des

²²⁰ Die genannten Rechnungen/Quittungen finden sich ebenda

²²¹ Ebenda, Schreiben v. 27.4.1944 und 4.5.1944

²²² Ebenda, Schreiben Rössner v. 9.11.1944

²²³ Ebenda, Schreiben Rössner v. 24.2.1944

²²⁴ LZ v. 12.3.1946; Dass Tiedemann in die Zerstörung des jüdischen Friedhofs involviert war, wird hier lediglich angedeutet. Als weiterer möglicher Täter wird Max Hopp genannt.

²²⁵ Stadtarchiv Lüneburg PA 80/1, Schreiben Friedhofsamt

²²⁶ Ebenda

²²⁷ Ebenda

Friedhofs und Beschaffung und Anbringung einer Gedenkplatte zu machen.“²²⁸

In diesem Sinne ablehnend antwortete dann auch Lüneburgs Oberstadtdirektor der Jüdischen Gemeinde und wies darauf hin, dass „... die Pflege des jüdischen Friedhofs nicht mehr Angelegenheit der Stadtverwaltung ist.“ Um eine Pflege hatte die Jüdische Gemeinde allerdings auch nicht gebeten, sondern um die Behebung des Schadens an der Kapelle. Dem „Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel“ könne darüber hinaus die Stadt nicht zustimmen, „da die schwierige Finanzlage der Stadt zum andern sparsamste Haushaltsführung erfordert.“²²⁹

Auch die anschließende Bitte der Jüdischen Gemeinde an den Rat der Stadt, diese Entscheidung doch noch einmal zu überdenken, lehnt der Rat der Stadt aus Gründen fehlender Zuständigkeit und mangelnder Finanzen ab.²³⁰

Daraufhin wandte sich die Jüdische Gemeinde (Glaser) in einem dritten Schreiben an die Stadt und erinnerte an die moralisch-politische Verantwortung:

„Wir hatten gehofft, dass die Stadt aufgrund der stattgefundenen Zerstörung an dem obigen Friedhof, sich wie viele andere Städte bereit erklärt hätte, eine Gedenktafel an der Kapelle anbringen zu lassen. Wir sind der Ansicht, dass die Pflege des Friedhofs nichts mit der Anbringung einer Gedenktafel zu tun hat ... Wir würden es als eine moralische Wiedergutmachung angesehen haben, wenn die Stadt Lüneburg ihrer ehemaligen Mitbürger durch Anbringung einer Gedenktafel gedacht hätte, von denen leider kein Grabstein künden kann, und geben der Hoffnung Ausdruck, dass unter diesen Gesichtspunkten die Stadt Lüneburg ihren uns nicht verständlichen Standpunkt revidiert.“²³¹

Ein letztes Mal versuchte der jüdische Landesverband im Oktober 1955, die Stadt Lüneburg zu einem solchen Gedenken zu bewegen – wieder vergebens. Das Lüneburger Bürgertum fühlte sich für ihre Verbrechen ab 1933 nicht zuständig und wollte selbst für ein minimales Gedenken an die Juden Lüneburgs kein Geld ausgeben.²³²

Für ein Gedenken an eine andere „Opfergruppe“ jedoch hatte die Stadt Geld: Für das Gedenken an die „für Deutschland gefallenen Arier“ stellte die Stadtpolitik einige zehntausend DM bereit. Soviel kostete die Anlegung eines Ehrenfriedhofs für die deutschen Soldaten und SS-Männer auf dem Zentralfriedhof.²³³ Geld hatte die Stadt auch für ein weiteres Vorhaben: Zur selben Zeit nämlich plante die Kriegervereinigung der „Kameradschaft Kampfgeschwader 26“²³⁴ die Errichtung eines gewaltigen „Ehrenmals“ in der Lindenstraße. Dem Wunsch ihres Kameradschaftsführers, General Siburg, nach finanzieller Unterstützung entsprach die Stadt sofort. Kurz nachdem dieser am 14. März 1956 im Rathaus vorsprach, hatte er auch bereits die ersten 100.00 DM Spendengelder der Stadt auf dem Konto und die Zusage auf eine Unterstützung für eine geplante öffentliche Spendensammlung für das „Ehrenmal“ der Kriegsverbrecher. Ex-Oberbürgermeister Gravenhorst (Deutsche Partei, OB bis November 1954), der kurz zuvor keine Möglichkeit sah, eine einfache Gedenktafel auf dem ansonsten weiterhin verwahrlosten jüdischen Friedhof zu finanzieren, war einer der ersten Sponsoren der alten Kameraden - neben vielen weiteren Profiteuren der Judenverfolgung, wie etwa das Schuhhaus Schnabel.²³⁵

Erst ab Mitte der 1960er Jahre, nachdem beim Abriss des Behelfsheims die jüdischen Grabsteine „entdeckt“ wurden und die Lüneburger Nazi-Tätergeneration aus Gesundheits- und Altersgründen ihre politische Dominanz verlor, änderte sich der Zustand des jüdischen Friedhofs bis dahin, wie wir ihn gegenwärtig kennen. Im Stadtplan der Stadt ist dieser Friedhof allerdings bis heute nicht zu finden.

²²⁸ Schreiben Friedhofsamt (Lange), zitiert nach: S. Bollgöhn, Jüdische Familien ... S. 119

²²⁹ Ebenda, Schreiben Oberstadtdirektor an Jüdische Gemeinde v. 21.5.1955

²³⁰ Ebenda, Schreiben v. 2.7.1955

²³¹ Ebenda, Schreiben v. 20.7.1955

²³² Zur Behandlung der Juden in der Lüneburger Nachkriegszeit vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“. Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkanlage an der früheren Synagoge, Lüneburg 2013

²³³ S. S. 35

²³⁴ Zu den Verbrechen des Kampfgeschwaders 26 vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Von Gernika über Lüneburg nach Wielun. Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze, Lüneburg 2012; S. Bollgöhn (Jüdische Familien ..., S. 121) weist darauf hin, dass in diesem Jahr die Stadtverwaltung die kostenaufwendige Restaurierung des Rathaus-Fürstensaals in Auftrag gab mit ihren „repräsentativen Decken- und Wandmalereien ... Der Fürstensaal soll wieder Hauptsehenswürdigkeit in der vielbesuchten Stadt werden.“ Zitiert nach LZ v. 25.5.1955.

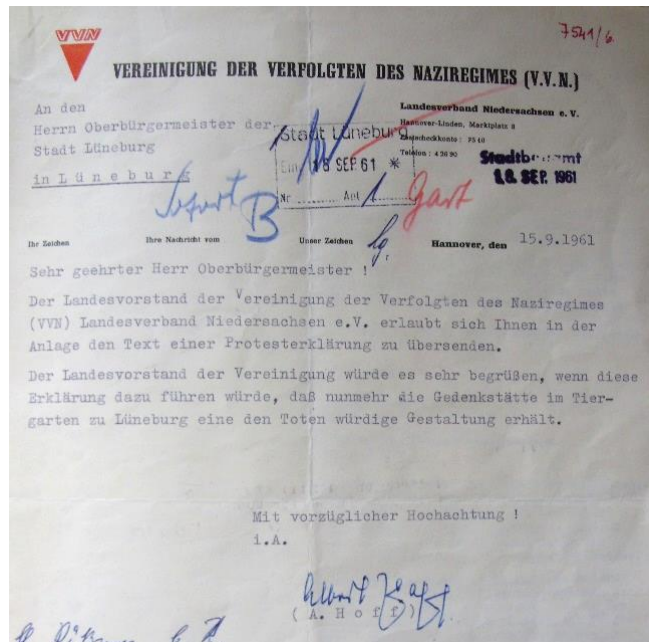
²³⁵ Die vollständige Sponsorenliste findet sich ebenda, S. 50

Proteste gegen den trostlosen Zustand des KZ-Friedhofs in den 60er-Jahren

Am Zustand des KZ-Friedhofs wurde in den Jahren ab 1959 nichts geändert: Eingaben und Proteste wurden abgewiesen wie jene des Landesvorstands der VVN vom 11.9.1961. Dieser richtete eine Art Protesterklärung an Oberbürgermeister, Landrat und Bezirksregierung und berichtete über eine Gedenkkundgebung der VVN am 3.9.1961: „Die Teilnehmer sind tief empört über den trostlosen Zustand der Anlage.“²³⁶

Diese Meinung teilten die genannten Behörden nicht. Ein am 19.9.1961 anberaumter Ortstermin ohne die Beschwerdeführer, aber unter Beteiligung des VDK kam zum Ergebnis, dass sich der KZ-Friedhof in einem gepflegten Zustand befände und die bodenbedeckende Heidebepflanzung und der Wacholder den Forderungen des Kriegsgräbergesetzes entspräche. „Die Anlage wurde (nach ihrer Umgestaltung 1951/52, d. V.) als eine der schönsten ihrer Art anerkannt und man hat seit dieser Zeit gestalterisch hieran nichts mehr geändert. Die Anlage wurde im Heidecharakter unterhalten und gepflegt.“²³⁷ Außerdem seien zwei schöne holzgeschnittene Wegweiser vorhanden. In ähnlicher Form äußerte sich die Bezirksregierung (Dr. Krause) nach Eingang einer Stellungnahme der Stadtverwaltung (Baurat Stöckicht) in einem Antwortschreiben an die VVN-Landesvereinigung: „Die Anlage ... macht auf alle Betrachter einen besonders feierlichen und würdigen Eindruck ... Zwei Wegweiser sind am Sperberweg und an der Elsterallee errichtet und für jeden Unbefangenen eine vollauf ausreichende Hilfe zum Auffinden der überdies in der Bevölkerung weithin bekannten Gedenkstätte.“²³⁸ Mit einer Abschlussbemerkung der Bezirksregierung (Reg. Assessor Graf von Schack) an das Niedersächsische Innenministerium endete dieser von der VVN initiierte Vorgang: „Instandsetzungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.“²³⁹

Die Ansicht von einem „feierlichen und würdigen Eindruck“ des Friedhofs wurde nicht von allen Menschen geteilt, wie eine Eingabe von Frau Dora Grote (Pulverweg 2) an die Stadtverwaltung einige Zeit später zeigt. Sie moniert den ungepflegten Zustand und bittet darum, den Friedhof unentgeltlich



Protest der VVN, 15.9.1961

sauber halten zu dürfen, was ihr unter Beachtung bestimmter Auflagen gestattet wird.²⁴⁰

Immerhin: Eine kleine Veränderung der Anlage des KZ-Friedhofs fand im Jahre 1966 statt: Im Juni d. J. gab die Stadtverwaltung der Fa. Eisenträger den Auftrag, ein neues Eisentor anzufertigen.²⁴¹ Im Oktober 1966 wurde nochmals der Friedhof umgestaltet. Von dem festgestellten „feierlichen und würdigen Eindruck“, den die Anlage machen würde, war man wohl jetzt nicht mehr überzeugt. Der Grund mag darin bestanden haben, dass die Bezirksregierung die Kosten für die Umgestaltung übernahm. Nach einem Kostenangebot der Fa. O. H. Brand (Reppenstedt)²⁴², dem die Bezirksregierung zustimmte²⁴³, wurde die Firma beauftragt, die gesamten Gräberfelder von ihrem bisherige Bewuchs zu roden, „tief pflügen ... Torfmuß einfräsen, ... mit Terramol begasen ... und nach der Begasung wiederum tief fräsen.“ 120 qm Fläche wurden mit Cotoneaster adpressa bepflanzt, 232 qm mit Cotoneaster dammeri, 30 qm mit Strauchrosen und andere Pflanzen. Zudem wurden vorhandene Wesersandsteinplatten intensiv gereinigt. Kostenpunkt: 7.050.- DM.

Ob die Umgestaltungsarbeiten noch rechtzeitig vor dem Volkstrauertag 1966 erledigt werden konnten,

²³⁶ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der VVN an den Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg v. 11.9.1961

²³⁷ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk Garten- und Friedhofsamt (Stadtgarteninspektor Rössner) v. 20.9.1961

²³⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der Bezirksregierung an VVN-Landesvereinigung v. 28.10.1961

²³⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Bezirksregierung an Ministerium des Innern v. 28.10.1961

²⁴⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk des Garten- und Friedhofsamtes (Rössner) v. 14.10.1964

²⁴¹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben des Garten- und Friedhofsamtes an Fa. Eisenträger v. 21.6.1966; Aus der Rechnung der Firma (970.- DM) v. 22.9.1966 ist zu schließen, dass es sich um das heutige Eisentor handelt.

²⁴² Friedhofsamt Lüneburg, Kostenangebot der Firma an das Garten- und Friedhofsamt v. 26.9.1966

²⁴³ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Bezirksregierung (Dr. Krieger) an Stadtverwaltung v. 27.9.1966

worum die Stadtverwaltung bat („da sich die Friedhofsanlage zum Volkstrauertag in einem würdigen Zustand befinden muss“²⁴⁴), wird nicht ganz deutlich. In einem längeren Ankündigungsartikel der LZ wird zwar nach einer Auflistung der geplanten VDK- und NS-Militärveranstaltungen im letzten Satz erwähnt: „Die Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes schließlich beabsichtigt, das Mahnmal auf dem KZ-Friedhof gegen 15 Uhr mit einem Kranz zu schmücken.“²⁴⁵ In den Berichten über die Gedenkveranstaltungen in Stadt und Landkreis (zusammen etwa eine Seite lang) findet sich hingegen weder über die „Schmuckaktion“ der VVN ein Wort noch über diese Gedenkveranstaltung selbst oder über eine zuvor etwa erfolgte Umgestaltung der Friedhofsanlage.²⁴⁶

Im folgenden Jahrzehnt ändert sich nichts Wesentliches am Zustand des KZ-Friedhofs und am dortigen Gedenken am jeweiligen Volkstrauertag: Die VVN führte „ihre“ Veranstaltungen durch, die Stadtverwaltung ließ, zumeist durch einen Fahrer, zuvor einen Kranz niederlegen. Lediglich das Wegweiser-Holzschild zum „Mahnmal Tiergarten“ (von einem KZ-Friedhof ist nicht die Rede) an der Elsterallee wurde auf Anregung von Oberbürgermeister Trebchen 1976 aufgefrischt.²⁴⁷

Als typisch für den offiziellen Sprachgebrauch der 1960er/70er-Jahre über diese Nazi-Morde im Tiergarten kann eine LZ-Pressenotiz vom 15. November 1963 angesehen werden, in der es heißt:

„Im Tiergarten liegen über 100 unbekannte KZ-Tote auf einem Waldfriedhof, die bei und nach einem Bombenangriff auf den Lüneburger Bahnhof ihr Leben lassen mussten.“

Ab Mitte der 1980er-Jahre: Besuche der „Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN)“

Ab den 1980er-Jahren tat sich dann etwas auf dem Lüneburger KZ-Friedhof. Ausgelöst wurde das durch den Besuch einer französischen Delegation im Jahre 1987 auf dem Friedhof. Darüber berichtet der Leiter der Gedenkstätte Neuengamme, Dr. Eiber. Er nennt deren zahlreiche Klagen über die schwere Auffindbarkeit und den Zustand des Friedhofs, worauf er sich selbst nach Lüneburg auf den Weg machte.²⁴⁸ Zunächst musste er feststellen, dass der Friedhof für ihn als Ortsunkundigen nur äußerst mühselig auffindbar war. „Ich glaube, dass Ortsfremde nur mit Mühe, wenn überhaupt, den Weg finden können.“ Bis etwa 200 Meter vor dem Friedhof fand er keinen Wegweiser. Diese Hinweisschilder trügen zudem die Inschrift „Mahnmal Tiergarten“ und keinen Hinweis darauf, dass es sich um einen KZ-Friedhof handele. Eiber kritisierte weiter, dass am Friedhof keine Information gegeben wird und sich auch wegen der unklaren/falschen Gedenkstein-Inschrift die Frage stelle, ob die Menschen dort gestorben sind oder begraben liegen. „Wo sind die Gräber?“ „Erschrocken war ich über die Mahnworte des Gedenksteins. Es ist zwar ein Bibelwort, ... aber für mich persönlich und sicher auch für manche andere klingt dieses Wort von den ‚Elenden‘ doch sehr makaber. Waren das Verbrecher, die da ums Leben kamen?“ Eiber schlägt vor, weiterräumiger korrekte Hinweisschilder anbringen sowie für den Friedhof eine Informationstafel anfertigen zu lassen und fragt nach Unterlagen über die Namen der Bestatteten.

Das zuständige Garten- und Friedhofsamt (Mitarbeiter Fischer) informierte daraufhin die Bezirksregierung (Frau Kaiser), die sich im August d. J. mit Dr. Eiber in Verbindung setzte und ihm mitteilte, dass aufgrund der Beschwerden eine Ortsbegehung von Vertretern der Stadt und der Bezirksregierung stattgefunden habe. Man habe beschlossen, dass die Wegbeschilderung erneuert und erweitert werden solle. Die Hinweisschilder sollen die Inschrift „Ehrenfriedhof Tiergarten“ erhalten und ab der Bundesstraße 4 (der heutigen Willy-Brand-Straße) aufgestellt werden, „so dass er dann auch von ortsunkundigen Besuchern gefunden werden kann.“²⁴⁹ Außerdem soll am KZ-Friedhof eine Informationstafel aufgestellt werden.

²⁴⁴ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der Stadtverwaltung an die Firma Brand v. 13.10.1966

²⁴⁵ LZ v. 11.11.1966

²⁴⁶ LZ v. 14.11.1966

²⁴⁷ Friedhofsamt Lüneburg, Vermerk über die Sitzung des Verwaltungsausschusses v. 16.11.1976; Schreiben Stadtbaurat Wellmann an das Garten- und Friedhofsamt v. 18.11.1976

²⁴⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben KZ-Gedenkstätte Neuengamme an Lüneburgs Stadtverwaltung v. 17.6.1987

²⁴⁹ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der Bezirksregierung (Böhme) an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme v. August 1987

Dem Wunsch Dr. Eibers nach Übersendung der Namen der Begrabenen und weiterer Dokumente könne allerdings nicht entsprochen werden: „Unterlagen über die auf diesem Friedhof bestatteten KZ-Häftlinge liegen weder der Stadt noch mir vor; die Personen, die identifiziert werden konnten, wurden in den Nachkriegsjahren exhumiert und ins Ausland umgebettet. Es handelt sich dabei um Franzosen, Belgier und Italiener.“²⁵⁰

Dieser Hinweis auf fehlende Unterlagen überrascht insofern, weil doch die Umbettungen im Jahre 1945 und auch die Exhumierungen 1951 sehr genau dokumentiert waren ebenso wie die Begräbnisstellen. Zudem handelt es sich bei der nachfragenden Institution der KZ-Gedenkstätte Neuengamme um jene Einrichtung, die (neben den örtlichen Behörden) wie keine andere dafür prädestiniert ist, die Unterlagen über „ihre“ KZ-Häftlinge zu sammeln und anschließend bereit zu stellen. Ob es damals an mangelnder Kompetenz oder Motivation der zuständigen Mitarbeiter/-innen der Bezirksregierung und der Stadtverwaltung lag, nach diesen Unterlagen zu suchen und diese bereit zu stellen? Mit der Neubesetzung dieser Funktionsstelle im Friedhofsamt der Stadt jedenfalls schien sich etwas zu ändern. Den im Stadtarchiv gelagerten Unterlagen ist zu entnehmen, dass der neue Bereichsleiter des Friedhofsamtes (Hans-Georg Grzenia) im Jahre 1998 mit der KZ-Gedenkstätte Buchenwald korrespondierte und ihm von dort eine Liste mit den Bestatteten übermittelt wurde. Der Friedhofs-Amtsleiter bedankte sich darauf und teilte mit: „Anhand der mir vorliegenden Beisetzungs- und Identifikationsunterlagen konnten einige bisher unbekannt geltende Verstorbene mit ihren Namen versehen werden.“²⁵¹

Ob, wo und wann die von der Bezirksregierung angekündigten zusätzlichen und mit neuer Inschrift versehenen Hinweisschilder angefertigt und angebracht wurden, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Die beiden bereits existierenden hölzernen Schilder aber blieben in alter Form und Inschrift erhalten.²⁵²

Bei der vom Gedenkstättenleiter Dr. Eiber genannten „französischen Delegation“, die diesen KZ-Friedhof 1987 aufsuchte, handelt es sich um die „Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN)“, die sich bereits 1958 als internationaler Verband in Brüssel gründete mit Vertretern der Lagergemeinschaften aus Belgien, der Bundesrepublik und Frankreich. Später schlossen sich der Amicale weitere Lagergemeinschaften anderer Na-

tionen an. Ihr Anliegen „war die Errichtung eines internationalen Denkmals auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers und der Austausch von Informationen zwischen den nationalen Lagergemeinschaften. Als konkrete Projekte wurden die Erstellung eines „Livre blanc“ im Mai 1959, einer allgemeinen Darstellung des Konzentrationslagers Neuengamme, und die Durchführung einer internationalen „Pèlerinage“ (Pilgerfahrt) im Mai 1959 beziehungsweise im Mai 1960 festgelegt.“²⁵³ Diese Pilgerfahrt von etwa einer Woche Dauer unternahmen die ehemaligen KZ-Häftlinge mit ihren Angehörigen nach Neuengamme, später auch zu den verschiedenen Außenstellen dieses Konzentrationslagers und zu den Sterbeorten ihrer Mithäftlinge. Die LZ berichtete 1990 erstmals von einem Besuch der Amicale in Lüneburg am Friedhof im Tiergarten. Die Pèlerinage-Gruppe in diesem Jahr wurde begleitet von einer Schülergruppe des Oedemer Gymnasiums, in den folgenden Jahren von der Geschichtswerkstatt, der Stadt Lüneburg und der VVN-BdA, ab etwa 2000 mit zusätzlichem Engagement von der Therapeutischen Gemeinschaft.

Angehörige gedenken der Toten vom 7. April 1945

Franzosen legen Kranz nieder



Robert Luis trug die Fahne der französischen Häftlingsvereinigung „amicale de Neuengamme“ auf dem Weg zur Gedenkstätte im Lüneburger Tiergarten, wo jetzt 48 Franzosen einen Kranz niederlegten. Foto: ta

LZ v. 12.5.1997

Eine weitere Veränderung der Friedhofsanlage erfolgte um das Jahr 1990 durch die Anbringung einer Informationstafel, wie sie zuvor von verschiedenen Seiten gefordert worden war. Diese wurde aber nicht im Eingangsbereich als Info-Tafel platziert zur Erklärung der Anlage, sondern sie wurde als Bronzetafel am Fuße des Gedenksteins angebracht. Sie wurde somit Teil der Gedenkanlage selber, wurde Gedenktafel. Der Text dieser

²⁵⁰ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben der Bezirksregierung Lüneburg an Dr. Eiber v. August 1987

²⁵¹ Ebenda, Schreiben des Friedhofsamtes an die KZ-Gedenkstätte Buchenwald v. 26.10.1998

²⁵² Am 12.1.2015 meldete die LZ: „Das Mahnmal im Tiergarten wurde von einer umgestürzten Kiefer getroffen.“ Tatsächlich wurde nicht das Mahnmal/der Gedenkstein, sondern das hölzerne Hinweisschild mit der Aufschrift „Zum Mahnmal Tiergarten“ getroffen und beschädigt.

²⁵³ <http://media.offenes-archiv.de/ain>

Tafel wurde unter Ausschluss der VVN-BdA und der Geschichtswerkstatt entworfen und stieß bald in Einzelformulierungen auf Kritik (s. S. 57).

Der Text der Gedenktafel lautet:

„KZ-Häftlinge verschiedener Nationalitäten wurden am 7. April 1945 auf einem ‚Evakuierungstransport‘ in Güterwaggons vom Konzentrationslager Wilhelmshaven, einem Außenkommando des KZs Neuengamme, zum Konzentrationslager Bergen-Belsen in Lüneburg von Bomben getötet und von SS-Begleitmannschaften erschossen. Die Toten wurden in einem Massengrab im Tiergarten begraben. Die englische Besatzungsmacht veranlasste die Umbettung der Toten am 3. Oktober 1945 hierher durch Männer aus Lüneburg.“

Englische Prozeßakte liefert neue Erkenntnisse über Massengrab im Tiergarten

„Davidstern gehört nicht an das Grab“



Schulpastor Hans-Erwin Zabel (vorn), zusammen mit der Arbeitsgruppe des Gymnasiums Oedeme, am Massengrab im Tiergarten. Foto:ulv

LZ v. 26.2.1990

Forschungen zum Tiergarten-Massaker in den 90er-Jahren

Neben den Angehörigen der VVN und der Geschichtswerkstatt war es insbesondere Pastor Zabel (Schulpastor an der Berufsbildenden Schule/Religionslehrer am Gymnasium Oedeme), der Ende der 1980er-Jahre über das Leben und Sterben der auf dem KZ-Friedhof Bestatteten recherchierte, am Gymnasium eine Ausstellung organisierte und sich mit seinen Schülern/-innen um Friedhof und Gedenkstätte kümmerte. Die LZ berichtete über seine Recherchetätigkeit am 26.2.1990 mit dem Hinweis, dass es sich um Tote von zwei Todestransporten gehandelt haben müsse, einem aus Wilhelmshaven und einem zweiten, der mit Frauen besetzt war und dessen Herkunft für ihn noch unbekannt war. Die Überschrift dieses Artikels („Davidstern gehört nicht ans Grab“) zeigt, dass ihm seinerzeit nicht bekannt war, dass hier ebenfalls Menschen jüdischen Glaubens begraben lagen.²⁵⁴

Eine weitere Publizität erhielt die Erinnerung an die im Tiergarten Ermordeten durch eine zweiteilige Serie der Lüneburger Landeszeitung (insgesamt etwa 1 ½ Seiten lang und mit Fotos versehen), geschrieben von H.-H. Jenckel.²⁵⁵ Dieser griff bei seinem Bericht auf Informationen zurück, die bereits vom ehemaligen LZ-Chefredakteur Pless veröffentlicht wurden,²⁵⁶ wertete die Recherchen von Pastor Zabel aus und stellte auch selbst Nachforschungen an. Jenckel berichtete jedenfalls, dass neben den Toten aus dem KZ-Zug aus Wilhelmshaven weitere Häftlinge aus einem anderen Todeszug auf dem Friedhof begraben liegen „und 2 Russen, von denen man nichts weiß“. Damit kam er den von Manfred Messer jüngst vorgelegten Forschungsergebnissen nahe. In den folgenden Jahrzehnten berichtete die LZ zu bestimmten Anlässen (Jahrestage des Kriegsendes, u.a.) relativ ausführlich, wenngleich nicht immer korrekt,²⁵⁷ über die Geschehnisse von 1945 und die Ermordung der KZ-Häftlinge. Über die alljährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen der VVN verlor die LZ aber weiterhin kein Wort.

Ende der 1980er-Jahre begannen sich auch die Lüneburger Politiker/-innen an die vergessenen Nazi-Opfer in der Stadt zu erinnern. Das führte auch zu einer kleinen Veränderung des lokalen Gedenkens am Volkstrauertag. Bislang durch das offizielle Lüneburg ausschließlich fixiert auf die Veranstaltungen des VDK am Zentralfriedhof (die Gedenkfeiern der VVN-BdA am KZ-Friedhof fristeten ein Nischendasein), gerieten 1990

²⁵⁴ Als „Heimatbeilage“ zur Allgemeinen Zeitung Uelzen („Der Heidewanderer“) schrieb H. – E. Zabel eine Serie über „Das Massengrab in Tiergarten Lüneburg“

²⁵⁵ LZ v.6.4.1991

²⁵⁶ Helmut C. Pless, Lüneburg 45, Nordost-Niedersachsen zwischen Krieg und Frieden, Lüneburg 1982

²⁵⁷ Eine Korrektur erfolgte z. B. mittels eines Leserbriefs von Dörte von Westernhagen v. 8.4.2015

mit der Einweihung einer Gedenkanlage in der Lindenstraße auch die Nazi-Opfer in den Blick.

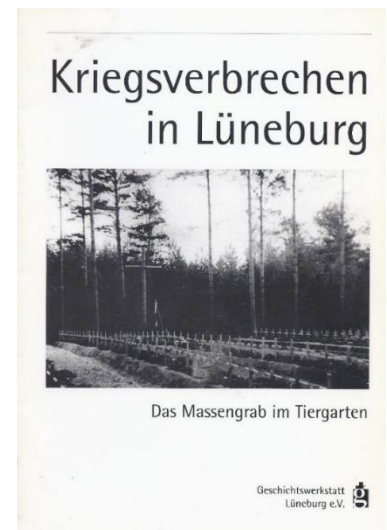
Diese Anlage war zunächst geplant, damit „den Bürgern dieser Stadt Ehre erwiesen werden (soll), die sich gegen Unterdrückung und Barbarei aufgelehnt haben“²⁵⁸, wie die SPD-Fraktion im Rat der Stadt in ihrem Antrag formulierte. SPD-Ratsherr Momberg erläuterte während der Ratssitzung, dass es in der Stadt zwar viele „Gedenksteine und –male für Kriegstote gäbe, jedoch keinen Ort, an dem der Nazi-Opfer gedacht werden könnte. Sein Vorschlag: eine Tafel vor dem Rathaus, ins Pflaster eingelassen.“²⁵⁹ Dabei erinnerte er auch an die Lüneburger kommunistischen Widerstandskämpfer „wie den Malergesellen Hans Pfeifer (und auch) der Name Adolf Waltje werde nicht genannt und es wird nirgends an sie erinnert.“²⁶⁰ Der Rat der Stadt stimmte am 24.4.1986 für diese Beschlussvorlage, nannte dabei Form und Ort: „Gedacht ist dabei an ein Denkmal oder eine Gedenktafel an einer markanten Stelle der Stadt.“²⁶¹

Doch es kam anders: Weder an markanter Stelle der Stadt noch als Würdigung des Lüneburger NS-Widerstands entstand schließlich am stark befahrenen Lüneburger Ring in der Lindenstraße eine Gedenkanlage. Das Denkmal erinnert nicht an einen NS-Widerstand. Selbst ein zunächst vorgeschlagener Textauszug aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in dem er den deutschen und internationalen Widerstand auch der verschiedenen politischen Richtungen würdigt, wurde als Beschriftung des Gedenksteins abgelehnt. Stattdessen ließ die Stadt einen „unverfänglichen“ Textauszug eingravieren.²⁶²

Ab 1990 fand wie bisher am Nachmittag des jeweiligen Volkstrauertags eine stark besuchte Veranstaltung des VDK auf dem Zentralfriedhof statt mit Beteiligung des Landrats, der Bundeswehr, weiterer Traditionsvereine und von Schulklassen mit mehreren hundert Teilnehmern/-innen. Am Vormittag desselben Tages gedachte der VVN-BdA ebenfalls, wie bisher, auf dem KZ-Friedhof im kleineren Kreis mit ca. 20 bis 30 Personen der Opfer. Neu war: In Perioden, in denen die Ratspolitik sozialdemokratisch geführt war, sprach bei dieser Feierlichkeit von nun an auch ein Bürgermeister oder anderer Repräsentant der Stadt.

Hinzu kam von nun an am jeweiligen Mittag eine Veranstaltung der Stadt Lüneburg mit Beteiligung der Ratsparteien und weiterer Interessierter an der Gedenkanlage in der Lindenstraße. In den ersten Jahren wurde diese Versammlung von ca. 50 bis 70 Personen gut besucht. Ab etwa 2010 nahmen die Mitglieder der örtlichen VVN-BdA nicht mehr an dieser Gedenkveranstaltung teil. Sie störte eine stark religiöse Umrahmung durch pastoralen Vortrag und Aufforderung zum sofortigen Beten; vor allem aber kritisierten sie die zunehmende Legitimierung aktueller Militär-Regierungspolitik mit den „Auslandseinsätzen“ der Bundeswehr. Zuvor war ein Versuch gescheitert, dieser Veranstaltung wenigstens eine kleine Erinnerung an den NS-Widerstand hinzuzufügen, als ein Mitglied der VVN-BdA, Frau Schiborowski, spontan durch ein kleines Statement an ihren Vater erinnerte und an sein politisches Wirken als Spanienkämpfer und Nazi-Widerständler. Dieser Beitrag missfiel den städtischen Veranstaltern und der VVN-BdA wurde zu verstehen gegeben, dass die örtliche Politik bei diesen Gelegenheiten solche Einlassungen nicht wünsche. So blieb es denn den Gedenkfeiern der VVN-BdA auf dem KZ-Friedhof vorbehalten, an die Widerstandleistenden und Nazi-Opfer zu erinnern.

Einen wichtigen Beitrag beim Versuch, die Vorgänge um die Ermordung der im Tiergarten begrabenen KZ-Häftlinge aufzuklären und stärker am Ort bekannt zu machen, leistete die Geschichtswerkstatt Lüneburg. Diese Gruppe lokalhistorisch engagierter Antifaschisten/-innen war 1988 von der VVN-BdA gegründet worden. Sie forschte nun selber und stellte Ende der 1990er-Jahre mit Zeitvertrag den Hamburger Historiker Immo de Vries ein, der mit professionellen Mitteln dieses „Kriegsverbrechen in Lüneburg“ untersuchte. Als ein Ergebnis seiner Arbeit konnte er eine Schrift gleichnamigen Titels vorlegen²⁶³ und auf verschiedenen Veranstaltungen vorstellen.



Die zweite Schuld, Der Streit um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg, Lüneburg 1989; eine zusammenfassende Beschreibung in: VVN-BdA Lüneburg, Kritik des „Friedenspfades“ der Friedensstiftung Günter Manzke, Lüneburg 2016, S. 23 f

²⁶³ Immo de Vries, Kriegsverbrechen in Lüneburg, Das Massengrab im Tiergarten, Hrsg. Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 2000

²⁵⁸ LZ v. 18.4.1986

²⁵⁹ LZ v. 29.4.1986

²⁶⁰ Moin (lokale „Alternativzeitschrift“) 5/1986

²⁶¹ Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Lüneburg v. 24.4.1986

²⁶² Eine Dokumentation der skandalösen lokalpolitischen Vorgänge, die schließlich zu dieser „bereinigten“ Form des Gedenkens geführt haben, findet sich in: VVN-BdA Lüneburg,

7.4.97

Erinnerung an die KZ-Häftlinge

Gedenkstunde am Ehrenmal



Cornelius Kaal (l.) und Bernd Bruhn legten gestern morgen während einer Gedenkstunde am Ehrenmal im Tiergarten ein Blumengesteck nieder. Der Gedenkstein erinnert an die 256 KZ-Häftlinge, die am 7. April 1945 am Lüneburger Bahnhof getötet wurden. Bernd Bruhn las während der Gedenkfeier aus Berichten von Überlebenden vor. Danach seien von den Häftlingen, die in vier Waggonen von Wilhelmshaven in das KZ Bergen-Belsen gebracht werden sollten, nur 70 dort angekommen. Alle anderen seien am 7. April entweder den alliierten Bomben zum Opfer gefallen oder von den Nazis erschossen worden. bol/foto: ta

Zeitzeugen gesucht

Die Geschichtswerkstatt Lüneburg e. V. hat in den vergangenen Jahren umfangreiches Material gesammelt, um eine Dokumentation über die Geschehnisse am Lüneburger Bahnhof herauszugeben. Zeitzeugen, die sich an den Bombenangriff am 7. April 1945 erinnern können, werden gebeten, sich mit der Geschichtswerkstatt unter ☎ 40 19 36 in Verbindung zu setzen.

LZ v. 7.4.1997

Auf einer dieser Vortragsveranstaltungen der Geschichtswerkstatt Ende der 1990er-Jahre kam die fehlerhafte Beschriftung von Gedenkstein und Gedenktafel zur Sprache. Die Teilnehmenden formulierten und unterschrieben eine Aufforderung an den Oberbürgermeister Mädge, die entsprechenden Textstellen zu ändern. Mit Verweis auf die seinerzeit stark diskutierte „Wehrmachtsausstellung“ stellten die Anwesenden fest: „Es sind die vielen ‚kleinen‘ absichtlichen oder unabsichtlichen historischen Ungenauigkeiten, die dem Mythos der ‚sauberen Wehrmacht‘ Vorschub geleistet haben und es noch heute tun.“ Sie forderten, auf der Gedenktafel das Wort „Evakuierungstransport“ zu ersetzen, weil dieser Begriff mit deutliche positiver Vorstellung verbunden sei (jemanden durch Evakuierung in Sicherheit bringen). Stattdessen sollte dort klar von einem Todestransport gesprochen werden. Außerdem sei der Text derart zu ändern, dass nicht länger verschwiegen werde, dass im Tiergarten nicht nur ein SS-Täter gemordet hätte (Jepsen), sondern vor allem Wehrmachtsangehörige.²⁶⁴

Es ist sicher dem damaligen großen öffentlichen Interesse an der faschistischen Vergangenheit Lüneburgs zu verdanken, dass sich die Stadtverwaltung dieser Aufforderung zunächst recht zügig annahm. Stadtdirektor Koch ließ durch Stadtarchivleiterin Dr. Reinhard die historischen Fakten ermitteln. Diese bestätigte die genannten Angaben und teilte Stadtrat Koch zusammenfassend mit: „Insofern ist der Text der Erläuterungstafel nicht zutreffend und eine entsprechende Änderung sinnvoll und wünschenswert.“²⁶⁵ Daraufhin setzte sich das Kulturamt der Stadt (Herr Warnecke) mit der Geschichtswerkstatt in Verbindung. Diese schlug vor, die Gedenktafel zu ändern: Statt „Evakuierungstransport“ soll es „Vernichtungstransport“ heißen, statt „SS-Begleitmannschaften“ „Wehrmachts- und SS-Begleitmannschaften“.²⁶⁶ Zugleich mahnte die Geschichtswerkstatt eine Berichtigung der Gedenkstein-Inschrift an, denn die Häftlinge seien nicht an dieser Stelle gestorben.²⁶⁷

Dennoch behielten die beherrschenden Kräfte in Lüneburg wieder die Oberhand: Weder die irreführenden Formulierungen auf der Gedenktafel noch die falsche Inschrift auf dem Gedenkstein wurden geändert. Bis heute (Winter 2016) sind diese falschen Angaben dort zu finden.

²⁶⁴ Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben an OB Mädge, o. D.

²⁶⁵ Ebenda, Schreiben Stadtarchiv Lüneburg (Dr. Reinhard) an Dezernat V (Herr Koch) v. 26.7.1999

²⁶⁶ Ebenda, Friedhofsamt Lüneburg, Schreiben Geschichtswerkstatt Lüneburg an Stadtdirektor Koch v. 17.1.2000

²⁶⁷ ebenda

Eine regelmäßige intensive Pflege erfuhr der KZ-Friedhof ab Mai 2000, als die Therapeutische Gemeinschaft Wilschenbruch die Betreuung übernahm. Diese Einrichtung für stark Drogenabhängige und ihre Kinder ganz in der Nähe des Friedhofs unter der Leitung von Ruthard Stachowske übernahm von nun an eine Patenschaft für den Friedhof.²⁶⁸ Die LZ berichtete am 29.4.2000 über die Motivation der Einrichtung: „Bei den pädagogischen Gesprächen, so Stachowske, habe sich wiederholt herausgestellt, dass sich Enkel von KZ-Opfern und von Nazi-Tätern unter den Betreuten befanden. ‚Die nicht verarbeitete Geschichte ist in den Familien stärker präsent, als wir gedacht hatten.‘ So sei die Idee naheliegend gewesen, die Pflege des Friedhofs im Tiergarten zu übernehmen, zu Fuß nur ein paar Minuten vom Heim entfernt.“²⁶⁹



Jugendliche pflegen Ehrenmal

Therapeutische Gemeinschaft Wilschenbruch übernahm Patenschaft vor zehn Jahren

Das Team und die Patienten der Gemeinschaft pflegen die Ehrenmal-Anlage regelmäßig. Zum Patenschaftsgeburtstag waren Hans-Georg Grzenia (l.) von der Stadt, Dr. Ruthard Stachowske von der TG und Matthias Lange von der Jugendhilfe dabei. Foto: sp



LZ v. 17.4.2010

Klienten der Therapeutischen Gemeinschaft mit ihren Kindern (im Jahre 2000 waren es 22 Kinder), die über einen längeren Zeitraum dort betreut wurden (1 bis 1 ½ Jahre), nahmen von nun an auch regelmäßig an den Gedenkfeierlichkeiten der VVN-BdA am jeweiligen Volkstrauertag mit ihrer Betreuerin, Frau Heidrun Girulat, teil. Teilweise wurde nun auch das Programm der Feier mit Blick auf die Kinder gestaltet. Leider wurde die Einrichtung 2011/2012 geschlossen und von einem anderen Träger übernommen. Dieser entwickelte ein anderes therapeutisches Konzept, das eine Betreuung des KZ-Friedhofs nicht mehr vorsah. Damit endete auch diese erfolgreiche Betreuung des KZ-Friedhofs.



Eindrucksvolle Gedenkfeier am Volkstrauertag mit Angehörigen der Therapeutischen Gemeinschaft 2010

²⁶⁸ Friedhofsamt Lüneburg, Patenschaftserklärung v. 15.3.2000, unterzeichnet von Geschäftsführer Ulrich

Thomsen (Jugendhilfe) und Ruthard Stachowske (Therapeutische Gemeinschaft)
²⁶⁹ LZ v. 29.4.2000

Etwa ab dieser Zeit entwickelte sich innerhalb der VVN-BdA abermals eine Kritik, die sich auf die missverständliche Ausschilderung bezog und auf den Friedhof selbst. Die VVN-BdA wollte deshalb Kontakt mit dem Friedhofsamt aufnehmen, dort die größten Probleme schildern und um Abhilfe bitten. Zugleich wollte sie sich die Geschichte dieses Friedhofs (gemeinsam mit den Kollegen/-innen der Geschichtswerkstatt) erneut aneignen, denn sie war vielen Mitgliedern nicht mehr präsent. Viele ältere Mitglieder, Nazi-Widerständler und NS-Verfolgte, waren inzwischen verstorben. Sie hatten die Geschichte des KZ-Friedhofs von Anfang an selbst miterlebt und darüber berichten können. Die jüngere Mitglieder-Generation musste sich ihre Kenntnisse über dieses Geschichtskapitel erneut erarbeiten.

Diese lokalhistorische Arbeit wurde auch durch ein vordergründig-praktisches Problem befördert: Bei den Gedenkveranstaltungen der VVN-BdA auf dem KZ-Friedhof stellte der überbordende Bewuchs dort eine zunehmende Schwierigkeit dar: Sie hinderte viele Teilnehmende daran, sich vor dem Gedenkstein zu versammeln. Ein Teil von ihnen – deren Zahl in den letzten Jahren erfreulicherweise zunahm – musste deshalb auf dem Mittelgang stehen und konnte weder optisch noch akustisch der Trauerfeier folgen.

Entsprechende Bitten um Abhilfe beim Friedhofsamt (Herrn Grzenia) stießen dort zwar auf ein Entgegenkommen des Amtes; der erfolgte Rückschnitt des Gebüsches brachte eine gewisse Verbesserung, aber keine Lösung des Problems. Insbesondere der Hinweis des Friedhofsamtes, dass die vorhandenen Sträucher nicht entfernt werden könnten aus pflegerischen Gründen und weil dadurch auch die Gefahr entstünde, dass die Gräber selber betreten werden könnten, beförderte die Beschäftigung mit der Geschichte dieser Friedhofsanlage, ihren Gräberfeldern und Einzelgräbern. Sie machte den ganzen verschwiegene Skandal deutlich: Hier wurde irgendwann einmal der Friedhof mit seinen individuellen Gräbern einfach eingeebnet, geschändet.



Der schmale Weg und wuchernde Rhododendren behindern angemessenes Gedenken

Nachfahren von Frau Marthe Emanuel-Goldschmidt besuchen den KZ-Friedhof im Mai 2011

Eine weitere Veränderung der Friedhofsanlage wurde in einer ergreifenden Zeremonie am 5. Mai 2011 vorgenommen: Nach umfangreichen Recherchen war Manfred Messer der Nachweis gelungen, dass 1945 auf dieser Anlage auch Frau Marthe Emanuel-Goldschmidt bestattet wurde.

Dazu berichtet M. Messer: „Frau Marthe Emanuel-Goldschmidt, eine Jüdin aus Hamburg, war Angehörige des „Lost- oder Tröbitz-Trains“, der etwa 2.500 Häftlinge aus dem KZ Bergen-Belsen nach Theresienstadt bringen sollte. Sie befand sich mit drei ihrer acht Kinder in diesem Zug und war schwer an Flecktyphus erkrankt. Im Lager Bergen-Belsen waren bereits ihr Ehemann und drei ihrer Kinder verstorben, ein viertes Kind sollte die Befreiung des KZs nur um zwei Tage überleben. Nach Aussage ihrer überlebenden Kinder starb Frau Emanuel-Goldschmidt in dem Zug in Lüneburg und wurde bei einem Halt zusammen mit anderen Verstorbenen hier neben den Gleisen zurückgelassen. Für ein Begräbnis verblieb keine Zeit.

Die überlebenden vier Kinder der orthodoxen Familie Emanuel wanderten Anfang der 1950er Jahre nach Israel aus. Jahrzehntlang recherchierten sie ohne Erfolg nach dem Begräbnisplatz ihrer Mutter. Durch die Nachforschungen des 2010 verstorbenen Schulpastors Hans-Erwin Zabel und später auch durch meine Recherchen konnte der Nachweis geführt werden, dass Frau Emanuel-Goldschmidt zusammen mit weiteren 10 verstorbenen Juden auf dem Tiergarten-Friedhof ruht.

Auf eigene Kosten hatte die Familie Emanuel eine Gedenktafel für die in Lüneburg verstorbenen jüdischen KZ-Häftlinge anfertigen lassen. Diese Tafel sollte am 5.5.2011 auf der Kriegsgopferstätte im Tiergarten eingeweiht werden. Die Stadtverwaltung Lüneburg erteilte dazu ihre Einwilligung. Ohne fremde finanzielle Hilfe reisten 10 Mitglieder der Familie Emanuel an – darunter der 82jährige Baruch Emanuel, der 1945 selbst schwerkranker Insasse der „Lost Trains“ war. Vom Tempelberg in Jerusalem hatte die Familie Erde mitgebracht, um sie nach altem jüdischem Brauch auf das Grab der Mutter/Großmutter zu legen. Auf die Frage der Familie, wo sich in dem undurchdringlichen Gestrüpp (des Friedhofs) das Grab von Frau Emanuel-Goldschmidt befinden würde, konnte ich nur andeutungsweise auf die Stelle verweisen, wo sich früher die

Grabreihe mit den jüdischen Gräbern befunden hatte. Eine mehr als beschämende Situation.“²⁷⁰



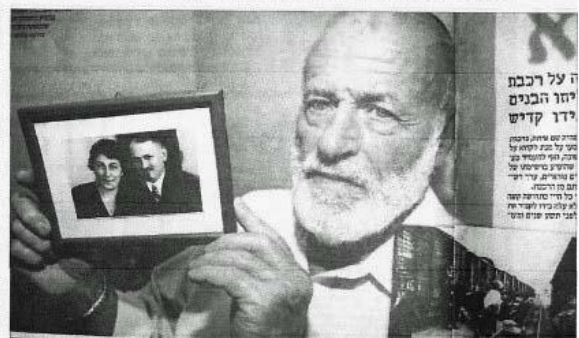
5. Mai 2011

Das lange Sterben im „Verlorenen Zug“

KZ-Häftlinge kommen kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs um – Gedenken am Ehrenmal im Tiergarten



Oben: Arich Koratz lebt heute in Tel Aviv, er war Häftling im KZ Bergen Belsen und saß im „Verlorenen Zug“.



Rechts: Der Ausreis aus einer israelischen Zeitung zeigt Bernd Emanuel aus Jerusalem mit einem Bild seiner Eltern. Sein Vater starb im Lager, seine Mutter auf dem Transport.

6.5.2011

²⁷⁰ Schreiben M. Messer an OB Mädge v. 5.9.2014

Die „Arbeitsgemeinschaft KZ-Friedhof“ wird aktiv

Da auf kommunaler Ebene auch weiterhin keine Anstrengungen unternommen wurden, den Friedhof als solchen wiederherzurichten und dadurch zu einem würdigen Gedenkort zu machen, hatte sich 2009/2010 eine „Arbeitsgruppe KZ-Friedhof“ gegründet (M. Messer, H.-J. Brennecke, P. Asmussen). Ihr Ziel war es u. a., sich mit dem Lüneburger VDK in Verbindung zu setzen in der Erwartung, dass sich über diese Organisation und mit Blick auf die gesetzlichen Vorschriften des Kriegsgräbergesetzes die örtliche Politik des Themas annehmen würde. Der VDK werde, so die Vermutung, aufgrund seiner Struktur und Aufgabenstellung in diesen Belangen eher Gehör finden als die Arbeitsgruppe. Der VDK zeigte sich gegenüber dem Projekt recht aufge-

schlossen. Auch er ging davon aus, dass sich der KZ-Friedhof in seinem gegenwärtigen Zustand keineswegs in Übereinstimmung mit dem Kriegsgräbergesetz befindet. Nach einem ersten Informationsgespräch der AG mit dem Mitarbeiter des VDK, Herrn Cramer, fand am 6.11.2012 eine weitere Besprechung statt mit Herrn Effinger, dem Geschäftsführer des VDK. Um die Perspektive der Stadtverwaltung mit einzubeziehen wurde Herr Grzenia vom städtischen Friedhofsamt dazu gebeten.

Diesem internen Gespräch war die Veröffentlichung eines Disputs vorausgegangen, ausgelöst durch eine Anfrage beim „Lesertelefon“ der LZ und vertieft durch einen Leserbrief von einem Mitglied der AG KZ-Friedhof.²⁷¹

Kein Zurück beim Gedenken

Besser Einzelgräber beim Mahnmal im Tiergarten?

Die Lüneburg. Peter Asmussen hat mit Interesse den Artikel über den Umbau im Kreis Lüneburg-Darßow in der LZ gelesen. Darin ging es um Erwin Kowalle, der im Auftrag zweier Gemeinden Kriegstote exhumiert und die sterblichen Überreste auf zentrale Friedhöfe umbetet. Dadurch soll das Andenken an die Opfer des Krieges bewahrt werden, ohne Kriegsgräber eingeebnet werden. Asmussen, der sich seit Jahren bei der Geschichtswerkstatt Lüneburg

engagiert, findet: „Das wäre auch eine Möglichkeit für Lüneburg. Im Tiergarten sind ja 256 KZ-Häftlinge begraben. Anfangs waren das alles Einzel-

LZ-Lesertelefon

gräber. Ich plädiere dafür, diesen Zustand dort wieder herzustellen, den Toten wieder einen Namen und ihnen eine Identität zu geben.“

Ein Zurück beim Gedenken

werde es aber wohl nicht geben, sagt Daniel Steinmeier, Pressesprecher der Stadt, denn es bestehe auch keine Gefahr der Einbettung: „Für die Opfer gilt dort ein ‚Ewiges Ruhe Recht‘, die Gedenkstätte kann also nicht aufgelöst werden. Es gibt außerdem einen Gedenkstein, der an die Geschehnisse erinnert. Eine Umgestaltung in Einzelgräber mit einzelnen Grabsteinen wäre zudem sehr aufwändig und teuer. Wir finden, es ist gut so wie es derzeit ist.“



Das KZ-Ehrenmal im Tiergarten um 1955. Damals stand auf dem Gedenkstein: „Den Opfern des Nationalsozialismus 1945“. Heute steht hier der Schriftzug: „Hier starben am 7.4.1945 256 KZ-Häftlinge“. Die Holzkreuze, die die damaligen Einzelgräber anzeigten, sind verschwunden. Repro: Aboldt

Es gibt Kriegsoffer erster und zweiter Klasse in Lüneburg

„Kein Zurück beim Gedenken“, LZ vom 13. September

Pressesprecher Steinmeier scheint sich über den Sachverhalt nicht informiert zu haben, über den er im Namen der Stadt Lüneburg der LZ Auskunft gibt. Wie sonst ist es zu erklären, dass er in Bezug auf das eingeebnete Gräberfeld der KZ-Häftlinge im Tiergarten sagt: „Es bestehe keine Gefahr der Einbettung“?

Anschließend meint Herr Steinmeier: „Eine Umbettung in Einzelgräber mit einzelnen Grabsteinen wäre zudem sehr aufwändig und teuer.“

Dazu stelle ich fest:

1. Eine Umbettung ist nicht erforderlich. 2. Die Rückgestaltung in Gräberreihen mit Ein-

zelgräbern ist nach dem Gräbergesetz vorgeschrieben und wird vom Bund vollständig bezahlt, kostet die Stadt also keinen Euro. 3. Apropos Dauer: Wie viel Zehntausende Euro erhält die Stadt jährlich für die Kriegsgräber bisher vom Bund und wie gering ist der Bruchteil, den sie dafür ausgibt? 4. Grabsteine sind nicht erforderlich. Für die erforderliche Beschriftung gibt es einfachere Dauerlösungen. 5. Die Stadtverwaltung ist als Friedhofsträger zu dieser Maßnahme gesetzlich verpflichtet. 6. Die einzelnen Grab- oder KZ-Nummern der Toten wurden in den 60er-Jahren von der Stadtverwaltung beseitigt, aber die Pläne der individuellen Grablagen befin-

den sich im Friedhofsamt bzw. im Stadtarchiv. 7. Viele Namen konnten inzwischen zugeordnet werden. Einem Rückbau steht also nichts im Wege – außer die bisherige Ignoranz der Stadt Lüneburg.

Steinmeier abschließend: „Wir finden, es ist gut so, wie es derzeit ist.“ Eine erstaunliche Aussage, wenn man hier an diesen Umgang mit gesetzlich zwingenden Vorgaben denkt, von der ethischen Fragwürdigkeit ganz zu schweigen. Und wer ist „wir“?

Ist das alles nun bewusste Falschdarstellung der Stadtverwaltung oder „nur“ mangelndes Interesse an diesem Teil der Erinnerungskultur?

Bis heute gibt es Kriegsoffer

1. und 2. Klasse in Lüneburg. Kriegsoffer 1. Klasse sind deutsche Soldaten und Bombenopfer. Die Gräber sind einzeln kenntlich gemacht und gepflegt. Kriegsoffer 2. Klasse sind z. B. die Gräber der am Bahnhof von deutscher Wehrmacht mit Unterstützung der Lüneburger Gestapo ermordeten KZ-Inassen und ebenso die Gräber der ca. 350 in Lüneburg ermordeten Kinder, die „Lebensunwert“ waren nach Nazimeinung. Wo sind sie geblieben? Auch sie haben einen, nicht nur gesetzlichen, Anspruch auf ein „Ewiges-Ruhe-Recht“, Einzelbeschriftung und würdige Gestaltung.

Hans-Jürgen Brennecke
Reppenstedt

²⁷¹ LZ v. 13./14.10.2012 und 17.10.2012

Bei diesem Gespräch trug Herr Grzenia zunächst vor, dass er von seiner Dezernentin beauftragt wurde, der Kritik im LZ-Leserbrief vom 17.10.2012 nachzugehen und dass die Stadt keinen Handlungsbedarf für eine Änderung der Friedhofsanlage sehe, zumal die Namen der dort Bestatteten nicht bekannt seien und auch das Innenministerium eine Umgestaltung nicht für nötig erachte, was bei einer Begehung im März d. J. bestätigt worden sei.

Von den sonstigen der Anwesenden wurde betont, dass bislang viele Namen der Bestatteten durch Herrn Effinger und Herrn Messer erforscht wurden. Von weiteren Beerdigten sind die Erkennungsmarken bekannt und können eventuell noch den namentlich Bekannten zugeordnet werden. Zudem schreibe das geltende Gräbergesetz zwingend eine bestimmte Gestaltung des KZ-Friedhofs vor. Danach müssten die Gräberreihen wieder sichtbar gemacht werden. Wo Namen oder Nummern den Bestatteten zugeordnet werden können, müssten diese Begräbnisorte auch wieder als Einzelgräber sichtbar werden. Demnach seien die Behörden verpflichtet, einen Rückbau des Friedhofs durchzuführen und auch die Gräberlisten jeweils immer auf den aktuellen Stand zu halten. Die Teilnehmenden wünschten sich zudem mehrheitlich die Anbringung einer Informationstafel am Friedhof, die Korrektur der Wegeschilder mit dem Hinweis auf einen „KZ-Friedhof“ und die Benennung auch dieses Friedhofs in den Broschüren/Stadtplänen und auf der Webseite der Stadt.

Die Teilnehmenden vereinbarten, dass Herr Effinger als VDK-Mitarbeiter an die zuständigen Behörden und Gremien herantritt, damit die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden können.

Nach vielen weiteren Aktivitäten der VVN-BdA, der Geschichtswerkstatt und der „Arbeitsgruppe KZ-Friedhof“, insbesondere einer umfangreich geführten Korrespondenz mit Angehörigen, KZ-Gedenkstätten und verschiedenen Botschaften durch Manfred Messer, erreichte das Anliegen am 24. Juni 2013 die politischen Instanzen: Unter dem Tagesordnungspunkt „Ehrenhain Tiergarten“ (!) behandelte der Grünflächen- und Forstausschuss das Thema. Herr Effinger (VDK) berichtete u. a. über den Stand der Identifizierungen der auf dem KZ-Friedhof Bestatteten und über die Vorschriften des Kriegsgräbergesetzes. Danach bestand unter den Mitgliedern des Ausschusses Konsens darüber, dass der

Friedhof nach den Vorschriften dieses Gesetzes umgestaltet werden soll. Die entsprechenden Umgestaltungskosten könnten beantragt werden. Für die laufenden Pflegekosten der Gräber erhalte das Friedhofsamt jährlich den Betrag von 3.468,57 Euro (20,71 € jährlich pro Grab) vom Bund erstattet; das sei bereits in der Vergangenheit so gewesen.

Stadtbaurätin Gundermann führte aus, dass „sich die Frage, ob man die Gestaltung des Ehrenhains so belässt oder nicht, nicht mehr stellt.“ Damit unterstrich sie das unbedingte Erfordernis einer neuerlichen Umgestaltung der Friedhofsanlage. Sie „zitiert (den) Sachverhalt, wonach ... es erforderlich sein wird, dass der vorhandene Bewuchs der Anlage komplett zu entfernen sei und nach Durchführung der Rodungsarbeiten eine Neugestaltung der Anlage nach den vorgegebenen Richtlinien zu erfolgen habe.“²⁷² Ratsherr Meißner führt dazu aus: „Die Benennung der Gräber und Kenntlichmachung soll erfolgen, soweit sich die Einzelgräber auf dort Bestattete konkret zuordnen lassen.“ Er weist auf die Bestattungsform von Soldaten in Einzelgräbern hin und betont: „(Wir) sollten entsprechend mit dem hier bestatteten Personenkreis auch so verfahren und soweit wie möglich identifizierbar die Einzelgräber wieder herrichten und kenntlich machen.“ Ratsfrau Thielböcker „... bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass es gelingen möge, möglichst vielen noch Namenlosen ihre Würde wieder zurückgeben zu können.“ Einen Beschluss fasste der Ausschuss nicht. Das Protokoll der Sitzung bemerkt abschließend und nicht ganz der Wahrheit entsprechend: „Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor“, denn die anwesenden Mitglieder der AG- KZ-Friedhof Tiergarten meldeten sich wohl zu Wort, durften aber nicht sprechen. Dieser Ausschluss von Engagierten veranlasste die VVN-BdA zu einem längeren Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses, indem sie die enge Verbundenheit ihrer Organisation mit dem KZ-Friedhof schilderte und eine Einbindung in die weiteren Beratungen der Gremien anmahnte. Bereits einige Tage später wurde (auch der VVN-BdA) von Stadtbaurätin Gundermann mitgeteilt, dass von Seiten der Stadtverwaltung die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der VVN-BdA geplant werde.

²⁷² Protokoll der Sitzung dieses Ausschusses:

<http://www.stadt.lueneburg.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=2536>; alle weiteren Zitate ebenda

Gedenken soll Namen bekommen

Umgestaltung der Grabstätte der Opfer aus KZ-Transportzug geplant

emi Lüneburg. 167 Opfer aus einem KZ-Transportzug, der im April 1945 auf dem Lüneburger Güterbahnhof bombardiert worden ist, ruhen auf dem Ehrenfriedhof Tiergarten südlich der Siedlung Schäferfeld. In der städtischen Gräberliste sind alle Bestatteten als „unbekannt“ mit Todesdatum 7. April 1945 aufgeführt. Nach ausführlichen Recherchen Jan Effingers vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge konnten nun 16 Namen von Opfern mit einer hohen Wahrscheinlichkeit ermittelt werden, „außerdem sind weitere Häftlingsnummern bekannt“, erklärt Effinger.

In der jüngsten Sitzung des städtischen Grünflächen- und Forstausschusses verständigten sich die Mitglieder nun aufgrund der neuen Informationslage auf eine grundlegende Umgestaltung der Grabstätte. Diese beinhaltet, die ehemaligen sechs

Grabreihen links und rechts des Weges wiederherzustellen und – wo es möglich ist – individuelle Grabkennzeichnungen anzubringen. Dazu müssten erhebliche Rodungsarbeiten ausgeführt werden, denn die Grabreihen sind heute mit

Rhododendren überwuchert.

Effinger sprach sich dafür aus, am Ende jeder Grabreihe eine Stele mit den schon bekannten Namen aufzustellen und gegebenenfalls später ermittelte Namen nachzutragen. Auf LZ-Nachfrage sagt er: „Das

will ich der Stadt auch noch schriftlich vorschlagen.“

Stadtbaurätin Heike Gundermann kündigte an, zunächst die Kosten für die Maßnahme ermitteln sowie ein Konzept entwickeln zu wollen, außerdem Geld beim Land Niedersachsen zu beantragen. „Doch das kann dauern. So lange bleibt alles, wie es ist“, sagt sie gegenüber der LZ.

Die Toten im Ehrenhain waren zunächst in einem Massengrab ganz in der Nähe der jetzigen Stelle verscharrt worden. Die englische Besatzungsmacht veranlasste die Umbettung der Toten am 3. Oktober 1945. So ist es auch auf einer Infotafel am Ehrenfriedhof nachzulesen. Ursprünglich hatten dort einmal 256 KZ-Häftlinge gelegen. Zwischen 1951 und 1959 wurden die identifizierbaren Toten in ihre jeweiligen Heimatländer überführt.



Das Ehrenmal ohne Namen im Tiergarten: Jetzt sind einige individuelle Grabkennzeichnungen geplant.

Foto: A/t & w

LZ 3.7.2013

Die Vorschläge der städtischen Arbeitsgruppe „Umgestaltung Ehrenhain Tiergarten“ 2014/2015 und die Planungen der Stadtverwaltung

Diese Arbeitsgruppe tagte erstmalig am 29. Januar 2014 mit Mitgliedern der Fraktionen des Rates der Stadt, der Stadtverwaltung, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden (Frau Jalowaja), dem VDK (Herr Effinger), der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Frau Hummel), der Amicale (i. V. Herr Stachowske), der AG-KZ-Friedhof bzw. dem Sachverständigen (Herr Messer) und der VVN-BdA (Herr Asmussen). Einen Vertreter der zuständigen KZ-Gedenkstätte Neuengamme hatte Frau Gundermann nicht informiert.

Die Stadtverwaltung hatte diese Sitzung sehr gut vorbereitet, zeigte einige Fotos und Pläne der Friedhofsanlage aus früherer Zeit und Planungsentwürfe für die Umgestaltung.²⁷³

Zunächst wurde über eine zwischenzeitlich durchgeführte In-Augenscheinnahme der Friedhofsanlage durch Herrn Puppel, dem zuständigen Sachbearbeiter des niedersächsischen Innenministeriums mit Herrn Grzenia (Bereich 74 der Lüneburger Stadtverwaltung) berichtet. Herr Puppel erklärte dort, dass der Friedhof in seinem heutigen Zustand den Vorgaben des Kriegsgräbergesetzes entspräche, denn Namen oder Kennzeichen der dort Bestatteten seien nicht bekannt gewesen. Diese Erklärung des Ministeriums stößt auf Widerspruch bei einigen Anwesenden.

Herr Effinger (VDK) erläuterte generell unter Aspekten des Kriegsgräber-Gesetzes: „Der ursprünglich als Einzelgrabanlage angelegte Friedhof ist als solcher vornehmlich durch den vorhandenen Bewuchs als solcher nicht mehr erkennbar“²⁷⁴ und führte weiter aus, „dass in jeder Grabreihe sich zuordenbare Gräber befinden“²⁷⁵ von Häftlingen, deren Namen oder Häftlingsnummern bekannt seien. Auf dem Hintergrund der Vorgaben des Kriegsgräbergesetzes schlägt er vor, die

²⁷³ Bei der folgenden Beschreibung der Diskussionen dieser Arbeitsgruppe werden nicht sämtliche Argumente und Beiträge vorgestellt, sondern der Fokus liegt hier auf der Widergabe und Veränderung der Positionen hinsichtlich der zukünftigen Gesamtgestaltung der Friedhofsanlage seitens der beteiligten Akteure.

²⁷⁴ Protokoll der Stabsstelle Bauverwaltungsmanagement v. 11.2.2014, S. 1; Im Protokoll wird der Friedhof als Gedenkstätte benannt.

²⁷⁵ Protokoll ... S. 2

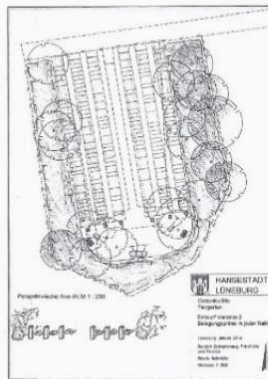
Grabreihen zu lokalisieren und dann die einzelnen Gräber sichtbar zu machen. „Kosten könnten für die Kenntlichmachung einzelner Gräber insofern übernommen werden, als dass beispielsweise die Grabsteine Namen, Nummern oder auch ‚Unbekannt‘ als Beschriftung tragen würden.“²⁷⁶ Dieses Verfahren sei möglich, weil die Einzelgrabstellen für diese Personen genau zu lokalisieren seien. Lediglich für jene Gräber, deren Leichname umgebettet wurden, stünde keine Kostenübernahme zur Verfügung. In einem weiteren Beitrag revidiert er allerdings diese Position mit Blick auf die Gestaltung der Anlage: „Nicht nur die Ausweisung und Anlegung von Einzelgräbern, sondern auch eine Sammelgrabanlage wäre durchaus denkbar.“²⁷⁷ Er schlägt vor, oberirdisch sichtbare Grabreihen anzulegen, an deren Ende Stelen angebracht werden, die die Namen der in dieser Grabreihe Bestatteten ausweisen. „Zukünftig bekannt gewordene Namen könnten hinzugefügt werden. Zusätzlich sollte man die einzelnen Gräber, die heute belegt sind, mit einem kleinen Naturstein ... ausstatten, ähnlich den im Stadtgebiet verlegten Stolpersteinen. Angehörige könnten dann bei einem Besuch die genaue Grablage zuordnen.“²⁷⁸

Stadtbaurätin Gundermann stellte dazu fest, dass dies „in der Konsequenz bedeutet, dass alle Rhododendren und Bäume, die auf den einzelnen Grabfeldern stehen, beseitigt, bzw. bis auf den Boden herunter zurückgenommen werden müssten.“²⁷⁹ Herr Zurheide (Bereichsleiter der Stadtverwaltung) merkt dazu an, dass in der Folge „eine mögliche Bepflanzung aus Bodendeckern denkbar wäre.“²⁸⁰

Einig waren sich alle Anwesenden in ihrem Wunsch nach vermehrten (und genaueren) Hinweisschildern zum Friedhof, der Anbringung von Informationstafeln über die Geschichte des Friedhofs am Ort²⁸¹ und auch darüber, die Stirnseite des Friedhofs zu vergrößern.

Stadtbaurätin Gundermann legte sodann als Planungsgrundlage der Stadtverwaltung zwei mögliche Varianten vor, die ausführlich diskutiert wurden:

Entwurf Variante 2



- 6 Stelen am Beginn, am Ende oder versetzt in den Reihen mit den Namen der bekannten Verstorbenen
- Zusätzlich markierte Platten oder Steine an den Grabstellen

Vorbereitende Arbeiten:

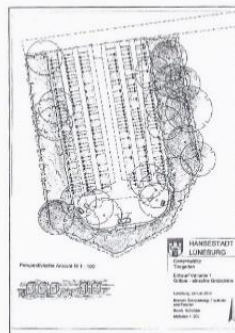
- Rodung der Rhododendren und Nadelbäume im Bereich der Grabstellen ca. 30 cm tief
- Vergrößerung des Platzes um den Gedenkstein

LÜNEBURG
die Hansestadt

Bereich 74

12

Entwurf Variante 1



- Jedes Grab wird mit einem Grabstein versehen

Vorbereitende Arbeiten:

- Rodung der Rhododendren und Nadelbäume im Bereich der Grabstellen ca. 30 cm tief
- Vergrößerung des Platzes um den Gedenkstein

LÜNEBURG
die Hansestadt

Bereich 74

11

Divergierende Vorstellungen äußerten die Vertreterinnen der politischen Parteien, der FDP und CDU: Während Frau Schellmann (FDP) für die Herstellung der Grabreihen votierte mit lediglich der Möglichkeit der Zuordnung einzelner Grabstellen, sprach sich Frau Hillmer (CDU) grundsätzlich gegen eine Veränderung des Friedhofs aus und plädierte dafür, die Anlage so zu belassen wie sie jetzt ist, die „bis auf kleine Veränderungen in der Platzgestaltung so erhalten bleiben sollte,

²⁷⁶ Ebenda, S. 2

²⁷⁷ Ebenda, S. 3

²⁷⁸ Ebenda, S. 4 f

²⁷⁹ Ebenda, S. 7; Die genannten Bäume stehen u. W. außerhalb der Gräberfelder.

²⁸⁰ Ebenda

²⁸¹ Hierzu wurde der Vorschlag geäußert, die Stirnseite des Friedhofs mit einer halbrunden Mauer einzufassen, auf der Informationen u. a. über die Gräber gegeben werden könnten.

zumal davon auszugehen ist, dass immer weniger Überlebende oder Angehörige der dort Bestatteten die Gedenkstätte aufsuchen werden.“²⁸²

Abschließend kamen die AG-Beteiligten überein, den beteiligten (Angehörigen-)Gruppen und Organisationen, Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu bieten, namentlich der Französischen Amicale (Neuengamme/Hamburg), der Amicale Internationale Neuengamme (AIN), dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens und der VVN-BdA Lüneburg.²⁸³

Eine zweite Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand am 8. Juni 2016 statt.²⁸⁴ Die Stadtverwaltung hatte diesen Termin wieder gründlich vorbereitet und präsentierte ihre Entwürfe zur Friedhofs-Gestaltung.²⁸⁵ Zudem erhielt Manfred Messer Gelegenheit, seine historischen Forschungen vorzustellen; ebenso konnte Mira Rommel Schwerpunkte ihrer Bachelorarbeit zum Thema vortragen.²⁸⁶ Über die Teilnehmenden der ersten AG-Sitzung hinaus hatte Stadtbaurätin Gundermann dieses Mal auch Detlef Garbe eingeladen, den Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Im anfangs vorgetragenen Sachstandsbericht äußerte die Stadtverwaltung die Auffassung, das Entfernen der auf den Gräbern wachsenden Rhododendren sei nur dadurch zu erreichen, dass diese Büsche mit ihren weit reichenden Wurzelballen in einer Tiefe von 60 bis 80 cm ausgegraben würden. Fragen nach alternativen Möglichkeiten zur Beseitigung der Rhododendren konnten die anwesenden Fachleute nicht beantworten.²⁸⁷ Frau Hummel (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten) wies in der Diskussion allerdings darauf hin, dass „anders als hier vorgetragen, ... die aufstehenden Rhododendren gerodet werden können. Gleiches hätte man auch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen durchgeführt ... Insofern geht sie davon aus, dass ohne gravierende Eingriffe ins Erdreich es technisch durchaus durchführbar wäre, den vorhandenen Aufwuchs zu entfernen.“²⁸⁸

Stadtbaurätin Gundermann machte dann deutlich, dass die Stadtverwaltung in der Zwischenzeit intensive Kontakte bzw. Treffen mit Vertretern der Amicale Neuengamme, Amicale International Neuengamme und

dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Niedersachsens gehabt habe (teilweise gemeinsam mit Herrn Stachowske). Während die Verwaltung mit diesen Organisationen eine umfangreiche Korrespondenz geführt hatte, hatte sie die VVN-BdA als einzigen beteiligten Opferverband nicht in diese Vorgespräche einbezogen.

Die auf der ersten Arbeitsgruppen-Sitzung vereinbarten Stellungnahmen hatten alle Organisationen inzwischen bei der Stadtverwaltung eingereicht; diese fasste sie für die Teilnehmenden stichwortartig wie folgt zusammen:

„*Französische Amicale Neuengamme*: Bewahrung der speziellen Atmosphäre von Ruhe und Frieden, Wahrung der Totenruhe, Rückschnitt der Rhododendren; Gestaltung: Wand mit Namen der Beigesetzten (Anmerkung d. Verf.: In dieser Wiedergabe fehlt, dass die AIN den Rückschnitt der Rhododendren mit dem ausdrücklichen Ziel befürwortete, „die drei Reihen (Grabfelder) auf jeder Seite besser wahrnehmen zu können.)“²⁸⁹

Amicale International KZ Neuengamme (AIN): Keine direkte Gestaltung der Gräber, Wahrung der Totenruhe, Rückschnitt der Rhododendren; Gestaltung: Wand mit Namen der Beigesetzten (alphabetische Auflistung der Namen, keine Trennung nach Nationalitäten), Bessere Hinweisschilder, Tafel mit Hintergrundinformationen“

„*Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen*: Kein Aufstellen von Grabsteinen, Gedenkstätte soll so erhalten bleiben, Wahrung der Totenruhe, Rückschnitt der Rhododendren, erkennbare gärtnerische Pflege; Gestaltung: Gedenksteine mit Namen, auch getrennt nach Nationalität, bessere Hinweisschilder, Tafel mit Hintergrundinformationen

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Lüneburg: Zurückversetzen des Friedhofes in seinen ursprünglichen Zustand mit erkennbaren Grabreihen und Einzelgräbern, Respekt vor den Toten durch Bestattung in sichtbaren Einzelgräbern, Rodung der Rhododendren; Gestaltung: Einzelgräber, gesonderte gestaltete Mauer mit Informationen als Gedenk-

²⁸² Protokoll ... S. 7

²⁸³ siehe Seite 70 f

²⁸⁴ Im Protokoll der Stabsstelle Bauverwaltungsmanagement v. 30.6.2016 wird diese Sitzung als dritte Sitzung vermerkt.

²⁸⁵ Das Protokoll umfasst samt Anlagen ca. 60 Seiten.

²⁸⁶ Vergl.: Mira Rommel, „Friedhof – Gedenkstätte – Lernort? Der gesellschaftliche Diskurs über den 'Ehrenfriedhof Tiergarten' und die Entwicklung von Perspektiven für eine Umgestaltung“ (2015)

²⁸⁷ Protokoll ... S. 9

²⁸⁸ Ebenda

²⁸⁹ Siehe Stellungnahme der AIN auf S. 70

und Lernort, Wiederherstellung des 3m breiten Weges, Bessere Hinweisschilder“²⁹⁰

(Anmerkung d. Verf.: Bei dieser Auflistung fehlt der Wunsch der VVN-BdA, am Friedhof den Roten Winkel der politischen KZ-Häftlinge anzubringen – da die meisten der dort Bestatteten diese Kennzeichnung auf ihrer Häftlingskleidung getragen haben.)

Trotz der gegenteiligen Position der VVN-BdA resümierte die Stadtverwaltung die Vorschläge der Verbände kurzerhand so: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass aus den eingereichten Stellungnahmen der Opferverbände ablesbar ist, dass die Herstellung von Einzelgräbern nicht gewünscht sei ...“²⁹¹ Im Protokoll heißt es an anderer Stelle hinsichtlich der VVN-BdA lapidar: „Aus der vorgelegten Stellungnahme des VVN ist zu entnehmen, dass diese bezüglich des Erscheinungsbildes des Friedhofes andere Vorstellungen vertreten.“²⁹²

Vermutlich wurde der Verzicht der anderen Opferverbände auf die Einzelgräber beeinflusst von der Behauptung der Stadtverwaltung, dass diese Lösung zwangsläufig sehr tiefe Erdarbeiten erfordere. Das Protokoll vermerkt jedenfalls als Position der genannten Verbände: Um die Totenruhe zu wahren, sollen die Rhododendren nicht ausgegraben werden. Auch Frau Gundermann griff diese Argumentation auf, berichtete, „dass man ursprünglich vorgesehen hatte, die vorhandenen Rhododendren zu roden und Reihen bzw. Einzelgräber wiederherzurichten. Dieser Vorschlag, die Rhododendren zu roden, wurde von den Opferverbänden²⁹³ ... sehr stark in Frage gestellt. Letztendlich hat sich diese Vorgehensweise als unmöglich mit den formulierten Zielen einer Umgestaltung erwiesen.“²⁹⁴ Alternative Möglichkeiten, den Rhododendron zu entfernen ohne gravierende Eingriffe ins Erdreich, wurden weder von der Stadtverwaltung noch von den genannten Opferverbänden ernsthaft in Betracht gezogen. Das Alternativen dennoch praktiziert werden, zeigen die Auskünfte von Gartenbaufachbetrieben. (s. S. 68 f).

Somit war die Vorstellung der VVN-BdA zur Gesamtgestaltung des Friedhofs mit Einzelgräbern vom Tisch.

In einer sehr ausführlichen Weise stellte Frau Gundermann die Vorstellungen der Stadtverwaltung, basierend auf den Vorschlägen der drei genannten Verbände, zu einem überarbeiteten Entwurf vor. Danach ist vorgesehen, dass die Rhododendren über mehrere Jahre schrittweise zurückgeschnitten werden. „Damit kann erreicht werden, dass man bereits aus dem Eingangsbereich der Anlage eine bessere Sicht auf die Gesamtanlage erlangt.“²⁹⁵ Der Mittelweg soll nicht in seine ursprüngliche Breite zurückbebaud werden.²⁹⁶ Weiterhin schlägt die Stadtverwaltung vor (im Protokoll etwas missverständlich formuliert): „Die vorhandenen historischen Reihen könnten durch Pflasterbänder wieder sichtbar gemacht werden.“²⁹⁷ Gemeint ist hier allerdings nicht eine tatsächliche Sichtbarmachung durch das Einbringen von Pflasterbändern an den historischen Grabreihen, sondern eine gedankliche Sichtbarmachung durch die Betrachter, indem auf der Stirnseite des Friedhofs in Verlängerung der tatsächlichen Grabreihen diese durch die Einbringung eines besonderen Bodenbelages an dieser Stelle optisch wahrgenommen und im Geiste rekonstruiert werden können. An dieser Stelle an der Stirnseite des Friedhofs sollen am Ende jeder Grabreihe (insgesamt sechs) Stelen aufgestellt werden, auf denen „dann jeweils die Namen aufgebracht werden von den Personen, die in dieser Reihe bestattet wurden. Aus diesen Inschriften auf den Stelen soll hervorgehen, wo Lücken in den Grabfeldern bestehen mit Hinweisen auf die durchgeführte Exhumierung oder der Kennzeichnung einer Nummer oder, soweit bekannt, des Namens. Dadurch wird es ermöglicht, dass ein Besucher anhand der Stele und des dargestellten Weges ungefähr erkennen kann, wo ein Bestatteter ungefähr ruht.“²⁹⁸ Eine Animation vermittelt den Anwesenden optisch, wie die Friedhofsanlage nach diesem Vorschlag aussehen würde.

In der nachfolgenden, ausführlichen Diskussion wurden Einzelaspekte dieses Vorschlages beraten wie eine erkennbare gärtnerische Pflege, die Art der Anbringung von Hintergrundinformationen und angemessener Hinweisschilder, der Umgang mit dem vorhandenen großen Gedenkstein. Der Vorschlag der VVN-BdA, den Mittelweg wieder in seinen ursprünglichen Maßen auf 3

²⁹⁰ Protokoll ..., Anlage S. 22 ff

²⁹¹ Protokoll ..., S. 3 Hier wird deutlich, dass die Verfasser dieses Papieres die VVN-BdA nicht als „Opferverband“ betrachten!

²⁹² Protokoll ..., S. 3

²⁹³ Gemeint sind die Opferverbände mit Ausnahme der VVN-BdA.

²⁹⁴ Protokoll ..., S. 6

²⁹⁵ Ebenda

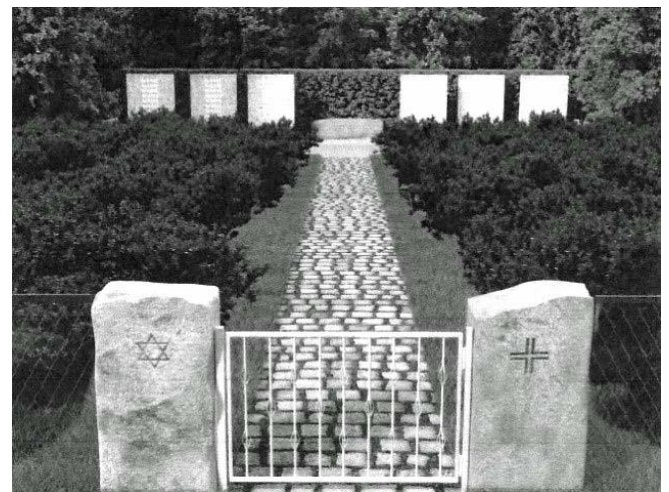
²⁹⁶ Dieser Vorschlag der VVN-BdA wurde von der Stadtverwaltung ohne Begründung verworfen.

²⁹⁷ Protokoll ..., S. 6

²⁹⁸ Ebenda

Meter zu verbreitern, fand im Vorschlag der Stadtverwaltung keine Berücksichtigung und wurde auch nicht von den Anwesenden aufgegriffen. Ein weiterer Vorschlag, nämlich die Symbolik der politischen Häftlinge, den roten Winkel, bei der künftigen Gestaltung (der Informationstafeln und/oder der Stelen) zu verwenden, könnte Eingang in die weiteren Überlegungen finden. Frau Gundermann nämlich führte abschließend aus, dass die Stadtverwaltung auf der Grundlage der ausführlichen Diskussion und der vorgetragenen Anregungen ihre weiteren Planungsschritte gestalten werde. Eine einzurichtende Unterarbeitsgruppe von Historikern (bestehend aus den Herren Messer, Dr. Garbe und dem Leiter des Stadtarchivs, Dr. Lux) werde gebeten, einen Text für eine Infotafel zu entwickeln und sich Gedanken über die Namensgebung der Hinweisschilder zu machen. Verwaltungsintern werde ein Entwurf mit Kostenberechnung erarbeitet, eine Förderfähigkeit geprüft und entsprechende Anträge gestellt. Abschließend werde der Umgestaltungsentwurf in den politischen Raum gegeben und im Grünflächen- und Forstausschuss des Rates der Stadt vorgestellt.

Am 28.7.2016 teilte Frau Gundermann der Lüneburger VVN-BdA telefonisch eine weitere Gestaltungsidee mit: Sie schlägt vor, den Mittelweg zu verbreitern und ihm evtl. auch einen anderen Untergrund zu geben. Auf diesem verbreiterten Mittelweg sollte dann an den Stellen, wo sich in den Reihen links und rechts davon ein identifizierbares Grab befindet, eine Art Stolperstein für diese Person eingelassen werden.



Entwurf Stadtbaurätin Gundermann 8.6.2016



Lüneburg KZ-Friedhof 2016

Rhododendronpark oder KZ-Friedhof?

Als entscheidenden Ablehnungsgrund für die Wiedererrichtung einer Einzelgrabanlage auf dem KZ-Friedhof gab die Stadtverwaltung stets an, dass dafür der in den 1960er-Jahren großflächig gepflanzte Rhododendron entfernt werden müsse. Dieses aber sei nicht möglich, weil durch das Entfernen der Wurzeln, die heute bis in eine Tiefe von 80 cm und mehr reichten, die Totenruhe gestört werde.

Mit der Frage, ob das Entfernen des Rhododendrons notwendigerweise eine tiefe Grabarbeit voraussetzt, wandte sich die VVN-BdA an verschiedene fachkundige Garten- und Landschaftsbaubetriebe. Das Ergebnis: Es gibt sehr wohl Alternativen, die auch auf Friedhöfen angewendet werden.

Die angeschriebenen Betriebe nennen beispielsweise folgende Methoden:

- „Ein vollständiger Rückschnitt nach der Blüte bis auf Bodenhöhe führt bei Rhododendren sehr häufig dazu,

dass die Sträucher absterben und nicht mehr austreiben. Ggfl. auftretender Ausschlag kann dann leicht bei der normalen Pflege entfernt werden.“ (Verein zur Förderung der deutschen Friedhofskultur e.V.)²⁹⁹

- „Die vorhandenen Nadelgehölze können bodeneben abgesägt werden, der Stubben kann im Boden verbleiben und verrottet dort im Laufe der Zeit. Um ein schnelleres Verrotten zu erreichen, können die Stubben z.B. mit Wurzel-Ex behandelt werden“ (Hoppe, Garten- und Landschaftsbau, Uelzen)³⁰⁰

- „Mit einer Säge werden bis zum Boden alle Zweige und Stämme abgesägt. Dann mit einem Pinsel auf die Schnittflächen reines Glyphosat (Roundup) aufbringen.“ (Rhodoland, Niederlande)³⁰¹

- „Da Sie den ursprünglichen Zustand herstellen wollen, soll ja auch eine Neuanpflanzung erfolgen...20 – 30 cm tief muss daher ... der Stubben gefräst werden.“ (Baumschule Horstmann, Schenefeld)³⁰²

²⁹⁹ Schreiben von Andreas Mäsig, Vorsitzender VFFK, Borken, an den Verfasser vom 10. 10. 16

³⁰⁰ Schreiben von Andrea Wingert, Galabau Hoppe, an den Verfasser vom 21. 9. 16

³⁰¹ Schreiben von Tijs Huisman, Rhodoland, vom 14. 9. 16 an den Verfasser

³⁰² Schreiben von Steffi Heineke, Baumschule Horstmann, Schenefeld, an den Verfasser vom 15. 9. 16

Mehrheitlich befürworten die angefragten Betriebe das Fräsen der Wurzeln. Dr. Martin Venne von PlanRat, Büro für Landschaftsarchitektur und Städtebau in Kassel, dass sich im Firmenprofil als „die Spezialisten für Friedhöfe und Friedhofsentwicklungsplanung“ vorstellt,³⁰³ gab uns folgende Auskunft³⁰⁴

Sehr geehrter Herr Raykowski,
zur Räumung der Vegetation ohne Ausgrabung der Wurzelmasse eignet sich das Verfahren der Wurzel-
ausfräsung. Hier werden die Wurzel bis in ca. 30 cm Tiefe
maschinell ausgefräst, die flächig reihenden Wurzeln
bleiben erhalten bzw. bilden sich im Laufe der Jahre zu-
rück (Kompost). Die Wurzel-
ausfräsung führen größere
Garten- und Landschaftsbaubetriebe durch, so dass das
eigentlich kein Problem sein sollte.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Auskunft weiter geholfen zu
haben. Wenn ich mal in Lüneburg bin, schaue ich mir
auch den Friedhof für KZ-Häftlinge an. Zu Ihrer Arbeit:
Es ist natürlich teurer, das Gedenken mit Einzelgräbern
aufrecht zu erhalten, jedoch ist es auch wirkungsvoller.
Ich wünsche Ihnen und der Arbeitsgruppe gutes Gelin-
gen bei der Umgestaltung, es ist eine wichtige Arbeit.
Mit freundlichen Grüßen
Dr.-Ing. Martin Venne
Landschaftsarchitekt AKH
PlanRat - Büro für Landschaftsarchitektur und
Städtebau
Sickingenstraße 10 - 34117 Kassel

05 61 - 77 07 97
venne@planrat.de
www.planrat.de

Im Ergebnis lässt sich die inzwischen von der Stadtver-
waltung angeführte Alternativlosigkeit (der Rho-
dodendren sei lediglich mit einem totalen Ausgrabe-
Verfahren zu entfernen) also nicht aufrecht halten. Die
Stadtverwaltung muss sich insofern vorhalten lassen,
die hier beschriebenen Möglichkeiten nicht ausrei-
chend geprüft und dadurch bei der Diskussion um die
Neugestaltung des KZ-Friedhofs die Wiedererrichtung
von Grabreihen mit einer Einzelgräberanlage blockiert
zu haben.

³⁰³ <http://www.planrat.de/friedhofsplanung.html> [Zu-
griff 28. 10. 16]

³⁰⁴ Schreiben von Martin Venne, Planungsbüro
PlanRat, Kassel, an den Verfasser vom 14. 10. 16

Stellungnahmen der NS-Verfolgtenverbände zur Neugestaltung des KZ-Friedhofs

1. Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen (Schreiben v. 15.12.2014):

Der Landesverband hält es für zwingend erforderlich, dass wegen der Lage des Friedhofs in einem abgeschiedenen Waldbereich „Besucher den Weg zu dieser Stätte mit Hilfe von aussagekräftigen Hinweisschildern finden.

Die Gedenkstätte sollte in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben, da ein Aufstellen von Grabsteinen ohnehin nur symbolisch erfolgen kann. Die Grabstellen der ermordeten Juden und die der anderen Ermordeten lassen sich nicht mehr genau feststellen. Aus diesem Grunde wäre eine Aufstellung von Grabsteinen, da sie nicht für alle Ermordeten möglich ist, zu vermeiden.

Die jüdische Religion verlangt, dass die Grabstellen unangetastet bleiben.“

Eine Veränderung des Friedhofs werde nur insoweit für sinnvoll gehalten, „dass sich der Besucher mit Hilfe von Hinweistafeln und Lageplänen ein umfassendes Bild von den Geschehnissen machen kann.

Weiterhin wäre zu überlegen, ob nicht Gedenksteine mit den Namen, auch getrennt nach Nationalitäten, aufgestellt werden sollten.“ Damit die landschaftsgärtnerische Pflege der Stätte erkennbar ist, sollten die Sträucher links und rechts des Weges zurückgeschnitten werden.

2. Amicale de Neuengamme et de ses commandos/französische AIN (Übersetzung v. 4.6.2015):

„Der Friedhof hat große Bäume und Rhododendren in drei Reihen, die dieser Anlage heute ein Gefühl von Ruhe und Frieden vermitteln. Diese spezielle Atmosphäre solle bewahrt bleiben. Es wird vorgeschlagen, die Leichname nicht zu bewegen bzw. anzutasten und lediglich einen Schnitt der Rhododendren vorzunehmen, um die drei Reihen (Grabfelder) auf jeder Seite besser wahrnehmen zu können. Auch wäre es denkbar, am äußersten Ende des Friedhofs eine Wand mit den Namen der dort beigesetzten Deportierten vorzusehen, wie sie bereits in Vorschlag gebracht wurde.“

3. Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN), Internationale Lagergemeinschaft des Konzentrationslagers Neuengamme (Schreiben v. 29.7.2015):

Die AIN schließt sich den Stellungnahmen der französischen Amicale de Neuengamme und der jüdischen Gemeinde grundsätzlich an in den Vorschlägen:

- „keine direkte Gestaltung/Bearbeitung der Gräber und damit keine Störung der Totenruhe;
- Rückschnitt der Rhododendren für eine bessere Sichtbarkeit des Ortes
- bessere Hinweisschilder“

Weiterhin unterstützt die AIN den eingebrachten Vorschlag, „eine Mauer mit den Namensschriften der dort begrabenen KZ-Häftlinge (zu errichten). Allerdings befürworten wir eine alphabetische Auflistung der Namen und keine Trennung nach Nationalitäten.“ Auch erachtet die AIN es „als unbedingt notwendig, in unmittelbarer Nähe der Namenstafeln eine oder mehrere Informationstafeln aufzustellen, die diesen Ort kontextualisieren.“

4. VVN-BdA Kreisvereinigung Lüneburg (Schreiben v. 16.2.2016):

„Während der 1950er-Jahre wurde der KZ-Friedhof in Lüneburgs Tiergarten grundlegend verändert und dabei die Kennzeichnung der vorhandenen Grabreihen und Einzelgräber der Getöteten entfernt. Der Friedhof wurde eingeebnet und somit „entpersonalisiert“. Diese Umgestaltung wurde während des „Kalten Krieges“ durchgeführt; gesetzliche oder religiöse Gründe waren dafür nicht maßgeblich.

In ähnlicher Form erging es dem Lüneburger „Russenfriedhof“ in Böhmsolz zur selben Zeit: Alle Einzelgräber wurden aufgelöst, die begrabenen sowjetischen Kriegsgefangenen nach Munster verbracht und dort in ein Massengrab umgebettet. Dadurch wurde diesen NS-Opfern ihre Würde als Individuum genommen. Auch dem größten Teil der in Einzelgräbern ruhenden Opfer der NS-Psychiatrie auf dem heutigen Nordwest-Friedhof wurde keine Bestandsgarantie gewährt. Sie wurden überbettet. Bei der Einweihung der Gedenktafeln für diese Opfer auf dem dortigen Friedhof im letzten Jahr entschuldigte sich Lüneburgs Bürgermeister Kolle in einer eindrucksvollen Rede für diese Tat.

Im Unterschied zu den irreversiblen Vorgängen auf dem „Russenfriedhof“ und dem Nordwest-Friedhof ist es heute möglich, den KZ-Friedhof in seinen ursprünglichen Zustand mit erkennbaren Grabreihen und Einzelgräbern zurückzusetzen.

Der Respekt vor den Toten gebietet es, ihnen ihre Individualität und Würde als Mensch zu erhalten durch eine Bestattung in sichtbaren Einzelgräbern. Das ist nicht nur im europäischen Kulturkreis üblich. Der Res-

pekt vor diesen Opfern des Faschismus (in der Mehrzahl politische Häftlinge) gebietet es nach unserem Selbstverständnis, diese einzelnen Menschen in besonderer Weise zu würdigen.

Die VVN-BdA wünscht eine Wiederherstellung des KZ-Friedhofs in seinen ursprünglichen Zustand mit erkennbaren Grabreihen und Einzelgräbern. Auch der Zugangs-/Durchgangsweg ist in seiner Breite von 3 Metern wiederherzustellen.

Die Grabreihen sollen als solche wieder gekennzeichnet werden durch eine optische Markierung/Einfassung und auch die Einzelgräber müssen wieder als Grabstätte jedes einzelnen dort beigesetzten Opfers des Faschismus erkennbar sein. Die Totenruhe der bestatteten KZ-Häftlinge wird dadurch nicht gestört. Die vorhandenen Dokumente ermöglichen das Erkennen der genauen Lage der Bestatteten.

Im Einzelnen schlägt die VVN-BdA vor:

Einzelgräber, die mit einem namentlich bekannten Opfer belegt sind, werden mit den Namen der Bestatteten und – soweit bekannt – mit weiteren Persönlichkeitsmerkmalen und der Nationalität versehen.

Einzelgräber, bei denen von den Opfern lediglich die Kennziffern der Getöteten bekannt sind, werden mit dieser Kennziffer versehen.³⁰⁵ Einzelgräber, die mit NS-Opfern belegt sind, von denen derzeit weder Namen noch Kennziffer bekannt sind, erhalten, wie auf anderen Friedhöfen üblich, eine Kennzeichnung als „Opfer unbekannt“ (o.ä.).

Jene Einzelgräber, die durch Umbettungen nicht mehr belegt sind, werden durch eine angemessene Gestaltung als solche kenntlich gemacht.

Werden durch weitere Forschungen, die gesondert angestrengt/unterstützt werden müssen, weitere Kennziffern oder Namen von Bestatteten bekannt, so werden die Gräber mit diesen versehen.

Diese genannte Form der Kennzeichnung von Einzelgräbern ist auf sogenannten Kriegsgräberanlagen (wie z. B. dem Gräberfeld III des Zentralfriedhofs) üblich und es ist nicht hinnehmbar, dass demgegenüber auf einem Friedhof der Opfer des Faschismus die dort Bestatteten

ohne besondere individuelle Kennzeichnung versehen sind.

In Bezug auf die gewünschten Hinweisschilder schließt sich die VVN-BdA der Stellungnahme des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen an. Ebenfalls erwarten wir die Kennzeichnung des KZ-Friedhofs auf den Stadtplänen der Stadt Lüneburg.

Auch unterstützen wir deutlich Überlegungen, (anstatt des vorhandenen Findlings/Gedenksteins oder in Ergänzung) eine gesondert gestaltete Mauer an der Stirnseite der Anlage zu erstellen und dort Erklärungen/Informationen über die Umstände der Ermordung der KZ-Häftlinge sowie über die Geschichte des KZ-Friedhofs anzubringen und dadurch den Friedhof und Gedenkort zu erweitern zu einem Lernort. Für diesen Zweck ist möglicherweise der Friedhof an seiner Stirnseite zu erweitern.

Hinsichtlich symbolischer Zeichen (wie sie derzeit mit dem Kreuz und Davidsstern an den steinernen Eingangspforten zu finden sind), die sicher auch bei der Neugestaltung der Anlage eine Rolle spielen werden, verweisen wir auf die KZ-Haft- und Sterbegründe des überwiegenden Teils dieser NS-Opfer als politisch Verfolgte. Deren Symbol war der rote Winkel. Wir bitten darum, auch diese Symbolik zu verwenden.“

³⁰⁵ Nach Abgabe des Schriftsatzes v. 16.2.2016 wurde diese Position nochmals nach einer Anregung vom VDK (Herr Effinger, E-Mail v. 17.2.2016) in der VVN-BdA diskutiert und geändert. Das Problem: „Die Häftlingsnummer war integraler Bestandteil der Entmenslichung der Häftlinge im Nazi-KZ-System. Ausgerechnet diese Nazi-Nummer in Stein zu meißeln,

hätte ich ethische Bedenken. Wenn, dann müsste auch auf diesen Grabzeichen "unbekannt" stehen, bis man die Namen ermittelt hat und sie dann auf die Grabsteine bringen kann.“ Wir schließen uns diesen Bedenken an.

Grabbelegungsplan KZ-Friedhof Lüneburg-Tiergarten³⁰⁶

Reihe 2	Reihe 5	Reihe 1	Reihe 3	Reihe 6	Reihe 4
249	165	1 exhumiert	5	4	3
250	166	2 Hnr.67452	85	205	125
251	167	6 Hnr.67886	86 exhumiert	206	126
252	168	7	87 exhumiert	207	127
49	169	8 exhumiert	88 Hnr.65220	208	Fraussau, Jean
50 Hnr.44065	170	9 exhumiert	89	209	128
51	171	10 exhumiert	Beltrane, Albano	210 exhumiert	129
253	172 exhumiert	11 exhumiert	90 exhumiert	211 Hnr.66618	130
254	173 Hnr.65662	12 exhumiert	91 exhumiert	212	131 exhumiert
54 exhumiert	174 exhumiert	13	92 exhumiert	213 exhumiert	132
55	175 Hnr.43919	14 exhumiert	93 exhumiert	214 Hnr.65361	133 exhumiert
56 exhumiert	176	15 exhumiert	94 Hnr.65378	215	134
57	177 exhumiert	16 Hnr.65331	95	216 exhumiert	135 exhumiert
58 exhumiert	178 exhumiert	17 exhumiert	Mortensen, Poul	217 Hnr.66597	136 exhumiert
59	179 exhumiert	18 exhumiert	96 exhumiert	218 Hnr.57827	137 Hnr.43661
60 exhumiert	180 Hnr.429797	19 exhumiert	97 Hnr.67443	219 Hnr.44128	138 Hnr.58395
61 exhumiert	181 Hnr.43682	20 exhumiert	98 Hnr.65173	220 exhumiert	139
62 Hnr.6782	182	21	99 exhumiert	221	140 exhumiert
63	183	Minne, Paul	100 exhumiert	222 Hnr.65572	141 Hnr.65172
64	Kanyil, Stepan	22 Pichet, Jean-Marie	101	223	142
65	184 Hnr.67611	23 exhumiert	102 Hnr.44637	Friedmann, Majr	143
66	185 Miniot, Georges Robert	24	103 Hnr.83084	224 exhumiert	144
67	186	25	104 exhumiert	225 Hnr.43523	145 exhumiert
68	187	26 Hnr.44263	105 Hnr.65207	226 exhumiert	146
69	188	27 Hnr.676452	106 exhumiert	227 Hnr.43979	147
Jaße, Thadeusz	189 exhumiert	28 Hnr.65171	107	228 exhumiert	Molnar, Ferenc
70	190 exhumiert	29	Arbilot, Robert	229	148 Hnr.44280
71 Hnr.66562	191	30	108 exhumiert	Łakomski, Jan	149
72	192 exhumiert	31	109	230 exhumiert	150 exhumiert
73	193 exhumiert	32 exhumiert	110	231 exhumiert	151 exhumiert
74	194	33	111 exhumiert	232 exhumiert	152 Hnr.44299
75	195	34 exhumiert	112	233	153 Hnr.42451
Kopa, Mieczysław	196 Hnr.44268	35	113 exhumiert	234	154 exhumiert
76 exhumiert	197 exhumiert	36 Hnr.67916	114 exhumiert	235	155
77 exhumiert	198	37 exhumiert	115 exhumiert	236	156 Hnr.65209
78 exhumiert	199	38 exhumiert	116	237 exhumiert	157 Hnr.65317
79 Hnr.67512	200 exhumiert	39 Hnr.43424	117 exhumiert	238	158 exhumiert
80 exhumiert	201 Hnr.58441	40 exhumiert	118 exhumiert	239	159 exhumiert
81 Hnr.38089	202	41	119 exhumiert	240	160 Hnr.66508
82	203 Hnr.58433	Stadler, David	120	241	161 Hnr.42870
83 Hnr.67522	204	42	121	242 Hnr.43721	162
84	244	43 exhumiert	Kopciński, Walenty	243	163
	245	44 De Villa De Castillo, Eugenius	122	244	164
255	246		123	245	
256			124	246	
				247 exhumiert	

³⁰⁶ Dieser Grabbelegungsplan nach dem Stand von 2016 wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom VdK

Lüneburg, Herrn Effinger. Die Rechercheergebnisse von Manfred Messer sind hier noch nicht berücksichtigt.

Die Protagonisten der Praxis: Werner Rössner und Siegfried Lange

1938 – 1945 Werner Rössner macht Karriere als Stadtgartenmeister



Werner Rössner 1938, Foto: Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1 (Bewerbungsunterlagen)

Als Werner Rössner³⁰⁷ und Ex-Oberbürgermeister Wetzel am 15.9. 1959 (Volkstrauertag) an der „Ehrenstätte des Zentralfriedhofs“ aufeinander trafen, der eine als Bezirksvorsitzender des Heimkehrerverbandes und Redner, der andere als Gestalter und Betreuer dieser Ehrenstätte für „gefallene“ deutsche Soldaten und SS-Männer, war dieses nicht das erste Aufeinandertreffen dieser „alten Kameraden“ bei einem solchen Anlass. Als der Volkstrauertag noch „Heldengedenktage“ hieß und die Nazis bis hin zur NSDAP-Gauverwaltung ihre Sieges- und später Durchhalteparolen auf demselben Friedhof vortrugen (1943: „Wir haben nur einen Willen: Kämpfen bis zum Siege!“³⁰⁸) vor dem überdimensionierten steinernen Stahlhelm, waren sie in gleicher Weise tätig: Wetzel als Nazi-Größe und Redner und Rössner als städtischer Stadtgarteninspektor der Gestalter und Betreuer dieser „Ehrenstätte“.

Zum ersten Mal begegneten sich die beiden alten NSDAP-Parteigenossen am 15.10.1938, als Rössner sich gegenüber Wetzel „per Handschlag verpflichtete“: „Ich gelobe: Ich werde dem Führer des deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig erfüllen ...“³⁰⁹ Rössner wurde als Nachfolger von Stadtgartenmeister Peck neuer Chef des Stadtgartenamtes, nachdem er bereits zuvor seine geeignete

Abstammung nachgewiesen³¹⁰ hatte: „Ich erkläre auf Ehre und Gewissen, dass ich deutsch-arischer Abstammung und frei von jüdischem und farbigem Rasseinschlag bin.“³¹¹ Auch gab er zu Protokoll, zuvor nicht aus der NSDAP ausgestoßen oder ausgeschlossen worden zu sein.³¹²

Rössners Berufung zum neuen Gartenamts-Chef der Stadt fiel in eine Zeit, als sich die NSDAP hier eine Art „Macht-Oberzentrum“ eingerichtet hatte (Lüneburg wurde 1937 Gauhauptstadt) und als solche sich auch baulich und stadtgärtnerisch präsentieren wollte, was nicht nur von dem vielhundertköpfigen Parteiapparat sowie dem ebenso zahlreichen Militär (zur Lüneburger Kaserne hinzu waren drei weitere Militärunterkünfte gebaut worden) als Ausdruck der „neuen Zeit“, sondern auch von dem einheimischen Hotel- und Gaststättengewerbe in Erwartung auswärtiger, finanzkräftiger Gäste gewünscht wurde. Insofern war die Berufung eines neuen Chefs für das Stadtgrün eine wichtige stadt- und parteipolitische Angelegenheit und erforderte ein umfangreiches Auswahlverfahren:

Nachdem sich auf eine entsprechende Ausschreibung 99 Kandidaten gemeldet hatten, erhielt Kreisobstgärtner G. Kirchner den Auftrag, die Bewerbungen für die Stadtgartenmeisterstelle durchzusehen und Vorschläge zu machen. Zunächst sortierte dieser die meisten Bewerber aus und reichte mit Schreiben vom 9.8.1938 eine Bewerberliste ein, die er mit einer bestimmten Rangfolge versah.³¹³ Auffällig an dieser Rangfolge ist die Tatsache, dass die „verdientesten“ NSDAP-Parteigenossen auf den ersten Plätzen platziert wurden, die weniger Prominenten auf den hinteren Stellen landeten. Rössner kam auf diese Weise an die dritte Stelle dieser Liste. Da zwischenzeitlich der Zweitplatzierte seine Bewerbung zurücknahm, blieben übrig: „1.) „Grünwald-Worms: Pg. seit Februar 1932 u. gleichzeitig SA, von Sommer 32 an Übernahme des Kreispreseamtes der Kreisleitung Worms“ und „3.) Rössner-Stettin: Pg., alter Kämpfer, langjähr. Angehöriger der SA“.³¹⁴ Nachrangige Bedeutung hatte für Kirchner anscheinend Rössners Mitgliedschaft in der NS-Organisation „Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps“ (Sturm 22/M 60 in Celle), die er nicht erwähnt. Beide Bewerber wurden daraufhin nach Lüneburg zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Kurzfristig sagte Grünwald seine Einladung ab³¹⁵; er wollte NSDAP-Kreisleiter in Worms werden.

³⁰⁷ geboren am 16.2.1910 in Geithain (Sachsen)

³⁰⁸ LA v. 22.3.1943

³⁰⁹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Ablegung des Gelöbnisses am 15.10.1938

³¹⁰ Ebenda, Bescheinigung v. 15.10.1938

³¹¹ Ebenda, Erklärung Rössner v. 8.1.1938

³¹² Ebenda. Fragebogen Rössner v. 15.10.1938

³¹³ Stadtarchiv Lüneburg PA 80/2, Vermerk G. Kirchner „Zur Bewerbung um die Stadtgartenmeisterstelle“ v. 9.8.1938

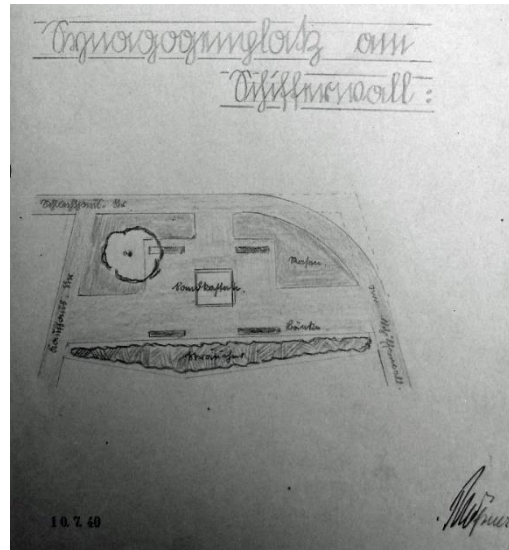
³¹⁴ Ebenda

³¹⁵ Stadtarchiv PA 80/1, Vermerk des Oberbürgermeisters v. 22.9.1938

Stadtgartentechniker Rössner erhielt auf diese Weise die ausgeschriebene Stelle des Lüneburger Stadtgarteninspektors zum 15.10.1938.³¹⁶ Möglicherweise trug das sehr positive politische Zeugnis des Celler NSDAP-Kreisleiters Passe über Rössners Tätigkeit im dortigen NSKK-Motorsturm zu dieser Entscheidung bei.³¹⁷

Bereits wenige Monate nach Amtseinführung erreichte Oberbürgermeister Wetzel eine erste Rückmeldung über Rössners Amtsführung: Der Chef des Sole- und Moorbades, Kurdirektor Witte, beschwerte sich in einem Schreiben vom 25.2.1939³¹⁸ sichtlich genervt über Rössners Selbstherrlichkeit und Unverfrorenheit ihm gegenüber. Wetzel konnte schlichten,³¹⁹ verlängerte aber Rössners Probezeit. Zwar fand Rössner in seinem Dezernenten, dem Altnazi und Stadtrat Karl Strassberger, einen engagierten Fürsprecher, aber dieser kam nicht umhin, Rössner anlässlich der Beendigung der Probezeit und vorgesehenen Übernahme in ein Beamtenverhältnis in einer Stellungnahme am 23.6.1939 etwas verklausuliert zu bescheinigen: „Über die charakterliche Veranlagung kann ich sagen, (Rössner)... bemüht sich, das Ziel, was derselbe sich gesetzt hat, auch unbedingt zu erreichen. Außerdem scheint er ein Mensch zu sein, der offen und ehrlich seine Meinung sagt, und wenn er glaubt, in seinem Recht zu sein, auch für sein Recht kämpft. Herr Rössner hat es verstanden sich ... bei den Gefolgschaftsmitgliedern Respekt zu verschaffen. Hier hat Herr Rössner ... eine reichlich kurze Art, so dass ein etwas kameradschaftlicheres Verhalten angebracht erscheint. Ich glaube, dass die ihm anhaftenden Mängel beseitigt werden können, soweit der Dienst in Frage kommt.“³²⁰ Ab 15.7.1939 wird Rössner Beamter auf Lebenszeit und darf sich per Urkunde „... des besonderen Schutzes des Führers und Reichskanzlers sicher sein.“³²¹ was Oberbürgermeister Wetzel durch Unterschrift bestätigt.

Fortan war Rössner zur vollen Zufriedenheit seiner politischen Freunde und Nazi-Vorgesetzten tätig. In seine Zuständigkeit fiel die Friedhofsverwaltung mit der Herrichtung und Pflege der Heldenabteilungen, die weitere Zerstörung und Übernahme des jüdischen Friedhofs



Zeichnung des Spielplatzes von Rössner, Synagogengelände am Schifferwall 1940

(s. S. 48 ff), dann die Anlegung eines separaten „Russenfriedhofs“. Ebenfalls sorgte er sich um das Gelände der abgerissenen Synagoge am Schifferwall, entwickelte Pläne, erstellte Kostenvoranschläge und fertigte Zeichnungen an, damit an diesem Ort des ehemaligen Judentums fröhliche arische Kinder geordnet spielen konnten. Seine Pläne wurden umgesetzt und die örtliche Presse lobte: „Früher Judentempel – heute fröhlicher Tummelplatz für Kinder“.³²² „Früher Freitempel für jüdische Ausbeuter, heute Tummel- und Sonnenplatz für frohe, gesunde Kinder. Wo könnte sich der große Wandel in deutschen Landen eindrucksvoller zeigen als hier?“³²³

Seine ihm bescheinigte „reichlich kurze Art“ behielt Rössner bei, vor allem wenn es galt, der Bevölkerung ein anständiges Verhalten mit seinen Gartenanlagen beizubringen. Ob an der von ihm geschaffenen stadtgärtnerischen Anlage des Gauleiter-Telschow-Walls, die im Januar 1940 unsachgemäß betreten wurde („Willkür der Bevölkerung ... die Bevölkerung (kann) nicht einen Tag lang Disziplin wahren.“³²⁴) oder im Kurpark, wo er auch schon mal, wie im Februar 1941 auf

³¹⁶ Ebenda; Rössner wurde zunächst im Angestelltenverhältnis auf Probe eingestellt.

³¹⁷ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/2, Schreiben vom 22.7.1938; Rössner war zuvor im Stadtgartenamt in Celle von März 1936 bis Mai 1938 tätig, bevor er für einige Monate nach Stettin ging und sich von dort aus in Lüneburg bewarb. Rössners Probleme zuvor (die Fachschaft seiner Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz monierte u.a. sein „undiszipliniertes Verhalten“) wurden nun vom Kreisleiter aus dem Weg geräumt.

³¹⁸ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1. Schreiben des Kurdirektors an den Oberbürgermeister v. 25.2.1939

³¹⁹ Ebenda, Vermerk des Oberbürgermeisters v. 18.3.1939

³²⁰ Ebenda, Vertrauliches Schreiben des Stadtrats Karl Strassberger an den Oberbürgermeister v. 23.6.1939

³²¹ Ebenda, Ernennungsurkunde Rössners v. 15.7.1939

³²² LA v. 14.7.1941; vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“ ..., S. 24 f

³²³ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1; Der Verfasser dieses Hetzartikels, Eberhard Tilgner, wurde später Leiter der Feuilletonredaktion der Lüneburger Landeszeitung und erhielt 1978 den Niedersächsischen Verdienstorden am Bande

³²⁴ Ebenda, Schreiben v. 15.1.1940 an Oberbürgermeister Wetzel und an Bürgermeister Mohrmann; Wegen dieser Beschwerde des Rössner-Förderers Strassberger kam es zu einem mittelschweren Konflikt zwischen Strassberger und Mohrmann. Mohrmann in einer Erwiderung an Strassberger am 19.1.1940: „Ich nehme an, dass das an mich gerichtete Schreiben nicht Sie, sondern Herr Rössner aufgesetzt hat,

der Lauer lag und bei ungebührlichem Verhalten einschritt: „Ich selbst habe ... am Montagnachmittag in 5 Minuten nicht weniger als 8 Personen (alles Erwachsene) fotografiert und aufgeschrieben“. ³²⁵ Rössner fordert deshalb „zum Erhalt der Volksgesundheit“ die Bestrafung der Delinquenten und deren Erwähnung in der Presse, die Einstellung von Wachleuten und für sich selber die Befugnis eines Hilfspolizeibeamten. Gerade einmal zwei Monate später berichtete Rössner dem Oberbürgermeister ³²⁶, dass er im Kurpark gar einen ungebührlichen Radfahrer anzuhalten sich verpflichtet fühlte, dieser aber, ein Soldat, ihn einfach auslachte, mit dem Finger an die Stirn tippte und weiterfuhr. Sofort nahm er mit dem Dienst-Fahrzeug die Verfolgung auf und stellte ihn, der zur Scharnhorst-Kaserne radelte, am Bahnübergang Uelzener Straße. Nun geschah aus Rössners Sicht das Ungeheuerliche: Ein des Weges kommender Feldwebel forderte den Soldaten auf, sich zwar auszuweisen, aber ansonsten ohne Umstände zur Kaserne weiter zu fahren und fragte ihn, Rössner, in höhnischem Ton, ob er nicht auch mal Soldat werden wolle. Obwohl Rössner seine Parteiautorität ins Spiel brachte, wies sich der Feldwebel nicht aus und machte keine Angaben über seinen Partei- oder Militärstatus. Rössner hingegen: „Ich hatte mich ihm gegenüber durch mein Parteibuch ausgewiesen.“ ³²⁷

Rössner als Hilfspolizist und Denunziant

Kurz darauf erhielt Rössner seinen Ausweis als Hilfspolizist ³²⁸ und benahm sich, mit dieser zusätzlichen Autorität ausgestattet, entsprechend rigoros und schreckte auch nicht davor zurück, die Lüneburger Geheime Staatspolizei einzuschalten, wenn es galt, renitente Zwangsarbeiterinnen mit Gestapo-Methoden zu disziplinieren.

Das traf vor allem eine Reihe von Französischen, die bei ihm in der Stadtgärtnerei arbeiten mussten. Offenbar waren sie mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen nicht zufrieden, denn sie verweigerten recht bald ihre Arbeitsleistung. Insbesondere mit seiner untergebenen Zwangsarbeiterin Marie Therese Enuard machte Rössner „kurzen Prozess“, was der damals 19-Jährigen eine mehrfache Vorladung bei der hiesigen Gestapo und

eine „Schutzhaft“ von 18.2. bis 13.3.1943 und vom 1.4. bis 3.4.1943 im Landgerichtsgefängnis Am Markt einbrachte. ³²⁹ Ermächtigt für die „Überstellung“ der Frau Enuard an die Gestapo wurde Rössner durch Stadtbürodirektor Karl Obermann (im Auftrage des Oberbürgermeisters Wetzel), der ihm bestätigte, dass er selber oder sein Vorgesetzter als „... der Führer der Verwaltung bei mangelnder Arbeitsdisziplin ausländischer Arbeitskräfte sofort Anzeige bei der zuständigen Staatspolizeistelle zu erstatten“ habe. ³³⁰ Rössner bezeichnete Frau Enuard weiterhin als renitent und berichtete abermals über sie. Gegen sie, „... die immer so wenig gearbeitet hat, wurden diesseits auch Schritte bei (der) Gestapo ... unternommen. Ich möchte nun seitens der DAF wissen, ob hier nicht eine Möglichkeit besteht, mit eisernem Besen dazwischen zu fegen, um dieses fremdländische Volk rigoros zur Arbeit zu zwingen ...“ ³³¹ Den von Rössner geforderten rigorosen Zwang zur Arbeit unterstützte abermals die Gestapo mit ihren Methoden und nahm Frau Enuard ein weiteres Mal in Schutzhaft vom 29.9. bis 10.10.1944. Der Leidensweg dieser Französin ist mittels der Gefängnisakten nachzuvollziehen. Ein letztes Mal wurde sie am 5.3.1945 vom Gartenamt an die Gestapo ausgeliefert, in Schutzhaft genommen und am 14.3.1945 in das Arbeitserziehungslager Unterlüß „überstellt“. ³³² Ob Frau Enuard die Torturen dieses Lagers überleben und dort ihre Befreiung erleben konnte, ist nicht bekannt.

Über die Parteiaktivitäten Rössner geben seine persönlichen Briefe an befreundete Soldaten Auskunft. Dem in eine Hamburger Kaserne eingezogenen Kurt Fischribbe etwa teilt er 1944 mit: „Wir hatten letzten Mittwoch einen sehr schönen Kameradschaftsabend vom Sturm ... Im Anschluss an ein gutes Essen haben wir eine großzügige Varieté-Veranstaltung gestartet. Der Besuch war außerordentlich gut, nur hatte ich als Ansaager und vom Standartenführer mit der Durchführung des Abends betraut, äußerst viel zu tun.“ ³³³ Ebenfalls berichtet Rössner über seine Partei-Reise nach Berlin, „die mit einem sehr netten Abend beim Reichsleiter Rosenberg endete ...“ ³³⁴ In einem anderen Brief an Karl Ludwig Mevius aus dem Jahr 1944 berichtet Rössner von Parteiinterna wie über den Konflikt zwischen

nach Tonart und Schreibweise unterliegt es wohl keinem Zweifel ...“ Mohrmann werde sich überlegen, „in Zukunft in der gleichen Tonart zu antworten, aber auch anzuordnen.“

³²⁵ Ebenda, Schreiben Rössner an den Oberbürgermeister v. 12.2.1941

³²⁶ Ebenda, Schreiben Rössner v. 22.4.1941

³²⁷ Ebenda

³²⁸ Ebenda, Der Regierungspräsident (Unterschrift: v. Kusserow) erhebt ihn in einem Schreiben v. 18.4.1941 in diese Funktion.

³²⁹ Hauptstaatsarchiv Hannover, Hannover 86 Lüneburg Acc. 34/90, Nr. 117

³³⁰ Zitiert nach: VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg, Strukturen und Täter, Lüneburg 2011, S. 33

³³¹ Ebenda

³³² Vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg II, Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnisses Lüneburg, Lüneburg 2014, S. 35 ff

³³³ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Schreiben v. 4.8.1944

³³⁴ Wikipedia, April 2016: „Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) war eine Rauborganisation der NSDAP für Kulturgüter aus den besetzten Ländern während des Zweiten Weltkrieges, die unter der Leitung des NS-Parteiideologen Alfred Rosenberg und dem von ihm geführten Außenpolitischen Amt der NSDAP (APA) stand.“

Telschow und Peper, über den neuen stellvertretenden Gauleiter Obdenhoff und über seine Kontakte zum Geschäftsführer der NSDAP-Kreisleitung, Jahns. „Mit Burmeister komme ich sehr gut aus ... In der Partei ist momentan sehr viel Arbeit ... neuer Ortsgruppenleiter Geißler ... Die Versammlungswelle ist ganz groß gestartet worden und zurzeit im Gange. Ich war auch schon zweimal eingesetzt und habe letzte Woche in Katemin vor weit über 100 Leuten gesprochen.“³³⁵

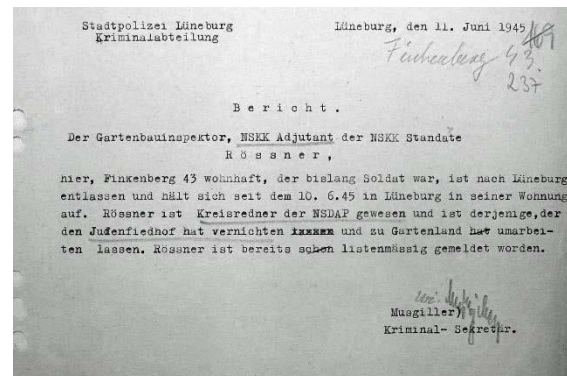
Selbst Ende des Jahres 1944 glaubte Rössner noch an den Endsieg. Nachdem er ab März 1940 immer wieder vom Wehrdienst freigestellt wurde,³³⁶ drängte die NSDAP-Gaustabsamtsleitung (Oberbereichsleiter Rodegerdts) im September 1944 auf die Einziehung Rössners zum Wehrdienst,³³⁷ worauf hin er im November d. J. als Kanonier zur leichten Art.-Ersatz- und Ausbildungsabteilung nach Verden geschickt wurde. Dort war er damit beschäftigt, als Mitglied einer Landesschützeneinheit Kriegsgefangene zu bewachen, die in der Umgebung als kostenlose Arbeitskräfte schufteten mussten. Rössner aber wollte mehr und etwas tun für den Endsieg. In einem längeren Schreiben vom Dezember 1944 an seinen früheren Chef, Bürgermeister Hauschild, schildert er seine Ambitionen: „Ich habe aber wenig Lust, den Krieg mit Gefangenenbewachung bei den Landesschützen auf irgendeinem einsamen Dorf zu beenden.“ Rössner wollte deshalb zu einer technischen, motorisierten Einheit und richtig kämpfen. Denn vom Endsieg war er überzeugt („... das wir siegreich den Krieg beenden, was ich 100%-ig glaube...“) und merkt mit Blick auf die Jahreswende 1944/1945 an: „Wollen wir hoffen, dass uns 1945 den Endsieg näher bringt, damit dann der große Aufbau unseres deutschen Vaterlandes beginnen kann.“³³⁸

Selbst in dieser Zeit (die amerikanischen Truppen hatten bereits im August 1944 Paris erreicht, die Rote Armee drang schon im Sommer bis zur Weichsel vor) war es Rössner wichtig, auf seine „Ehre“ und Reputation als NSDAP-Parteimitglied zu pochen: Kritik an seinen vormaligen Dienstgeschäften als Gartenamtschef kontert er mit großer Empörung: „Es ist dies eine große Verleumdung, die ich mir als Nationalsozialist ... nicht bieten lassen darf.“³³⁹

1945 Rössner wird entlassen wegen seiner Aktivitäten für und im Sinne der NSDAP

Am 14.6.1945 wurde Rössner auf Anordnung der englischen Militärbehörde (Mil. Gov. 905, Schießgrabenstr. 8/9; Major Harper) fristlos entlassen.³⁴⁰ Während eines Dienstgesprächs am selben Tage mit Oberbürgermeister Drape, Stadtbaurat Dr. Kleeberg und Bürgermeister Olvermann wurde ihm mitgeteilt, dass er wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP nicht mehr tragbar sei. Rössner selbst schien wenig überrascht; überdies hatte er andere Perspektiven und schien auf den Beamtenjob in der Provinz nicht angewiesen zu sein: „Herr Rössner nimmt Kenntnis und bestätigt die ihm gemachte Mitteilung mit dem Hinzufügen, dass er Aussicht habe, Mitinhaber einer Weltfirma zu werden.“³⁴¹

Die Stadtpolizei Lüneburg (Kriminalabteilung; Kriminalsekretär Mussgiller) teilte zuvor am 11.6.1945 in einem Bericht über Rössner mit: „Gartenbauinspektor, NSKK-Adjutant der NSKK-Standarte ... Rössner ... ist Kreisredner der NSDAP gewesen und derjenige, der den Judenfriedhof hat vernichten und zu Gartenland umarbeiten lassen.“³⁴²



Rössners Aufstieg zum Mitinhaber einer Weltfirma schien sich bald zerschlagen zu haben, denn im September 1946 formulierte er einen „Einspruch gegen meine Kündigung“,³⁴³ den er mit dem Hinweis begründete, gar kein alter NSDAP-Parteigenosse gewesen zu sein: „Ich habe nie ein Parteimitgliedsbuch erhalten.“³⁴⁴ Mit den ihm „gemachten Vorwürfe wegen der Abräumung und Einebnung des Judenfriedhofs“ sei er verleumdet worden. Praktisch sei er ein NS-Widerständler, was schon daran deutlich werde, dass er 1932 bis Ende

³³⁵ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Schreiben Rössner an Karl Ludwig Mevius v. 17.10.1944

³³⁶ Ebenda, Bürgermeister Mohrmann beantragte am 21.3.1940 die Freistellung u. a. Rössners mit Hinweis auf die kriegswichtige Raupenzucht der Stadtgärtnerei unter Rössner, woraufhin er mit Schreiben des Wehrbezirkskommandos (Generalmajor Freytag) v. 2.4.1940 freigestellt wurde.

³³⁷ Ebenda, Schreiben v. 9.9.1944

³³⁸ Ebenda, Schreiben v. 26.12.1944

³³⁹ Ebenda

³⁴⁰ Ebenda, Mitteilung des Oberbürgermeisters an Major Harper (Mil. Gov. 905) v. 14.6.1945

³⁴¹ Ebenda, Vermerk des Oberbürgermeisters v. 14.6.1945

³⁴² Ebenda

³⁴³ Ebenda, Schreiben Rössner an den Oberbürgermeister v. 20.9.1946

³⁴⁴ In seiner Beschwerde beim Oberbürgermeister vom 22.4.1941 (S. S. 75) hatte Rössner noch formuliert: „Ich hatte mich ... durch mein Parteibuch ausgewiesen.“

1933 beruflich in der Tschechoslowakei tätig gewesen und dort „für den heutigen Staatspräsidenten Dr. Beneš gearbeitet“ habe. Denselben Vorgang beschrieb Rössner 1938 in seinem Bewerbungsschreiben noch etwas anders: „Im November 1933 ging es mir wie vielen Reichsdeutschen, ich wurde ausgewiesen.“³⁴⁵ Als Fürsprecher benennt Rössner Kämmerdirektor Bey, Oberrevisor Sander, Betriebsobmann der Stadtverwaltung August Ohlhagen, später zusätzlich Johann Tönjes sowie den Inhaber des Blumengeschäfts Schwägermann. Zuvor schon nannte er den Rechtsanwalt Gravenhorst, Forstmeister Kautz, Gärtnereibesitzer von der Ohe (Melbeck) und Malermeister Cramm als Zeugen für seine demokratische Integrität.

Eine Einstellung Rössner kam zwar nicht in Frage, aber die Stadtverwaltung sandte ihm zur weiteren Prüfung einen auszufüllenden Personalbogen zu. Bei dessen wahrheitsgemäßer Beantwortung hatte Rössner allerdings einige Schwierigkeiten, denn er wurde mehrfach nach der Rückgabe³⁴⁶ aufgefordert, diesen nochmals vollständig und genau auszufüllen. Im folgenden Jahr bestätigte die Militärregierung am 2.6.1947 ihre Entscheidung (No. 914/PSSB/DN/V/L), Rössner aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.³⁴⁷

1947 - Das Blatt wendet sich für Rössner erneut, weil nun für die Entnazifizierungsverfahren deutsche Stellen verantwortlich sind

Die Situation änderte sich für Rössner zum Positiven, als ab Oktober 1947 die Verantwortlichkeiten der Entnazifizierungsverfahren von den englischen in deutsche Hände abgegeben wurden.³⁴⁸ Nun hob der Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Stadtkreises Lüneburg die Entscheidung der Militärregierung auf und gruppierte Rössner lediglich als „Mitläufer“ in Kategorie IV ein. Trotzdem wurde in dem Bescheid festgehalten, „... dass der Betroffene den Nationalsozialismus unterstützt hat.“³⁴⁹

Mit diesem Entnazifizierungsbescheid versuchte Rössner abermals seine Wiedereinstellung zu begründen

(mit Hinweis auf die freiwerdende Stelle des zur Pension anstehenden Stadtgartenmeisters),³⁵⁰ aber erfolglos.

Ein Jahr später, die Entnazifizierungsverfahren wurden langsam zum (für die allermeisten Täter positiven) Abschluss gebracht, revidierte der Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Stadtkreises Lüneburg die Entscheidung der Militärregierung sowie seinen Beschluss von 1947 und entschied am 5.3.1949 im lediglich schriftlichen Verfahren, Rössner sei „entlastet, Kategorie V“. „Er trat damals dem NSKK bei, da er Sportinteresse hatte und wurde wegen seiner guten Leistungen im Jahre 1943 zum Obertruppführer befördert.“ Seine NSDAP-Mitgliedschaft sei nicht als Mitläufertum zu bewerten und „... Vorwürfe die gegen ihn bei der Einebnung des jüdischen Friedhofs in Lüneburg erhoben wurden, konnten nicht bestätigt werden.“³⁵¹

Dennoch: Rössner hatte zunächst trotz aller Bemühungen keine Chance, wieder als Stadtgärtner beschäftigt zu werden. Zwar waren auch in seiner Personalakte im Auftrage von Bürgermeister Hauschild Anfang 1945 die ihn belastenden Dokumente entfernt worden, sodass diese nicht mehr herangezogen werden konnten,³⁵² aber die Erinnerung an seine Mitwirkung an der Entweihung des jüdischen Friedhofs war noch präsent (seine weiteren Schandtaten z. B. in Bezug auf die Zwangsarbeiter/-innen spielten in dieser Diskussion keine Rolle) und zum anderen dominierte im Rat der Stadt politisch noch die SPD, die sich seinerzeit als antifaschistische Kraft verstand. Mit seinem Antrag auf Wiedereinstellung vom 18.3.1949 blitzte Rössner bei Oberbürgermeister Braune (SPD) sofort ab, vielleicht auch zusätzlich deshalb, weil er etwas zu dick auftrug, indem er sich als Naziopfer darstellte: „Auch ich habe ... unter dem NS-Regime gelitten und nur Nachteile gehabt.“³⁵³

Bereits zwei Tage zuvor, am 16.3.1949, scheiterte der politische Versuch der Deutschen Partei im Rat der Stadt, Rössner und seinesgleichen den Weg zu einem Arbeitsplatz bei der Stadtverwaltung zu öffnen: Deren Antrag forderte, grundsätzlich alle 1945 aus politischen

³⁴⁵ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Bewerbungsschreiben Rössner, „Mein Lebenslauf“ v. September 1938

³⁴⁶ Ebenda, Schreiben des Personalamtes an Rössner v. 15.10.1946, 28.10. und 27.11.1946

³⁴⁷ Ebenda

³⁴⁸ Zur Entwicklung der Entnazifizierungsverfahren vergl.: VVN-BdA Lüneburg, Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er-Jahre, Teil I: Das Personal“, Lüneburg 2015, S. 68 ff

³⁴⁹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Entscheidung des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Stadtkreises Lüneburg v. 15.10.1948 (Der nds. Minister für die Entnazifizierung. Der öf-

fentliche Kläger bei dem Berufungsausschuss für die Entnazifizierung im Regierungsbezirk Lüneburg), Aktenzeichen VE-LG-S/1453/1946

³⁵⁰ Ebenda, Schreiben Rössners an den Rat der Stadt v. 27.11.1948

³⁵¹ Ebenda, Entscheidung des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Stadtkreis Lüneburg v. 5.3.1949

³⁵² Ebenda, Schreiben Personalamt an Stadtsyndikus Segelcke v. 26.11.1949: Bürgermeister Hauschild gab nach Auskunft des damaligen Dienststellenleiters, Stadtsinspektor Elvers, im Dezember 1944 die Anweisung, alle belastenden Dokumente aus den Personalunterlagen der Bediensteten zu entfernen.

³⁵³ Ebenda, Schreiben Rössner an Oberbürgermeister Braune v. 18.3.1949

Gründen Entlassenen und später in Gruppe IV und V eingruppierten Mitarbeiter der Stadtverwaltung wieder zum 1.4.1949 einzustellen. Das hätte zur Folge gehabt, wie Ratsherr Hilmer (SPD) ausführte, Personen wieder einzustellen, „die sich hier zur Nazi-Zeit unmöglich gemacht hätten.“ Zudem hätte Beschäftigten gekündigt werden müssen, um Stellen frei zu machen für ehemalige Nazis. Denkbar knapp mit 18:16 Stimmen wurde das Ansinnen der DP, dem CDU und FDP zustimmten, abgelehnt.³⁵⁴

Konsequenterweise entschied zwei Monate später am 2.5.1949 der Personalausschuss der Stadt, die Wiedereinstellung Rössners zurückzustellen und ihm aufzugeben den Nachweis zu führen, dass er nicht „ausschließlich oder überwiegend aufgrund seiner Verbindungen mit dem NS in das Beamtenverhältnis berufen worden war.“³⁵⁵

Interessant sind nun die Wortmeldungen, die sich für Rössner stark machten bzw. gegen seine Einstellung votierten: Während die Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (Kl. Bäckerstr. 6-7) empfahl, Rössner wieder einzustellen,³⁵⁶ votierte eine „Kreis-/Bezirksgruppe Gartenbau“ gegen die Wiedereinstellung Rössners: Er „hat sich während seiner Amtszeit von 1939 bis 1945 höchst unkollegial benommen und in der arrogantesten und rücksichtslosesten Weise den Rückhalt bei der Partei benutzt, den bodenständigen, hiesigen Gartenbaubetrieben in einer drohenden Form die Existenz zu erschweren. Unter diesen Umständen nimmt die Bezirksgruppe entschieden Stellung dagegen, dass Herr Rössner wieder in seine alte leitende Stellung eingesetzt wird.“ (Unterschrift: Luther, Schneide, Radler, Wrede)³⁵⁷

Daraufhin betrieb Rössner seine Wiedereinstellung auf juristischem Wege, engagierte Verwaltungsrechtsrat Dr. Taubert (Obermagistratsrat a. D., Lüner Weg 30) und klagte vor dem Verwaltungsgericht gegen die Verfügung und den Einspruch der Stadt auf Wiedereinstellung. Unter Mitwirkung des prominenten Beisitzers Baron Ernst A. von Lüneburg, Schlossherr von Essenrode (vormals Wehrmachts-Oberstleutnant), entschied das Landesverwaltungsgericht Braunschweig – Kammer Lüneburg am 17.10.1950: Die Verfügung und der Einspruch der Stadt wird aufgehoben. Die LZ berichtete darüber unter dem Titel: „Lüneburg verlor einen Prozess“.³⁵⁸

Zwar beschloss der Personalausschuss der Stadtverwaltung am 13.11.1950, Berufung einzulegen (was am 27.11.1950 geschah), aber zog diese Berufung am 15.1.1951 wieder zurück nach einem Vortrag von Stadtsyndikus Segelcke. Mit dem im Mai 1949 verabschiedeten Grundgesetz nämlich wurde im Artikel 131 bestimmt, dass ein Bundesgesetz „die Rechtsverhältnisse von Personen ..., die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden“, regeln wird. Die Verabschiedung dieses Gesetzes stand kurz bevor (verabschiedet im Mai 1951) und bestimmte, dass z. B. Rössner einen Anspruch darauf hatte, seine Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „zur Wiederverwendung (z. Vw. oder auch z. W.)“ weiterzuführen und wiedereingestellt zu werden. Folglich wurden Rössner seine Beamtenrechte und Versorgungsbezüge zugesprochen, er durfte seine alte Amtsbezeichnung wiederverwenden (nun: „Stadtgarteninspektor z. Vw.“). Eingestellt wurde er aber immer noch nicht, denn, so argumentierte die Stadtverwaltung, mit der Bestellung von Stadtgartenmeister Lange im Jahre 1950 sei Rössners Planstelle nicht mehr verfügbar. Diese Rechtsauffassung wurde bestätigt durch die Lüneburger Kammer des Landesverwaltungsgerichts Braunschweig mit Beschluss vom 25.6.1952, welches eine Klage Rössners auf Wiedereinstellung in seine frühere Planstelle als Chef des Gartenamtes („Stadtgarteninspektor“) zurückwies. Zwar legte Rössner Berufung ein, aber seine berufliche Karriere als tätiger Beamter schien damit zunächst beendet.

Allerdings: Die politischen Verhältnisse auf Landes- und Kommunalebene hatten sich zwischenzeitlich zu seinen Gunsten verändert. In Niedersachsen regierte ab Juni 1951 eine rechtsdominierte Koalition aus SPD/Zentrum/Gesamtdeutscher Block (GB) – Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und auch in Lüneburg verschoben sich die politischen Gewichte nach rechts: Am 28.11.1952 wurde die SPD-geführte Rathauskoalition unter Oberbürgermeister Ernst Braune abgewählt und eine Koalition von FDP/DP/CDU/Mittelstandsblock und BHE bestimmte den Rechtsanwalt Peter Gravenhorst (Deutsche Partei) zum Oberbürgermeister.

³⁵⁴ Stadtarchiv Lüneburg, „Niederschriften über die Ratssitzungen im Kalenderjahr 1949“; Erstaunlich „blauäugig“ argumentierte der kommunistische Abgeordnete August Holländer für die Einstellung Rössners, weil er „nicht bestraft und (zudem) in Gruppe V eingereiht ist.“

³⁵⁵ Stadtarchiv Lüneburg PA 80/2, Schreiben des Personalamtes an Rössner v. 2.5.1949

³⁵⁶ Ebenda, Schreiben v. 8.3.1949 von E. Albers und Schreiben gleichen Inhalts v. 15.6.1949 vom „Unterbezirk (Hanse)“

³⁵⁷ Ebenda, Schreiben v. 27.6.1949

³⁵⁸ LZ v. 9.11.1950

Rössner schleimt sich an den Oberbürgermeister heran

Bewegung kam nun ins Spiel mit einem Privatbrief Rössners an den rechtskonservativen Oberbürgermeister Gravenhorst. Darin bittet Rössner um seine Wiederverwendung und weist darauf hin, dass ihm leider das Land Niedersachsen noch „kein klagbares Recht auf Wiederindienststellung einräumen“ würde, aber er sei guten Mutes, da „die letzten Wahlen aber doch neue Perspektiven (eröffneten), dass hier eine Änderung eintritt. Nach sehr eingehender Aussprache mit ihrem Vetter, Herrn Ulrich Hagelberg, vertrat auch dieser die Meinung, dass eine Rechtsregierung in Niedersachsen Gesetze bringt, die entnazifizierte Beamten auch ihre Rechte gibt.“³⁵⁹ Rössner beschreibt sich hier als Opfer von Intrigen: („Ich kenne wohl einzelne Intriganten, weiß aber nicht, welche Schachzüge hinter meinem Rücken gespielt worden sind.“), weist auf seine guten Beziehungen zur Familie und dem Cousin des Oberbürgermeisters (Hagelberg) hin und auf den Ratsherren Max Eisenträger, „der mich von meiner Lüneburger Tätigkeit und meiner Zusammenarbeit mit ihm im NSKK³⁶⁰ her kennt.“

Rössner setzt seine Schleimerei fort

„Da ich weiß, dass Sie nicht nur Naturfreund, sondern auch Sportler sind und derzeitiger Vorsitzendes THC Lüneburg (Tennis- und Hockeyclub, d. V.), so darf ich Ihnen auch hierzu sagen, dass auch ich mich z. Zt. aktiv und organisatorisch im Tennis und Hockey betätige. Als früheres langjähriges Mitglied beim ASC Leipzig bin ich heute (beim) UHC Hamburg. Hier haben wir nicht weniger als 9 Tennis- und 24 Hockeymannschaften. Auch Sie wurden hier schon erwähnt, und zwar in dem Sinne, daß Sie als Oberbürgermeister mit wenig Zeit und vielen Verpflichtungen bei keinem Spiel Ihrer 1. Herrenmannschaft fehlen.“³⁶¹

Rössner bittet sodann um einen Termin bei Gravenhorst und „würde es begrüßen, wenn hierfür nicht das Rathaus gewählt würde ... Vielleicht lässt es sich auch einrichten, ... anlässlich eines Spazierganges meine Angelegenheit eingehend zu besprechen ... Mit den besten Empfehlungen an ihre Frau und ihren Herrn Vater ...“³⁶²

Ob dieses halb-private Spaziergangs-Gespräch stattgefunden hat, lässt sich nicht nachvollziehen. Wohl aber, dass Gravenhorst aktiv wird, um Rössner wieder in ein Amt zu heben. Zunächst bestellt er sofort den Syndikus zum Vortrag über „die Sache Rössner“ zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses ein. Anscheinend wurde dort die Absicht verfolgt, zunächst den Ausgang des Berufungsverfahrens Rössners beim Obergerverwaltungsgericht abzuwarten, um ihn bei positivem Ausgang aus juristischen Gründen und „gezwungenermaßen“ einstellen zu müssen, wodurch allerhand politische Begründungen und Konflikte umgangen werden könnten. Zum anderen unternahm Gravenhorst weitere Bemühungen, für Rössner einen adäquaten Beamten-Arbeitsplatz anderenorts zu finden, schaltete sogar den niedersächsischen Ministerpräsidenten und das Innenministerium ein (welches einen Austausch von Beamten empfahl,³⁶³ welcher aber nicht realisierbar war) und fragte bundesweit nach einer Arbeitsstelle für Rössner nach.³⁶⁴

Als schließlich am 18.5.1954 Rössners Berufung vom OVG zurückgewiesen und damit deutlich wurde, dass trotz aller Bemühungen keine Chance bestand, Rössner auf justiziellem Wege wieder in sein Amt zu hieven, beschloss der Verwaltungsausschuss der Stadt am 12.7.1954 eine Art Lex Rössner, eine Änderung des Stellenplans und richtete eine weitere Stadtinspektorstelle ein, um „den Stadtgartenmeister Lange als Stadtinspektor nach Bes.Gr. A 4 C 1 RBO mit Wirkung vom 1.9.1954 in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen und dem Stadtgarteninspektor z. Ww. Werner Rössner die A 5 Stelle zu übertragen.“³⁶⁵

³⁵⁹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Schreiben Rössner an Oberbürgermeister v. 13.9. 1953; Karl-Ulrich Hagelberg, geboren 1909 in Melbeck, gehörte ebenso wie Gravenhorst der rechten „Deutsche Partei“ an. Als Nazi-Jurist war er u.a. im Reichswirtschaftsministerium beschäftigt und brachte es bis zum Oberregierungsrat bei der Regierung in Liegnitz (Schlesien). Nach 1945 stieg er erneut auf, war zunächst für die DP Mitglied des Lüneburger Kreistages (Vorsitzender des Polizeiausschusses) und des Niedersächsischen Landtages, ab 1953 Regierungsdirektor im Bundesministerium des Innern (Leiter des Generalreferats für Angelegenheiten des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizeien der Länder). Seit 1929 war er Mitglied des Corps Franconia München, einer schlagenden Verbindung. Vergl. Wikipedia August 2016

³⁶⁰ Wikipedia 2016: „Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) war eine paramilitärische Unterorganisation der NSDAP.“

³⁶¹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 80/1, Schreiben Rössner an Oberbürgermeister v. 13.9.1953

³⁶² Ebenda

³⁶³ Ebenda, Schreiben des niedersächsischen Innenministeriums v. 5.10.1953

³⁶⁴ Z. B. beim Deutschen Städtetag und bei der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst; vergl. ebenda

³⁶⁵ Ebenda, Auszug aus der Sitzungsniederschrift des Personalausschusses v. 9.8.1954

Sogar Rössners Kosten für sein gescheitertes OVG-Berufungsverfahren übernahm jetzt zunächst die Stadtverwaltung und gab ihm die Möglichkeit, diese in Raten abzuzahlen.³⁶⁶

Die politischen Zeiten hatten sich eben geändert: Rössners fristlose Entlassung vom 14.6.1945 durch die Engländer wurde neun Jahre später mit der Schaffung einer Planstelle durch seine alten Kameraden wieder gutgemacht.³⁶⁷

1945 - 1968 Friedrich Lange konnte als alter Nazi die Zerstörung der Friedhöfe Lüneburger Naziopfer vorantreiben



Foto Lange, LZ v. 28.3.1974

Im Gegensatz zu Rössner konnte Siegfried Lange (Jahrgang 1908) 1945 nicht auf eine berufliche Karriere in Lüneburg zurückblicken.³⁶⁸ Er war zuvor beschäftigt in Berlin, zunächst ab 1924 als Gartentechniker in Tempelhof, dann ab 1934 als Garteninspektor Leiter des Lichtenfelder Parkfriedhofs (Bezirksverwaltung Steglitz). 1935 wurde er Beamter und zwei Jahre später Beamter auf Lebenszeit, nachdem er sich um eine Mitgliedschaft in der NSDAP beworben hatte. Sein Vorgesetzter erklärte „Namens des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt“ ihn als treues Gefolgschaftsmitglied und beurteilte seine Fähigkeiten mit den Worten: Lange „... hat bisher durch ... sein Verhalten in und außer dem Amt ... das in ihn gesetzte Vertrauen gerechtfertigt. Er erhält deshalb in der Erwartung, dass er auch fernerhin

dem Führer und dem Reiche die Treue halten wird, ... die Eigenschaft als Beamter auf Lebenszeit.“³⁶⁹

Im Mai 1945 war für ihn wegen seiner Treue zu Führer und Reich die berufliche Karriere als Beamter beendet: „Das Dienstverhältnis mit Herrn Lange endete am 30. April 1945, da Herr Lange Mitglied der NSDAP war.“³⁷⁰ Lange kehrte zurück an seinem Heimatort Zerbst und wurde dort tätig, zunächst als Selbständiger, dann als Mitarbeiter der örtlichen Gartenverwaltung. Wahrscheinlich wegen der sehr scharfen politischen Überprüfungsverfahren in der seinerzeit sowjetisch besetzten Zone, wurde Lange dort ab 20.6.1946 nicht mehr beschäftigt. Nun suchte er seine berufliche Zukunft im Westen, ging durch die noch offene Grenze in die englisch besetzte Zone und meldete sich als Flüchtling in der Lüneburger Heide im Flüchtlingslager Reinsehlen bei Fallingbostal. Von dort aus und mit diesem Status ausgestattet betrieb Lange sein Entnazifizierungsverfahren³⁷¹, welches mit Entscheid des öffentlichen Klägers bei dem Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Kreises Soltau endet: „Das Entnazifizierungsverfahren gegen Herrn Siegfried Lange, wohnhaft in Reinsehlen ... habe ich eingestellt, weil die vorgenannte Person als Dipl.-Gartenbau-Inspektor nicht zu dem zu überprüfenden Personenkreis gehört.“³⁷²

Wer als Gartenbau-Inspektor tätig war, kann demnach kein Nazi gewesen sein! Und um diesen Eindruck zu unterstützen, gab Lange stets offiziell wahrheitswidrig an, nicht wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft gezwungenmaßen, sondern aus eigenem Entschluss und freiwillig Ende April 1945 in Berlin aus seinem Dienst ausgeschieden zu sein.³⁷³

Mit dieser weißen Weste ausgestattet bewirbt sich Lange in Lüneburg, wird hier vom Oberstadtdirektor nach seinen bisherigen Leistungen beurteilt („... umfassende Erfahrungen in gärtnerischer Planung, insbesondere dem Friedhofswesen.“³⁷⁴) und zum 1.5.1950 in der Nachfolge von Erich Dolpp in sein Amt und neues Wirkungsfeld als Fachmann für Friedhofsfragen eingeführt. Ab September lässt er sich im bevorzugten Wohnviertel im Mittelfeld nieder und erwirbt das Haus

³⁶⁶ Ebenda, Vermerk des Personalamtes der Stadt v. 12.10.1954

³⁶⁷ Rössner wurde später Stadtgarten-Oberinspektor und engagierte sich hobbymäßig im Schachbund und als Vergnügungsobmann bei der Lüneburger Schützengesellschaft. Er starb kurz vor seiner Beförderung zum Amtmann im Juni 1971.

³⁶⁸ Als Quelle für die nachfolgenden Ausführungen über den beruflichen Lebensweg Langes diente seine Personalakte: Stadtarchiv Lüneburg, PA 58

³⁶⁹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 58, Zeugnis vom 26.10.1937

³⁷⁰ Ebenda, Erklärung des Bezirksamts Steglitz v. 16.12.1948

³⁷¹ Ebenda, Zwischendurch findet er wechselnde Anstellungen in Seesen, Schneverdingen und Soltau.

³⁷² Ebenda, Schreiben v. 25.11.1948; Aktenzeichen: VE-Sol 2285/48

³⁷³ Ebenda, Bewerbungsschreiben Langes v. 19.10.1949, „Lebenslauf“

³⁷⁴ Ebenda, Beurteilung v. 13.4.1950

Sonninstraße 17. Zwar musste er sich im Jahr darauf vor dem Schöffengericht mit dem Vorwurf der Körperverletzung auseinander setzen, aber Amtsrichter G. Menke, ein stadtbekannter Nazi³⁷⁵, sprach seinen früheren Parteigenossen Lange frei.³⁷⁶ Damit war sein Weg geebnet, um als „131er“³⁷⁷ anerkannt zu werden und seine Rechte und Versorgungsbezüge als Nazi-Beamter zugesprochen zu bekommen und darüber hinaus ab Juni 1952 tarifmäßig höhergruppiert zu werden.

Mit der oben beschriebenen Lüneburger Lex Rössner³⁷⁸ wird dessen NSDAP-Parteigenosse Siegfried Lange Beamter auf Lebenszeit (am 1.9.1954) und zudem Dienststellenleiter (Stadtgarteninspektor). Ebenso wie Rössner gab Lange zuvor eine politische Erklärung ab, nämlich nicht anzugehören und nicht angehört zu haben z. B. dem „Komitee der Kämpfer für den Frieden“ oder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN“.³⁷⁹ Nach seiner vormaligen Mitgliedschaft in der NSDAP wurde er nicht gefragt, sie war nicht von Belang.

Im selben Monat musste sich Lange den Ansprüchen seines neuen Kollegen Rössner erwehren, der sich ebenso wie er „Stadtgarteninspektor“ titulieren durfte. Lange beschwerte sich bei Stadtbaurat Blumenberg,³⁸⁰ woraufhin ihm vom Dezernenten Kleeberg flugs die Amtsbezeichnung eines „Stadtgarteninspektor/Leiter des Stadtgartenamtes“ zugesprochen wurde.³⁸¹ Nachdem auch diese Fragen der behördlichen Hierarchie geklärt waren, wurde Lange im April 1955 Stadtgartenoberinspektor und nebenamtlich als Lehrer der hiesigen Berufsschule tätig, ab März 1964 schließlich zum Stadtgartenamtmann befördert. Vier Jahre später schied er aus dem Dienst aus und erhielt von Oberbürgermeister Trebchen (SPD) und Oberstadtdirektor Stelljes eine Dank- und Glückwunschkarte ausgestellt „für 40 Jahre treue Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst zum Wohl der Allgemeinheit...“³⁸² (inklusive Pflichterfüllung für Reich und Führer) und von LZ-Chefredakteur Pless

eine Würdigung in der örtlichen Presse:³⁸³ „Bei den großen Hofjagden des Fürsten Pleß zu Fürstenstein konnte Jungjäger Siegfried Lange gefallen, indem er ... vom edlen Waidwerk etwas verstand: Stilvolle Tafeldekorationen nach dem Halali mit Jagd- und Waldmotiven waren von ihm. Erfahrung im Umgang mit Prominenz kam ... dem Gartentechniker am Bezirksamt Berlin-Tempelhof zugute. Beispielsweise als eine 1934 durch den Reichsjugendführer Baldur von Schirach gepflanzte „Hindenburg-Eiche“ ... (eingeweiht) wurde. Jedenfalls ist der Hindenburgbaum nicht von Schirach gesetzt - sondern von Lange. Ein Kapitel deutscher Geschichte hat Siegfried Lange dann auf dem Parkfriedhof Berlin-Lichterfelde miterlebt. Er war z. B. dabei, als Günter Plüschow³⁸⁴ beerdigt wurde, der Flieger von Tsingtau ... (und) General Schleicher.“³⁸⁵ Dabeisein ist schließlich alles.³⁸⁶

Dass mit dem Wiederaufstieg von Rössner und Lange in den städtischen Verwaltungsdienst der Stadt nach 1945 nicht nur eine Wiedereingliederung des alten NS-Personals praktiziert wurde, sondern darüber hinaus diese personelle Renazifizierung mit der Entlassung des antifaschistischen Personals korrespondierte, zeigt das Beispiel des Friedrich Steinmetz, der zuvor ebenfalls Mitarbeiter der Stadtverwaltung war:

³⁷⁵ Ende der 1960er-Jahre kandidierte G. Menke bei Kommunal- und Landtagswahlen für die NPD; vergl. VVN-BdA, Neofaschismus in Lüneburg, Teil 2, Lüneburg 1996, S. 84

³⁷⁶ Ebenda, Das Gericht sprach Lange (und seinen Mitarbeiter Uchtrupp am 17.6.1951 vom Vorwurf der Körperverletzung frei. Sie hatten im Kurpark ihre Grabarbeiten nicht vollständig gesichert, sodass sich die Klägerin verletzte. Die Klägerin ging zunächst in Berufung, nahm diese aber nach Abschluss eines Vergleichs zurück.

³⁷⁷ Vergl. VVN-BdA Lüneburg, Das Landgericht Lüneburg ..., S. 76 f

³⁷⁸ s. S. 79

³⁷⁹ Stadtarchiv Lüneburg, PA 58, Erklärung Langes v. 18.8.1954

³⁸⁰ Ebenda, Schreiben v. 30.9.1954

³⁸¹ Ebenda, Schreiben v. 8.10.1954

³⁸² Ebenda, Urkunde v. 30.11.1968

³⁸³ LZ v. 19.11.1968

³⁸⁴ Wikipedia August 2016: Plüschow griff 1914 von der deutschen Kolonie Kiautschou aus chinesische Truppen an mit seinem Flugzeug „Taube“ (Flugzeug vom Typ Erich Taube) und wurde deshalb später von den Nazis zum „Helden“ gemacht.

³⁸⁵ Wikipedia August 2016: „Als Vertrauensmann des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg war Schleicher maßgeblich am Sturz der (SPD-)Regierung Müller im Frühjahr 1930 ... beteiligt ... Unter Papen amtierte Schleicher als Reichswehrminister. Als Reichskanzler (ab 1932) leitete er die Machtübertragung auf Hitler ein. Am 30. Juni 1934 wurde Schleicher ... im Zuge der unter der Propagandabezeichnung ‚Abwehr des Röhm-Putsches‘ bekannt gewordenen politischen Säuberungswelle ermordet.“

³⁸⁶ Siegfried Lange starb am 1.12.1985.

Antifaschist als Mitarbeiter nicht erwünscht – Das Beispiel Friedrich Steinmetz



Foto Friedrich Steinmetz,
LZ v. 10.4.1951

Während die Alt-Nazis Lange und Rössner nach 1945 ihre Karriere nach einer Unterbrechung fortsetzen konnten, verlief der berufliche Werdegang von Antifaschisten im städtischen Dienst in entgegengesetzte Richtung. Das zeigt das Beispiel von Friedrich Steinmetz, den die Stadt nur für kurze Zeit als Mitarbeiter duldete. Der Schloss-

ser Friedrich Steinmetz gehörte 1933 einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Lüneburg an³⁸⁷, wurde am 6.11.1933 verhaftet, vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin (Erster Staatsanwalt Weyermann) am 2.1.1934 angeklagt und am 21. bis 24.1.1934 in einem „4. Lüneburger Hochverratsprozess“³⁸⁸ zu 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre „Ehrverlust“ verurteilt, die er im Zuchthaus Celle verbringen musste. Am 9.11.1939 wurde er ein zweites Mal in das Lüneburger Gerichtsgefängnis eingeliefert, jetzt als Schutzhäftling der Gestapo, und am 17. November in das Polizeigefängnis Fuhlshüttel „überstellt“, von wo man ihn in das Moorlager des KZ-Papenburg und schließlich in das Konzentrationslager Buchenwald verbrachte. Nach seiner Befreiung und Rückkehr nach Lüneburg war es ihm nicht möglich, auf seiner früheren Arbeitsstelle zu arbeiten.

Auf Anweisung der britischen Behörden wurden zu jener Zeit die zurückgekehrten KZ-Häftlinge bevorzugt behandelt: Zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit sprach man ihnen bei der Lebensmittelzuteilung z. B. eine höhere Kalorienzahl zu. Damit sie eine angemessene Unterkunft am Ort finden, wurden verschiedene Gebäude in Heime für KZ-Opfer umgewandelt (Am Kalkberg, Uelzener Straße, Wallstraße) und einigen beschäftigungslos gewordenen ehemaligen KZ-Häftlingen wurde eine Stellung im öffentlichen Dienst angeboten.

In diesen Genuss kam auch Friedrich Steinmetz, den die Lüneburger Stadtverwaltung zum 1.2.1946 einstellte, wahrscheinlich als Schlosser im Reinigungsamt.³⁸⁹ Ein halbes Jahr später erhielt Steinmetz als ehemaliger KZ-Häftling eine weitere Vergünstigung. Der Verwaltungsausschuss der Stadt beschloss auf seiner Sitzung v. 26.8.1946: „Herrn Steinmetz soll in Rücksicht auf die besonderen Umstände seines Falles neben dem ihm tariflich zustehenden Erholungsurlaub ein zusätzl. Sonderurlaub von 7 Tagen bewilligt werden.“³⁹⁰ Während dieser Zeit ab 1945 engagierte er sich, wie in dieser Schrift beschrieben, zunächst im Lüneburger Komitee politischer Häftlinge, dann in der VVN.³⁹¹

Für die Entscheider in der Stadtverwaltung war diese politische Betätigung eines Nazi-Gegners offenbar nicht auszuhalten: Sie kündigten Friedrich Steinmetz zum 31.12.1948, sodass er seinen Arbeitsplatz verlor. Es dauerte nun nicht mehr lange, bis dann in der gesamten Bundesrepublik Mitglieder der VVN aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden, die letzten im September/Okttober 1950. Im Jahr 1951 betrieb die Bundesregierung das Verbotsverfahren gegen die VVN.

Doch damit nicht genug:

Als es im Herbst 1951 den Antifaschisten/-innen der VVN verboten wurde, auf dem KZ-Friedhof ihrer ermordeten Widerstandskollegen zu gedenken, protestierte der ehemalige KZ-Häftling Steinmetz, was nun den ehemaligen Nazi-Staatsanwalt Rogalla – inzwischen wieder in Amt und Würden – auf den Plan rief: Er leitete ein Ermittlungsverfahren gegen F. Steinmetz ein. Selbst wenn Rogalla am Ende die von ihm sicher erhoffte Verurteilung nicht erreichte: Die Verfolgung eines mutigen Antifaschistischen durch Alt-Nazis auch nach 1945 bleibt ein Skandal, der leider die damalige Normalität (nicht nur) in Lüneburg war.

Friedrich Steinmetz starb im September 1976 in Lüneburg. Die Stadtverwaltung und die Politik hielten es noch nicht einmal für nötig, die übliche Traueranzeige für ihren ehemaligen Mitarbeiter aufzugeben. Auch ein Nachruf wurde nicht veröffentlicht.

³⁸⁷ Vergl. VVN-BdA Lüneburg, Lüneburg 1933. Widerstand und Verfolgung, Lüneburg 2004, S. 36 - 47

³⁸⁸ Artikelüberschrift der Celler Zeitung v. 26.1.1934

³⁸⁹ Diesen Hinweis verdanken wir dem Archivar Danny Kolbe, Mitarbeiter des Stadtarchivs Lüneburg. Die Personalakte über F. Steinmetz wurde „entsorgt“. Sie ist weder bei der Personalabteilung der Stadtverwaltung noch im Stadtarchiv überliefert.

³⁹⁰ Stadtarchiv Lüneburg, VA 1 353/1; Dieser zusätzliche Sonderurlaub stand ehemaligen NS-Verfolgten/KZ-Häftlingen im öffentlichen Dienst zu, schließlich geregelt im Urlaubsgesetz v. 10.12.1948

³⁹¹ Später auch bei der KPD. Bei den Landtagswahlen 1951 kandidierte er in Lüneburg für diese Partei. Vergl. LZ v. 10.4.1951

Literaturverzeichnis

Banck, Barbara: Werner Lindner, Industriemoderne und regionale Identität. Dissertation der Fakultät Bauwesen der Universität Dortmund, 2007

Böttcher, Mlynek, Röhrbein, Thielen, Hannoversches biographisches Lexikon, Hannover 2002

Bollgöhn, Sibylle, Jüdische Familien in Lüneburg. Erinnerungen, Hg. Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 1995

von Brünneck, Alexander, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1968, Frankfurt/M. 1978

„Chronik Reppenstedt und Dachtmissen. Geschichte und Geschichten“, Hrsg.: Gemeinde Reppenstedt, 2015

Coppi, H., Warmbold, N., Der zweite Sonntag im September, Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus – Zur Geschichte des Odf-Tages, Berlin 2011

Geisel, Eike (Hrsg.): Vielleicht war das erst der Anfang, Hanna Levy-Hass, Tagebuch aus dem KZ Bergen-Belsen 1944-1945, Berlin 1979

Korte, Jan, Instrument Antikommunismus, Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009

Pless, Helmut C., Lüneburg 45, Nordost-Niedersachsen zwischen Krieg und Frieden, Lüneburg 1982

Rommel, Mira, Friedhof – Gedenkstätte – Lernort? Der gesellschaftliche Diskurs über den „Ehrenfriedhof Tiergarten und die Entwicklung von Perspektiven für eine Umgestaltung, Bachelorarbeit an der Universität Lüneburg, 2015

Rudnick, Carola S. „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wiedergeben“, Zwölf Lebensgeschichten von Kindern und Jugendlichen der Lüneburger „Euthanasie“-Maßnahmen, Katalog zur Sonderausstellung, Verlag der Landeszeitung für die Lüneburger Heide, Lüneburg 2014.

Rudnick, Carola S., „Leistet nichts. Zu schwach. Nicht einsatzfähig.“ Hintergründe zu den Gräbern ausländischer Patientinnen und Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg, Husum 2015

Schneider, Ulrich, Zukunftsentwurf Antifaschismus, 50 Jahre Wirken der VVN für ‚eine neue Welt des Friedens und der Freiheit‘, Frankfurt 1997

„UNZER SZTYME“, Jüdische Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Britischen Zone 1945 – 1947, Kiel 2004

de Vries, Immo, Kriegsverbrechen in Lüneburg, Das Massengrab im Tiergarten, Hrsg. Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg 2000

VVN-BdA Lüneburg, Die zweite Schuld, Der Streit um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg, Lüneburg 1989

VVN-BdA Lüneburg, Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg, Eine Skizze, Lüneburg 2003

VVN-BdA Lüneburg, Lüneburg 1933. Widerstand und Verfolgung, Lüneburg 2004

VVN-BdA Lüneburg, „Aber sonst tut jeder, als sei nichts geschehen ...“, Der Lüneburger Bergen-Belsen-Prozess 1945, Lüneburg 2010

VVN-BdA Lüneburg, Von Gernika über Lüneburg nach Wielun. Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze, Lüneburg 2012

VVN-BdA Lüneburg, Lüneburger „Gedenkkultur“. Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkstätte an der früheren Synagoge, Lüneburg 2013

VVN-BdA Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg II, Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnisses Lüneburg, Lüneburg 2014

VVN-BdA Lüneburg, Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er- Jahre, Teil I: Das Personal: Nichts verlernt – Die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte bei der 4. Strafkammer, Lüneburg 2015

VVN-BdA Lüneburg, Kritik des „Friedenspfades“ der Friedensstiftung Günter Mancke, Lüneburg 2016

Wooock, Joachim, NS-Justiz und NS-Juristenkarrieren im Landgerichtsbezirk Verden, in: Heimatkalender für den Landkreis Verden, Verden 1998

Zabel, Hans-Erwin, Das Massengrab im Tiergarten Lüneburg, in: Der Heidewanderer, Heimatbeilage der Allgemeinen Zeitung Uelzen v. 3.12.1994

„90 Jahre Truppenübungsplatz Munster 1893 bis 1983“, Verlag: Grp AusbMat, SpezStab ATV, KTS, Munster 1983

**Aus der Geschichte lernen:
Demonstration gegen Neo-
nazis in Lüneburg**



Die Publikationen der Lüneburger VVN-BdA sind zu bestellen unter vvn-bda-lg@web.de zum Preis von 5.- € (einschließl. Versandkosten).

Schriften ab 2001:

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus Polen (2001)

Die faschistische Verfolgung der Lüneburger Juden (2003)

Lüneburg Rechtsaußen: 1997 – 2003 (2004)

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus der Ukraine (2004)

Lüneburg 1933 – Widerstand und Verfolgung (2004)

DVD: Ehemalige NS-Zwangsarbeiter/-innen zu Besuch in Lüneburg (2005)

Die Verfolgung der Lüneburger Sinti (2008)

Der Bergen-Belsen-Prozess in Lüneburg 1945 (2009)

„Für eine Liebe so bestraft ...“, Zur NS-Verfolgung von Frauen der Region durch das Landgericht Lüneburg (2010)

Die Staatspolizei Lüneburg I – Täter und Strukturen (2011)

Von Gernika über Lüneburg nach Wielun - Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze (2012)

Hermann Reinmuth – Eine Erinnerung an den Beamten der Lüneburger Bezirksregierung, NS-Widerständler und KZ-Häftling (2012)

Wer war Landrat Albrecht? Ein Beitrag zur Diskussion um die Umbenennung der Lüneburger Landrat-Albrecht-Straße (2012)

„Strömt herbei, ihr alten Krieger!“, Zur NS-Geschichte des 2. Hannoverschen Dragonerregiments Nr. 16 (2013)

Die Zerschlagung der Lüneburger Gewerkschaftsbewegung 1933 (2013)

Hindenburg – Ein Beitrag zur Umbenennung der Lüneburger Hindenburgstraße (2014)

Die Staatspolizei Lüneburg II – Über das Leben und Sterben der Gestapo-Schutzhäftlinge des Landgerichtsgefängnis Lüneburg (2014)

Das Landgericht Lüneburg als „Spitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung“ der 1950er/60er- Jahre. Teil I: Das Personal. Nichts verlernt – die zweite Karriere ehemaliger NS-Richter und Staatsanwälte bei der 4. Strafkammer (2015)

Kritik des „Friedenspfades“ der Friedensstiftung Günter Mancke, Zur Lüneburger „Erinnerungskultur“ im öffentlichen Raum und vom Versuch, sich die Vergangenheit zurechtzubiegen (2016)